

Soziale Arbeit im Reproduktionsdiskurs

Ein feministischer und gesellschaftskritischer Ansatz

Masterarbeit

zur Erlangung des akademischen Grades

Master of Arts

an der Karl-Franzens-Universität Graz

vorgelegt von

Sara Teresa Huber

am Institut für Erziehungs- und Bildungswissenschaften

Begutachter*in Mag. Dr. phil. Arno Heimgartner

Graz, 2018

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	2
2. Feministische Ausgangslage	7
3. Patriarchaler Kapitalismus – kapitalistisches Patriarchat.....	17
3.1. Patriarchat und soziale Ungleichheit – eine historische Begriffsbestimmung	20
3.2. Das jüngste Patriarchat – kapitalistisches Patriarchat.....	22
3.3. Patriarchat – ein konzeptioneller Kampfbegriff.....	28
4. Produktion und Reproduktion.....	30
4.1. Die Produktionssphäre	32
4.2. Die Reproduktionssphäre	37
5. Neoliberalismus wirklich so neu?.....	45
5.1. Produktionssphäre im neoliberalen Wandel.....	45
5.2. Reproduktionssphäre im Wandel oder Nicht-Wandel.....	53
6. Geschlecht – Eine mikrosoziologische Perspektive	60
6.1. Gender und darüber hinaus	61
6.2. Exkurs: Simone de Beauvoir und das andere Geschlecht.....	65
6.3. Vergeschlechtliche Körper	68
6.4. Kulturelle Dimensionen von vergeschlechtlichten Körpern.....	72
6.5. Postmoderner Feminismus – theoretische Grenzen	82
7. Geschlecht als Struktur und Strukturierung.....	89
8. Staat und Geschlecht	99
9. Vergeschlechtlichte Positionierung der Sozialen Arbeit.....	108
9.1. Soziale Arbeit unter weiblichen Vorzeichen	116
9.2. Soziale Arbeit – Notwendigkeit einer Politisierung	120
10. Schlussworte.....	124
11. Literaturverzeichnis	129

1. Einleitung

Im Zuge meiner Arbeit möchte ich mich den Zusammenhängen von Geschlecht, Sozialer Arbeit, Ökonomie und Gesellschaft auseinandersetzen. Ich werde mich speziell auf die Soziale Arbeit beziehen, weil ich Sozialpädagogik und Sozialarbeit als Einheit fasse (vgl. May 2009, S. 24ff.). Innerhalb meiner weiteren theoretischen Überlegungen scheint die Unterscheidung beider Begriffe nicht unbedingt notwendig, da beide unter dem Einfluss der folgend ausgeführten gesellschaftlichen Verhältnisse stehen.

In einer vom Neoliberalismus dominierten Gesellschaft werden zu Gunsten der Wirtschaft Aspekte der persönlichen Unsicherheit hingegenommen, wie zum Beispiel zunehmende Massenarbeitslosigkeit, Armut und eskalierende gesellschaftliche Spaltungen (vgl. Steinert 2008, S. 21). Die durch ein neoliberales Regime ausgelöste Unsicherheit zeigt sich vor allem in einer steigenden Individualisierung und Pluralisierung der Gesellschaft. Soziale und kulturelle Veränderungen nehmen zu, soziale Zugehörigkeiten verlieren an Kontinuität, prekäre Arbeitsverhältnisse gehen damit einher. Die subjektive Zukunft ist nicht mehr berechenbar und alle sollen zu Manager*innen ihres eigenen Lebens werden. Eine scheinbare Freiheit tut sich auf, die aber dennoch Unsicherheit mit sich bringt (vgl. Wehrheim 2008, S. 44). Seit den 1980er-Jahren ist eine verstärkte Ökonomisierung aller Lebensbereiche festzustellen: „Gesetzmäßigkeiten der Wirtschaft gewinnen zunehmend an Bedeutung auch in gesellschaftlichen Fragen“ (Maus 2016, S. 84). Nicht die Ökonomie hat eine dienende Funktion für die Gesellschaft, sondern umgekehrt, alle gesellschaftspolitischen Fragen haben sich der Vormundschaft des Staates und in weiterer Folge der Wirtschaft unterzuordnen. Die damit einhergehende Ökonomisierung aller Lebensbereiche einer neoliberalen Gesellschaft fällt auch auf die Soziale Arbeit zurück (vgl. Maus 2016, S. 84): „Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit hat stattgefunden und findet weiter statt. Betroffen von den Folgen sind nicht nur die Hilfebedürftigen. Die Fachkräfte erleben in ihrem Berufsalltag, wie sehr die Arbeit von ökonomischen Bedingungen bestimmt wird“ (Maus 2016, S. 79). Besonders prägend für die Soziale Arbeit in den letzten Jahrzehnten, ihre Profession und ihre Adressat*innen war der Übergang vom Wohlfahrtsstaat zu einem „aktivierenden“ Sozialstaat (vgl. Maus 2016, S. 79).

Der Sozialstaat übernimmt dabei die Rolle der Kompensation der Folgen einer neoliberalen, auf Konkurrenz basierenden Gesellschaft und dient gleichzeitig der Aufrechterhaltung von gesellschaftlichen asymmetrischen Verhältnissen wie sozialer Ungleichheit in verschiedensten Formen (vgl. Wohlfahrt 2016, S. 9): „Sozialstaatlichkeit im Kapitalismus ist die Herstellung der Voraussetzungen einer Konkurrenzgesellschaft, in der Privatsubjekte mit den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln (Kapital, Grundbesitz, Arbeitskraft)

den gesellschaftlichen Reichtum vermehren und in der die Arbeitskraft-Besitzer dazu nicht in der Lage wären, würden sie sich selbst überlassen“ (Wohlfahrt 2016, S. 10). Im Zuge dieser Transformation veränderte sich ebenfalls die Soziale Arbeit, ökonomisches Denken bis hin zu Effizienzorientierung prägt sie seither. Die ursprüngliche Rolle der Anwaltschaft für die Adressat*innen veränderte sich hin zu einer Aktivierung zur Selbstverantwortlichkeit, wobei das Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle vor allem zu letzterem tendiert. Nicht nur Adressat*innen sind von dieser Veränderung betroffen, sondern durch die Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse auch die Soziale Arbeit selbst, was sich auch in einer schleichenden De-Professionalisierung zeigt. Im Sinne der neoliberalen Denklogik veränderte sich auch das vorherrschende Paradigma der Sozialen Arbeit im Sinne theoretischer und praktischer Überlegungen „von der Hilfe zur Selbsthilfe“ (vgl. Birgmeier/Mührel/Müller 2016, S. 2f.). Zentral stellt sich daher die Frage, wie die Soziale Arbeit und die davon Betroffenen in eine solche Lage geraten konnten?

Ein Erklärungsansatz für die angesprochene Veränderung kann der Diskurs um die feministische Ökonomie bieten: „Das Geschlecht ist aus dem Blickwinkel der feministischen Ökonomie eine zentrale Kategorie, um gesamtwirtschaftliche Zusammenhänge zu verstehen und zu erklären“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 143.). Der Staat spielt aus dieser Perspektive durch die Verteilung von Geld und Zeit eine zentrale Rolle für die Konstruktion von Geschlechterverhältnissen. Daher haben seine gegenwärtige Sparpolitik und sein Rückzug aus der Versorgungsverantwortung eine besondere geschlechtliche Konnotation. Die Makroökonomie ist durch die Unterscheidung von reproduktiver und produktiver Ökonomie nämlich selbst bereits Träger*in von Geschlecht. Vor allem die reproduktive Ökonomie wird gerade auch wegen der geschlechtsspezifischen Strukturierung innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft oft nicht als eigener Teil der Makroökonomie gesehen (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 144ff.). Aus der Verwertungslogik des Kapitalismus heraus ist es folgerichtig, den Fokus auf die im Sinne des Kapitals profitablen Sektoren zu richten und dementsprechend Einsparungen im reproduktiven Sektor vorzunehmen, der selbst keinen eigenen Profit hervorbringt, aber dennoch eine unsichtbare Voraussetzung dafür ist (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 157).

Durch die geschlechtliche Teilung der patriarchalen, kapitalistischen Gesellschaft in öffentlich und privat, und damit in männlich und weiblich, was auf der einen Seite mit produktiver und auf der anderen mit reproduktiver Ökonomie gleichzusetzen ist, ist die staatlich vorgenommene Verteilung von Geld und Zeit auf diese Bereiche als ein Reflex der Unterdrückungsverhältnisse zu sehen. Hiermit kann aus feministischer Perspektive die Sparpolitik bei den Sozialleistungen und hiermit innerhalb der reproduktiven Ökonomie

symptomatisch für eine kapitalistisch patriarchale Gesellschaft gesehen werden. Aus meiner gesellschaftskritischen und feministischen Perspektive besteht das Anliegen, gesellschaftsverändernde, politische Gedanken zu entwickeln, die den Zusammenhang von Rassismus, Sexismus und Klassismus vorerst entschleiern, dann in Verbindung mit ökonomischen Verhältnissen setzt und schließlich darüber hinaus Herrschaft und Unterdrückung in allen gesellschaftlichen Bereichen kritisch hinterfragt.

Ich möchte mich dabei im Sinne einer offensichtlichen unzureichenden Erfassung von nicht produktiv schaffender Arbeit für die Verwertung von Kapital vor allem einer feministischen Kritik mit deutlich marxistischer Prägung anschließen. Reproduktionsarbeit hat, aus feministischer Perspektive betrachtet, einen wesentlichen Anteil an der Herstellung von Kapital und Profit, nämlich durch die Erhaltung und Wiederherstellung von „Humankapital“ im reproduktiven Sektor, der vorwiegend weiblich konnotiert ist. In diesem Zusammenhang findet kapitalistische Unterdrückung daher nicht nur im klar erkennbaren Lohnarbeitsverhältnis statt, sondern auch im privaten Reproduktionsbereich mit dem Hinzukommen von geschlechtshierarchischer Arbeitsteilung und der Aneignung derselben im Sinne einer kapitalistischen Verwertungslogik (vgl. Notz 2014, S. 170ff.). Nach der Analyse der Makroebene gesellschaftskritischer Betrachtung möchte ich mich in meiner Arbeit auf die Mikroebene begeben und die kleinen, oft unsichtbar gemachten, vielfältigen Zusammenhänge gesellschaftlicher Mikroverhältnisse darstellen. Ich sehe die gesellschaftlichen Ebenen, Makro- und Mikro-, in einem Wechselverhältnis, in dem die Menschen selbst an den gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnissen beteiligt sind. Soziale Arbeit befindet sich in dieser Betrachtung eher im privaten, reproduktiven, weiblich konnotierten gesellschaftlichen Bereich, ist jedoch darüber hinaus auch im Zuge der Durchführung von Dienstleistungen und der Verteilung von Sozialbudgets öffentlich bestimmt. Daher möchte ich die Funktion von Reproduktionsarbeit in Verbindung mit Geschlecht und Sozialer Arbeit näher betrachten und in gegenwärtige gesellschaftliche Prozesse einbetten. Aufgrund der bisher angeführten Überlegungen möchte ich mich in meiner Arbeit auf folgende Fragestellungen konzentrieren:

Inwiefern trägt die Soziale Arbeit zur Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft bei und welche Rolle nimmt sie dabei ein? Welchen kapitalistischen, patriarchalen bestimmten Verhältnissen unterliegt die Soziale Arbeit? Im Zuge einer Literaturanalyse möchte ich mich diesen Fragen nähern. Anhand von bestehender Fachliteratur können diese Inhalte dargestellt und analysiert werden, um auch einen Überblick über den derzeitigen Forschungsstand zu erlangen. Ausgehend von einem feministisch-gesellschaftskritischen Verständnis wird die Fachliteratur dementsprechend ausgewählt. Die

Literaturauswahl fokussiert sich vor allem auf Themen der feministischen Ökonomie, der Kapitalismuskritik, Reproduktion im Sinne von Haus- und Fürsorgearbeit, sowohl professionell als auch privat, dem Neoliberalismus und dem Geschlecht. Anhand der theoretischen Auseinandersetzung der Ökonom*innen Käthe Knittler, Bettina Haidinger und Silvia Federici werde ich im zweiten Kapitel den Diskurs feministischer Ökonomie darstellen und von seiner politischen Entstehungsgeschichte her aufrollen. Ich möchte einen Einblick in die gegenwärtigen Diskussionen zum Verhältnis von Geschlecht und Ökonomie geben und eine feministische Position dazu entwickeln, um so die Grundlage für die weitere theoretische Auseinandersetzung zu schaffen. Maria Mies, Mariarosa Dalla Costa und Ursula Beer geben dabei Einblicke in ältere feministische Auseinandersetzungen, die immer noch teilweise Aktualität aufweisen. Im dritten Kapitel beschäftige ich mich mit dem Zusammenhang von Patriarchat und Kapitalismus und werde mit Christine Resch, Heinz Steinert und Ralf Krämer die Grundzüge des kapitalistisch-patriarchalen Herrschaftssystems nachzeichnen. Dabei möchte ich besonders Kapitalismus und Patriarchat als eine Einheit darstellen und gegen dualistische Ansätze der Trennung argumentieren. Weiters werde ich in diesem Kapitel die gesellschaftliche und politische Aktualität des Begriffs Patriarchat herausarbeiten. Im nächsten Schritt möchte ich näher auf die ökonomische Darstellung von Kapitalismus und Patriarchat eingehen und werde daher im vierten Kapitel die Organisation unserer gesellschaftlichen Verhältnisse auf einer Makroebene darstellen. Ausgehend von der Ökonomiekritik von Karl Marx widme ich mich der gesellschaftlichen Spaltung in die Sphären der Produktion und Reproduktion sowie den damit zusammenhängenden geschlechtlichen Zuschreibungen. In diesem Kapitel werden übliche ökonomische Gesellschaftsanalysen auf ihre feministischen Leerstellen hin überprüft und in einen historischen Zusammenhang gestellt. Um in die Gegenwart zu gelangen, setzte ich mich in Kapitel fünf „Neoliberalismus, wirklich so neu?“ mit den derzeit vorherrschenden wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Entwicklungen auseinander und versuche die vorangegangenen Analysen zur Produktions- und Reproduktionssphäre in die gegenwärtigen Verhältnisse von Politik und Gesellschaft zu holen. Im ersten Abschnitt werde ich mit dieser Vorgehensweise die theoretische Erläuterung zur gesellschaftlichen Makroebene und Geschlecht abdecken.

Um aber auch die Mikroebene von Geschlecht und gesellschaftlicher Zusammenhänge zu beleuchten, beschäftige ich mich in Kapitel sechs mit mikrosoziologischen Betrachtungsweisen zu Geschlecht. Anhand der Thesen von Judith Butler, Riki Wilchins, Raewyn Connell werde ich mich mit dem feministischen Diskurs der postmodernen Richtung auseinandersetzen und die Verbindung zu materialistisch-feministischen Theorien

aufbereiten. In Kapitel sieben werde ich mittels der Argumente von Regina Becker-Schmidt, Gudrun Axeli Knapp versuchen die beiden angeführten feministischen Theorieränge zusammenzuführen und in Diskussion miteinander zu stellen. Kapitel acht soll schließlich mit Hilfe von Birgit Sauer, Gundula Ludwig, Gabriele Wilde, Elisabeth Holzleithner, Eva Kreisky, Marion Löffler und Stefanie Wöhl diese Zusammenführung von materialistischen mit postmodernen Feminismus am Beispiel von Staatstheorien darlegen und zur feministisch-gesellschaftskritischen Betrachtungsweise der Position von Sozialer Arbeit innerhalb der Gesellschaft überleiten. Die Positionierung der Sozialen Arbeit anhand von Vergeschlechtlichung in der Gesellschaft wird in Kapitel neun dargestellt. Catrin Heite gibt dabei einen Einblick in die geschlechtlich konnotierte Historie der Sozialen Arbeit. Lothar Böhnisch zeigt weitere Perspektiven im Zusammenhang von Geschlecht und Sozialer Arbeit auf, um die Positionierung der Sozialen Arbeit bezüglich Geschlecht noch deutlicher auf den Punkt bringen zu können. Aufgrund dieser theoretischen Entwicklungen versuche ich zum Abschluss meiner Arbeit aus der bisher entwickelten feministischen Perspektive gesellschafts-politische Forderungen an die Soziale Arbeit zu stellen. Im letzten Kapitel zehn lasse ich meine Arbeit durch einige meiner gesellschafts-politischen und theoretischen Perspektiven langsam ausklingen.

Die Arbeit stellt den Ausdruck meines persönlichen Hintergrundes dar und entsteht daher aus einer subjektiv gesellschaftskritischen und geschlechterpolitischen Haltung. Ich möchte in dieser Auseinandersetzung versuchen, meine wissenschaftliche Position zur Profession der Sozialen Arbeit zu schärfen. Aufgrund meiner eigenen Erfahrungen als Frau* in dieser Gesellschaft ist es für mich von besonderem Interesse, mich mit diesen Thematiken in einem größeren Zusammenhang zu beschäftigen. Mir ist bewusst, dass ich diese Arbeit aus einer ethnisch weißen, größtenteils heterosexuellen Perspektive schreiben werde. Aber auch ich bin in gesellschaftlichen Widersprüchen gefangen und in meiner Identität nicht durchgehend homogen. Meine Perspektive ist möglicherweise von gewissen Privilegien, als weiße, europäische und gebildete Frau verblindet, die ich jedoch durch etwaige theoretische Auseinandersetzung zu reflektieren versuche. Innerhalb meiner Arbeit möchte ich eine Geschlechtergerechte Sprache verwendet und genere daher mit „*“, um die Vielfältigkeit von Geschlecht sichtbar zu machen, die bisher unsichtbar gemacht worden ist.

2. Feministische Ausgangslage

Im ersten Schritt der theoretischen Auseinandersetzung mit dem vorliegenden Thema möchte ich meinen wissenschaftlichen Standpunkt darlegen. Wie schon im Vorwort erkennbar, gehe ich von einer gesellschaftskritischen und feministischen Perspektive aus, der nun für einen nachfolgend zweiten Schritt der Arbeit, der Analyse der materiellen gesellschaftlichen Grundlage, vorrausgeschickt werden soll.

Prinzipiell gehe ich von einer polit-ökonomischen Perspektive aus und möchte darlegen, warum hierfür die Berücksichtigung von feministischen Perspektiven eine zwingende Notwendigkeit ist. Um kapitalistische Verhältnisse zu überwinden, ist es unabdinglich, Kritik an allen sozialen Ungleichheiten und ihren destruktiven Auswirkungen zu üben (vgl. Krämer 2015, S. 11). Da Feminismus gegen alle kapitalistischen und patriarchalischen Verhältnisse ankämpfen muss, wird ein Blick benötigt, der auf alle miteingebundenen Interdependenzen gerichtet ist. Die zu beachtenden Interdependenzen stellen Geschlechterbeziehungen, ethnische und koloniale Aspekte, sowie Klasse, Ökonomie und weitere Herrschaftszusammenhänge dar. Nur unter dieser ganzheitlichen Perspektive können Herrschaftsverhältnisse entschleiert und überwunden werden, da alle erwähnten Aspekte in unmittelbaren Verschränkungen zueinanderstehen (vgl. Mies 1988, S. 57).

Ideologisch gesehen herrscht eine bürgerliche, neoklassische, am „freien Individuum“ und Unternehmen orientierte Wirtschaftslehre vor: „Dort bilden sich Preise, die angeblich die jeweiligen subjektiven Präferenzen und den angestrebten Nutzen der Beteiligten nicht nur zum Ausdruck, sondern auch zu einem Gleichgewicht bringen“ (Krämer 2015, S. 12). Ergebnisse dieser Perspektive werden als vermeintlich objektive, unantastbare Wahrheiten dargestellt, die als unveränderliche Orientierungsfolie für Mensch und Politik gelten sollen (vgl. Krämer 2015, S. 12). Bei dieser scheinbar natürlichen „Objektivität“ setzt feministische Ökonomie an, mit dem Anliegen, „die vermeintliche Geschlechtslosigkeit von Ökonomie zu entzaubern“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 43). Dabei geht es um die Auseinandersetzung mit Geschlechterverhältnissen, Kritik an vorherrschenden Wirtschaftstheorien und Kapitalismus sowie um eine radikale Veränderung der Gesellschaft im Allgemeinen. Insbesondere richtet sich feministisch-ökonomische Kritik an die erkenntnistheoretischen Grundlagen der Wirtschaftslehre und ihren androzentrischen Blick innerhalb der Forschung. Feministische Ökonomie verweist auf die selektive Auswahl der Fragestellungen, Themenfelder, Methoden und Theorien innerhalb wissenschaftlichen Forschung, die vor allem aus männlich geprägter Perspektive behandelt werden und sich männlich konnotierten gesellschaftlichen Bereichen zuwenden.

Feministische Kritik an Wissenschaft und Ökonomie stehen in einer stark verbundenen Beziehung. Die in der vorherrschenden Gesellschaft hochgehaltene „Autonomie“, in Verbindung mit Objektivität und der Unantastbarkeit des Faktischen in Wissenschaft und Wissensproduktion lassen deutliche Parallelen zum homo oeconomicus erkennen. Damit ist ein Menschenbild gemeint, in dem Handeln und Denken in einer rational, objektiv bestimmbar Weise ausschließlich nach ökonomischen Prinzipien ausgerichtet ist, insbesondere ausgezeichnet von der Nicht-Existenz von Emotionen (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 43f.). Aus dieser Perspektive wird Welt hegemonial androzentrisch gesehen, dies bedeutet, dass sie überwiegend von einer männlichen Sichtweise geprägt ist. Ausgehend von einer androzentrischen Perspektive wird im Prinzip des homo oeconomicus das „Weibliche“, als das Gegenteilige eingeordnet, das mit dem konkreten Leben, Subjektivität und der Natur verbunden wird. Wenig überraschend ist, dass feministische Theorie in der Wissenschaft, vor allem in Bereichen der Wirtschaftslehre, ausgegrenzt wird, weil ihre Kritik genau in diesem Punkt ansetzt. Wissenschaftliche Forschung sollte an die Subjektivität, sowie Lebensrealität der Menschen anknüpfen und in einem weiteren Schritt vom Standpunkt benachteiligter Menschen ausgehen (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 45). In diesem Sinne gilt als feministisches Grundprinzip die Gesellschaft und ihre Verhältnisse vom Weiblichen her zu analysieren, aufgrund der Verbindung zu verschiedensten Diskriminierung- und Ausbeutungsverhältnissen durch die grundsätzliche Verweiblichung von bestimmten Gesellschaftsbereichen (vgl. Heise 1986, S. 229). Daher ist die scheinbar „objektiv“ hergestellte Wissenschaft grundsätzlich zu kritisieren und in einem weiteren Schritt in Wissenschaft aktiv, die eigene gesellschaftliche Position reflektierend, vorzugehen (Knittler/Haidinger 2016, S. 44). *„Wissensproduktion bedeutet demnach, Interaktion, Eingreifen und Verändern; Handlungsfähigkeit und Verantwortung stehen im Vordergrund, verbunden mit einer Kritik an Vorstellungen von einer entkörperlichten, freischwebenden Objektivität und Wahrheitsanspruch“* (Knittler/Haidinger 2016, S. 45).

Historisch ist der Diskurs zur feministischen Ökonomie in den 1970er-Jahren entstanden. Die Diskussionen beschäftigten sich hauptsächlich mit dem Arbeitsbegriff. Der Arbeitsbegriff wird in Verbindung mit der Verweisung von Frauen* in den Haushaltsbereich und den damit einhergehenden Zuschreibungen von bestimmten spezifisch weiblichen Tätigkeiten kritisiert. Im Zuge der historischen Entwicklung entstand eine ganze Bewegung und damit einhergehend feministische Perspektiven auf Arbeits-, Produktions- und Haushaltverhältnisse, Diskriminierung und Unterdrückung. Die Wurzeln dieser Perspektive auf Geschlechterverhältnisse innerhalb der Ökonomie reichen bis zu Beginn des 19.

Jahrhunderts und teilweise noch früher zurück. Selektivität in den Wirtschaftswissenschaften damals gilt als „strategisches Schweigen“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 8). Vor allem im 19. Jahrhundert wurden sogar Schriften von Ökonom*innen unter männlichen Pseudonymen herausgebracht. So ist es kaum verwunderlich, dass in der Theoriegeschichte und aktuellen Lehrbüchern der Wirtschaftswissenschaften kaum bis gar keine Beiträge von Ökonom*innen vorhanden sind. Auch die Zeit des Nationalsozialismus und die damit einhergehende Zensur, Verurteilung und Ermordung von Wissenschaftler*innen der Nationalökonomie oder des Austromarxismus trug erheblich zu Verdrängung der Frauen* in diesem Bereich bei (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 8ff.): „Die Rezeption ihrer [der Frauen, Anmerkung SH] wissenschaftlichen Ideen in Österreich wurde doppelt ausgelöscht: Als Frauen* standen sie im Schatten einer männlich dominierten Disziplin und als Jüdinnen* waren sie im Post-Nationalsozialismus unerwünscht“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 9f.). Aufgrund dieser Entstehungsgeschichte entwickelten sich feministische Arbeiten zu ökonomischen und politischen Problemen zunächst außerhalb der dafür thematisch passenden Wissenschaftsrichtungen. Die geringe Anerkennung von interdisziplinärer Arbeit auch heutzutage, ausgehend insbesondere von nunmehr feministischen Wirtschaftswissenschaftler*innen ist symptomatisch dafür. Dabei wäre die gegenseitige Unterstützung zwischen Wirtschaftswissenschaftler*innen und Geschlechterforscher*innen durchaus fruchtbar (vgl. Kuiper 2010, S. 591). Besonders prägend für feministische Ökonomie waren die vorher schon angeschnittenen Haushaltsdebatten der zweiten Frauen*bewegung und der Hinweis auf geschlechtsspezifische Lücken in üblichen ökonomiekritischen Analysen. Innerhalb dieser Debatte wird zwischen vier verschiedenen Positionen unterscheiden:

Produktivität der Hausarbeit: Hausarbeit wird als produktive Arbeit gefasst, also Arbeit, die Teil der ökonomischen Verhältnisse ist, da sie den Wert der Arbeitskraft herstellt und somit eine wesentliche Grundlage für die kapitalistische Wirtschaftsweise ist. Die unbezahlte Hausarbeit trägt nämlich maßgeblich zu wirtschaftlichen Wachstum bei, weil sie selbst die*der eigentliche Produzent*in der zur Ausbeutung dienenden Arbeitskraft ist und damit gleichzeitig selbst der Ausbeutung unterliegt.

Nicht-Produktivität der Hausarbeit: Hausarbeit wird als unproduktive Arbeit gefasst. Das heißt, dass sie nicht direkt zum wirtschaftlichen Wachstum beiträgt, sondern nur zum privaten Zwecke dient. Gleichzeitig reproduziert sie in dieser Sichtweise dennoch die Arbeitskraft, steht jedoch nicht unter direktem Einfluss der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Diese zweite Position ist als zu geschlechtlich unspezifischen Formen

ökonomiekritischer Analysen konform zu sehen. Diese Position wurde vor allem von kommunistischen Teilen der Frauenbewegung eingenommen, um sich von damaligen kommunistischen Parteien abzugrenzen, die Familie als Lebenskonzept an sich nicht in Frage stellten. Besonders wurde unter dieser Perspektive die Vergesellschaftung der Hausarbeit und Fürsorge als Aufgabe der Öffentlichkeit vorangetrieben werden.

Hausarbeit als eigenes Ausbeutungssystem: In der dritten Position wird Hausarbeit völlig abseits kapitalistischer Wirtschaftsweise gesehen. Die Beziehungen in Familie sind ein eigenes geschlossenes Ausbeutungssystem, stehen aber allgemein in Verbindung zur kapitalistischen Wirtschaft, weil die Reproduktion dieser Gesellschaftsform dennoch unterstützt wird. Frauen* und Männer werden dabei als eigene soziale Klassen gesehen, die sich mit anderen sozialen Klassen verschränken. In diesem Sinne sind Lohnarbeiter*innen von einer doppelten Ausbeutung betroffen. Männer haben demnach ein patriarchales Ausbeutungsinteresse, auch wenn sie selbst ausgebeutet werden. Kapitalismus ist unter dieser Perspektive nicht nur bevorzugend gegenüber Männern, vor allem unter dem Aspekt, dass Frauen* in die Lohnarbeit integriert werden und die männliche Entlohnung dadurch gesenkt wird. Hier wird von einem sogenannten dualistischen Ansatz gesprochen, also der analytischen Trennung zwischen den Systemen Kapitalismus und Patriarchat.

Akkumulation der Hausarbeit: Hausarbeit ist keine eigene Produktionsweise, sondern ist Teil der kapitalistischen Aneignung, beziehungsweise die Fortsetzung dieser Aneignung. Sie ist Basis und Voraussetzung für kapitalistische Wirtschaftsweise und daher formell der kapitalistischen Wirtschaftsweise untergeordnet

Ich möchte mich diesen Positionen teilweise anschließen und mich gleichzeitig dennoch davon abgrenzen. In aller ersten Hinsicht ist Hausarbeit für mich als produktiv zu fassen, daher auch als eine Grundlage der kapitalistischen Wirtschaftsweise, da die Hausarbeit als Produzent*in der zu ausbeutenden Arbeitskraft zu sehen ist. Unterdessen ist Hausarbeit selbst Fortsetzung von kapitalistischer Aneignung, die aus globaler Perspektive bis ins Unendliche fortgesponnen werden kann. Besonders mit der Verschränkung von Lohnarbeit ist dies möglich. Indem Reproduktionsarbeit vermehrt als prekär bezahlte Lohnarbeit verrichtet wird, ist diese selbst als permanentes Ausbeutungsverhältnis zu sehen. Die getrennte Analyse von Patriarchat und Kapitalismus erachte ich als

kontraproduktiv, da sie einer dialektischen Zugangsweise zuwiderlaufen würde, wie ich noch in der weiteren Erörterung meiner theoretischen Zugänge aufzeigen werde.

Ich möchte nun zurück zur Darstellung der Historie und der Gegenwart gehen. Durch die historischen Debatten wurde die Einbindung von Frauen* in den Arbeitsmarkt vorangetrieben. An den Mechanismen von patriarchal-kapitalistischer Wirtschaftsweise veränderte sich im Grunde jedoch nichts. Besonders unter neoliberalen Bedingungen wird die Debatte um Hausarbeit eher wieder traditionell geführt und von einer Abwertung der weiblich konnotierten Arbeit gesprochen. Im Zuge des neoliberalen Wandels der kapitalistischen Gesellschaft stieg zwar die Frauen*erwerbstätigkeit an, dennoch ist aber eine Ungleichheit bezüglich der Bewertung von männlicher und weiblicher Arbeit und der geschlechtlichen Arbeitsteilung zu erkennen (vgl. trouble every day collective 2014, S. 38ff.). Zum Themenstand der heutigen feministischen Ökonomie kann zusammengefasst werden, dass es ein breites Spektrum an Theorien gibt, dass dennoch im Wissensbestand der ökonomischen theoretischen Auseinandersetzung als minderwertig angesehen wird. Die Breite der gegenwärtigen Diskurse reichen von Auseinandersetzungen mit Modellen der Neoklassik, ihrer Weiterentwicklung, der sogenannten Care-Ökonomie, von Macht- und Beziehungsverhältnisse der Geschlechter, der Zuordnung von Ressourcen, bis hin zur Makroökonomie. Sogenannte queer-feministische Zugänge beschäftigen sich mit der dichotom zweiteiligen Zuordnung von Geschlecht, der Kritik daran und darüber hinaus mit der Verwobenheit von Geschlechterverhältnissen, Sexualität, Macht und Herrschaft im Kapitalismus (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 11). Letztere Perspektive ist jedoch eine jüngere Entwicklung in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zum Thema Ökonomie. Unter diesen feministischen Standpunkten ist es nun wichtig einerseits realpolitische Forderungen zu stellen und andererseits gleichzeitig die Kritik und Überwindung der Verhältnisse, die diese Umstände erzeugen, nicht aus dem Blick zu verlieren. Wirtschaft, Staat und ihre Akteur*innen legen ihr politisches Augenmerk zu meist eher weniger nur auf die Auswirkungen bezüglich der Lebensrealität, vor allem die der gesellschaftlich benachteiligten Menschen (vgl. trouble every day collective 2014, S. 13). Im Sinne der Solidarität bezüglich der gesellschaftlichen Benachteiligung ist es daher aus meiner Perspektive erforderlich, verschiedene Theorien und Zugänge zusammen zu denken. Dadurch können theoretische Gedanken weitergeführt werden, um sich einer komplexen, ganzheitlichen Erfassung von Mensch und Umwelt anzunähern. Auch unter dem Aspekt des geringen Status von interdisziplinärer Arbeit in den Wirtschaftswissenschaften ist die Verknüpfung mit anderen Gebieten, wie zum Beispiel die der

Geschlechterforschung mit ökonomischer Ausrichtung voranzutreiben. Durch die Verbindung verschiedener Forschungsstränge, wär es möglich der Geschlechterfrage, im Zusammenhang einer gesellschaftskritischen Auseinandersetzung, im wissenschaftlichen Diskurs mehr Platz einzuräumen. Wie auch immer die Diskrepanzen und Unterschiede der angeführten theoretischen Zugänge sich ausdrücken mögen, ist ihnen eins gemeinsam, sie zielen auf die Befreiung aus hierarchischen Gesellschaftsverhältnissen ab.

Vor allem wäre die stärkere Verbindung beider Forschungsstränge, die der Ökonomie und die der Geschlechterforschung, bereichernd, um subtile oder auch weniger subtile biologistische und naturwissenschaftliche Argumentationen innerhalb der verschiedenen Wissenschaftsstränge umfassend zu kritisieren und des Weiteren, eigene theoretische Überlegungen weiterführen zu können. Insbesondere im Sinne der Wissensproduktion und der steigenden Tendenz einer gewissen männlichen konnotierten Denklinie innerhalb der Wissenschaft könnte die stärkere interdisziplinäre Vermittlung von feministischem Gedankengut im wissenschaftlichen Diskurs selbst sinnvoll werden.

Unter dem zuvor schon angeschnittenen Stichwort „homo oeconomicus“ lassen sich derartige „männlich konnotierten Denklinien“ fassen und zwar als sogenannter „methodologischer Individualismus“ (Knittler/Haidinger 2016, S.46), mit entsprechender Fokussierung in Richtung Nutzen-Steigerung und instrumenteller Rationalität. So entwickelte sich zum Beispiel die Wirtschaftswissenschaft von einer vormals Sozialwissenschaft zu einer eher naturwissenschaftlich orientieren Disziplin.

Historisch gesehen ist diese Tendenz ab Ende des 19. Jahrhunderts festzumachen und erreicht die verschiedensten Wissenschaftsbereiche. Im Zuge der soziologisch zu beobachtenden historischen Individualisierung der Gesellschaft ist eine Verschiebung von gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen hin zum einzelnen Subjekt festzustellen. Das Individuum wird möglichst allein verantwortlich gemacht und hat im Sinne der instrumentellen Rationalität, losgelöst von gesellschaftlichen Verhältnissen, zu handeln (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S.46f.). Dies kommt vor allem derzeit herrschaftlichen Verhältnisse, wie die des Neoliberalismus zu gute. Bei dieser Entwicklung innerhalb der Gesellschaft und auch Wissenschaft lassen sich geschlechtsspezifische Zuschreibungen erkennen und damit die *„Zweiteilung zwischen rationalem, unabhängig und auf dem Markt agierendem Individuum und dem abhängigen und im Haushaltsgefüge verorteten Haushaltsmitglied, zwischen der Ausführung sowie ökonomischen Bedeutung von bezahlter und unbezahlter Arbeit, zwischen Effizienz und Altruismus, zwischen den*

formalwissenschaftlich-mathematischen und den unpräzisen sozialwissenschaftlichen Methoden“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 47).

Heterodoxe, das heißt nicht konventionelle, Ansätze hingegen betrachten das Individuum eingebunden in ein Gesamtgefüge, das anhand von Beziehungen zu staatlichen Institutionen, Ideologien, Kultur und Natur zu bestimmen ist. Zu einem derartigen wissenschaftlichen Ansatz ist auch die feministische Ökonomie mit ihrem Hauptbezugspunkt Geschlecht zu rechnen. Die übliche Zweiteilung in Denken und Handeln wird in Frage gestellt. Dabei steht Geschlecht als strukturelle Variable im Fokus der Analyse, die in der kapitalistischen Ökonomie als Funktion zu Herstellung sozialer Verhältnisse instrumentalisiert wird. Die Vorstellung des „Männlichen“ und „Weiblichen“ spiegeln sich in zwei Sphären wieder, in der des Marktes in Verbindung zum Staat und in der des Haushalts. Beide Sphären existieren in der üblichen Betrachtungsweise scheinbar unabhängig voneinander und folgen in der Praxis verschiedenen Vorstellungen. Ziel der Analyse ist dementsprechend die konsequente Infragestellung der Vorstellung scheinbar voneinander getrennter gesellschaftlichen Bereiche und die Darlegung der damit zusammenhängenden Geschlechterverhältnisse als Herrschaftsinstrument. Beitrag der feministischen Ökonomie ist also die konzeptionelle Zusammenführung und Darlegung der Verwobenheit beider Bereiche (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 71). Als Herrschaftsverhältnisse wirken parallel die Systeme Kapitalismus und Patriarchat, die Hintergrund dieser gesellschaftlichen Auslegung sind. Eine dualistisch trennende Herangehensweise zur ausreichenden Erfassung der Beziehung beider Sphären wäre aus Sicht der feministischen Ökonomie nur unzureichend, denn „das Patriarchat bildet [...] den meist unsichtbaren Untergrund des sichtbaren kapitalistischen Systems“ (Mies 1988, S. 56). Um die Interdependenz zwischen beiden Sphären und den reproduktiven Mechanismen dieser Verhältnisse auf die Schliche zu kommen, ist es notwendig, diese Verbindung in den Vordergrund der Analyse zu stellen (vgl. Mies 1988, S. 56). Gesellschaft und damit auch Makroökonomie sind daher *nicht geschlechtsneutral*, sondern sind im Gegenteil von Geschlechtlichkeit als strukturbildende Kategorie durchzogen. Alle vorher angeführten Einheiten, Markt, Staat, Wissenschaft, Individuum und Haushalt sind geschlechtlich strukturiert, miteinander verbunden und erscheinen nur auf den ersten Blick geschlechtsneutral und unabhängig (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 145). Aufgrund dessen kann die Ökonomie und all ihre Beziehungen *ohne geschlechtliche Machtverhältnisse nicht verstanden werden* (vgl. Krämer 2015, S. 12). Im Sinne der Kritischen Theorie scheint eine dialektische Betrachtungsweise von gesellschaftlichen Phänomenen unabdinglich. In diesem Sinne können scheinbar verschiedene, voneinander unabhängige

Gesellschaftsverhältnisse nur in unauflösbarer Verbindung zueinander verstanden werden. Über dialektisches Zusammendenken von Produktions- und Geschlechterverhältnissen kann die starre Entgegensetzung von Produktion und Reproduktion, Kapitalismus und Patriarchat, Markt und Haushalt überwunden und der Erfassung des Verständnisses von Gesellschaft angenähert werden. Analog dazu ist auch die Wechselwirkung von Gesellschaft und Individuum zu sehen, also die Formung des individuellen Bewusstseins durch das gesellschaftliche Sein und demnach können nicht nur ökonomische Verhältnisse erfasst werden, sondern die Gesamtheit des individuellen Lebens und der sozialen Umwelt (vgl. Krämer 2015, S: 19). Wir bewegen uns in dieser Betrachtungsweise also gleichzeitig auf der Metaebene, dem abstrakt gesellschaftlichen Sein und auf der Mikroebene, dem individuell gesellschaftlichen Sein. Im Vordergrund der Analyse stehen also alle „gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse, die Diskurse und Ideologien, unterschiedlichen Deutungen und kulturellen Verarbeitungen dieser Verhältnisse und Traditionen“ (Krämer 2015, S. 19).

Ausgehend von einer materialistischen Zugangsweise beruhen alle gesellschaftlichen Verhältnisse auf historischen Gegebenheiten, die von Menschen gemacht, daher *nicht determiniert und veränderbar sind*: „Die gesellschaftlichen Verhältnisse formen das Denken und Handeln und beeinflussen jeden Aspekt des Lebens“ (Holzer 2017, S. 24). Diese gesellschaftlichen Verhältnisse gilt es unter Berücksichtigung ihrer historischen Einbettung und der Rolle der Menschen in diesen Prozessen zu hinterfragen. Gesellschaft ist demnach ein historischer Gesamtkomplex, der durch die Menschen bedingt wird und umgekehrt den Menschen bedingt (vgl. Holzer 2017, S. 25). Ich möchte mich daher in meiner Analyse auf die Suche nach den Ursprüngen der gesellschaftlichen Mechanismen begeben, um vorherrschende Unterdrückungsverhältnisse darzulegen oder wie Maria Mies (1988) formulierte: „Die Suche nach den gesellschaftlichen Ursprüngen dieser Herrschaftsbeziehungen zwischen Männern und Frauen* ist die notwendige Konsequenz der feministischen Rebellion“ (Mies 1988, S. 63). Die Frage nach den Anfängen beziehungsweise der historischen Entwicklung und Einbettung ist demnach die Voraussetzung für die Aufhebung von sozial asymmetrischen Verhältnissen, die unsere Gesellschaft durchziehen. Jedoch kann die Suche nicht an einem historischen Augenblick des Unterliegens des „Weiblichen“ gegenüber dem „Männlichen“ festgemacht werden. Die Analyse sollte auch in Rückbindung an die Gegenwart stattfinden, da die Gesellschaft zwar ein Ergebnis der Vergangenheit ist, sich aber vor uns im Hier und Jetzt immer wieder neu realisiert (vgl. Mies 1988, S. 63ff.). Ziel ist, die denkerische Auseinandersetzung mit einer Welt, in der sich Menschen nicht dumm machen lassen und soziale

Widersprüche aufgezeigt werden (vgl. Holzer 2017, S. 82). Ansprüche feministischer Ökonomie sind demnach „fundamentale Kritik an der herrschenden globalen Wirtschafts- und Geschlechterordnung, sowie an den Grundsätzen und Zwecken von (Wirtschafts-) Wissenschaft“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 42), die Menschen beeinflussen und die von Menschen gemacht werden. Daraus ergibt sich das doppelte Bestreben, *einerseits auf bestehende ökonomische und soziale Verhältnisse einzugehen, diese anzuerkennen und zu kritisieren und gleichzeitig andererseits übliche Klassifizierungen bezüglich Geschlecht, Herkunft, Klasse und Sexualität aufzubrechen* (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 42). Die Betonung der beiden analytischen Ebenen ist mir in meiner Arbeit wichtig, denn nur durch die gleichzeitige In-Blick-Nahme beider Ebenen können konkrete Handlungsstrategien zur Veränderung gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse, bezogen auf das „Einzelne“ und „Ganze“, sichtbar werden.

In Anbetracht dessen scheint es von Bedeutung, an vorangegangene Debatten anzuschließen. Ich möchte mich der Wiederaufnahme der kollektiven Kämpfe rund um den Reproduktionsdiskurs widmen, der die Aneignung über die materiellen Verhältnisse und anderen Organisationsformen unserer Gesellschaft anstrebt. Hierbei handelt es sich um einen Prozess, der die permanente Reflexion des Bestehenden und eine schrittweise Annäherung an die Umwälzung von Herrschaft im Blick hat. In Bezug auf den Zusammenbruch der internationalen Finanzwelt im Jahre 2008 und der nachfolgenden politischen Instrumentalisierung der Krise zur Aufrechterhaltung einer Sparsamkeitspolitik im Sinne der Interessen der Akteur*innen der Wirtschaft scheint der Kampf um eine andere Form von Gesellschaft eine fortwährende Grundnotwendigkeit (vgl. Federici 2015, S. 83f.). Dieser Kampf entwickelt sich aus der Einsicht, dass die gegenwärtig bestehende Gesellschaft, aufbauend auf historischen Entwicklungen, eine bestimmte, Unterdrückung erzeugende Form der Organisation braucht, um sich selbst aufrecht zu erhalten. Durch die Thematisierung der Funktion von Reproduktionsarbeit wird deutlich, dass eine bestimmte Art von Familie, Sexualität und Kategorisierung von Menschen dafür notwendig ist: „Daraus folgt, dass reproduktive Beziehungen ebenso spezifisch sind wie die Bedingungen, die die Fabrik- und Büroarbeit prägen, denn sie sind funktional für die Reproduktion der Subjekte, die diese Tätigkeiten ausführen“ (Federici 2015, S. 41). Das sogenannte „Private“ und daher „weiblich Unsichtbare“ ist ein wesentlicher Teil der Sphäre von kapitalistischen Produktionsverhältnissen und wird deshalb gezwungenermaßen zum Feld für antikapitalistische Kämpfe (vgl. Federici 2015, S. 41). Im Sinne einer feministischen Autonomie ist es daher bedeutend, alle Tendenzen, die die Geschlechterfrage unter allgemeinere Themen zu subsumieren versuchen, beständig

zurückzuweisen und einen feministischen Diskurs, interdisziplinär und global gedacht, voranzutreiben (vgl. Mies 1988, S. 58). Es geht in dieser Betrachtung um die Entwicklung einer ganzheitlichen Perspektive, um die Spezifität des Privaten, also das Eingebunden-Sein des Einzelnen, zu erfassen, und um gleichzeitig der hierarchisch determinierend wirkenden Trennung von Gesellschaft und Individuum, Objektivität und Subjektivität, dem „Einzelnen“ und dem „Ganzen“ entgegen zu wirken. Nicht nur die Auswirkungen auf den einzelnen Menschen sollen erfasst werden, sondern die konkrete, eigene Eingebundenheit in das Gesamtgefüge von Herrschaftsverhältnissen soll miteinbezogen werden. Ich bewege mich also in meiner Arbeit in vielen Aspekten auf der abstrakten Ebene gesellschaftlicher Zusammenhänge. Aber um der Komplexität der geschlechtlichen und dialektischen Verstrickungen gerecht zu werden, halte ich die Herstellung einer Verbindung zur Mikropraxis für unumgänglich. Der letztere erwähnte Gedankengang schließt an die Theorien der queer-feministischen Ökonomie an. Ich möchte mich in meiner Arbeit der Frage annähern: Wie fruchtbar ist die Verbindung von feministisch ökonomiekritischen Analysen und Geschlechter-dekonstruktivistischen Ansätzen? Um diese Frage zu klären, werde ich zunächst auf abstrakter Ebene auf die materielle Basis und ihre Grundbestimmung eingehen, also dem Nährboden für die Entstehung gesellschaftlichen Zusammenlebens, der den Überbau für jegliche Mikro-Praxis bestimmt.

3. Patriarchaler Kapitalismus – kapitalistisches Patriarchat

Wie der Titel von diesem Kapitel zeigt, möchte ich in diesem Kapitel die dialektische Verwobenheit zweier häufig getrennt betrachteter gesellschaftlicher Systeme erläutern. Mir geht es nun darum, die unauflösliche Verbindung der beiden im Titel angeführten gesellschaftlichen Herrschaftsformen darzustellen. Patriarchaler Kapitalismus – kapitalistisches Patriarchat ist eine begriffliche Verwendung, um eine zusammenhängende Systematik von Unterdrückung und Ausbeutung zu benennen, bei dem speziell Frauen* beziehungsweise mit „Weiblichkeit“ gekennzeichneten Menschen und deren gesellschaftliche Bereiche benachteiligt werden (Mies 1988, S. 55). Die aus dem Bürgertum gewachsene Gesellschaft ist eine Formation, die üblicherweise in diese beiden zwei Sphären geteilt wird und die gleichzeitig dennoch eine untrennbare Einheit bilden. Dabei sind sie insbesondere „[e]ine Totalität als realer Zusammenhang, in dem sich die Personen bewegen“ (Heise 1986, S.9). Gesellschaft wird in verbreiteten Betrachtungsweisen in die öffentliche Markt- und die private Familiensphäre geteilt, wobei jeweils unterschiedliche Spezifität, geschlechtliche Konnotation, sowie auch unterschiedliche ineinandergreifenden Herrschaftsformen wirksam werden. Es stellt einen analytischen Fehlschluss dar, von einer getrennten Betrachtung beider Systeme auszugehen, die unabhängig voneinander bestimmt werden und erst nachfolgend in eine Beziehung gebracht werden können. Diese Art von trennender Bestimmung kann aus meiner Perspektive der Komplexität der Zusammenhänge nur unzureichend gerecht werden, denn durch eine getrennte Analyse würde den einzelnen Systemen jeweils an analytischer Substanz verloren gehen (vgl. Heise 1986, S. 10).

Patriarchat und das damit einhergehende Geschlechterverhältnis zeigt eine gewisse historische Kontinuität, die sich durch viele Jahrtausende zieht. In gewissen Abschnitten der Geschichte sind patriarchale Verhältnisse verstärkt und in wieder anderen brüchig oder auch lückenhaft vorzufinden. Zudem ist das patriarchalische Geschlechterverhältnis dem Kapitalismus als historisch vorausgehend zu betrachten. Die oft angenommene Allgemeingültigkeit der patriarchal-kapitalistischen Ordnung, wie sie auch in der bürgerlichen Gesellschaft auftritt, wird durch die Tatsache bestärkt, dass selbst in andersartigen Gesellschaftsformationen eine gewisse Ähnlichkeit der Geschlechterverhältnisse zu den zurzeit gültigen festzustellen ist. In einer kapitalistischen Gesellschaft trägt das System Patriarchat jedoch eine besondere Funktion inne. Meine wissenschaftliche Annahme geht also davon aus, dass Kapitalismus und die darin inhärent enthaltene Bestrebung der ungehemmten Anhäufung von Kapital ohne ein patriarchalisches Geschlechterverhältnis nicht möglich wäre. Es ist also eine gesellschaftliche Notwendigkeit

dieses Verhältnis aufrecht zu erhalten und immer wieder neu hervorzubringen (vgl. Mies 1988, S. 56): „Das Patriarchat bildet so den meist unsichtbaren Untergrund des sichtbaren kapitalistischen Systems“ (Mies 1988, S. 56). Das patriarchale Verhältnis unserer Gesellschaft ist ein überlieferter „Kristall“, eine notwendige Vorbedingung, die jedoch gleichzeitig aus dem kapitalistischen Verhältnis entstehend begriffen werden muss. Diese Betrachtungsweise ist ein Versuch dem Patriarchat seine allgemeine und damit scheinbar natürliche Gültigkeit zu nehmen. Ich gehe also von der prinzipiellen Annahme aus, dass unter verschiedenen gesellschaftlichen Formationen und historischen Gegebenheiten eine andere, nicht-patriarchalische Geschlechterordnung möglich wäre (vgl. Heise 1986, S. 19).

Die kapitalistische Produktionsweise, also die Art wie gesellschaftliches Leben zurzeit geordnet und organisiert wird, ist an sich als patriarchal. Begründet wird diese Grundthese in feministischen Auseinandersetzungen mit den aufzufindenden Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse und der augenscheinlichen gesellschaftlichen und sozialen Benachteiligung des weiblichen Geschlechts. Dies lässt sich durch die Analyse der Wirkweise verschiedener Bereiche begründen wie durch Technisierungsprozesse, bei Rekrutierungsmustern am Arbeitsmarkt und im Bildungssystem, in beruflichen Aufstiegsprozessen, der scheinbar rein geschlechtlich bedingten spezifischen Nähe und Distanz zu Technik oder wirtschaftlichen Kalkulationen etc.: „Die Geschlechterdifferenzen im System der gesellschaftlichen Arbeit gilt als zentrales Moment, das die Struktur der Geschlechterbeziehungen und vermittelt über diese Sozialstrukturen das Verhältnis zu Natur bestimme“ (Heise 1986, S. 227). Die kapitalistische Gesellschaftsordnung konnte sich, so die These von Heise, nur in patriarchalischen Verhältnissen entwickeln, als weltweit vorherrschende Ordnung etablieren. Die kapitalistisch-patriarchale Gesellschaftsordnung und deren Gespaltenheit in weiblich und männlich und damit Markt und Familiensphäre ist der Mechanismus selbst, der die Gesellschaft in dieser Formation immer wieder selbst hervorbringt. Durch unmittelbare Einwirkung auf persönlicher Ebene in der Sphäre des privaten und darin stattfindenden Reproduktion der Verhältnisse und der gleichzeitig abstrakten Verbundenheit mit einer formbestimmenden Wirtschaftsweise, die sich aus dieser Reproduktion speist und auf dieselbe einwirkt, erhält sich die kapitalistisch patriarchale Gesellschaftsordnung (vgl. Heise 1986, S. 226ff.): „Da der Kapitalismus notwendigerweise patriarchalisch ist, wäre es irreführend, von zwei getrennten Systemen zu sprechen, wie gewisse Feministinnen es tun“ (Mies 1988, S. 56). Es ist also folglich wesentlich, rein dualistisch argumentierte Ansätze zu kritisieren, denn die Betrachtungsweise als analytisch getrennte Systeme kann die Problematik der

Beziehung beider Systeme nur unzureichend erklären. Des Weiteren ist die getrennte Analyse als eine Reproduktion des Bestehenden zu verstehen, also die weitere Entspaltung und Stärkung der gesellschaftlich geschlechtlichen Spaltung. Aufgrund der Trennung wäre die Unterdrückung der Frau* nämlich ausschließlich dem Patriarchat und die Ausbeutung am Arbeitsmarkt ausschließlich dem Kapitalismus zuzuschreiben (vgl. Mies 1988, S. 56f.). Wo sind aber die Grauzonen, die Überlappungen, die Übergänge dieser schwarz-weißen Betrachtungsweise zu finden? In einer dialektischen Herangehensweise, in der die beiden Sphären als zusammenhängend ineinander verwoben betrachtet werden müssen und in einer Entgegensetzung zu den starren, dichotomen, deterministischen und monokausalen Kategorisierungen, und mit meinem Vorhaben, die Vielschichtigkeit und Komplexität von gesellschaftlichen Verhältnissen darstellen zu wollen, muss ein feministischer Ansatz danach trachten, das kapitalistische Patriarchat als ein „intrinsisch verbundenes System [zu] überschreiten und [zu] überwinden“ (Mies 1988, S. 57; Ergänzungen S.H.). Das patriarchale Gefüge und die kapitalistischen Bedingungen sind zwar nicht wesensgleich, dennoch gibt es deutliche Verschränkungen (vgl. Cyba 2010, S. 19). Darüber hinaus stehen sie außerdem in einem gegenseitigen Bedingungsverhältnis. Dieses Verhältnis kann durch eine Wechselseitigkeit von Kapitalismus und Patriarchat bestimmt werden, das eine bedingt sich durch das andere und „umgekehrt umgekehrt“ (Marx 1894/1986, S. 115). Die Separierung beider Systematiken würde Diskriminierungen in verschiedensten Ausformungen und die Ursachen derselben verschleiern oder gar im Dunkel lassen. Weiblich konnotierte Personen mit ihrer widersprüchlichen Einbindung in zwei scheinbar gegensätzliche, gesellschaftliche Sphären, die des Marktes und der Familie, würden dabei unsichtbar bleiben (vgl. Cyba 2010, S. 20). An dieser Stelle möchte ich darauf verweisen, dass ich zwar die Begriffe Familie oder Familiensphäre verwende, aber diesen Begriff nicht nur in der hegemonial vorherrschenden, biologisch determinierten Mann-Frau*-Kind-Konstellation meine. Ich möchte über dieses Verständnis hinausgehen und damit jeden Kontext, in dem Menschen ein Zuhause teilen und in Beziehung, auf welche Weise auch immer, zueinanderstehen, fassen.

Da wie vorher argumentiert, Patriarchat die gesellschaftliche Grundlage, also den unsichtbaren Untergrund der kapitalistischen Wirtschaftsweise bildet, möchte ich nun dieses System in seiner Grundbestimmung umreißen und schließlich in einem späteren Kapitel in seinen feinen Mechanismen näher betrachten.

3.1. Patriarchat und soziale Ungleichheit – eine historische Begriffsbestimmung

Von seiner Bedeutung her meint Patriarchat wortwörtlich „die Herrschaft der Väter“. In seiner Übersetzung wäre diese Definition zu kurz gefasst, da gegenwärtig damit allgemein männliche Herrschaft gemeint ist, wie zum Beispiel „von Ehemännern, von männlich Vorgesetzten, von leitenden Männern in den meisten gesellschaftlichen Institutionen, in Politik und Wirtschaft [...], kurz all das, was der ‚Männerbund‘ oder das ‚Männerhaus‘ genannt worden ist“ (Mies 1988, S. 55). Entsprungen ist der Begriff aus der Ableitung des griechischen und römischen Rechts, indem der Mann, das Oberhaupt des Haushalts, die rechtliche und ökonomische Verfügung über die von ihm abhängigen Familienmitglieder, unabhängig vom Geschlecht, hatte. Auch diese Definition im Hinblick auf die männliche Dominanz gegenüber dem Weiblichen ist im Kontext früherer historischer Zusammenhänge zu eng gefasst, da sie den modernen Bedingungen der Diskriminierung von Frauen* nicht gerecht wird. Demzufolge werden ganz allgemein unter Patriarchat die hierarchischen Verhältnisse zwischen den Geschlechtern begriffen (vgl. Cyba 2010, S. 17).

Besonders hervorzuheben ist das „*Zwischen-den-Geschlechtern*“, da ich nicht von einer Dichotomie des Geschlechts ausgehe, die strikten definitorischen Trennung von männlich und weiblich, sondern gerade die Betonung des „Dazwischen“ für relevant halte. Darüber hinaus ist Patriarchat, wie vorher schon erwähnt, eine Struktur, die geschlechtsunabhängig in Verknüpfung mit anderen möglichen Formen der Diskriminierung gemeinsam wirksam werden kann. Aber darauf möchte ich einem späteren Kapitel näher eingehen. Um auf das „Dazwischen der Geschlechter“ zu kommen, halte ich es für notwendig die Verschleierung halte ich es für notwendig, die Grundlage der Dichotomie der Geschlechter näher zu betrachten. Darum möchte ich mit der Bestimmung und Einbettung des Begriffs Patriarchat fortfahren.

„Patriarchat beschreibt ein gesellschaftliches System von sozialen Beziehungen der männlichen Herrschaft“ (Cyba 2010, S. 17). Es meint die Entfaltung und gesellschaftlich anerkannte Formgebung der männlichen Herrschaft über Frau*, Kind und Familie und sogar die Ausweitung männlicher Hegemonie auf die Gesellschaft im Ganzen. Patriarchat beruht daher auf sozialer Ungleichheit (vgl. Cyba 2010, S. 17). Soziale Ungleichheit kann in diesem Sinne vielschichtig betrachtet werden, da davon gesprochen werden kann, „wenn Menschen aufgrund ihrer Stellung im sozialen Beziehungsgefüge von den gesellschaftlichen Gütern regelmäßig mehr als andere erhalten“ (Amling 2015, S. 11). Weiters kann gefasst werden, dass „soziale Ungleichheit bzw. Ungerechtigkeit nicht

allein vorliegt, wenn Gleiche ungleich behandelt werden, sondern auch, wenn Ungleiche gleich behandelt werden“ (Ecarius/Eulenbach et al. 2011, S. 59). Unter der Wirkung einer leitenden Norm entsteht ein Privileg, dass sich nur ein Teil der Gesellschaft aneignen kann. Dadurch findet Selektion von Andersartigkeit, die nicht dieser Norm entspricht, statt. Durch diese Andersartigkeit wird dem restlichen Teil der Gesellschaft die Teilnahme an dieser Norm nicht zugestanden und daraus folgend Möglichkeiten verwehrt. Es folgt eine Art Erhaltung der Norm, um des reinen Privilegs Willen. Um einen Teil der Gesellschaft verschleiert mehr gesellschaftliche Teilhabe und Bestimmungsrecht zugehen zu können, wird ein anderer großer Teil der Gesellschaft, durch vorherrschende Normen davon abgehalten, sich der gleichen Privilegien zu bemächtigen. Verschleiert wird dieser Mechanismus durch die Ausblendung sozialer Ungleichheit, die wiederum weitgehend über die Interdependenz struktureller Privilegien stattfindet. Mit *Privilegierung* ist die Dominanz eines sozialen Kollektivs gemeint, das sich selbst einer sozialen Norm zugehörig fühlt, diese als allgemein gültig voraussetzt und die dazugehörige soziale Position als etwas Naturgegebenes begreift. Privilegien sind mitunter ein Ausdruck eines Vorrechts eines genießenden Zugangs zu Ressourcen, da die gesellschaftlich eingerichteten Institutionen zum Vorteil des normgebenden Kollektivs vorgehen (vgl. Ecarius/Eulenbach et al. 2011, S. 59f.). Diese gesellschaftlichen Mechanismen stehen in einem engen Zusammenhang mit dem Phänomen von *Sozialisation*, bei der eine subtile Einschreibung von Gesellschaft in unser Denken und unsere Körper erfolgt. Sozialisation beruht demnach auf zwischenmenschlichen Asymmetrien und Beziehungen, die von Macht und sozialer Unterdrückung geprägt sind. Es handelt sich dabei um einen gewissen Vorbehalt von Machtpositionen, der nicht nur in gesellschaftlichen Teilaspekten, wie den der Familie bezieht, zur Wirkung gelangt, sondern sich vielmehr durch alle sozialen Bereiche zieht. Die Herleitung wesentlicher Aspekte der Divergenz und ungleichen Behandlung von Menschen lassen sich nämlich nicht auf das Innere der Familie beschränken. Es kann also festgehalten werden, dass Patriarchat ganz im Allgemeinen auf sozialer Ungleichheit, asymmetrischen Beziehungen, geprägt von Macht und sozialer Unterdrückung, beruht. Mittels der Verschleierung der patriarchalen Verhältnisse als natürliches und selbstverständliches Phänomen bleiben die patriarchalen Auswüchse sozialer Ungleichheit verdeckt (vgl. Cyba 2010, S. 17). Da Patriarchat jedoch kein naturwüchsig gesellschaftliches Phänomen ist, sondern Sozialisation ihm selbst immanent ist, kann auch dafür wie folgend gefasst werden: „Wenn man so will, ist Sozialisation von Beginn an mit der Frage der Ungleichheit verknüpft. Denn Sozialisation findet immer in ungleichen sozialen Arrangements statt. Und Sozialisation stellt immer wieder Ungleichheit

her“ (Bauer 2012, S. 2). Dem Diktat der sozialen Ungleichheit unterliegen jene Gesellschaftsgruppen, die sozial benachteiligt werden und denen daher der Zugang zu allgemein vorhandenen und präferierten Gütern und Positionen verwehrt wird (vgl. Böhnisch 1996, S. 263). Mittels historischer Kontextualisierung kann die dahinterliegende Selbstverständlichkeit derartiger gesellschaftlicher Mechanismen allerdings analytisch aufgebrochen werden.

Die historische Einbettung von Patriarchat oder Gesellschaft auf Geschlecht bezogen, ist ein umstrittener Diskurs. Oft wird durch die Gegenüberstellung der Existenz eines Matriarchats, die Herrschaft seitens der Frauen*, versucht mit der naturwüchsigen Kontinuität des Patriarchats zu brechen. Diskurse zum Matriarchat als Epoche der gesellschaftlichen Entwicklung sind nach wie vor offen. Jüngere Zugänge sprechen von Gesellschaften die geschlechtssymmetrisch, daher die Beteiligung und Herrschaft beider Geschlechter im selben Ausmaß, organisiert wurden. Trotz dieser neueren Zugänge reicht die Unterdrückung und Benachteiligung von Frauen* historisch jedoch weit zurück und kann daher kaum bestritten werden (Cyba 2010, S. 18). Dieser historischen Kontinuität und im wissenschaftlichen Diskurs marginal behandelten Gegenbeispiele muss jedoch entgegengehalten werden, dass Patriarchat kein System ist, das immer vorhanden war, denn es ist so wie andere gesellschaftliche Systeme an eine zeitliche und regionale Dimension gebunden (vgl. Mies 1988, S. 55f.). So geht zum Beispiel Friedrich Engels davon aus, dass weit in der Geschichte zurück Geschlechterordnung an sich von Symmetrie bestimmt war. Erst nach zwischenzeitlich matriarchalen gesellschaftlichen Organisationsformen konnten sich patriarchale Strukturen durchsetzen (vgl. Engels 1884/1974, S. 76). Aber nicht nur der historische Ursprung der männlichen Dominanz und Herrschaft innerhalb der Gesellschaft ist wichtig, sondern es geht vielmehr um das Aufzeigen der spezifischen Ausformungen der zurzeit noch immer vorherrschenden Benachteiligung und Unterdrückung von Frauen* (vgl. Cyba 2010, S. 18).

3.2. Das jüngste Patriarchat – kapitalistisches Patriarchat

Im Lauf der Zeit, hat Patriarchat ein gewisses historisches Ausmaß von Unterdrückung und Ausbeutung erreicht, das je nach historischer Epoche und gesellschaftlicher Formation verschiedene Ausformungen aufweist. Kapitalismus ist die jüngste Ausprägung der Entwicklung dieses Systems. Deshalb können gegenwärtige Problematiken von Frauen* nicht nur durch den Rückbezug auf alte Formen des Patriarchats erklärt werden, denn mit der Ablösung des Feudalismus durch den Kapitalismus hat sich auch die Form der Unterdrückung und Ausbeutung verändert (vgl. Mies 1988, S. 56), obwohl gleichzeitig

die patriarchale Unterdrückung erhalten geblieben ist. Die bürgerliche Epoche und daher die Entstehung kapitalistischer Verhältnisse überflügeln die bisherigen Ausformungen von Patriarchat und spitzen sie in besonderer Weise zu. Die Eindeutigkeit der geschlechtlichen Zuschreibungen bekommt durch die Erschaffung der Arbeitskraft, als Ware zum Tausch gegen Geld, und der damit einhergehenden männlichen Zuschreibung eine beträchtliche Manifestation (vgl. Heise 1986, S. 230). Es handelt sich hierbei also um eine besondere historische Ausformung eines geschichtsübergreifenden Patriarchalismus.

Die bürgerliche Epoche „ermöglicht“ gesellschaftliche Teilhabe an Frauen* nur unter der Prämisse möglichst nicht an gesellschaftlicher Arbeit teilhaben zu können, zumindest nicht an einer bezahlten Arbeit. *Frauen* werden ausschließlich auf den Bereich, der als freiwillige Notwendigkeit für gesellschaftliches Überleben dargestellt wird, dem Haushalt und seiner Führung, verwiesen.* Selbst wenn Frauen* dennoch erwerbstätig sind, bringt dies auch Beschränkungen mit sich (vgl. Beer 2010, S. 63; Heise 1986, S. 17). Von diesem Standpunkt ausgehend, haben Feminist*innen, vor allem jene in der zweiten Frauenbewegung, die strukturelle Unterdrückung von Frauen* argumentiert.

Unterdrückung aufgrund patriarchalischer Herrschaftsverhältnisse ist auf viele zentrale gesellschaftliche Bereiche zurückzuführen (vgl. Cyba 2010, S. 19). Vor allem in Verbindung mit dem Klassenbegriff weist Patriarchat eine weitere strukturell spezifische Ausformung auf. Durch die gezielte Durchsetzung der monogam-heterosexuellen Ehe wurden nicht nur Geschlechterverhältnisse in eine besondere Herrschaftsordnung, die Unterdrückung der weiblichen Klasse durch die männliche, gebracht. Weiters wurde auch der Klassenwiderspruch, wie in Marx und Engels beschrieben haben, nämlich die Teilung der Gesellschaft in Proletariat und Bürgertum, dadurch vorangetrieben (vgl. Engels 1884/1974, S. 76). Hiermit dient das Patriarchat einer wesentlichen Funktion zur Herstellung des Klassenwiderspruchs und damit zur Ausbeutung von Menschen allgemein. Dementsprechend weniger überraschend scheint der Umstand, dass vor allem Frauen* zumeist gesellschaftlich in Kreisen der Lohnarbeiter*innen verkehren, als in denen der Kapitalisten. Die gesellschaftliche Stellung des Kapitalisten ist vor allem den Männern vorbehalten. Ich pflege hier, beim Wort „Kapitalist“, bewusst, ausschließlich die männliche Form zu verwenden, um diesen Umstand zu unterstreichen. In Verschränkung der Unterdrückung der Frau* im geschlechtlichen Widerspruch mit dem des Klassenwiderspruchs kann historisch rückbezogen gefasst werden, dass in der historischen Entwicklung an sich Unterschiede zu verzeichnen sind. In diesem Sinne kann hier von doppelter Benachteiligung der Frau* im privaten sowie im öffentlichen Bereich der Gesellschaft

gesprochen werden. Zu Beginn der industriellen Entwicklung bewegten sich Frauen* aus der Mittel- oder Oberschicht eher fernab von Erwerbsarbeit, Beruf und Profession, verbannt in den privaten Bereich der Familiensphäre. Die Frauen* der Arbeiter*innenklasse hingegen wurden in den Arbeitsmarkt, also den öffentlichen Bereich miteinbezogen. Jedoch war diese Entwicklung durch eine gewisse Separierung der Frauen* nach Industriezweigen der sogenannten „Frauenbranche“ gekennzeichnet, die wegen der niedrigen Bezahlung von Männern eher gemieden wurden. Trotz der Einbindung der proletarischen Frauen* in den öffentlichen Bereich der Gesellschaft und der bezüglichen Ausbeutung und Unterdrückung gemeinsamen Position von Frauen* und Männern, gab es wenig Solidarität zwischen den Geschlechtern (vgl. Beer 2010, S. 61ff.).

Gegenwärtig hingegen wird patriarchale Herrschaft weiter gefasst und verwirklicht sich in der Interdependenz von ökonomischer, politischer und institutioneller Ebene. Diese Betrachtung beruht auf einer abstrakt gesellschaftlichen Betrachtungsweise und lässt sich vor allem im Sinne der gesellschaftlichen Wissensproduktion und institutionellen Sinnstiftung weiterführen. Durch die Etablierung eines gewissen gesellschaftlichen Diskurses, orientiert am homo oeconomicus und der damit zusammenhängenden männlichen Konnotation, wirkt Patriarchat auf einer subtilen Ebene: „Die bestehenden Institutionen der Herrschaft und der Arbeitsorganisation [...] versuchen, diese Produktion zu beeinflussen bzw. in sie einzugreifen“ (Berger/Luckmann 1995, S. 15), also die Produktion von Wissen und damit gesellschaftliches Leben an sich. Mit der Produktion von Wissen, das gesellschaftlich wirksam wird, nimmt dieses wiederum Einfluss auf das gesellschaftliche Leben an sich und trägt damit zum unterdrückerischen Charakter des patriarchal-kapitalistischen Geschlechterverhältnisses bei. Von daher ist die Stellung des „Weiblichen“ keine Frage der Bewertung durch den Mann, sondern auch eine Frage des Stellenwertes und daher der materiellen Basis, also dem Sein, das das Bewusstsein schafft (vgl. Marx 1921/2015, S. 8).

Weiters ist Sozialisation wie vorher schon erwähnt ein weiteres wesentliches gesellschaftliches Phänomen zur Aufrechterhaltung von Herrschaft. Mit Sozialisation und geschlechtlicher Identitätsbildung werden patriarchale Zustände näher beschrieben, wie sich im Kapitel „Geschlecht – eine mikrosoziologische Perspektive“ zeigen wird. Grundsätzlich wird im wissenschaftlichen Diskurs unter Sozialisation der Prozess der Integration des Individuums in die Gesellschaft verstanden. Dabei steht die Totalität, der durch die Gesellschaft vermittelten Umwelt, zentral und trägt die Bedeutung für die spezielle Entwicklung und die Veränderung eines Menschen. Die Totalität der Gesellschaft besteht darin, dass sie alle in ihr lebenden Menschen bedingt und gleichzeitig von ihnen

aufrechterhalten und neu geschaffen wird. Die sozialisatorischen Prozesse sollen gewährleisten, dass gesellschaftliche Formationen über Generationen hinweg bestehen bleiben können (vgl. Ecarius/Eulenbach et al. 2011, S. 9). Gesellschaftliches Sein wird im Zuge der Sozialisation subtil in die Subjekte eingeschrieben und unbewusst im Sinne einer dialektischen Verwobenheit von Gesellschaft und Individuum vorangetrieben. Es ist ein Wechselverhältnis zwischen Individuum und Gesellschaft, indem das eine ohne das andere nicht existieren könnte und sich in diesem Prozess gegenseitig erhalten. Dadurch ist Gesellschaft als gesamter Komplex zu betrachten, der sich durch alle Mitglieder funktionell aufrechterhält und in dem durch gesellschaftlichen Gesamtkomplex den Mitglieder*innen eine Funktion zufällt und zugleich jede*jeder Einzelne von diesem Komplex im weitem Maß beeinflusst wird (vgl. Holzer 2017, S. 24). In diesem Sinne kann auch die Sozialisation des kapitalistisch-patriarchalen Verhältnisses verstanden werden. Kapitalismus und Patriarchat wirken als gesellschaftlich vorherrschende Verhältnisse auf die Gesellschaft ein und daher im weiteren Schritt auf die in sie eingebundenen Individuen. Jedoch soll dieser Einschreibungsprozess gesellschaftlicher Verhältnisse in die Subjekte selbst nicht als unbewusster gesellschaftlicher Prozess verstanden werden: „Die Personen werden nach Vertragsabschluss nicht in den sozialökonomischen Strukturzusammenhang hineingestoßen und nicht dort gehalten; sie selbst gehen hinein und sie bleiben, beides freiwillig. Sie werden aus eigenem Willen und eigenem Antrieb zu Trägern ökonomischer Verhältnisse“ (Heise 1986, S. 39). Da diese ökonomischen Verhältnisse kapitalistisch und dem Kapitalismus vorausgesetzt patriarchal sind, werden die Personen selbst zu Träger*innen gesellschaftlicher Verhältnisse der Unterdrückung und Ausbeutung. Gesellschaft an sich konstituiert sich durch die Träger*innen der gesellschaftlichen Verhältnisse selbst und daher wird auch die Identifikation mit entsprechenden Denk- und Handlungsmaxime aufrechterhalten und immer wieder neu hervorgebracht (vgl. Heise 1986, S. 41f./; Knittler/Haidinger 2016, S. 43).

In der hier zuvor geschilderten Einbettung, Funktion und Position von Individuen innerhalb der Gesellschaft ist es folglich sinnvoll die enge Verwobenheit von Kapitalismus, den ökonomischen Verhältnissen, und Patriarchat und den Geschlechterverhältnissen in der Aufhebung der Geschlechterverhältnisse notwendigerweise zusammenzudenken. Die Befreiung von unterdrückten Personen und damit von Weiblichkeit allgemein aus patriarchalen Verhältnissen setzt die Befreiung aus den kapitalistischen voraus (vgl. Heise 1986, S. 232). *Ausgehend von einer emanzipatorischen Perspektive, die Kapitalismus und Patriarchat als zwei ineinandergreifende gesellschaftliche Verhältnisse betrachtet, würde dies bedeuten, dass im umgekehrten Fall die Befreiung aus*

kapitalistischen nicht ohne die Befreiung aus patriarchalen Verhältnissen mögliche wäre. Die Aufhebung der gesellschaftlichen Verhältnisse in der umgekehrten Reihenfolge, zu erst die Geschlechterverhältnisse und dann erst die kapitalistischen, könnte dazu führen, dass die nicht geschlechtsspezifische Arbeitsteilung systemverträglich bleibt und Untedrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse in neuer Form fortgeschrieben werden. Die patriarchale Zweiteilung der Gesellschaft in Markt und Familiensphäre und die damit zusammenhängenden Abwertungsmechanismen würden sich dennoch nicht zwingend auflösen sowie Geschlechterverhältnisse verschleiert weiterführen. Unter diesen vorher ausgeführten Gedankengang zur unmittelbaren Verbindung von Patriarchat und Kapitalismus halt ich es für besonders interessant, dass Patriarchat seiner früheren Ausformung und der damit ehemals am biologischen Geschlecht festgeschriebenen Zurechtweisung von Träger*innen von Geschlecht gegenwärtig nicht mehr gerecht werden kann. Es ist vor allem dort wenig erfolgreich, wo die ökonomische Grundlage fehlt und klassisch patriarchale Lebensentwürfe nicht mehr lebbar sind. Ein Beispiel dafür wären Lebensgemeinschaften mit prekären ökonomischen Bedingungen und geringeren ökonomischen Ressourcen, in denen alle Personen dazu angehalten sind, ein Lohnverhältnis einzugehen und daher das entsprechend patriarchal-typische Abhängigkeitsverhältnis zwischen Mann* und Frau* nicht mehr offensichtlich vorhanden ist. Demnach ist das Patriarchat unter gegenwärtigen Bedingungen, überall außer in der Oberschicht, nicht mehr in diesem offensichtlichen Maße griffig. *Dennoch haben wir es heute möglicherweise mit einer anderen Art von Patriarchat zu tun, als der, wie vorher im Beispiel des klassisch finanziellen Abhängigkeitsverhältnisses zwischen Mann* und Frau*, offensichtlichen Zuweisung. Damit wäre es ein Patriarchat, dass weniger an die Personen selbst gebunden ist, sondern viel mehr als leitende Denk- und Handlungsmaxime im gesellschaftlichen Zusammenleben und der entsprechend Ordnungweise vorherrscht* (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 201ff.).

Nach Steinert und Resch sind die Aufgaben des Patriarchats schon „längst an den Staat der arbeitsrechtlichen und sozialrechtlichen und familienrechtlichen Sicherungen des Gewaltmonopols delegiert“ worden (Resch/Steinert 2011, S. 203). Die Übertragung der Aufrechterhaltung patriarchaler Organisations- und Ordnungsaufgaben an den Staat wird demnach als Schein-Patriarchat bezeichnet. Patriarchat wird dadurch dennoch weitergepflegt, da die traditionell weiblichen und männlichen Eigenschaften der Arbeitskraft eingeschrieben sind: „als Bereitschaft zur körperlichen Verausgabung, zum Riskieren von Gesundheit bis Leben, als Bereitschaft zum Pflegen und Verwöhnen, als sexuelle Attraktivität (das wichtigste Spiel-Material der Unterhaltungs-Industrie wie der Werbung),

als Wunsch zum Beschützen und Versorgen“ (Resch/Steinert 2011, S. 204). Durch die Inkludierung beider Geschlechter in die universelle Lohnarbeiter*innenschaft sind traditionelle Geschlechtscharaktere nicht mehr von großer Relevanz, da diese geschlechtsunabhängig durch Konkurrenz und Austauschbarkeit im Zuge der Effizienzlogik der Ökonomie bestimmt wird. Gleichzeitig sind die geschlechtsstereotypischen Arbeitskraft-Qualifikationen unentbehrlich für kapitalistische Wirtschaftsweisen (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 204). Unter heutigen neoliberalistischen Gesellschaftsverhältnissen sind männliche Zuschreibung und damit die Aufrechterhaltung patriarchaler Strukturen nochmal besonders interessant, da nur durch sie das Arbeitskraft-Unternehmertum im Sinne des homo oeconomicus gestützt werden kann. Wie zuvor schon ausgeführt beinhaltet der männlich konnotierte Duktus des homo oeconomicus genau die Qualitäten, die benötigt werden, um am Arbeitsmarkt unserer neoliberalen Gesellschaft bestehen zu können. Zu diesen Qualitäten zählen Unabhängigkeit, Objektivität und individuelle Autonomie (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 204; Knittler/Haidinger 2016, S. 43). Dazu möchte ich einige Gedanken später unter dem Kapitel „Neoliberalismus wirklich so neu?“ mehr ausführen. Um dies tun zu können, müssen zuvor aber noch einige grundlegende Verbindungen von Patriarchat und Staat geklärt werden.

Der Staat nimmt in der kapitalistisch patriarchalen Gesellschaft eine Vermittlungsrolle ein und konstituiert sich wiederum durch seine patriarchalen öffentlichen Institutionen. Er ist demnach eine Form von öffentlichem Patriarchat, das auf die private Sphäre einwirkt und damit für ungleiche Verteilung von Lebenschancen bezüglich der Geschlechter sorgt. Diese Institutionen werden durch scheinbar objektive, unpersönliche Regelungen, die von rechtlicher Seite abgesichert werden, legitimiert (vgl. Cyba 2010, S. 20). Hierarchische Geschlechterverhältnisse und soziale Ungleichheit in Hinblick auf das Geschlecht werden durch die Widersprüchlichkeit von bürgerlichen Rechtsverhältnissen verschleiert. So wird einerseits wiederum eine allgemeine rechtliche Gleichheit von allen Menschen ausgelobt, während andererseits gleichzeitig Frauen* von Rechtsgleichheit ausgeschlossen werden. Augenscheinlich wird dies bei der Betrachtung von gegenwärtig gültigen Regelungen für die Familie, die stärker von patriarchalischen rechtlichen Regelungen durchsetzt sind, als zum Beispiel die Marktsphäre (vgl. Cyba 2010, S. 18). Das Patriarchat ist nicht mehr eine Angelegenheit, die sich im privaten Bereich der Familiensphäre abspielt. Im Gegenteil ist das Patriarchat mit den Institutionen, die das öffentliche Patriarchat verkörpern, in die Öffentlichkeit übergegangen, um seinen Bedeutungsverlust in der Familiensphäre zu kompensieren. Damit kann die kapitalistische Wirtschaftsweisen trotz der scheinbaren Gleichstellung der Geschlechter unter Ausnutzung

der patriarchalen Geschlechterdifferenz weiterhin gewährleistet werden (vgl. Cyba 2010, S. 20; Resch/Steinert 2011, S. 201f.): „Damit wird die staatliche Politik als eine immer wichtiger werdende Arena der Macht- und Chancenverteilung zwischen den Geschlechtern wahrgenommen“ (Cyba 2010, S. 20). Demnach dient der Staat als ein Herrschaftsinstrument zur Durchsetzung patriarchaler und kapitalistischer Interessen. Diese Betrachtungsweise der Funktionsweise staatlicher Institutionen schließt eng an traditionell marxistische Analysen an, und widerspricht damit der allgemein verbreiteten Sichtweise, die davon ausgeht, dass der Staat ein Instrument zur Herstellung von Geschlechtergleichheit sein könnte.

Patriarchat in seiner üblichen Verwendung ist unter gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr genau fassbar, sondern vielmehr nur mehr ein Schein, wodurch die Meinung aufrechterhalten wird, dass die Geschlechterungleichheit als vergangen verstanden werden kann. Daher ist die weitere Verwendung des Begriffs Patriarchat förderlich, denn in Rückbindung an feministische Bewegungen können unter ihm immer noch alle vergangenen, aber auch gegenwärtig geführten Kämpfe subsumiert werden.

3.3. Patriarchat – ein konzeptioneller Kampfbegriff

Trotz der vorher beschriebenen Aufweichung patriarchaler Strukturen unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist der Begriff Patriarchat dennoch ein Kampfbegriff zur Benennung eines Konglomerats von Ausbeutung und Unterdrückungsverhältnissen sowie der Systematik dahinter in gesellschaftlich historischer Einbettung geblieben. Er ist ein Instrument, um biologistischen, dichotomen Zuschreibungen etwas entgegenzuhalten. Mit ihm kann die Gegenwart mit der Vergangenheit verknüpft werden, um das Ende von scheinbar selbstverständlichen und destruktiven Umständen denkbar zu machen (vgl. Mies 1988, S. 55f.). Unter dem Begriff Patriarchat kann auch ein Konzept verstanden werden, mittels dem strukturelle Ähnlichkeiten in den verschiedenen Ausprägungen von Diskriminierung und Ungleichheit sichtbar gemacht werden können. Jedoch die Sichtbarmachung an sich ist nicht ausreichend genug, denn durch sie allein können die Machtbeziehungen und soziale Unterdrückung nicht erklärt und die natürliche Selbstverständlichkeit auch nicht aufgebrochen werden. Es benötigt eine gewisse Spezifizierung, um den Mechanismen der gesellschaftlichen Ausbeutung und Unterdrückung auf die Schliche zu kommen. Die alleinige Benennung von Verhältnissen läuft einer zirkulären Begründung Gefahr: Die Diskriminierung der Frauen besteht in der Vorherrschaft von Männern und wird durch diese Vorherrschaft verursacht, Diskriminierung also aufgrund von Diskriminierung“ (Cyba 2010, S. 19). Konkrete Mechanismen werden nur durch die

Sichtbarmachung patriarchaler Strukturen nämlich nicht analysiert und können im weiteren Schritt daher nicht durchbrochen werden, sondern im Gegenteil, sie können dadurch sogar noch reproduziert werden, da sie in derartigen zirkulären Argumentationen unveränderbar erscheinen. Daher muss die ganze Bandbreite der Grundlagen hierarchischer Organisation von Geschlechterverhältnissen analysiert und in ihrer Vielfalt erfassbar gemacht werden.

Sylvia Walby hat mittels des Konzepts von Patriarchat versucht die Diskriminierung von Frauen* in ihrer Gesamtheit zu erfassen und gleichzeitig ihren systematischen Hintergrund darzulegen. *So sind ihrer Analyse nach sowohl Sexualität, Politik, die bezahlte Beschäftigung von Menschen in allen gesellschaftlichen Bereichen, Gewalt, kulturelles Leben, als auch staatliche Regelsysteme von hierarchischen Geschlechterstrukturen durchzogen.* Durch den speziellen Blick ihrer Analyse Spezifizierung auf bestimmte Bereiche der Unterdrückung und durch die Benennung der beteiligten Akteur*innen wird Patriarchat sowohl als ein Unterdrückungsmechanismus als auch als empirische Realität fassbar (vgl. Walby 1990, S. 1ff.). Es müssen ihrer Ansicht nach jene Mechanismen identifiziert werden, aufgrund derer Frauen* ihre Unterdrückung und Benachteiligung über sich ergehen lassen. Jedoch muss in der Analyse darauf geachtet werden, dass durch die bloße Beachtung von Unterdrückungsverhältnissen, nicht etwa ein mögliches emanzipatorisches Moment verloren geht und die Handlungsunfähigkeit weiter festgeschrieben wird. Daher müssen auch Widerstandspotentiale in theoretischen Ausführungen ihren deutlichen Ausdruck finden. Indem die eigene Beteiligung von Frauen* an ihrer Unterdrückung erkennbar gemacht wird, werden sie gleichzeitig aus ihrer* Rolle des passiv unterdrückten Objekts geholt. Andernfalls, das heißt sofern die Effekte des Patriarchats nur aufgezeigt würden, gilt die Aufmerksamkeit in der Analyse letztendlich wieder nur der Rolle von Männern, wobei dann die Gefahr besteht, dass Bedingungen verstärkt werden, unter denen sich traditionelle Geschlechterstrukturen ungewollt erneut fortschreiben (vgl. Cyba 2010, S. 20). Ich möchte nun wieder zum Anfang dieses Kapitels zurück zu kehren. Ich habe dort bereits betont, dass alle Mechanismen von patriarchalen Verhältnissen in Einbettung in gesamtgesellschaftliche Zusammenhänge gedacht werden *müssen*. Deshalb halte ich die Benennung dieser Zusammenhänge im Sinne der Bezeichnung als kapitalistisches Patriarchat oder auch als patriarchaler Kapitalismus als unumgänglich. Die patriarchalen Verhältnisse der modernen Gesellschaft können nicht isoliert von ihrer derzeitig gesellschaftlich-ökonomischen Grundlage gesehen werden. Umgekehrt kann Kapitalismus nicht ohne seine gesellschaftshistorischen Vorbestimmungen, die auch patriarchal geprägt sind, ausreichend erfasst werden. Deshalb möchte

ich im nächsten Kapitel näher auf die kapitalistische Wirtschaftsweise und die damit zusammenhängenden Geschlechterhierarchien eingehen, die in den Sphären von Produktion und Reproduktion ihren Ausdruck finden.

4. Produktion und Reproduktion

Im vorhergehenden Kapitel bin ich auf die besondere Verbindung von Patriarchat und Kapitalismus eingegangen. Durch diese Darlegung sind die gesellschaftlichen Verhältnisse, von deren Perspektive aus ich meine Arbeit analysieren möchte, fürs erste ausreichend bestimmt. Jedoch sind sie bisher nur an der Oberfläche betrachtet und haben noch nicht diejenige Tiefe erreicht, um ans Ende der Arbeit zu kommen. Da ich im vorherigen Kapitel vor allem ausgehend vom Patriarchat argumentiert habe, möchte ich nun dieses Kapitel von der anderen Seite, jener der kapitalistischen Ökonomie, aufrollen. Zuallererst werde ich die scheinbar dominante Marktsphäre betrachten, um sie dann analytisch von ihrem dominanten Sockel zu stürzen, indem ich ihre menschenfeindlichen historischen Auswüchse aufzeigen werde. Diese Dominanz gründet unter anderem auf dem strategischen Schweigen über Geschlechterverhältnisse in der Ökonomie, was nur durch die Vertiefung der Analyse aufgebrochen werden kann. Wir haben, wie im vorherigen Kapitel schon behandelt, von einer Spaltung der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft gesprochen, die Trennung in eine Markt- und eine Familiensphäre. Dennoch bilden diese beiden Bereiche eine zusammengehörende Einheit, die in ihrer jeweiligen Spezifität bestimmt werden müssen, um ihre Verschränkung zu verstehen. Die Besonderheit beider Sphären ist dadurch gekennzeichnet, dass aufgrund der Gespaltenheit der materiellen Basis der Gesellschaft das Geschlechterverhältnis zwei divergierende Formen annimmt. So wird das Geschlechterverhältnis in der kapitalistischen Produktionsweise versachlicht, während es der in der Familiensphäre direkt personell in Erscheinung tritt. Die kapitalistische Produktionsweise gründet, wie zuvor bereits ausführlicher erläutert, auf einer patriarchalen Gesellschaft. Diese ist maßgeblich bestimmend für die weiteren Ausformungen der sozialen Beziehungen der Menschen zueinander, das heißt auch in der Familiensphäre, und damit bestimmend für die Entwicklungsdynamik der Gesellschaft (vgl. Heise 1986, S. 9, S.19):

„In der gesellschaftlichen Produktion ihres Lebens gehen die Menschen bestimmte, notwendige, von ihrem Willen unabhängige Verhältnisse ein, Produktionsverhältnisse, die einer bestimmten Entwicklungsstufe ihrer materiellen Produktivkräfte entsprechen. Die Gesamtheit dieser Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft, die reale Basis, worauf sich ein juristischer und politischer Überbau

erhebt und welcher bestimmte gesellschaftliche Bewusstseinsformen entsprechen. [...] Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“ (Marx 1921/2015, S. 8).

Folglich bestimmt der gesamte gesellschaftliche Lebensprozess, alle menschlichen gesellschaftlichen Interaktionen, das Bewusstsein der Menschen. Es ist das Konglomerat von Politik, Diskursen, Ideologien, die Kultur und die Traditionen, das heißt ein Wechselverhältnis zwischen Subjekt und Gesellschaft, das diesen Prozess vorantreibt (vgl. Krämer 2015, S. 19). Kapitalismus ist demnach eine Lebensweise, die sich bezüglich der sozialen Positionen, dem Geschlecht und der Klassenzugehörigkeit nach unterscheidet. Vor allem die bürgerliche Lebensweise ist eine besondere, denn sie ist Ausdruck einer historisch hergestellten Vorherrschaft, die im Klassenkampf im Verhältnis zum Proletariat, in der der Unterdrückung der anderen und zur Ermächtigung der eigenen Klasse erfolgte (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 56ff.). Die gesellschaftliche Strukturierung nach Klassen bedeutet die Verfestigung von sozialer Ungleichheit, aber nicht nur das, sie bedeutet auch eine unterschiedliche Zugangsmöglichkeit bezüglich ökonomischer bis hin zu kulturellen Ressourcen, denn die kapitalistische Gesellschaft ist nicht nur anhand eines Geschlechterverhältnisses gespalten, sondern auch aufgrund eines Klassenverhältnisses. Dieses Verhältnis beruht auf der grundlegenden sozialen Spaltung von Kapitalist*innenklasse und Lohnarbeiter*innenklasse entlang einer sozioökonomischen Vertikale. Die Klasse der Kapitalist*innen reicht von Unternehmer*innen, Konzernbesitzer*innen bis hin zu Manager*innen. Die Klasse der Arbeiter*innen ist in vielerlei Hinsicht stark ausdifferenziert und demzufolge mehrfach in sich gespalten. Die Vielfältigkeit dieser Klasse lässt sich anhand der verschiedenen Tätigkeiten ablesen, die von Handarbeit bis Kopfarbeit, von Industrie bis Dienstleistung, zu Angestellte*n, Arbeiter*innen oder Beamte*innen, aber auch Arbeit im öffentlichen oder privaten Bereich reicht, und darüber hinaus noch weiters in Geschlecht, Herkunft, Branche, Vollzeit, Teilzeit etc. aufgetrennt wird (vgl. Krämer 2015, S. 60). Klassenpolitisch ist hier interessant zu beobachten, dass die Geschlechterdiskriminierung als Funktion zur Spaltung innerhalb der Klasse dient. So sind beispielsweise Angestellte aufgrund geringer Bezahlung und gleichzeitiger Herrschaftsnähe eine feminisierte und daher durch das Proletariat abgewertete Berufsklasse (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 152). Ich möchte nun im Speziellen die Produktionssphäre betrachten, die unter marxistischer Betrachtung im Wesentlichen vom Klassenwiderspruch und noch weiteren Widersprüchen bestimmt ist, wie ich folgend zeigen werde.

4.1. Die Produktionssphäre

Die Grundlage der sozioökonomischen Spaltung der Gesellschaft beruht einerseits auf dem Eigentumsverhältnis der kapitalistischen Gesellschaft, also der Verteilung eines beträchtlichen Teils von Produktionsmitteln auf einen kleinen Teil der Gesellschaft. Der restliche Teil der Gesellschaft, der keine Produktionsmittel besitzt, ist durch eine doppelte „Freiheit“ gekennzeichnet. Diese doppelte „Freiheit“ ist jedoch nur eine scheinbare Freiheit, da sie gleichzeitig mit Zwang und ungleich verteilten gesellschaftlichen Ressourcen zusammenhängt. Sie besteht einerseits aus der freien Verfügung über die eigene Arbeitskraft. Andererseits, und das ist das Wesen der sogenannten zweiten Freiheit, resultiert die Freiheit daraus von allen nötigen Sachen zur Verwirklichung der eigenen Arbeitskraft „befreit“ zu sein und diesem Zusammenhang gezwungen, die eigene Arbeitskraft zu verkaufen und nur bis zu einem gewissen Grad frei über sie verfügen zu können (vgl. Marx 1867/2008, S. 181). Daraus ergibt sich in marxistischer Auseinandersetzung der Klassenwiderspruch zwischen Kapitalist*innen und Proletariat*innen. Der traditionelle Marxismus unterscheidet diese Differenzierung auf einer höher abstrakten Ebene und ist für eine gegenwärtige gesellschaftliche Erklärung allein genommen nicht mehr ausreichend. Dennoch vermittelt diese Unterscheidung das Verständnis für ein soziales Verhältnis, das auf Ungleichheit beruht und sich in der Unterscheidung zwischen Lohnarbeit und Kapital auftut (vgl. Beer 2010, S. 63). *Lohnarbeit ist aufgrund dieses Erklärungsansatzes von Fremdbestimmung gekennzeichnet und unterliegt dem Diktat des Kapitals und seiner Besitzer*innen.* Nach Karl Marx wird hier von Entfremdung der Arbeit gesprochen. Entfremdung in diesem Sinne meint, den vorher erwähnten Nicht-Besitz von Produktionsmitteln und die Aneignung der Arbeitskraft der*des Lohnarbeiter*in durch den* Kapitalist*in zur Ausbeutung desselben im Sinne der Produktion von Profit: *„Der Arbeiter selbst produziert daher beständig den objektiven Reichtum als Kapital, ihm fremde, ihn beherrschende und ausbeutende Macht, und der Kapitalist produziert ebenso beständig die Arbeitskraft als subjektive, von ihren eigenen Vergegenständlichungs- und Verwirklichungsmitteln getrennte abstrakte, in der bloßen Leiblichkeit des Arbeiters existierende Reichtumsquelle, kurz den Arbeiter als Lohnarbeiter“* (Marx 1867/2008, S. 596).

Lohnarbeit und Kapital steht somit in einem Kräfteverhältnis, das an objektive und subjektive Bedingungen gebunden ist. Mit dem Einsatz von ökonomischen, sozialen, ideologischen, kulturellen, politischen Ressourcen und Machtpotentialen werden Interessen im Sinne der vorherrschenden Klasse der Produktionsmittelbesitzer*innen, üblicherweise als „Bürgertum“ subsummiert, durchgesetzt. Aufgrund historischer Entwicklungen

und Vorbedingungen haben sich die jeweiligen Kräfteverhältnisse und Strukturen zwar geformt, können aber prinzipiell durch beständige weitere Kämpfe des Proletariats verändert werden, was somit die Ausgangslage für zukünftige Kämpfe bildet (vgl. Krämer 2015, S. 62). Eine solche Veränderung kann historisch auch im Übergang von Feudalismus zum Bürgertum beobachtet werden. Vor allem durch die Etablierung der bürgerlichen Gesellschaft und der damit einhergehenden Privatheit durch die Trennung von Arbeit und Leben wurde Individualität geschaffen. Individualität in diesem Sinne heißt, dass jede*r Bürger*in frei über sein Eigentum bestimmen kann und dieses Verhältnis ist daher eine basale materielle Grundlage. Bürgerliche und damit kapitalistische Gesellschaft hat nicht bloß Individualität an sich, sondern eine bestimmte Form von Individualität hervorgebracht: die Individualität als Eigentumsverhältnis. So wurde im historischen Verlauf ein „absolutes Individuum“ konstituiert, das die Gegebenheit besitzt, sich personell durch individuelle Aneignung als besitzend und daher als existent auszustatten. Ein Individuum wird mensch schließlich durch den Besitz der eigenen Arbeitskraft, unter Voraussetzung der Existenz eines Arbeitsmarktes, auf dem es sich verkaufen kann. Der Markt konstituiert daher das Individuum und ist gleichzeitig die Voraussetzung dafür. Jedoch wird die*der Proletarier*in, auf einem Arbeitsmarkt, der überflutet von Arbeitskraftangeboten ist, nicht gänzlich zum Individuum. *Der Begriff des Individuums wird vielmehr der*dem Käufer*in dieser Arbeitskraft vergolten.* Diese*r wiederum wird vor allem durch den Besitz der Produktionsmittel zu einem Individuum, aufgrund dessen er*sie, als Besitzer*in von Produktionsmittel, sich zum Gebrauch die proletarische Arbeitskraft aneignet (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 170ff.).

Durch die Herstellung eines Marktes für Arbeitskräfte wurde im Vergleich zu vorhergehenden Gesellschaften subtilere Formen der Mehrwertabschöpfung etabliert. Obwohl die Arbeiter*innen in einer kapitalistischen Gesellschaft mehr Wert produzieren, als sie an Lohn erhalten, kann nicht gesagt werden, dass die Arbeiter*innen ihres produzierten Eigentums bestohlen werden: Sie* bekommen lediglich den gesellschaftlichen Arbeitskraftwert, der sich durch Konkurrenz am Markt der Arbeit etabliert hat. Bei einem überdurchschnittlichen Angebot von Arbeitskräften kann somit ein*e Arbeiter*in für wenig Bezahlung für viele Stunden gekauft werden, sodass ein Teil des produzierten Wertes als Gewinn an die Produktionsmittelbesitzer*innen abgeführt werden „muss“ (vgl. Resch/Steinert 2011, S.64): „Wie diese so verkaufte Arbeitskraft eingesetzt wird, ist den Einkäufern, den Besitzern der Produktionsmittel überlassen: Sie organisieren die Arbeit und stellen die Arbeiter an die Maschine, an denen sie ein Produkt erzeugen, das dem besagten Besitzer der Produktionsmittel gehört“ (Resch/Steinert 2011, S. 64). Dieses

Produkt wird auf dem Markt verkauft und damit muss in Folge der konkurrenzorientierten kapitalistischen Logik mehr Geld realisiert werden, als für den Einkauf der Arbeitskraft ausgegeben wurde. Die Realisierung von Mehrwert geschieht somit auf Kosten der Arbeiter*innen, denn er kann nur durch Mehrarbeit produziert werden, also über jene Arbeit hinaus, die die Arbeiter*in verrichtet, um sich selbst und ihre Angehörigen erhalten zu können. Der Kapitalist hingegen eignet sich diese „überschüssige“ Arbeit als Gewinn, damit also als seinen*ihren „selbstverständlichen“ Besitz, an: „Die Aneignung von Mehrwert nennt Marx Ausbeutung. Das ist keine moralische Kategorie, sondern bezeichnet die alltägliche Grundlage kapitalistischer Wirtschaft“ (vgl. Krämer 2015, S. 37).

Nun gibt es verschiedene Möglichkeiten den Mehrwert und damit den möglichen Profit auszudehnen: Das durch die Arbeitskraft hergestellte Produkt kann zu einem höheren Preis verkauft oder bei gleichem oder gar niedrigerem Preis können eine größere Stückzahl produziert werden oder aber die Arbeitskraft wird zu einem niedrigen Preis eingekauft. So wurde zum Beispiel in frühkapitalistischen Produktionsweisen der Lohn für die Arbeit bis auf das Existenzminimum gedrückt (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 65). Diese Vorgehensweise im Sinne der Kapitalverwertung beschreibt Marx detailliert anhand der Beobachtungen von englischen Industriezweigen in der Mitte des 19. Jahrhunderts, wo Arbeit nicht nur die Sicherung der bloßen Existenz bedeutete, sondern auch zur Deformation des Körpers oder zu frühem Tod führen konnte. Das sind nur zwei Beispiele für die damals vorherrschenden Zustände von Ausbeutung und Verwertung der Arbeitskraft (vgl. Marx 1867/2008, S. 258ff.). Anders kann auch die Profitmaximierung durch eine Intensivierung der Arbeit vorangetrieben werden. Das bedeutet, dass zum Beispiel die Maschine den Takt der Arbeit vorgibt oder auch das Maß des Erreichens einer gewissen Leistung vorgegeben wird, dass bei Strafe des Lohnabzugs einzuhalten ist (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 65f.). So wird nach Marx „die Maschine in der Hand des Kapitals zum objektiven und systematisch angewandten Mittel, mehr Arbeit in derselben Zeit zu erpressen“ (Marx 1867/2008, S. 434).

Die angeführten Beispiele von Marx von Verelendung und Unterdrückung beschreiben jedoch nur die Möglichkeiten konkret sichtbar gemachter kapitalistischer Ausbeutung. Kapitalismus ist aber vielmehr eine abstrakte Form der permanenten Aneignung von Mehrwert, der Abschöpfung von Mehrprodukt, also die Differenz zwischen den Einsatzkosten für die Produktionsmittel und dem für die Arbeitskraft (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 66). Die Ware in kapitalistischen Produktionsverhältnissen ist ein Arbeitsprodukt, das die Arbeiter*innen nicht für sich herstellt, sondern vielmehr für den alleinigen Zweck des Tausches von Waren am Markt. Die Voraussetzung für die Funktion derartiger

Produktionsverhältnisse ist eine arbeitsteilige Gesellschaft, die auf der Prämisse von Privateigentum aufbaut. Nur unter der Bedingung, dass von verschiedenen Wirtschaftsbereichen verschiedene Dienstleistungen und Güter hergestellt werden, kann Tausch von Waren prinzipiell ermöglicht werden. Darüber hinaus werden diese Güter aber nicht für einen gemeinschaftlichen Zweck produziert, sondern lediglich zur Privataneignung. Dennoch müssen die Waren dabei zugleich der Bedürfnisbefriedigung dienen, damit sie überhaupt als tauschfähig gelten können (vgl. Krämer 2015, S. 22f.). Um Waren in diesen Verhältnissen produzieren zu können, wird menschliche Arbeit letztlich zur bloßen Erwerbsarbeit degradiert, die nicht geradewegs auf die eigene Bedürfnisbefriedigung ausgerichtet ist, sondern, in der Terminologie von Marx, vielmehr ihrer eigenen Arbeitsprodukte entfremdet ist. Aufgrund der Produktionsweise der kapitalistischen Gesellschaft ist Arbeit nicht länger Mittel der direkten eigenen Bedürfnisbefriedigung, sondern es geht nur noch darum, „Arbeiten um Geld zu verdienen“ (Krämer 2015, S. 29). Zentral für moderne gesellschaftliche und ökonomische Dynamik und die Anhäufung von Reichtum in der Hand weniger ist die Bedingung von Lohnarbeit und damit für den Kapitalismus das Vorhandensein von Arbeitskraft:

„Um aus dem Verbrauch der Ware Wert herauszuziehen, müßte der Geldbesitzer so glücklich sein, innerhalb der Zirkulationssphäre, auf dem Markt, eine Ware zu entdecken, deren Gebrauchswert selbst die eigentümliche Beschaffenheit besäße, Quelle von Wert zu sein, deren wirklicher Verbrauch also selbst Vergegenständlichung von Arbeit wäre, daher Wertschöpfung. Und der Geldbesitzer findet auf dem Markt eine solche spezifische Ware vor – das Arbeitsvermögen oder die Arbeitskraft“ (Marx 1867/2008, S. 181).

Für Kapitalist*innen ist es somit günstig, dass der*die Lohnarbeiter*in darauf angewiesen ist, Geld zu verdienen, um sich selbst und ihm*ihr Nahestehende reproduzieren zu können. Dieser Effekt unterstützt das Ziel, dadurch Profit zu erlangen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise baut darauf auf, Profit zu erwirtschaften. Die Quelle des Profits jedoch ist die dazu notwendige Lohnarbeit (vgl. Krämer 2015, S. 39). Trotz der durch die Historie steigenden Rationalisierungsprozesse entsprungen aus der Entwicklung der Maschinerie, kann die Maschine selbst die Arbeitskraft nicht vollständig ersetzen, denn „sie setzt nie mehr Wert zu, als sie im Durchschnitt durch ihre Abnutzung verliert“ (Marx 1867/2008, S. 408). Es ist daher eine systemimmanente Notwendigkeit, dass es Menschen gibt, die mit Produktionsmitteln, die nicht ihr Eigentum sind, Waren herstellen. Daher sind, wie bereits beschrieben, die Subjekte doppelt frei, einerseits frei vom Besitz an Produktionsmitteln und andererseits „frei“, ihre Arbeitskraft an die*den Produktionsmittelbesitzer*in zu verkaufen. Die Arbeitskraft benötigt jedoch nur einen Teil der in ihrer

Arbeitszeit hergestellten Werte, um sich selbst zu produzieren. Die restliche Zeit bekommt der Kapitalist, denn er hat die volle Arbeitszeit gekauft und daher den in der gesamten Zeit geschaffene Wert. Der vereinbarte Lohn macht daher nur einen Teil des Wertes aus, vom gesamten Wert, der dem Kapitalisten gehört. (vgl. Krämer 2015, S. 39ff.). Hiermit ist die grundlegende Struktur von Kapitalismus bestimmt, jedoch wird diese Struktur noch klarer, wenn dazu noch Fehlverständnisse von kapitalismuskritischen Analysen bestimmt werden.

Kapitalismus ist nicht eine größtmögliche Summe an Geld in der Hand einzelner oder des Staates. Auch der Besitz von Produktionsmittel ist zwar wesentlicher Bestandteil, der gleichzeitig über Geld vermittelt wird, aber letztendlich nicht ausreichende Erklärung für die Funktion kapitalistischer Wirtschaft. Produktionsmittel werden nämlich nur dann zum Kapital, wenn sie so eingesetzt werden, dass daraus mittels Lohnarbeit Waren zur nachfolgenden Verwertung am Markt produziert werden. Der ausschließliche Handel von Waren allein, kann nicht zwingend als Kapitalismus gelten. Denn der Einkauf von Waren, um sie später teurer zu verkaufen, ist nicht zwingende Voraussetzung für sein Funktionieren. Das gleiche trifft auch auf den bloßen Verleih von Geld, also den Bereich der Finanztransaktionen zu. Beides sind zwar Sphären kapitalistischer Zirkulation und damit notwendig, um den Wert der erzeugten Waren zu realisieren, können aber auch in anderen Produktionsweisen, wie zum Beispiel dem Merkantilismus, vorkommen. Sogar Warentausch an sich kann noch nicht als Kapitalismus bezeichnet werden, denn der Tausch gegen ein universelles Tauschmittel wie zum Beispiel Geld ist zwar ein wichtiger Teil der kapitalistischen Zirkulation, aber nicht Kapitalismus an sich. Die Produktion von Waren zum Verkauf, wie sie auch im Merkantilismus vorkommt, ist zwar ein bedeutendes Merkmal kapitalistischer Produktionsweise, aber nicht ausschlaggebend genug, um ihn zu definieren. Vielmehr ist für kapitalistische Produktionsweise die immerwährende Warenförmigkeit der Arbeitskraft und die ständige Ausweitung der Produktion in Folge der Konkurrenzbedingungen wesentlich, um dadurch immer mehr Lebensbereiche zur Verwertung und zur Investition im Sinne des Kapitals zu vereinnahmen. Den wesentlichen Fokus in der kritischen Analyse allein auf die finanzielle oder warenförmige Zirkulations-sphäre zu lenken, ist eines der prominentesten Missverständnisse und ist oft eng verbunden mit antisemitischen Gedankengut (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 68f.).

Kapitalismus ist daher im Wesentlichen durch eine spezifische Produktionsweise bestimmt: Die Herstellung von auf einem Markt verwertbaren Waren mittels des Besitzes von Produktionsmittel und dem Kauf einer scheinbar freien Arbeitskraft, die diese Waren produziert. Mehrwert entsteht dabei solange als das für die Arbeitskraft und die

Produktionsmittel ausgegebene kleiner ist als das durch die verwertenden Waren eingenommene Kapital, eine Differenz, die als Profit bezeichnet wird. Die Handels- und Finanzsphäre sind dabei zwar wesentlich, um den Wert zu verwirklichen, sind aber dennoch nur ein erweiterter Teil der kapitalistischen Zirkulationssphäre. Wesentlich daher ist der Besitz oder eben auch der Nicht-Besitz von Produktionsmittel und in Bezug auf letzteres die Einvernahme derselben für einen kleinen Teil der Gesellschaft (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 69). Im nächsten Unterkapitel kommen wir nun zur Reproduktionssphäre und deren gesellschaftliche Separierung in eine scheinbar abgetrennte Sphäre, obwohl sie eng mit der Produktionssphäre verwoben ist, wie ich noch zeigen werde.

4.2. Die Reproduktionssphäre

Die Reproduktionssphäre stellt den eigentlichen Ursprung von Wert der kapitalistischen Produktionsweise dar. Es ist für die kapitalistischen Produktionsverhältnisse von großer Bedeutung, ob und wie der Wert der Arbeitskraft hervorgebracht wird. Es ist augenscheinlich, dass sich die Arbeitskraft nicht von selbst wiederherstellen kann, um anschließend erneut ausgebeutet zu werden. In vielen kritischen Analysen wird gerade ein maßgeblicher Teil der Funktionsbedingungen von Kapitalismus ausgeblendet. Denn die oft vernachlässigte Geschlechterfrage auf materieller Ebene muss hier noch ihren Platz finden, denn wäre dem nicht so, wären die ökonomischen Bedingungen, die unserem Leben zugrunde liegen, nur unzureichend bestimmt.

Vor allem in den Analysen von Karl Marx wird dieser Teil, die Reproduktion der Arbeitskraft und die damit zusammenhängende Sphärentrennung, unterschätzt. Die konzeptionelle Zusammenführung beider Sphären ist meiner Meinung nach aber maßgeblich, um die kapitalistische Produktionsweise ausreichend verstehen zu können. Die vorherrschende Gesellschaft wird in fast allen Lebensbereichen von Geschlechterverhältnissen strukturell durchzogen. Wenn mensch so will, kann aus feministisch-ökonomischer Perspektive geschlossen werden, dass Marx einen wesentlichen Teil bürgerlicher-kapitalistischer Ideologie nicht umsichtig genug behandelt hat. *So ist zum Beispiel nach Silvia Federici durch die unzureichende Bezugnahme auf die Reproduktion von Arbeitskraft, das Ausmaß der kapitalistischen Ausbeutung aus der Perspektive von Marx deutlich unterschätzt worden* (vgl. Federici 2015, S. 22). Die Ausblendung der Notwendigkeit eines beträchtlichen Teils unbezahlter Arbeit, nämlich der Arbeit an Familie und Haushalt, innerhalb kapitalistischer Produktionsweise ist verheerend für die ideologische Kritik am Kapitalismus und die drauf aufbauenden Kämpfe gegen diese unterdrückerischen

Verhältnisse. Es kann meiner Meinung nach als ein Verlust von Energiepotential zur Organisierung von Widerstand gegen die herrschenden Verhältnisse und dem Kampf um das „Gute Leben für Alle“ gesehen werden. Die Inkludierung der Erkenntnis, dass eines großen Ausmaßes von unbezahlter Arbeit notwendig ist, um Arbeitskraft zu reproduzieren und die dazu gleichzeitig zu attestierende gesellschaftliche Abwertung derselben Tätigkeit, um eine weitere Senkung der Arbeitskosten zu erreichen, würde einige theoretische Erklärungen zur Ausbeutung der Arbeiter*innenschaft klarer erscheinen lassen. Zugleich wäre die Sichtweise von Marx, die eine kontinuierliche, fortschrittliche und unvermeidbare Entwicklung des Kapitalismus voraussagt, schon früher in Frage gestellt worden (vgl. Federici 2015, S. 22). Besonders drei Aspekte sprechen gegen die Annahme der unvermeidbaren Fortschrittlichkeit vom System des Kapitalismus: Zuerst ist zu vermerken, dass durch die Entwicklung des Kapitalismus und die kontinuierliche Ausweitung der Produktivkraft, keine Bedingungen geschaffen werden, die dabei helfen können, um in andere Organisationsformen der Gesellschaft übergehen zu können. Der kapitalistischen Logik zu Folge ist die immer weiter fortwährende Anhäufung von Eigentum der wiederum nur im Besitz eines kleinen Teil der Gesellschaft ist, bei gleichzeitiger fortwährender Aufrechterhaltung einer eigentumslosen Arbeiter*innenschaft und die sich immer weiter ausdehnende Aneignung von natürlichen Ressourcen, in Form von Privatisierungen etc., genau die Beschränkung zur Umwälzung kapitalistischer Verhältnisse. Der kapitalistischen Logik ist eben diese Ausdehnung der Produktion und Aneignung von Mehrarbeit zum Zwecke des Profits immanent und kann sich nicht in eine andere Organisationsform übergehen, ohne Kapitalismus von Grund auf zu verändern. Dies würde die Umwälzung unserer Gesellschaft zutiefst zugrundeliegender Verhältnisse bedeuten und dann würde mensch nicht mehr von Kapitalismus sprechen. Weiters ist die Spaltung der Gesellschaft in Klassen und Geschlecht ein wesentlicher Mechanismus, der sexistische bis rassistische Ausformungen annimmt. Durch geschlechtlich ungleiche Arbeitsteilung, den Gebrauchs von Lohn und der daraus resultierenden Vergabe von Macht über Menschen, die nicht entlohnt werden, erhalten Sexismus und Rassismus unter anderem ihre Legitimierung. Naturalistische Argumentationen bezüglich der Veranlagungen von Menschen werden instrumentalisiert um verschiedene Arbeitsregime als etwas biologisch Vorgegebenes zu verschleiern. Und zu allerletzt sind antikapitalistische Kämpfe in den letzten Jahrhunderten keineswegs ausschließlich von Industriearbeiter*innen geführt worden, sondern von einer weitaus größeres Spektrum von Unterdrückten wie beispielsweise anti-Apartheid oder feministischen Bewegungen (vgl. Federici 2015, S. 23). Dennoch besteht noch immer die Meinung, dass die

Marktökonomie gegenüber der Reproduktionsökonomie eine dominante Stellung einnimmt. Denn nur Letztere bringt offensichtlich Geld hervor, womit sie die Finanzierung der Reproduktionsökonomie und somit das alltägliche Überleben garantiert: „Ohne die unentgeltlich erbrachten Versorgungsleistungen, die mit gutem Grund dem Markt entzogen bleiben, solange diese nicht profitabel vermarktbar sind, ist ein Gesellschaftsgebilde wie das unsrige nicht überlebensfähig“ (Beer 2010, S. 62). Bei Marx wird der Begriff der Reproduktion zwar erwähnt, weil in seiner Theorie der Wert der Arbeitskraft, wie auch bei anderen Waren gültig, durch die dafür notwendige aufzubringende Arbeitszeit bestimmt wird (vgl. Krämer 2015, S. 44). Marx thematisiert hingegen diesen Begriff nur kurz und geht nicht näher auf ihn ein. Mit der Reduktion in seinen Thesen erfolgt die Reproduktion der menschlichen Arbeitskraft lediglich durch den Konsum von Waren. Dadurch bleibt sein Blick für die Wiederherstellung der Arbeitskraft auf die Produktion von Waren beschränkt, wie sich im folgenden Zitat zeigt: „Die Existenz des Individuums gegeben, besteht die Produktion der Arbeitskraft in seiner eignen Reproduktion oder Erhaltung. Zu seiner Erhaltung bedarf das lebendige Individuum einer gewissen Summe von Lebensmitteln. Die zur Produktion der Arbeitskraft notwendige Arbeitszeit löst sich auf in die zur Produktion dieser Lebensmittel notwendige Arbeitszeit, oder der Wert der Arbeitskraft ist der Wert der zu Erhaltung ihres Besitzers notwendigen Lebensmittel“ (Marx 1867/2008, S. 185). Durch die ausschließliche Konzentration auf die Wertschöpfung in Form von Warenproduktion bleibt Marx und seiner Analyse der Blick für die funktionelle Bedeutung der Reproduktionsarbeit, besonders bezüglich der Arbeitskraft, verstellt. Insbesondere war er blind für die überwiegende Verrichtung dieser Arbeit durch die Frau* und für die ausbeuterischen Geschlechterverhältnisse, die dahinterstehen. Aber vor allem blieb ihm, dieser Aspekt als einen wichtigen Teil des Prozesses der kapitalistischen Akkumulation zu sehen, verborgen (vgl. Federici 2015, S. 22). Kapitalistische Produktion steht in einer direkten Interdependenz zu patriarchalen Verhältnissen, daher sind Geschlechterverhältnisse mit Produktionsverhältnissen verschränkt oder als immanenter Teil davon zu betrachten (vgl. Krämer 2015, S. 45). In verschiedenen Diskursen wird Reproduktionsarbeit allerdings nicht als produktiv gefasst, da sie nicht bezahlt wird oder auch keine Ware im streng marxistischen Sinne produziert. Der Begriff Produktivität wird eng mit dem Begriff des Mehrwerts zusammengedacht und Reproduktionsarbeit gilt in diesem Sinne daher nicht als wertschöpfend.

In einer Neubestimmung von Wert setzt feministische Kritik an, *denn weshalb soll Reproduktionsarbeit nicht produktiv sein, obwohl sie die wichtigste Ware für kapitalistische Produktionsweise, die menschliche Arbeitskraft, regeneriert und sogar herstellt?*

Ausschließlich von Lohnarbeit allein ausgehend sind alle Analysen einer eng gefassten marxistischen Tradition angelegt (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 87ff.). Nach Dalla Costa produziert die Reproduktionsarbeit die für eine kapitalistische Produktionsweise allerwichtigste Ware, nämlich die der menschlichen Arbeitskraft. Im Zentrum ihrer Analysen stehen daher Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse von Frauen* innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Dalla Costa 1973, S. 29).

Reproduktionsarbeit wird in üblichen ökonomischen Betrachtungen als minderwertig gefasst, da sie nicht bezahlt wird. Reproduktionsarbeit bekommt eine mindere gesellschaftliche Stellung, da sie im Vergleich zu anderen beruflichen Tätigkeiten keine dezidierte Ausbildung im herkömmlichen Sinne aufweist. Die Erlernung von Reproduktionsarbeit erfolgt vor allem informell, wobei unter Betrachtung von Hauswirtschaftsschulen, die vor allem von weiblichen Personen besucht wird, die sogar dahingehend formelle Bildung zu vorhanden wäre. Aufgrund ihrer gesellschaftlich verweiblichten Stellung wird ihr daher die ökonomische Bedeutung abgesprochen und gesellschaftlich und ökonomisch unsichtbar gemacht. Nach Dalla Costa ist die Herrschaft des Kapitals nicht durch den Lohn allein bestimmt, sondern gerade eben durch den Ausschluss eines großen Teils der Gesellschaft, insbesondere der Frauen*, von diesem. *Mittels der Nicht-Entlohnung wird die von Frauen* verrichtete Arbeit einfach verschleiert und die damit zusammenhängende Ausbeutung aus dem Blick genommen.* Lohn und Arbeit gelten als ein gesellschaftliches Synonym für Produktivität und daher für Wert. Reproduktionsarbeit erscheint dabei „nur“ als eine persönliche und individuelle Dienstleistung und nicht als die Produktion einer spezifischen Form von Arbeitsmittel zum Dienste des Kapitals (vgl. Dalla Costa 1973, S. 34). Des Weiteren wird argumentiert, dass im Kapitalismus vielfältige Formen von Arbeit und Ausbeutung vorhanden sind. Jedoch wird durch den Lohn und dessen Besitz über nicht entlohnte Arbeit, wie die Reproduktion, verfügt und diese angeeignet. Mit dieser Analyse wurde die allgemeine Interdependenz der Abwertung der reproduktiven Arbeit, die zumeist von Frauen* unentlohnt verrichtet wurde und deren daraus folgende mindere Stellung, sowie von Weiblichkeit im Allgemeinen, innerhalb der Gesellschaft entschleiert (vgl. Federici 2015, S.40). Marx konnte nach Dalla Costa demnach die Ausbeutungsverhältnisse abseits der kapitalistischen Produktionsweise oder vielmehr die damit zusammenhängenden Diskriminierungen nicht erfassen. Der Hausarbeit gestand er lediglich die Produktion von Gebrauchswerten zu, zum Beispiel also die Erzeugung oder Verwandlung von Wurst und Semmel in eine Wurstsemmel. Jedoch geht Hausarbeit über diese Tätigkeiten weit hinaus. Aus der Funktion des Haushalts wird Arbeitskraft erschaffen, die für Kapitalismus zuallererst notwendig und zu allerletzt auch noch produktiv zu

sehen ist (vgl. Dalla Costa 1973, S. 40). Marx behandelt Hausarbeit und damit Reproduktionsarbeit vielmehr als etwas natürlich Gegebenes, sozusagen als ein biologisches Phänomen, und nicht als ein Feld des möglichen Widerstandes gegen kapitalistische Ausbeutungsverhältnisse seitens der Frau* (vgl. Federici 2015, S. 27).

Reproduktionsarbeit deckt ein deutlich breiteres Spektrum in der Erhaltung des Menschen ab, als von Marx (an)erkannt wurde: *die Zubereitung von Essen, die Reinigung von Kleidung, körperliche Zuwendung wie Liebe, Pflege und Sexualität, das Gebären und Aufziehen von Kinder etc.* (vgl. Federici 2015, S. 39). Die Verrichtung dieser Arten von Arbeit wird in der üblichen gesellschaftlichen Perspektive als selbstverständlicher Teil der menschlichen Natur hingenommen. Selbst dieser Umstand wurde trotz der Erkenntnis, dass in der Logik kapitalistischer Akkumulation einerseits die Herstellung und mit der Herstellung auch die Reproduktion eigentumsloser Arbeiter*innen mitgedacht werden muss sowie andererseits die Zerstörung natürlich gegebener Ressourcen immanent vorhanden ist, von Marx nicht ausreichend beachtet (vgl. Federici 2015, S. 22). Reproduktionsarbeit unter diesen Bedingungen ist aber kein schon immer dagewesenes natürliches Phänomen. Vielmehr nimmt sie im Kapitalismus eine spezifische, an das Geschlecht gebundene Ausformung an, die historisch gewachsen ist.

Besonders wird dies unter der feministischen Perspektive der ursprünglichen Akkumulation klar. Bei Marx bedeutet ursprüngliche Akkumulation die allererste, gewaltvolle Aneignung der Substanzmittel durch die Bourgeoisie zu Beginn des entstehenden Kapitalismus. So benennt Marx die Herstellung der „allerersten“ Kapitalmenge, die es möglich machte, eine ausreichende Menge an Produktionsmittel unter einem Titel zu vereinigen, sozusagen die Initialzündung kapitalistischer Produktion, „ursprüngliche“ Akkumulation. Durch die Enteignung der Menschen von ihren Substanzmitteln und der dadurch entzogenen Lebensgrundlage wurde das durch die Lohnabhängigkeit in einer kapitalistischen Gesellschaft entstehende vogelfreie Proletariat mit Gewaltmitteln auf den Arbeitsmarkt gezwungen. Dieser Prozess gründet auf der durch politische und ökonomische Mittel durchgesetzte Enteignung von Arbeitsmitteln der eigenen Produzent*innen. Es ist ein Prozess, der dem Kapitalismus in idealtypischer Betrachtung vorgegangen ist, und der Durchsetzung desselben zu einem bestimmten historischen Zeitpunkt diene und bei Marx auch mit dieser Durchsetzung endet (vgl. Marx 1867/2008, S. 744ff.). Aus feministischer Perspektive hingegen vollzieht sich dieser Prozess immer wieder und ist nie abgeschlossen. In dieser Analyse braucht der Kapitalismus etwas dem der Produktionsweise Außenstehendes, das allerdings in den Akkumulationsprozess miteinbezogen werden kann. Unter kapitalistischer Produktionsweise müssen diese

Bedingungen immer wieder neu hergestellt werden. Zentral für diese Funktion des Außen ist dabei die Reproduktionsarbeit und die damit zusammenhängende Sphärentrennung. In der Analyse bei Marx wird diese Trennung allerdings viel zu wenig Beachtung geschenkt. Gleichzeitig verweigert Marx auch den Blick auf die damit zusammenhängende Festschreibung von Geschlechtern, deren Rollen und deren Trägerinnen im Bereich der Reproduktion, der für diese wiederum mit einem Ausschluss aus großen Teilen von gesellschaftlichen Sphären einhergeht (vgl. trouble every day collective 2014, S. 25). Mit dem Kapitalismus wurde die bis dahin vorliegende Form von Zusammenleben zerstört. Während die Frau* zielgerichtet in die Isolation des Haushaltes verfrachtet wurde, wurde der Mann zur „freien“ Lohnarbeit auf den Markt gezwungen und damit die soziale Form der Kleinfamilie geschaffen (vgl. Dalla Costa 1973, S. 27). Diese Auffassung der Geschlechterverteilung und des Haushaltes wird in den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen in anderen, aber dennoch ähnlichen Ausformungen gehandhabt, wie im folgenden Kapitel dargestellt wird.

Vor allem in ökonomischen Krisen, wie sie die kapitalistische Produktion historisch immer wieder aufweist, erhält die Hausarbeit eine stabilisierende Funktion, indem alle Beschäftigten, die in Krisenzeiten aus der Wirtschaft und damit aus der Lohnarbeit hinausfallen, darin noch aufgefangen werden. Stabilisierend wirkt dieser Prozess insofern, da dadurch auch soziale Krisen und daraus möglicherweise entstehender Widerstand verhindert wird (vgl. Dalla Costa 1973, S. 92). Die sogenannte Hausarbeit oder auch die bis ins 20. Jahrhundert auch in Europa weit verbreitete Subsistenzarbeit war dementsprechend nicht nur ein Überbleibsel aus dem vorhergegangenen Feudalismus, vielmehr wurde sie auf unterschiedliche Weise vom Kapitalismus verwendet und verändert: „Hausarbeit ist eine historisch entstandene, spezifisch kapitalistische Form von Arbeit und zugleich die ‘modernste Form der Subsistenzproduktion‘“ (Mies 1983, S. 117).

Im feudalistischen Zeitalter wurden die meisten Arbeiten geschlechtsunabhängig vollzogen denn Frauen* sowie Männer arbeiteten auf dem Feld. Die Arbeitsteilung bezüglich des Geschlechts waren Konzepte, die in dieser Zeit divergent zur späteren bürgerlichen Epoche gelebt wurden. Reproduktion und Produktion waren noch nicht voneinander getrennt und vergeschlechtliche Arbeitsteilung war in einem sehr geringen Maße ausgeprägt (vgl. trouble every day collective 2014, S. 21). Die Trennung der Gesellschaft in zwei Sphären war schließlich wesentlich für die Entwicklung des Kapitalismus. Federici verweist in ihrem Buch „Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation“ (Federici 2017) darauf hin, dass die Hexenverfolgungen im 16. Jahrhundert eine weitere Wegbereitung für die Entstehung kapitalistischer Verhältnisse waren.

Sie gelten ihrer Meinung nach als ein wesentliches Element der ursprünglichen Akkumulation. Durch die gezielte Tötung unter religiösen Vorwand wurden alle widerständigen Frauen* in ihre Schranken gewiesen, um sie später für die Ökonomie verwertbar zu machen (vgl. Federici 2017, S. 75ff.).

Für die Beschreibung der oben angeführten Entwicklung, die Trennung der beiden Sphären in Produktion und Reproduktion, wurde ein weiterer Begriff geprägt. Mit dem Begriff „Hausfrauisierung“ ist unter anderem der Prozess der „Domestizierung“ der Frau* und ihre damit einhergehende ökonomische Abhängigkeit vom Mann gemeint. Dabei wird nicht nur Arbeitskraft billig wiederhergestellt, sondern Frauen* bewusst politisch aus der Öffentlichkeit gezogen und damit völlig entmachteter. Aus historischer Perspektive weitergeführt bedeutet dies eine flächendeckend strukturelle Entwertung der weiblichen Erwerbsarbeit. Global betrachtet bedeutet dies die Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen, was speziell für gesellschaftlich mehrfach unterdrückten Menschen gültig ist, und damit die gleichzeitige Zurückdrängung des Lohnarbeiters, zur Durchsetzung prekärer Arbeitsverhältnisse (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 96f.). Durch die Analyse der Funktion der Reproduktionsarbeit wurde auch klar, dass für eine gut funktionierende kapitalistische Produktionsweise eine ganz bestimmte Form von Familie, Sexualität, Zeugung und damit von Heteronormativität¹ notwendig wird. Daher sind Beziehungen in der reproduktiven Sphäre genauso spezifisch durch kapitalistische Bedingungen vorbestimmt, wie die Verhältnisse in der Arbeitswelt, wie im Büro, in der Fabrikarbeit etc. (vgl. Federici 2015, S. 41): „Die Einsicht erlaubte es, die ‚Privatsphäre‘ neu zu bestimmen: als eine Sphäre von Produktionsverhältnissen und als ein Terrain antikapitalistischen Kampfes“ (Federici 2015, S. 41). Damit kann die in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts entstandene Hausarbeit, oft definiert als Arbeit aus Liebe, durch die neue Perspektive analytisch aufgebrochen und nicht mehr als schicksalhafte Vorbestimmung für das Leben der Frauen* propagiert werden (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 154).

Das weibliche Geschlecht wurde durch den permanenten Verweis, dass die Reproduktionsarbeit jener Bericht sei, der ihnen natürlich und daher aber auch ausschließlich zusteht, in eine heikle gesellschaftliche Position gebracht, nämlich in eine anhaltende gesellschaftliche und berufliche Benachteiligung (vgl. Beer 2010, S. 63). Das männliche Geschlecht wird dadurch gleichzeitig von der Beteiligung an der Fürsorge für die Nachkommen vom weiblichen Geschlecht entlastet. Frauen* sind zudem in eine doppelte

¹ Unter Heteronormativität wird eine Weltanschauung verstanden, die Heterosexualität als soziale Norm festsetzt und wie im Kapitel „Geschlecht – eine mikrosoziologische Perspektive“ näher betrachtet wird, auf der Dichotomie von biologischer Geschlechtlichkeit aufbaut.

Abhängigkeit geraten, zum einen in die ökonomische vom Mann und zum anderen gleichzeitig in die der Existenzsicherung des Mannes innerhalb des Kapitalismus (vgl. Heise 1986, S. 230). Verschleiert wird dieser Umstand mittels emotionaler Bedeutungsladung all dieser Verstrickungen. „Kapitalismus pur ist einfach langweilig“ ergänzen Resch und Steinert diese Erkenntnis (Resch/Steinert 2011, S. 205). Denn Emotionen haben in den kapitalistischen, warenförmigen Produktionsverhältnissen keinen Platz. Mit dem Privatbereich und Haushalt wurde aber ein Bereich geschaffen, in dem Gefühle, scheinbar außerhalb der ökonomischen Sphäre, beseelt und ausgefochten werden dürfen. Im Privatbereich werden all diese komplexen Gefühlslagen dennoch nach patriarchalen Strukturen organisiert und anschließend wieder im kapitalistischen Verwertungsprozess miteinbezogen und beispielsweise auch in Werbungen instrumentalisiert (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 205f.): „Waren werden emotional aufgeladen, indem sie als Requisite in Gefühlsbeziehungen phantasiert werden, deren Struktur vorweg familiär festgelegt wurde“ (Resch/Steinert 2011, S. 207). Unsere Gefühle werden demnach kulturindustriell nach patriarchalen Mustern organisiert und finden vor allem deshalb Anschluss, da sie auf den erlernten Gefühlsmodellen unserer Kindheit, die wiederum patriarchal geprägt sind, aufbauen können (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 207). Für die Gewährleistung der Aufrechterhaltung dieser Bedingungen sorgt wiederum die soziale Reproduktion. Als soziale Reproduktion gilt demnach die immerwährende Wiederholung der Herstellung und Belebung der Allgemeinheit im alltäglichen und generationsübergreifenden Sinne. Hiermit ist die rein physische Reproduktion, sowie auch das Weitertragen von gewissen gesellschaftlichen Vorstellungen wie beispielsweise Werte, Normen und Wissen in die nächste Generation gemeint. Soziale Reproduktion beinhaltet laut Knittler und Haidinger demnach „Fürsorgearbeit, die notwendig ist für die biologische Reproduktion und die der menschlichen Arbeitskraft sowie für die Reproduktion des sozialen und kulturellen gesellschaftlichen Lebens“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 124f.). Es ist also augenscheinlich, dass die Reproduktionssphäre und die Produktionssphäre auf abstrakter Metaebene und subtiler Mikroebene miteinander verbunden sind und in komplexesten Zusammenhängen sich dialektisch gegenseitig bedingen. Beide Sphären stellen daher eine Einheit von Gesellschaft dar.

Diese Einheit steht jedoch unter einem historischen Wandel, die sich unter den jeweilig gesellschaftlichen Bedingungen in unterschiedlichen Ausformungen zeigt. Wir haben in diesem Kapitel die Grundzüge einer patriarchal-kapitalistischen Gesellschaft näher betrachtet und die damit zusammenhängende Entwicklung der Geschlechterverhältnisse. Im weiteren Schritt möchte ich in den nächsten Kapiteln auf die Bedingungen in der

Gegenwart eingehen und die zugrundeliegenden gesellschaftlichen Verhältnisse und ihre derzeitig vorherrschenden Ausformungen unter patriarchal-kapitalistischer Organisationsweise näher betrachten.

5. Neoliberalismus wirklich so neu?

Die vorher geschilderten gesellschaftlichen Umstände wurden als etwas der Vergangenheit Angehöriges dargestellt. Heute sind die Menschen angeblich von allen gesellschaftlichen Zwängen befreit und können frei über ihr Leben entscheiden. Die allgemeine Freiheit von allen Individuen ist ausschlaggebendes Momentum für das moderne gesellschaftliche Leben. Freiheit von Geschlechtlichkeit, Unabhängigkeit von ethnischer Zugehörigkeit, Freiheit der Meinung sind aber bloß ideologischer Schein, der uns vorgegaukelt wird. So birgt das Moment der Freiheit, aber auch das Moment der Belastung in sich. Denn nun muss das scheinbar existentiell gesicherte Subjekt nicht nur Leistung erbringen, sondern muss dafür auch noch selbst die volle Verantwortung tragen als sogenanntes „unternehmerisches Selbst“ (vgl. Fischer 2009, S. 13f.). Damit werden gesellschaftliche Verhältnisse von materiellen Umständen diskursiv abgetrennt und Menschen für gesellschaftliche Bedingungen auch selbst zur Verantwortung gezogen. Jedoch sind die auf Ungleichheit beruhenden, materiellen Verhältnisse noch immer allgegenwärtig und finden in verschiedensten Aspekten ihren Ausdruck. In den folgenden Kapiteln werde ich gegen ein von der Gesellschaft losgelöstes Individuum argumentieren und aufzeigen, dass die von mir zuvor beschriebene Vergangenheit und die noch zu analysierende Gegenwart in einer unmittelbaren Verbindung zueinanderstehen.

5.1. Produktionssphäre im neoliberalen Wandel

Im Anblick gegenwärtiger Verhältnisse lassen sich Parallelen zu einer frühkapitalistischen Produktionsweise aufweisen. Wenn das Angebot von Arbeitskräften die Nachfrage deutlich übersteigt, kann dies als Mittel einer gesteigerten Form von Ausbeutung benutzt werden. Der Lohn wird auf das kleinste mögliche Minimum der Existenzsicherung gedrückt, sodass sich die Arbeitskraft gerade noch ausreichend reproduzieren kann, um anschließend wieder erneut ausgebeutet zu werden. Unter frühkapitalistischen Bedingungen wurde diese Methode in etlichen Branchen erbarmungslos ausgereizt. Im Neoliberalismus sind eindeutige Parallelen vorzufinden, die auf eine verwandte Vorgangsweise schließen lassen (vgl. Steiner 2011, S: 65).

Unter der im Kapitalismus gültigen Prämisse des Fortschritts und Wachstums lassen sich verschiedene Ausformungen von Ausbeutung gut vorantreiben. Die derzeitige vorherrschende Ideologie spiegelt diesen Umstand wider. Im überwiegenden öffentlichen Diskurs, auf medialer, gesellschaftlicher und politischer Ebene, wird uns suggeriert, dass die (kapitalistische) Wirtschaft für das allgemeine Wohl der Menschen Sorge. Daher soll sie auch bis ins Unermessliche wachsen. Dies soll sowohl seitens der Wirtschaftspolitik, zum Wohle des Landes, als auch von *allen* Menschen, die darin leben, durchgeführt werden (vgl. Krämer 2015, S. 11ff.).

In all den Prozessen spiegelt sich die neoliberale Wirtschaftsweise wider, die ihren Auftakt in den 1970er und 1980er Jahren markiert. Von wirtschaftspolitischer Seite wurde seit damals der Fokus auf die Herstellung möglichst idealer Bedingungen für Unternehmertum und Markt gerichtet. Als ein wichtiges Instrument wurde die allumfassende Privatisierung von öffentlichem Besitz zum regulierenden Prinzip von Staat und Gesellschaft. Unter diesen Bedingungen gehen auch Praktiken mit spezifischen Verhaltens- und Denkweisen einher wie zum Beispiel (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 79f.): „Freiheit, Selbstverantwortung, Autonomie und Risikobewusstsein – die unternehmerische Rationalität des homo oeconomicus – werden zu den vorausgesetzten Tugenden, die Menschen im Neoliberalismus aufweisen sollen“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 80). Das alltägliche Bewusstsein der Menschen wird im Laufe der Jahrzehnte so verändert, dass sie keine Kosten und Mühen scheuen, ihr Leben völlig selbstverantwortet unter Einfüllung jeglicher Zumutungen zu gestalten. Es wird gefordert, anpassungsfähig zu sein und eine große Flexibilität aufzuweisen, um der ökonomischen Verwertung beliebig frei zur Verfügung zu stehen und sich je nach den Bedingungen perfekt der Ausbeutung zu fügen (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 80).

Im Neoliberalismus wird also ein Individuum geschaffen, das sich selbst „einem besonderen ‚Zwang zur Selbstdisziplin‘ und zum ‚Unternehmertum seiner selbst‘“ (Resch/Steinert 2011, S. 174) aussetzt und unterwirft. Es wird von einer Arbeitsmoral ausgegangen, die im Zuge des Prozesses der Individualisierung die passende Ausstattung und Strukturierung des Individuums nach kapitalistischen Anforderungen voraussetzt (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 174). Unter dem Stichwort Individualisierung wird „ganz allgemein der gesellschaftliche Prozess gemeint, der Menschen zu Individuen in der Gesellschaft macht, die als Selbstbestimmte und Selbstverantwortliche denken und agieren“ und dies „ist mit knallharten ökonomischen Konsequenzen verbunden“ (trouble every day collective 2014, S. 14). Im Sinne von Michel Foucault kann Individualisierung auch als eine spezielle Form von Regierungstechnik verstanden werden, indem die

Erwartung von Herrschaft, bei Foucault unter dem Begriff Regierung zusammengefasst, dem Subjekt eingeschrieben wird und dies daher wiederum seinerseits im Sinne der herrschenden Machtverhältnisse aus sich selbst heraus handelt. Dies bedeutet die über Disziplinierung hergestellte Führung des eigenen Selbst im Sinne der Herstellung einer Art von gelenkter Freiheit. Das Prinzip des Regierens durch herrschaftliche Institutionen wird seiner Ansicht nach infolgedessen ergänzt durch die eigenständige Lenkung vom Subjekt selbst, damit vorgegebene Erwartungen regierungskonform erfüllt werden. Regieren (und Herrschaft) im Sinne von Foucault bezieht sich daher weniger auf Disziplinierung durch direkte Repression, sondern vor allem auf die Herstellung eines der Herrschaft gefügigen und somit „gouvernementalistischen“ Subjekts (vgl. Bröckling/Krasmann/Lemke 2000, S. 28f.). Demzufolge richtet sich ein derartiges Subjekt nach dem durch die Regierung als legitim etablierten Markt und seinen Anforderungen aus und stellt sich bereit, in allen seinen kleinsten Eigenheiten für Profitinteressen der Herrschenden verfügbar zu sein. Damit wird die „Subjektivität der Arbeiterin selbst mit ihren intimsten Eigenheiten wie Sprache, Gefühle, Bedürfnisse [...] in Wert gesetzt“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 133).

Mit dem Erstarken des neoliberalistischen Kapitalismus ändern sich daher die konkreten Lebenszusammenhänge der Menschen. Dadurch wird diese Art von Produktionsweise auf subtile Weise auf den Rücken der Menschen ausgetragen. Insbesondere werden durch ideologische Legitimierung prekäre Arbeitsverhältnisse mittels neoliberaler Wirtschaftspolitik durchgesetzt (vgl. trouble every day collective 2014, S. 38).

Im Fordismus, jene Form kapitalistischer Wirtschaftsweise, die dem Neoliberalismus vorgegangen ist, hingegen herrschte eine Politik geprägt von Kompromissen zwischen den verschiedenen Klassen, dass ein sozialpartnerschaftliches Abkommen beinhaltete, das auch „Korporatismus“ genannt wurde, vor. Dieses fand spätestens am Ende der 1980er-Jahre sein Ende (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 273). Aus klassenpolitischer Perspektive ist vor allem die Entmachtung der Arbeiter*innenbewegung ein wesentlicher Aspekt, der im Neoliberalismus gezielt umgesetzt wurde. Besonders der Arbeitsmarkt und die geschaffenen Arbeitsbedingungen dienen hierfür als ein wirkungsmächtiger Mechanismus. So werden zum Beispiel Produktionsstätten ausgeweitet, durch geographisch neue Standorte, Auslagerung in Teil-Produktionen oder Rationalisierung der Arbeitsprozesse. Besonders gehen damit Wegrationalisierungen von Berufen und die Freisetzung von Arbeitskräften einher. Dadurch werden Kosten einerseits reduziert und andererseits potentieller Widerstand eingedämmt (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 121).

Mit dem Übergang zum Neoliberalismus sind steigende Investitionen in Rationalisierungsmaßnahmen zu beobachten. Wissen und Organisation wird dadurch strukturell an Maschine abgegeben. Demgemäß wird Arbeitslosigkeit mittels der Entkoppelung des Quantums von Erwerbsarbeit und Unternehmensgewinn zu einem strukturellen gesellschaftlichen Phänomen (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 274). Durch Technisierung und Digitalisierung steigt zunehmend die Produktivkraft und damit der dem Kapital zukommende Profit. Jedoch steigen dazu nicht synchron die in den Arbeitsmarkt eingebundenen Arbeitskräfte. Im Gegenteil werden immer weniger Arbeitskräfte im industriellen Bereich eingesetzt, gleichzeitig der Dienstleistungssektor ausgeweitet und die Arbeitsbedingungen innerhalb dessen verschlechtert (vgl. trouble every day collective 2014, S. 39). Somit ist die wirtschaftliche Produktion von einer auf der industriellen Fabrikation gründenden hin zu einer auf Wissenschaft, Wissen und Information beruhenden, übergegangen. Durch diese Grundpfeiler neoliberaler Wirtschaftsweise wird Arbeit zunehmend entmaterialisiert und das Quantum der Erwerbsarbeit dadurch gesenkt. Trotz der dadurch entstehenden prekären Lebensrealitäten werden ungleiche soziale Verhältnisse stärker akzeptiert und, während Wohlstand für alle versprochen wird, durch Begriffe wie „Wissensgesellschaft“ oder „Informatikrevolution“ verschleiert (vgl. Federici 2015, S. 120). Das Problem des ersten vielversprechenden Begriffs besteht darin, dass Bildung zwar ausgeweitet und dadurch für viele Menschen zugänglicher wurde, sie gleichzeitig jedoch mit der Versprechung des sozialen Aufstiegs gezielt dazu genutzt wird, um Konkurrenz zwischen den Lohnabhängigen zu schüren. Bildung ist daher eine scheinbare unausweichliche Notwendigkeit, um in der nun eingeschränkteren Arbeitsmarktsphäre einen existenzsichernden Job zu bekommen. Unterdessen haben Bildungsabschlüsse durch das ausgedehnte Angebot maßgeblich an Wert verloren. Dies wird unter der gegenwertigen kapitalistischen Produktionsweise Gültigkeit haben, *solange Bildungsangebote als Ware betrachtet werden*. Das Bildungssystem und die dazugehörigen Finanzierungen wurden einer Umstrukturierung unterzogen, sodass Schule und Studium möglichst im Schnelldurchgang absolviert werden können. Bildung unterliegt in einer neoliberalen Politik einem neuen Paradigma und wird am Beispiel eines Universitätsstudiums durch Voraussetzungsketten unter das Diktat einer einzuhaltenden Regelstudienzeit gesetzt. Dennoch reicht eine gute Erstausbildung für den Arbeitsmarkt nicht mehr aus. Als weiteres Instrument der Disziplinierung der Menschen zur freiwilligen Verfügbarkeit für das Kapital sind auch permanente Weiterbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen zu sehen. In der Ohnmacht prekärer Lebensrealitäten sollen sie ein Gefühl von Handlungsfähigkeit geben und als Verstärker für eine größtmögliche Eigenverantwortung dienen, um

gesellschaftliche Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse zu verschleiern (vgl. trouble every day collective 2014, S. 15). Wissensarbeit wird zum gesellschaftlichen Gros von Wachstum und Fortschritts erkoren und Handarbeit entwertet. Gleichzeitig werden in der sogenannten Wissensgesellschaft neue Kategorisierungen hergestellt, um gesellschaftlichen Ausschluss zu legitimieren. Darunter fallen Zuschreibungen, wie überflüssig, unfähig, dumm, mit dem Ziel einen großen Teil der Gesellschaft für ihr Schicksal selbst verantwortlich zu machen. Soziale Zugehörigkeit wird somit an einem bestimmten Merkmal festgemacht und zwar am Besitz eines Arbeitsplatzes (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 279).

Zweitens könnte die technologische Revolution für gesellschaftlichen Wohlstand sorgen, würde sie nur auch im Sinne des Wohls für alle und nicht nur für das einiger weniger eingesetzt werden. Da wir uns jedoch innerhalb kapitalistischer Produktionsweise bewegen, wird dies wohl nur eine Fata Morgana für die ausgebeutete Arbeitskraft in der neo-liberalen Wüste bleiben, solange die Produktionsmittel im Sinne des Kapitals eingesetzt werden (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 120f.).

Zusammenfassend kann aus ökonomischer Sichtweise eine strukturelle Umwälzung der Gesellschaft verzeichnet werden, in der ein kollektiver gesellschaftlicher Zusammenhalt in die Segmente einzelner Individuen aufgelöst wird. Durch repressive Individualisierung, die sich ausschließlich auf den Arbeitsmarkt bezieht, wird neoliberale Arbeitsmoral, nach dem Motto „Ich bin ein Unternehmen meiner Selbst!“, hergestellt. Dementsprechend soll mensch sich selbst gut genug anleiten, sodass er*sie einen Arbeitsplatz erhält, um dadurch gesellschaftlich inkludiert zu werden. Falls dies nicht gelingt, gehört mensch eben nicht zur Gesellschaft. Daraus ergibt sich ein Gesellschaftsmodell, das nicht mehr wie im Fordismus feinabgestufte soziale Positionen entlang einer Vertikale anbietet, sondern im sozialen Sinne horizontal strukturiert ist. Dieses Gesellschaftsmodell läuft konkret darauf hinaus, einen großen Teil der Gesellschaft als „nutzlos“ und „unbrauchbar“ abzuwerten (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 278).

Das sind keine Mechanismen, die ausschließlich auf ökonomischen Prozessen beruhen, sondern werden bewusst auch seitens der Politik und Staat unterstützt. Der Staat erhält im Neoliberalismus eine besondere Rolle. Er ist nicht nur Unterstützer*in ökonomischer Prozesse, sondern hat vor allem dafür zu sorgen, dass der Markt frei über alle Menschen walten kann. *Der Staat zieht sich zurück und bietet somit neue Felder kapitalistischer Akkumulation.* Zuvor staatlich gesicherte Strukturen werden privatisiert und damit im Kampf der Konkurrenz wiederum Löhne gesenkt (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 82). „Neoliberalismus heißt Kommodifizierung von gesellschaftlichen Bereichen, die bisher

nicht oder nicht in diesem Ausmaß dem Kapitalverhältnis unterworfen, also nach Prinzipien der Warenförmigkeit organisiert waren“ (Resch/Steinert 2011, S. 274).

Neoliberale Wirtschaftspolitik beruht demnach auf der Deregulierung und Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und benötigt darüber hinaus prekäre Arbeitsverhältnisse. Hauptagenda neoliberaler Wirtschaftspolitik ist daher die Senkung von Lohnkosten durch Abbau des Arbeitsschutzes und der Arbeitssicherheit (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 82). Im öffentlichen Diskurs wird der Staat oft als mäßigender Gegensatz zu Wirtschaft und Markt dargestellt. Jedoch ist gerade ein funktionstüchtig agierender Staat zur Realisierung kapitalistischer Funktionsweisen ausschlaggebend: „Es geht lediglich darum, wie und in wessen Interessen der Staat funktioniert“ (vgl. Krämer 2015, S. 134). *Kapitalistische Wirtschaftsweise ist darauf angewiesen, dass gesellschaftliche Verhältnisse, wie Privateigentum und Gewerbefreiheit, als Vorbedingung existieren.* Gleichzeitig beruht der Staat auf den gesellschaftlichen Strukturen und daher auf ökonomischen Verhältnissen. Die Funktion des Staates ist somit darauf ausgerichtet kapitalistische Produktionsweise, in welcher Ausformung auch immer, zu legitimieren und die entsprechenden Bedingungen dafür zur Verfügung zu stellen. Er erhält somit die Rolle der ökonomischen und sozialen Regulierung im Sinne der Erhaltung einer kapitalistischen Funktionsfähigkeit, die sich entsprechend der aktuellen wirtschaftlichen Strömung modifiziert (vgl. Krämer 2015, S. 134).

Durch das Einrücken von Wirtschaftsvertreter*innen in Parlamente und Regierungen, konnte das Kapital im Neoliberalismus seine maßgebende Wirkmächtigkeit immens steigern. Mittels des Arguments der Wirtschaftsförderung zum Wohle der Gesellschaft findet eine massive Umverteilung der Finanzmittel von armen zu reichen Bevölkerungsschichten statt. Dieser Prozess wird öffentlich durch realwirtschaftliche und finanzspekulative Eingriffe legitimiert. Dennoch spricht wenig dafür, dass ein gesellschaftlichen Fortschritt zum Wohle aller Menschen durch wirtschaftliche Förderungen erreicht werden kann. Im Gegenteil entsteht geradewegs dadurch eine „neue“ Unterschicht, die rechtlich diskriminiert und ausgegrenzt wird (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 218ff.). Legitimiert wird dieser Umstand durch die fortwährende Thematisierung der ökonomischen „Krise“, zumindest seit dem Jahre 2008. Die 2008 vom Zusammenbruch der Finanzsphäre losgetretene Krise wird fortwährend zur Rechtfertigung ökonomischer Umverteilungen verwendet, vor allem in Ländern, die weniger hart von dieser Krise getroffen wurden. Der alleinige Bezug auf die ökonomische Krise als Ursache für den neoliberalen Umbau greift jedoch zu kurz, denn die Veränderung hin zu einer neoliberalen Wirtschaftsweise muss auch politisch gewollt werden (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 279). Es wird in den Medien permanent

„gepredigt“, dass der Markt und die ihm immanente Konkurrenz als gesellschaftliche Rettung fungieren können. Die Krise findet aber vor allem eher Ausdruck in einer steigenden Massenarbeitslosigkeit und weniger im Fehlen von Wirtschaftswachstum. Wenig überraschend wird medial allgegenwärtig von Massenentlassungen gesprochen bei gleichzeitig steigendem Profit.

Die wirtschaftliche Krise entpuppt sich somit als Motor eines generellen Umbaus der kapitalistischen Produktionsweise (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 274): „Im Neoliberalismus verändert sich die Gewichtung, die dem Markt im Verhältnis zur Gesellschaft und zum Staat zukommt“ (trouble every day collective 2014, S. 38). Das heißt gleichzeitig, dass immer mehr Lebensbereiche der Ökonomie unterworfen und nach ihren Prinzipien behandelt werden und dies global übergreifend. Mit der Informatisierung von Arbeit konnte die Wirtschaft ein globales Netz aufbauen und sich bis zur Gänze entterritorialisieren. Somit wurden Bedingungen geschaffen, anhand derer die kapitalistische Akkumulation bis ins Unermessliche vorangetrieben werden kann. Kapital kann innerhalb kürzester Zeit an das andere Ende der Welt verschoben werden. Dadurch können Arbeiter*innenkämpfe geradewegs übergangen werden, da sie nicht die Möglichkeit eines raschen Ortswechsels besitzen (vgl. Federici 2015, S. 53). Unter dem Deckmantel der Freiheit wird somit eine neoliberale Fiskalpolitik durchgesetzt.

Die bürgerliche Epoche wollte auf den Prinzipien der Aufklärung aufbauend demokratische Prinzipien etablieren und achtete gleichzeitig darauf, dass sie trotz dem Motto „dem Volk die Stimme“ begrenzt bleiben (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 212). Demokratie entpuppt sich als ideologischer Schein der Gleichberechtigung, unter der Perspektive, dass staatliche Organe nicht die alleinige Entscheidungskraft tragen. Entscheidender ist die Verteilung der ökonomisch, gesellschaftlich begründeten Machtressourcen und der damit zusammenhängenden Durchsetzungskraft verschiedener Interessensgruppen (vgl. Krämer 2015, S. 136). Demokratie wird parallel zu neoliberaler Politik im öffentlichen Diskurs als ein Modell des Fortschritts dargestellt, das zwar noch nicht überall erreicht wurde, aber ein Ziel zur weiteren Vertiefung ist. Sie ist jedoch nur scheinbare Fortschrittspolitik, denn unter historischem Rückblick sind viel zu viele Rückfälle zu verzeichnen (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 2013). Die Friedenszeit in Europa nach dem zweiten Weltkrieg wurde in vielen Kontexten als kontinuierlicher Fortschritt zum Besseren gedeutet. Gleichzeitig fällt diese Interpretation mit der Beobachtung zusammen, dass Staat in Richtung Überwachung entwickelt wurde, eine dazugehörige Aufrüstung der Polizei zur Bürgerkriegseinheit stattgefunden hat und eine allgegenwärtige rechtliche und

faktische Misshandlung von Migrant*innen und gesellschaftlichen Ausreißer*innen zu verzeichnen ist (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 218).

Als nicht verwunderlich ist dieser Umstand unter der historischen Betrachtung der Zusammenhänge von bürgerlicher Gesellschaft, Kapitalismus, Rassismus und Nationalsozialismus zu bezeichnen. Kapitalismus und Nationalismus sind eng miteinander verwoben und werden über verschiedene verwandte Mechanismen bedient. Mit dem Aufstieg der bürgerlichen Gesellschaft wird der Staat und die Konstruktion einer Nation wesentlich für die Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise. Muttersprache, Volksgeist und Identität, mit der gleichzeitigen Berufung auf ein abgegrenztes Gebiet, sind einige dieser gesellschaftlichen Phänomene, die nicht erst in den letzten Jahren auftauchen, sondern die das soziale Konstrukt im Kapitalismus immer schon gestützt haben und dementsprechend instrumentalisiert werden (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 220). Mit dem Ende des 19. Jahrhunderts haben sich Rassismus und Nationalismus in einer gewalttätigen Weise miteinander verbunden. Zur Mitte des 20. Jahrhunderts führte diese Verbindung in Form faschistischer Staaten sogar bis hin zur Eliminierung von ganzen Volksgruppen, was als ideologische Basis kapitalistischer Ideologie in diversen Ausformungen bis heute anhält (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 220): „Die Idee der Elimination, der Ausrottung, der ‚Säuberung‘ ist eine weitere Errungenschaft des bürgerlichen Zeitalters“ (Resch/Steinert 2011, S. 220). Möglicherweise gründet dies darauf, dass erst ab einer gewissen technologischen Entwicklung die Organisation von Genoziden möglich wurde. Mit dem Kolonialismus wurde der Grundstein für Vertreibung und auch für Rassenhass. „Exilierung, Vertreibung und Absonderung sind historisch alte Formen, modern ist die Idee der Eliminierung, der völligen ‚Erfassung‘ des Feindes und seiner kompletten Vernichtung und Ausrottung“ (Resch/Steinert 2011, S. 221). Vor allem die strenge Kategorisierung und Verwaltung von Subjekten nach unterschiedlichsten Merkmalen, wie zum Beispiel das der Ethnie, ist mit der Entstehung von Kapitalismus und Nation stärker und flächendeckender geworden. Rassismus ist ein gesellschaftliches Phänomen, das sich durch die Historie durchzieht, ab dem 19. Jahrhundert wurde es jedoch politisch organisiert (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 222). Im Zuge der begrifflichen Etablierung des Individuums im bürgerlichen Zeitalter ging auch eine gezielte Identifizierung von Menschen einher und damit die Kategorisierung von Menschen nach (wirtschaftlicher) Brauchbarkeit oder Schädlichkeit. Diese Kategorisierung wurde unter anderem auch anhand von Aussehen oder der nationalen Zugehörigkeit vorgenommen, was den Nährboden für Nationalismus und Rassismus bereitete: „Sie wurden im Zeitalter der Individualität in Exzessen von schematisierter Be- und Misshandlung entpersönlicht und

entmenschlicht. Dem Kult des falschen Individuums steht der anonyme Massenmord gegenüber“ (Resch/Steinert 2011, S. 175).

Die Thematisierung der oben angeführten Zusammenhänge ist für die Thematik, die in dieser Arbeit abgehandelt wird, an sich nicht zwingend vordergründig, jedoch unter gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungen unumgänglich. Im gesellschaftlichen Diskurs sind unter verschärften Wirtschaftsbedingungen rassistische Tendenzen en vogue und auch eng mit Diskriminierung von weiblichen Attributen verwoben. Vorangetrieben werden diese Tendenzen von einer Form von Politik, die mittels populistischer Propaganda versucht eine allgemeine Zustimmung und Akzeptanz zu traditionalistisch, rassistisch, nationalistischen, menschenfeindlichen und wirtschaftsdienenden Gedankengut über das Interesse der Menschen hinweg zu organisieren. Sie arbeitet mit Feindbildern, einem Wechselbad von Angstmache und einem Personenkult, um Ausschließung und Etablierung unerwünschter Lebensidentitäten zu etablieren. *Folgen dieser Politik sind die völlige Hinnahme und Bereitschaft zu, Überwachung, Misshandlung und Exekutionen von scheinbar feindlichen Personengruppen, sowie auch die Akzeptanz des Abbaus von Sozialleistungen und staatlicher Infrastruktur* (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 227). Damit einhergehend ist eine Abnahme der politischen Beteiligung der Massen, vor allem der unteren Schichten, zu beobachten. Mit dem Versprechen, die scheinbar vorhandene Demokratie für den Markt konform zu machen, wandelt sich der demokratische Kapitalismus hin zu einem autoritären Kapitalismus (vgl. Krämer 2015, S. 138). Dennoch hat die „neue“ Autorität ein Problem: Sie kann ihren Versprechungen nicht gerecht werden, denn die in der Ökonomie etablierte Arbeitsteilung und die warenorientierte Verteilung der produzierten Güter bleibt unverändert und schürt somit den Zorn der Massen über die soziale Ungleichheit. Daraus entsteht ein Zorn, der geschickt auf diejenigen gerichtet wird, die kaum Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Beteiligung erhalten. Diese Bedingungen sind auch Voraussetzung für die Funktion einer kapitalistisch-neoliberalen Gesellschaft und werden gezielt dafür genutzt, um rassistische und geschlechterdiskriminierende Politik zu legitimieren.

5.2. Reproduktionssphäre im Wandel oder Nicht-Wandel

Aber wie ist es unter diesen Bedingungen der Reproduktionsarbeit ergangen? Und wie haben sich makroökonomische Veränderungen auf die geschlechtliche Arbeitsteilung und Geschlechterverhältnisse ausgewirkt? Nicht von ungefähr stellen sich feministische Ökonom*innen die Fragen. Mit dem Zusammenbruch der Finanzsphäre von 2008 ist das Wort Krise in aller Munde. Darunter sind die Krise der Finanzsphäre der kapitalistischen

Wirtschaft, dabei vor allem der Banken, die wieder stabilisiert werden, und die verschiedenen Staaten, die vor dem Bankrott gerettet werden müssen, gemeint. Unter feministischer Perspektive geht es aber vor allem darum, die übliche Fokussierung auf Krise des Kapitals wegzulenken auf eine Perspektive von Krise, die eine Reihe von schon länger existierenden Missständen und Ungleichheiten in der sozialen Reproduktion thematisiert. In diesem Zusammenhang wird von der Krise der Reproduktion gesprochen, die unter kapitalistischer Produktionsweise je nach wirtschaftlicher Strömung mehr oder weniger ausgeprägt ist. Menschen wird erschwert sich selbst zu reproduzieren, sowie ihre eigenen Bedürfnisse und die der Mitmenschen zu berücksichtigen und zu befriedigen. Ausgehend von dieser Betrachtungsweise wird daher von einer permanenten Krise des Kapitalismus gesprochen. Die gegenwärtige noch gültige Weltwirtschaftskrise ist, je nach Betroffenheit des Landes, nicht die eigentliche Ursache, sondern eine Verschärfung von bereits länger vorhanden Umständen, die soziale Ungleichheit und Ausbeutung befördern (vgl. trouble every day collective 2014, S. 10): „Die Krise wird jedoch legitimatisiert verwendet, um auch hier umzuverteilen und Einsparungen im Bereich der sozialen Reproduktion durchzusetzen“ (trouble every day collective S. 10). Daher wird sie ideologisch dazu verwendet, um eine neoliberale Politik seitens des Staates im Sinne des Marktes durchzusetzen. Die Folgen zeichnen sich unmittelbar in den Lebensrealitäten der Menschen ab, indem sie sich unter steigendem zeitlichen Stress, psychischer und emotionaler Belastung fühlen, begründet durch die implizit erforderliche Selbstverständlichkeit, zu jeder Zeit verfügbar und erreichbar zu sein (vgl. trouble every day collective 2014, S. 11). Krise aus der Perspektive des Kapitals bedeutet, dass eine gewisse Regulationsweise der wirtschaftlichen Ordnung nicht mehr funktioniert und daher ihr Ablauf gestört ist. Im weiteren Schritt ist jedoch die eine neue Art der Regulation noch nicht zur Gänze entwickelt und durchgesetzt. Daher müssen im Sinne des Kapitals gewisse Umstrukturierungen stattfinden, um die wirtschaftliche Ordnung wiederherzustellen und Wirtschaft im Allgemeinen anzukurbeln. Wirtschaftliche Entwicklungen und Übergänge zwischen kapitalistischen Strömungen sind über die Historie weg zu verzeichnen. Gleichmaßen ist auch stärkeres oder etwas schwächeres Ungleichgewicht zwischen Produktion und Reproduktion der kapitalistischen Historie immanent. Aus feministischer Perspektive stehen daher soziale Reproduktion und Kapitalakkumulation in einem permanenten Widerspruch zueinander. „Hintergrund ist die Beobachtung, dass eine Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Reproduktion der Arbeitskraft und Profitmaximierung erfolgt und dass die Dimension der geschlechtlichen Arbeitsteilung hier nach wie vor eine Rolle spielt“ (trouble every day collective 2014, S. 17). Mit der im vorherigen Kapitel

geschilderten steigenden Arbeitslosigkeit und Prekarisierung der privaten sowie öffentlichen Lebensverhältnisse ist eine zusätzliche Belastung gegeben, von der „Reproduktionschicht“ nach der Lohnarbeit bis hin zur Versorgung von Mitmenschen, die beispielsweise aufgrund mangelnder Ressourcen frühzeitig nach einer Operation entlassen wurden.

Zu meist wird diese Mehr- Belastung von Frauen* aufgefangen, da ihnen weiterhin die Verantwortung für Sorge- und Reproduktionsarbeit zugeschrieben wird (vgl. trouble every day collective 2014, S. 17). „Die Frauen* waren und sind die ‚stille Ressource‘ der geschlechtshierarchisch strukturierten Arbeitsgesellschaft“ (Böhnisch/Funk 2002, S. 346). Im gesellschaftlichen und politischen Diskurs wird davon ausgegangen, dass die Folgen bezüglich gesellschaftlicher Kontinuität zugunsten weltwirtschaftlicher Politik einfach ausgeblendet werden können. Gesellschaftliche Reproduktion und damit auch soziale Reproduktion wird und muss aus der Sicht der vorherrschenden ökonomischen Logik, unabhängig von vorherrschender makroökonomischen Effekten und ihren Gesetzmäßigkeiten, weiterlaufen. Ausfälle seitens der Gesellschaft bezüglich öffentlicher und reproduktiver Dienstleistungen, die zuvor von staatlichen Budget abgedeckt wurden, wie beispielsweise Personalreduktion im Pflege- und Betreuungssektor, werden von Frauen* mitgetragen. Mariarosa Dalla Costa referierte bereits im Jahr 1970 über die kapitalismusstabilisierende Funktion von Haushalten und damit die der Frauen*, durch die aus den Arbeitsmarkt geworfene Menschen aufgefangen und mitversorgt werden (vgl. Dalla Costa 1973, S. 40ff.). So wie sich die Organisation der Produktion im Neoliberalismus verändert hat, findet auch eine Veränderung der Organisation von Reproduktion statt. Trotz einer teilweisen Emanzipation seitens der Männer liegen fürsorgliche Tätigkeiten, zu Hause oder im Beruf, dennoch weiterhin im weiblichen Obliegen. Gleichzeitig wird aber von einer steigenden Beteiligung der Frau* am Arbeitsmarkt gesprochen. Laut Statistik Austria sind Frauen*, ausgehend von einer Grundgesamtheit von 4.389 500, 311 800 ausschließlich haushaltführend während ausgehend von einer Grundgesamtheit von Männer 4.256 400 nur 16 000 ausschließlich im Haushalt tätig sind (vgl. Lebensunterhalt 2017, S. 1f.). Auch angesichts des European Unequal Pay Day 2018 wird die ungleiche Verteilung zwischen Geschlechtern ersichtlich, da laut ihm Frauen* ab dem 31. Oktober 2018, bezogen auf den pay gap von 16%, bis zum Ende des Jahres für frei arbeiten (vgl. European Unequal Pay Day 2018). Demgegenüber gestellt sind 2017 in Österreich 76,2 % der Männer und 68,2% der Frauen*, innerhalb einer Altersspanne von 15-64 Jahren, erwerbstätig (vgl. Erwerbstatus 2017, S1f.). Bei Betrachtung letzterer Statistik scheint die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern bezüglich Verteilung von

Erwerbsarbeit an Männer und Frauen oberflächlich nur marginal zu sein. Wobei der Anstieg der Erwerbstätigkeit, vor allem auf den Anstieg von Teilzeitbeschäftigten zurückzuführen (vgl. Gender-Statistik 2016).

Bei kritischer Analyse des globalen Arbeitsmarktes ist genau das Gegenteil, eine Abnahme der Beteiligung von Frauen* an der Erwerbsarbeit, zu verzeichnen: Unter globaler Perspektive hat sich der Anteil von Frauen* am lohnabhängigen Arbeitsmarkt, inklusive der Berücksichtigung ehemals sozialistischer und der kapitalistischen Strukturanpassung unterzogener Ländern, nämlich sogar verringert. Mit der Ausweitung der Beschäftigung von Frauen* wurden damit zusammenhängend zusätzlich ein großer Teil der männlichen Lohnarbeit „prekariert“ und damit „hausfrauisiert“. Der Eintritt von Frau* in die Lohnarbeit fand zu einer Zeit statt, in der es bereits zu drastischen Angriffen auf die Rechte und die Ansprüche von Arbeiter*innen kam. Abbau von Betriebsstätten in der westlichen Welt, Segmentierung und Auslagerung der Produktionsprozesse in „Billig-Lohnländer“, Aufweichung von rechtlichen und sozialen Absicherungen der Arbeitnehmer*innen, sowie Lohndumping sind Folgen davon und führten zur Ausweitung von prekären und gesundheitsschädigenden Arbeitsbedingungen. Die für Frauen* verfügbare Lohnarbeit befindet sich weltweit am unteren Ende der Lohnskala, und sind zumeist unsichere und schlecht entlohnte Tätigkeiten. (vgl. Federici 2015, S. 73). Der Eintritt der Frau* auf den Arbeitsmarkt ist daher nicht als etwas prinzipiell Fortschrittliches zu sehen, sondern fand viel mehr zu einem historisch ausgewählten Zeitpunkt statt, der dazu genutzt wurde, Arbeit allgemein zu Lasten der Erwerbstätigen und zu Gunsten der Profite des Kapitals umzustrukturieren. Lohnarbeitsverhältnisse, die zuvor abgesichert waren, werden nun in unterschiedlichsten Bereichen dereguliert und flexibilisiert und sind damit ungeschützt. Bereiche werden strategisch abgewertet und dadurch schlechter bezahlt, wenn die Anzahl der arbeitenden Frauen* in diesen Bereichen zunimmt und Männer deshalb den jeweiligen Arbeitssektor verlassen. In diesem Zusammenhang wird von „Hausfrauisierung“ oder „Feminisierung“ von Arbeitsbereichen gesprochen: „Merkmale der Hausarbeit, wie die Entgrenzung von Arbeitsverhältnissen und die jederzeit mögliche Abrufbarkeit von Arbeiter_innen, geringer oder kein Lohn, kein oder schlechter Schutz der Arbeitsverhältnisse, Isolation und fehlende gewerkschaftliche Interessenvertretung finden sich in diesen neuen Beschäftigungsverhältnissen wieder“ (trouble every day collective 2014, S. 40). Besonders unter den gegenwärtigen gültigen makroökonomischen Umständen sind durch wiederholte Kürzungen des Wohlfahrtssektors vor allem „typische“ Berufe von Frauen* bedroht. So stieg zum Beispiel im Jahre 1990 die Beschäftigung von Frauen* am Arbeitsmarkt zwar an, jedoch fand dieser Zuwachs zu 60% in

Bereichen des Dienstleistungssektors im Zusammenhang mit vergesellschafteter Reproduktionsarbeit statt, die darüber hinaus als schlechter bezahlte Branchen gelten (vgl. Federici 2015, S. 73). Weiters blieb der private Haushalt weiter als Aufgabe den Frauen* überlassen. Daher kann hier von einer gewissen Doppel- oder Dreifachbelastung gesprochen werden. Dies bedeutet, dass unentgeltliche Reproduktionsarbeit seitens der Frauen* erbracht wird, sofern sich dies nicht die Bezahlung von Haushaltsdienstleistungen leisten können. Ob nun erwerbstätig oder auch nicht, diese Aufgabe bleibt den Frauen* überlassen, obwohl die zusätzliche Forderung besteht, dass sie sich gleichzeitig in den Lohnarbeitsplatz so integrieren sollen, dass sie unabhängig von Sozialleistungen und Familienlohn ein ökonomisch eigenständiges Leben führen können. Dennoch wird die steigende Integration der Frau* in den Arbeitsmarkt im öffentlichen Diskurs weiterhin als etwas prinzipiell Fortschrittliches interpretiert, unabhängig von der Qualität der Arbeit und dem Lohnniveau, das miteinhergeht (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 83).

Daran anschließend sind auch Folgen für das Überleben nach der Zeit der Lohnarbeit zu verzeichnen. Wegen dem Aspekt des Lohndumpings sind vor allem ältere Menschen durch die Kürzung staatlicher Renten von Altersarmut betroffen und versuchen mittels Minijobs ihre Existenz zu sichern. Besonders Frauen* sind häufig davon belastet, durch ihre* Verwiesenheit auf Pflege- und Erziehungsaufgaben können sie keine ausreichende Arbeitszeit aufbringen, um sich in ihrer Pension selbst versorgen zu können (trouble every day collective 2014, S. 12). Dies ist unter anderem auch die Folge des Umstands, dass das Einkommen der Frau* zumeist noch immer als zusätzlicher Verdienst zum Hauptverdienst des Mannes gesehen wird. Berufliche Aufstiegschancen werden für Frauen* damit verunmöglicht. Laut Gender Index 2017 das Bundesministerium für Frauengesundheit stehen in der Geschäftsführung der 200 umsatzstärksten Unternehmen Österreichs den 565 Geschäftsführern nur 44 Geschäftsführer*innen gegenüber (vgl. Bundesministerium für Gesundheit und Frauen 2017, S. 47). Mittels der industriellen räumlichen Zerstreung ist es zudem möglich geworden informelle Arbeitsverhältnisse zu schaffen, die weibliche Erwerbstätigkeiten noch unsichtbarer gemacht haben. Durch die Organisierung von Arbeit als Heimarbeit kann die entsprechende Unsichtbarkeit genutzt werden, sodass gewerkschaftliche Organisierung unmöglich wird und Löhne dadurch auf ein Minimum gesenkt werden können. (vgl. Federici 2015, S. 79f). Vor allem Migrant*innen sind in besonderer Weise von diesen Diskriminierungsweisen betroffen (vgl. Krämer 2015, S. 46), denn Arbeitsteilung ist weiterhin entlang der Kategorien, Geschlecht, Klasse und Ethnie organisiert. Während den Frauen* der Mittelschicht zunehmend der Zugang zu Bildung und beruflicher Teilhabe in einem unbeschränkteren

Ausmaß gewährt wird, finden Migrant*innen nur geringen Zugang dazu. Der Großteil von Frauen*, die aufgrund Ethnie und Klasse weniger bis keine Privilegien zustehen, bleibt dies verwehrt. Aufgrund dessen ist es auch kaum wunderlich, dass vor allem Pflegearbeit, teilweise außerhalb gesetzlicher Regelungen, an Migrant*innen übergeben wird (vgl. trouble every day collective 2014, S. 42): „In Zusammenhang steht diese geballte Prekarität mit der Unsicherheit des aufenthalts- oder beschäftigungsrechtlichen Status, mit dem ungleichen Zugang zu sozialer Absicherung und Sozialleistungen, mit der ungleichen Anerkennung von Qualifikationen – und mit der Ungleichheit sozialer Reproduktion“ (Knittler/Haidinger 2016, S. 138). Reproduktionsarbeit und damit auch Hausarbeit wurde auf ein Minimum gesenkt, ökonomisiert und umverteilt. Diese Umverteilung bezieht sich vor allem auf bezahlte Hausarbeit, die überwiegend von migrantischen Arbeiter*innen verrichtet wird. Aufgrund der Verelendung im globalen Süden und den zuvor sozialistischen Ländern entwickelte sich eine neue Arbeitsteilung zwischen den Nationen. Migrantische Frauen* übernehmen nun einen maßgebenden Teil der Reproduktion in metropolitischen Ländern, die früher von den Arbeiter*innen selbst durchgeführt wurde. Diese Entwicklung wiederum führte zu neuen Spaltungen zwischen den Frauen*, da die globalisierte Pflegearbeit seitens der Regierung befürwortet wird, um eigene Investitionen in den Reproduktionssektor verringern zu können. Jedoch ist die allgemeine Bedeutungsabwertung von Hausarbeit und die gleichzeitige weibliche Konnotation von unbezahlter Arbeit die Voraussetzung für die Entstehung durchaus prekärer Arbeitsbedingungen, die wiederum diese Arbeit als „zeitgeschichtliche[s] Pendant der Plantagenarbeit“ (Federici 2015, S. 77) erscheinen lassen. Die vermeintliche Alternativlösung, Reproduktionsarbeit zu ökonomisieren und auf andere Frauen* auszulagern, stellt jedoch nur eine weitere Veränderung der Krise von Reproduktion dar und führt unweigerlich zu neuen Hierarchien zwischen den Frauen*. Schon Maria Mies stellte diese Tendenz in den 1980er Jahren fest und beschrieb dies als „Diktat der globalen Kapitalakkumulation“ und spricht weiter von einer im Westen und in der „Dritten Welt“ herrschenden sexistischen Politik, die gezielt dazu genutzt wird, um Menschen unter eine profitoptimierte Produktionsweise des Kapitals zu zwingen (vgl. Mies 1988, S. 66). Damit ist zu erkennen, dass die ursprüngliche Akkumulation entgegen der Behauptung von Marx noch nicht abgeschlossen ist. Vielmehr wird sie fortgesetzt und steht im engen Zusammenhang mit der fortschreitenden Entmachtung von Frauen* auf globaler Ebene. Beispiele dafür sind die damit zusammenhängende Enteignung von Substienzbäuer*innen, die zumeist Frauen* sind, sowie die kapitalistische Aneignung des Körpers von Frauen*

durch Organ-, Samen- und Eizellenhandel und Leihmutterschaft (vgl. Federici 2015, S. 81f.; Cooper/Walby 2015, S. 22).

Die Zunahme des Anteils von Frauen* im Lohnarbeitssektor und die Neuordnung des Reproduktionssektors haben letztendlich nicht zu einer Aufhebung von geschlechtlicher Ungleichheit und patriarchalen Hierarchien geführt. Das Ausmaß an zu tätiger Hausarbeit ob nun bezahlt oder auch unbezahlt, hat aus globaler Perspektive betrachtet laut Federici vermutlich sogar zugenommen. Die makroökonomischen Veränderungen, vor allem im Zuge der Durchsetzung des Neoliberalismus, führten auf globaler Ebene zu einer verstärkten Hierarchisierung innerhalb der Geschlechter. Auch in Mikrozusammenhängen kann die Verschärfung der Entwicklungen von Ungleichheit zwischen den Geschlechtern vernommen werden. So hat auch laut Federici unter anderem die Gewalt von Männern gegenüber Frauen* zugenommen, zurückzuführen auf die Verunsicherung der Männer und deren Nichtakzeptanz von Frauen* als Konkurrentinnen auf dem Arbeitsmarkt, einhergehend mit der gleichzeitigen Frustration über die Infragestellung ihrer privilegierten Rolle als Familiernährer (vgl. Federici 2015, S. 80).

Statt des Ein-Ernährer-Modells hat sich, beginnend ab den 1970er-Jahren, das Zwei-Verdiener-Modell immer stärker etabliert. Das heißt, alle Erwachsenen, die zum Erwerb fähig sind, werden in den Arbeitsmarkt eingebunden. Besonders bestärkt wurde diese Entwicklung durch das Engagement der zweiten Frauenbewegung, die sich besonders für die Eingliederung der Frau* in die Lohnarbeit und damit für eine gesellschaftliche Teilhabe einsetzte. Vielfältige Lebensweisen wurden durch die Aufweichung von Heterosexualität als Norm befördert. Regenbogenfamilien, mit gleichgeschlechtlichen Eltern und homosexuelle Partnerschaften wurden dadurch gesellschaftlich stärker anerkannt (trouble every day collective 2014, S. 41). Trotz all dieser Entwicklungen, sind traditionell, heterosexuelle Familien dennoch vorherrschend und werden im öffentlichen Diskurs als die sicherste Methode zum Erhalt der Gesellschaft und ihrer Bevölkerung propagiert. Vor allem unter dem Gesichtspunkt des staatlichen Rückzugs aus vergesellschafteter Reproduktionsarbeit und den damit zusammenhängenden Einsparungen „[ist] die private Brutpflege nach wie vor (bei aller staatlichen Skepsis ihren Ergebnissen gegenüber, die man durch Schule, Gefängnis und Psychodienste zu steuern und zu korrigieren versucht) die kostengünstigste Organisationsform“ (Steiner 2011, S. 204; Ergänzungen S.H.). *Familie im herkömmlichen Sinne dient als Auffangbecken für all die, die aus dem Arbeitsmarkt geworfen wurden oder gar nicht Fuß fassen können und nur unter bestimmten Bedingungen von staatlicher Seite unterstützt werden können. Somit ist Familie als Arbeitsmarkt-Puffer und Konsumeinheit besonders relevant.*

Die nunmehr aufgeweichte aber dennoch Heteronorm und das Patriarchat wird von verschiedensten Interessen gestützt und mit allen Bemühungen aufrechterhalten (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 204). Besonders findet dies seinen Ausdruck unter der zum Beispiel in der Bundespolitik von Deutschland erneut geführten Diskussion zum Geburtenrückgang. Viele Menschen, die von den zuvor beschriebenen ökonomischen Missständen betroffen sind, entscheiden sich dagegen Kinder zu bekommen, da sie kaum ihre eigene Existenz erhalten können. Gleichzeitig wird nicht-heterosexuellen Menschen mittels verschiedenster Formen von Diskriminierung ihr Kinderwunsch abgesprochen. Im Diskurs des Geburtenrückgangs geht es jedoch nicht darum, dass sich *alle* Menschen fortpflanzen sollen. Es geht vor allem darum dem Staat und dem Kapital die nötigen Arbeitskräfte für eine weitere Profitmaximierung zu beschaffen, wobei der gesellschaftlich sozial höher gestellte Teil der Gesellschaft sich stärker vermehren soll. Auf den unteren Teil der Gesellschaft hingegen wird, wie zum Beispiel in Deutschland ersichtlich, mittels erschwerten Zugang zum Kindergeld Druck ausgeübt (vgl. trouble every day collective 2014, S. 12f.).

Es ist also augenscheinlich, dass die vorherrschende neoliberalistische Produktionsweise trotz aller scheinbar aufgeweichten vergeschlechtlichten Gesellschaftsverhältnissen verstärkt auf die patriarchale Strukturierung von Gesellschaft angewiesen ist. Deshalb möchte ich in den nächsten beiden Kapiteln näher auf die geschlechtliche Strukturierung eingehen und ihren immanenten Zusammenhang mit der Ökonomie darstellen. Die Verhältnisse auf der Makroebene sind für den Umfang der Arbeit vorerst ausreichend geklärt. Nun gehe ich in einem weiteren Schritt auf die Mikroebene ein und werde aufzeigen, wie Gesellschaft von Geschlechtlichkeit geprägt ist, um letztendlich Mikro- und Makroebene in einer ökonomischen Geschlechterperspektive zu vereinen.

6. Geschlecht – Eine mikrosoziologische Perspektive

Im vorherigen Kapitel befanden wir uns auf der Makroebene, auf der verschiedene gesellschaftliche Aspekte in Verbindung mit Geschlecht geklärt wurden. Wir konnten im Kontext der Entschleierung von Ideologien im großen gesellschaftlichen Zusammenhang polit-ökonomische Verhältnisse aufzeigen. Aus dieser Perspektive wurden Verflechtungen in einer globalen gesamtgesellschaftlichen Perspektive dargestellt. Nun stehen die „kleinen“ Zusammenhänge im Interesse der Erkenntnis. Die Frage stellt sich dahingehend: Wieso begeben sich Menschen in diese gesellschaftliche Position, der gesellschaftlichen und geschlechtlichen Unterdrückung und Ausbeutung. Hierbei handelt es sich um keinen einseitigen Prozess. Vielmehr geht es um die Mitgestaltung der

Menschen an gesellschaftlichen und, damit auch an geschlechtlichen Verhältnisse mit den Mechanismen der Geschlechtlichkeit, die dahinterstecken. Ich möchte mich wie folgt mit mikrosoziologischen Ansätzen beschäftigen, die zur Untermauerung von gesellschaftsökonomischen Geschlechterverhältnissen dienen sollen. In theoretischer Aufarbeitung stellen die folgenden Theorietraditionen das Gegenstück der feministisch-ökonomischen Gesellschaftskritik dar. Jedoch möchte ich den Versuch wagen, mich über die theoretische Grenzziehung hinauszuwagen und die jeweiligen Zugänge in Diskussion zueinander stellen, um mögliche Verbindungen oder Ergänzungen der jeweiligen Ansätze aufzuzeigen. Um an dieses Ziel zu kommen, möchte ich mich nun der Geschlechterforschung widmen und verschiedene Zugänge darstellen.

6.1. Gender und darüber hinaus

In kritischer Auseinandersetzung mit Sigmund Freuds Psychoanalyse um 1900, in der er die Frau* als marginalisiertes Wesen definiert, setzten sich feministische Ansätze mit dieser Betrachtungsweise auseinander und nutzten die Erkenntnisse zur Etablierung einer neuen Anschauung von Geschlecht. Um sich von biologistischen Argumentationen abzusetzen wurden die Größen „sex“, das bedeutet, das biologische Geschlecht betreffend, und „gender“, damit ist das soziale Geschlecht gemeint, als Unterscheidungsgrößen eingeführt. Im Hinblick auf diese Errungenschaft muss gender nicht mit sex gleichgesetzt werden. Dadurch wurde es möglich Geschlechteridentität unabhängig von der biologischen Ausgestaltung von Menschen entsprechend denkbar zu machen. Weiters wurden dadurch Räume geschaffen, um gender frei auszugestalten (vgl. Schössler 2012, S. 22).

Die Debatte um sex und gender impliziert hinsichtlich dieser Unterscheidung historische, erkenntnistheoretische und politische Aspekte. Die begriffliche Spaltung von Geschlecht entstand ursprünglich aus der medizinisch-psychiatrischen Diskussionen um Transsexualität. In den 1970er-Jahren wurden diese Begriffe aufgegriffen, um offenkundige Widersprüche zwischen körperlichem Geschlecht und der Geschlechteridentität fassbar machen zu können. Vor allem für politische Argumentationen konnte diese neuartige Betrachtungsweise fruchtbar gemacht werden, um damit biologistische Ansätze, die eine Natur der Frau* postulierten, die dann wiederum als Determinationsfaktor wirksam wurde, zurückweisen zu können (vgl. Knapp 2001, S. 69). Im Wesentlichen geht es um die symbolische Unterscheidung von Frauen* und Männern, das heißt, dass im Begriff gender geschlechterstereotypische Zuschreibungen subsumiert werden, die auf subtile Weise die Menschen beeinflussen und anhand geschlechtlicher Symbole, kommuniziert,

kategorisiert und vermittelt werden. Ein Beispiel für geschlechtliche Symboliken wäre die der Zuschreibung der Natur als etwas Weibliches sowie die Ratio als etwas männliches verordnet wird. Zugespitzt wurde dies zum Beispiel im politischen Kampf in Deutschland zum Recht auf Abtreibung an Hand der Abschaffung des Paragraphen 218 der 1970er-Jahre. Die Argumentation geht in dieser politischen Auseinandersetzung dahin, dass die biologistischen Tatsachen, wie die der Gebärfähigkeit nicht kongruent sind mit persönlichen Eigenschaften, wie mütterliche Gefühle etc. Der Unterschied liegt zwischen Gebärfähigkeit und Mutterschaft, das eine ist eine biologische Fähigkeit, das andere eine sozial zugewiesene Rolle (vgl. Villa 2004, S. 147). In den 1980er-Jahren wurde die Perspektive von den großen Folgen des kleinen Unterschieds hin zur großen Unterscheidung in der Dichotomie der Geschlechter und den damit zusammenhängenden kulturellen Repräsentationen der Differenz zwischen Mann und Frau* gewechselt. Alice Schwarzer brachte diese Formulierung in ihrem berühmten Titel „Der kleine Unterschied und seine großen Folgen: Frauen über sich. Beginn einer Befreiung“ im Jahre 1976 auf den Punkt (vgl. Knapp 2001, S. 63). Im feministischen Diskurs wurde nun die Analyse der Verknüpfung von sozialem Geschlecht und der zugehörigen historischen und kulturellen Variationen forciert. Dadurch wurde auch aufgezeigt, dass die Diskriminierung sowie strategische Abwertung von Weiblichkeit und die damit zusammenhängende Unterdrückung von Frauen* sozial geronnen ist und nicht auf natürlichen Differenzen begründet werden kann. (vgl. Villa 2004, S. 148). Gayle Rubin formulierte zu diesem Ergebnis wie folgt: „Every society has a sex/gender system – a set of arrangements by which the biological raw material of human sex is shaped by human, social intervention and satisfied in a conventional manner, no matter how bizarre some of the conventions may be“ (Rubin 1975, S. 165). Mit diesem Denkansatz verbunden ist, dass Weiblichkeit als eine Imagination zu sehen ist, als ein Ort männlicher Zuschreibungen, um männliche Herrschaft zu stützen: „Weiblichkeit so signalisiert diese Disproportion von sozialer und kultureller Präsenz, bleibt damit Fiktion, ist Imagination, ist Erfindung“ (Schössler 2012, S. 23).

Aus dieser Perspektive wurden naturalistische Darstellungen von Geschlecht und ihre Ausdehnung auf die soziale Bestimmung zwar in Frage gestellt, jedoch wurde die Natur von Geschlecht grundsätzlich nicht wirklich geleugnet (vgl. Knapp 2001, S. 70). Auch wenn die Unterscheidung zwischen sex und gender darauf abzielte, anti-biologistisch oder anti-essentialistisch zu argumentieren, so führte sie die biologischen Begründungen letztendlich dennoch fort, weil sich die Trennung von Natur und Kultur an sich als problematisch erweist (vgl. Villa 2004, S. 149). Mit der Auseinanderdifferenzierung von Natur und Kultur wird subtil weiterhin eine dichotome Trennung fortgeschrieben und

dadurch gleichzeitig auch die von Männlichkeit und Weiblichkeit, denn weiterhin gilt, wie in den bildhaften Worten von Wilchins beschrieben, dass „der stumme und passive, als feminin gedachte Körper empfangend und leer dasitzt und auf eine starke und kraftvolle, als maskulin gedachte Kultur wartet, damit sie ihm Bedeutung einschreibt“ (Wilchins 2006, S. 158). Vor allem bezogen auf sex stellt sich laut Wilchins diese für am rohesten gehaltene Seite von Geschlecht als bereits gekocht und zubereitet heraus (vgl. Wilchins 2006, S. 159). Die dichotome Unterscheidung von sex und gender verschiebt das Problem somit nur wieder auf etwas, das schon gesagt wurde, indem sie auf die Universalität des biologischen beharrt und dem natürlichen Geschlecht seine soziale Komponente abspricht. Somit wird an der Zweigeschlechtlichkeit festgehalten und keine erkenntnistheoretische Möglichkeit eröffnet, die Natur in Frage zu stellen und ihren sozialen Charakter näher zu ergründen (vgl. Villa 2004, S. 150). In der Bestimmung von Kultur und Natur gibt es jedoch keine klare Trennung, denn mit der Entwicklung des Menschen ist sie für ihn etwas gleichermaßen Ursprüngliches. Aus dieser Perspektive wurden in Debatten der Postmoderne die Unterscheidung beider Begriffe problematisiert und die Relevanz der sozialen Bestimmtheit des körperlichen Geschlechts durch sozialkonstruktivistische Ansätze in den Vordergrund gerückt (vgl. Villa 2004, S. 151).

Der Körper ist nicht als etwas Außerhistorisches zu betrachten und daher auch nicht frei von sozialen Gegebenheiten, die sich in körperlichen Praktiken und im Aussehen äußern. Die sozialen Lebensbedingungen der Menschen haben einen maßgeblichen Einfluss auf den Körper und umgekehrt ist er materielle Basis zur Gestaltung dieser Bedingungen. Zudem ist die kulturspezifische Bestimmung von Geschlecht ein historisches Produkt und damit auch die Bestimmung der Funktion von Körper. Die körperliche Zweigeschlechtlichkeit ist eine kulturspezifische Form der Klassifikation. Dabei wird das Geschlecht nicht als von Natur aus gegeben betrachtet, sondern als ein Mechanismus zur gezielten Sortierung von Menschen. Die Konzeptualisierung der Differenzen von Natur und Kultur sowie der soziale und kulturelle Gehalt von Geschlecht als Kriterium für die Ordnung und Klassifikation hatten für die Forschung historisch schon immer eine große Bedeutung. Vor allem im 19. Jahrhundert und der Zeit der Entstehung der modernen Wissenschaft erhielt die biologische Belegung der Geschlechterdifferenz weitreichendes Interesse (vgl. Knapp 2001, S. 66ff). Die „Zuschreibung von Geschlechtszugehörigkeit an Individuen und [...] die Darstellung von Geschlechtszugehörigkeit durch Individuen“ waren laut Knapp die wesentlichen Mechanismen zur sozialen Konstruktion von Geschlecht (Knapp 2001, S. 76). Daraus resultiert die Hierarchisierung von Geschlechterbeziehungen und die Vergeschlechtlichung von sozialen Kontexten, die die

Grundstruktur des Systems der Zweigeschlechtlichkeit ausmachen. Das System der Zweigeschlechtlichkeit wird mit Symbolen der Weiblichkeit und Männlichkeit aufgeladen. Durch diese Zuschreibungen werden biologische Merkmale mit kulturellen Interpretationen verknüpft, um letztere als natürliche Gegebenheit darzustellen. Aus dieser Verknüpfung entsteht ein symbolisches System, das auch als gesellschaftlicher Wissensbestand bezeichnet werden kann, auf den die in der jeweiligen Gesellschaft lebenden Personen zurückgreifen und Menschen kategorisieren. Dieses symbolische System beruht auf allgemein aufgestellten Wahrheiten, die einen universellen Anspruch erheben. Gestützt wird dieser Universalismus durch die Annahme, dass alle Menschen unausweichlich aufgrund ihrer körperlichen Anlagen, nur dem einen oder dem anderen Geschlecht zugeordnet werden können. Das Wissen über die Dichotomie fungiert demzufolge als nicht weiter hinterfragbare Folie. Gesellschaftlich werden äußerliche Erscheinungen, Denk- und Handlungsschemata bereitgestellt, die die Wahrnehmung von Menschen und ihrer Körper beeinflussen (vgl. Knapp 2001, S. 76f.). Diese äußerlichen Erscheinungen, Denk- und Handlungsschemata wurden im Zuge der menschlichen Historie durch Bedeutungsgehalte, denen Weiblichkeit und Männlichkeit zugeschrieben wurde, unterfüttert. Jedoch nahmen die Bedeutungsgehalte im 18. Jahrhundert eine spezielle Form der Differenzierung an. Der weibliche Körper geriet immer mehr ins Interesse der männlichen Wissenschaft. Zusätzlich wurden Körper und Geist, Natur und Kultur immer weiter auseinanderdividiert (vgl. Mogge-Grotjahn 2004, S. 19). Jean Jaques Rousseau war unter anderen ein Wissenschaftler, der die sozial konnotierte Dichotomie von Geschlecht vorantrieb, indem er in seinen Erziehungsschriften zu Emile die Unterordnung des Weiblichen und die Autonomie des Männlichen als natürlich erklärte. Besonders auch von psycho-medizinischer Wissenschaft wurden geschlechtlich körperliche Merkmale eindeutig zuordenbar gedeutet und die dichotome Differenzierung von Geschlecht weitergeführt. In der Zeit davor wurde in der Forschung nämlich bemerkenswerterweise von einem Ein-Geschlechtermodell ausgegangen, indem die Frau* zwar die unterentwickelte Form des Männlichen darstellte, aber nicht als ein spezifisch „Anderes“ gesehen wurde. Dennoch wurde durch die Etablierung der biologischen Begründung von zwei völlig getrennt entwickelten Körperkonstitutionen, nämlich die des Mannes und die der Frau*, das Fundament für die Aufladung von Geschlecht durch symbolische Zuschreibungen geschaffen (vgl. Schössler 2012, S. 19f.): „Je stärker das dualistische Denken sich durchsetzte, desto deutlicher wurde Männlichkeit verknüpft mit Geist, Stärke, Kultur, Rationalität und Autonomie, Weiblichkeit dagegen mit Körper, Schwäche, Natur, Emotionalität und Abhängigkeit“ (Mogge-Grotjahn 2004, S. 19). Mit diesen Zuschreibungen wurde auch die

Trennung öffentlicher und privater Sphäre verknüpft und somit männlich und weiblich konnotiert (vgl. Mogge-Grotjahn 2004, S. 19).

Dieses „junge“ Konzept von Geschlecht stieß jedoch schnell auf aufkeimenden Widerstand, der sich vorwiegend gegen die geschlechtliche Hierarchie, gegen die Unterdrückung der Frau*, gegen ihre unterstellte Unzulänglichkeit zur Kultur und gegen die postulierte Vorbestimmung zur Mutterschaft richtete. Die Erkenntnis, dass Frau* nicht von essentialistischen Determinationen geprägt ist, sondern das Phänomen Weiblichkeit von der Gesellschaft beeinflusst oder sogar von ihr hervorgebracht wird, regte den liberalen Feminismus ab dem beginnenden 20. Jahrhundert dazu an, eine Gleichstellung auf ökonomischer Ebene einzufordern (vgl. Schössler 2012, S. 21). Simone de Beauvoir legte in ihrem Werk „Das andere Geschlecht“ (Simone de Beauvoir 1951) dar, dass Geschlecht ausschließlich durch soziale Konstruktion hergestellt wird. Dieses Werk wurde zum einem wichtigen Klassiker vieler feministischer Theorien. Anhand der Auseinandersetzung mit biologischen, psychologischen und marxistischen Erklärungsansätzen, versuchte sie darüber hinaus, Geschlecht als Faktum darzustellen, dem Bedeutungen beigemessen werden muss. Sie schließt damit an Virginia Woolfs Andeutungen an, dass „der gesellschaftlichen Unsichtbarkeit der Frau* ihre Präsenz als imaginierte Weiblichkeit in einer männlich dominierten Kultur gegenübersteht“ (Schössler 2012, S. 22). Simone de Beauvoir bezog sich vor allem aus existenzialistischer Perspektive auf Hegel und entwickelte ein feministisches Identitätskonzept. Identität entwickelt sich nach Beauvoir dadurch, dass es sich immer auf ein entgegengesetztes Anderes bezieht und sich dadurch aus der eigenen Sphäre des Selbst exkludiert (vgl. Schössler 2012, S. 22).

6.2. Exkurs: Simone de Beauvoir und das andere Geschlecht

Laut Simone de Beauvoir ist „die Kategorie des ‚Anderen‘ [...] ebenso alt wie das Bewußtsein selbst“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 9). Jedoch fand sie nicht schon immer eine spaltende Wirkung in der Geschlechtlichkeit. „Es wird von den anderen als das Eine gesetzt, das sich selbst als das Eine setzt. Damit aber die Umkehrung vom einen zum anderen nicht vollziehe, muß sich das Andere diesem fremden Gesichtspunkt unterwerfen“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 10). In diesem Zitat erläutert das zustande kommen der Positionierung der Frau* innerhalb der Gesellschaft durch den Mann*. Die Frau* wird ihr Frau*-Sein vom Mann zugeschrieben und somit als das Andere, durch die Normsetzung des Mannes durch ihn selbst, deklariert. Da die Frau* sich jedoch selbst nicht als das Eine, also als Norm selbst setzen soll, wird sie durch die Zuschreibung des anderen abgewertet und dem Mann unterworfen. Das Anders-Sein der Frau* und die daraus

folgende Unterwerfung scheint aufgrund der langjährigen historischen Entwicklung und da es keine spezifische historische Begebenheit gibt, die die Durchführung dieser Unterwerfung konkret an einem Punkt festmachen kann, daher absolut zu sein (vgl. Simone de Beauvoir 1951, S. 10f.). Die Begründung der Unterwerfung wegen der Natur der Frau* lässt sich nach Simone de Beauvoir jedoch argumentativ nicht halten, da „die Natur ebenso wenig eine starre Gegebenheit ist wie die historische Wirklichkeit“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 11). Beauvoir nimmt die Frau* allerdings aus ihrer passiven Position, indem sie ihr vorwirft, dass sie sich selbst nicht als Subjekt setzt: „Das Band, das sie an ihre Unterdrücker fesselt kann mit keinem anderen verglichen werden. Die Teilung in Geschlechter ist tatsächlich etwas biologisch Gegebenes, nicht ein Moment der Menschheitsgeschichte“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 52). Die Frau* unterwirft sich demnach selbst aufgrund ihrer eigenen biologischen Fähigkeiten, die mit der Zuschreibung des Anders-Sein aufgeladen ist.

Die Geschlechter stehen dennoch trotzdem in einem Abhängigkeitsverhältnis zueinander, denn die Frau* ist das Andere innerhalb einer Gesamtheit, in der das Eine das Andere aber braucht und umgekehrt (vgl. Simone de Beauvoir 1951, S. 11). „Der Mensch [ist; Ergänzung SH] nicht eine starre Realität, sondern ein Werden; in ihrem Werden müßte man sie dem Manne gegenüberstellen, das heißt, man müßte ihre Möglichkeiten definieren: was so viele Diskussionen verfälscht, ist dass man die Frage nach ihren Fähigkeiten stellt“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 49). Die Verwirklichung der Frau* mit ihren zugeschriebenen Fähigkeiten, findet jedoch erst in der Realität, in der sie ihre Authentizität erreichen, statt (vgl. Simone de Beauvoir 1951, S. 49). So ist der Körper, mit dem der Mensch in Welt tritt, kein Ding, sondern aus dieser Perspektive eine Situation. Er stellt das allerwichtigste Instrument zur Erfassung der Welt dar, indem gewisse Möglichkeiten dispositional dennoch vorhanden sind. es kann nicht geleugnet werden, dass gewisse Unterschiede vorhanden sind. So können zum Beispiel die Ausprägungen unserer Genitalien nicht aufgelöst werden. Jedoch wird nach Simone de Beauvoir erst durch die Art der Akzeptanz dieser Ausprägungen, die scheinbare Wahrheit darüber geschaffen (vgl. Simone de Beauvoir 1951, S. 49): „Die Natur enthält für [den Menschen, Ergänzung SH] keine Wirklichkeit, insofern sie nicht durch seine eigene Tätigkeit aufgenommen ist: seine eigene Natur bildet dabei keine Ausnahme“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 49). So führt Beauvoir weiter aus, dass diese Mechanismen zur Funktion für die gezielte Verschleierung unterdrückerischen Verhältnisse von Frauen* beitragen. Diese Unterdrückung und daraus folgende Abwertung kommt den wirtschaftlichen Interessen, die unter der Dominanz von Männlichkeit stehen, gelegen (vgl. Simone de Beauvoir 1951, S. 49).

Über die Historie hat sich gezeigt, dass unter der Herrschaft männlicher Dominanz, die Frau* in Abhängigkeit gehalten wurde. Gesetze wurden gezielt gegen sie gerichtet, um sie zu kontrollieren und um sie zum „Anderen“ zu machen, worin sie sich schlussendlich einpasste (vgl. Simone de Beauvoir 1951, S. 161).

In einer dialektischen Umkehrung der Perspektive, indem der Mann das Eine ist und die Frau* das Andere, wird der Mann unwesentlich, da er ohne Frau* nicht sein kann, was er ist. Die Frau* in ihrem als das Andere Konstruiert-Sein ist laut Simone de Beauvoir das Mittel zur Darstellung des verborgenen Traums von der Vereinigung mit der Natur, von der der Mann sich so hart abgegrenzt hat, um sich selbst zu erheben. „Sie [die Frau*]; Anmerkung SH] setzt ihm weder das feindselige Schweigen der Natur noch die harte Forderung des wechselseitigen Sich-Ineinander-Erkennens entgegen; durch ein einzigartiges Privileg ist sie ein Bewußtsein, und dennoch scheint es möglich, sie in ihrem Körper zu eigen zu machen“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 162). Nach diesen Überlegungen von Simone de Beauvoir entsteht Identität durch die Entgegensetzung zur etwas anderem. Durch die Entstehung des Ichs kommt daher auch immer ein Nicht-Ich hervor, das als das Andere aus der eigens beherrschten Sphäre ausgeschlossen wird. Männlichkeit als Subjekt ist daher Zentrum eines Denkhorizonts, aus der ausgeschlossen wird, was die eigene Identität bedrohen könnte und in eine widersprüchliche Nicht-Identität gepackt, was den Erhalt der eigenen Macht infrage stellen könnte. Es sind gesellschaftliche Prozesse von Herrschaft und Macht, die das Geschlecht beeinflussen: „Man kommt nicht als Frau* zur Welt, man wird es“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 281). Aus dieser Perspektive heraus stellt Simone de Beauvoir weiters fest, dass „die Frau* [...] nicht das Opfer eines geheimnisvollen, unabwendbaren Schicksals [ist; Ergänzung SH]. Die Besonderheiten, die ihr eigentümlich sind, werden durch die Sinngebung bedeutungsvoll, die ihr anhaften, Sie lassen sich überwinden, sowie man sie unter neuen Gesichtspunkten erfaßt“ (Simone de Beauvoir 1951, S. 721).

Diese theoretischen Überlegungen wurden in verschiedenen feministischen Debatten aufgegriffen und weitergeführt. Besonders interessant sind die Punkte der Konstruktion von Identität und Nicht-Identität sowie die Entkleidung der dualistischen Deutungsmuster von Kultur und Natur, Mann und Frau* in einer dialektischen Betrachtungsweise. Die Betrachtung des Körpers wechselt von einer rein biologischen hin zu einer gesellschaftlichen Perspektive, wodurch die Möglichkeiten der Erkenntnisinteressen zu einer anderen Auffassung von Geschlecht führen können. Vor allem die Perspektive auf den Körper als gesellschaftliche Situation, wie vorher ausgeführt, erweitert den Horizont des körperlichen Verständnisses und ermöglicht mehrere Dimensionen, wie zum Beispiel

Gesellschaft, Historie, Gegenwart, Intersubjektivität, Kultur etc. auf ihn zu beziehen. Der Schleier von Geschlecht kann nun auf eine umfassend nachhaltige Weise durch den Eingriff in Deutungen von Körper als unumstößlich festgeschriebenes Faktum, eingekleidet in verschiedenste symbolisch aufgeladene Zuschreibungen, die die soziale Ordnung und Organisationsweise unserer Gesellschaft maßgeblich beeinflussen, gelüftet und somit dekonstruiert werden. Judith Butler greift die Überlegungen von Simone de Beauvoir auf und führt sie zu einer noch detaillierteren Funktionsweise der Zusammenhänge zwischen Geschlecht und Sexualität weiter. Bemerkenswert ist, dass die Theorietradition von Simone de Beauvoir und Judith Butler erkenntnistheoretisch gegensätzlich zu sein scheinen und dennoch konnte de Beauvoir fruchtbare Erkenntnisse bieten, die Butler zu umfassenden Analysen zu den Auswirkungen von Geschlecht auf den Menschen führten und ein breites Rezeptionsspektrum erreichten.

6.3. Vergeschlechtliche Körper

Besonders hervorzuheben ist in Butlers Analysen ihr Angriff auf den Körper, der in den oben angeführten Debatten zu sex und gender ausständig geblieben ist. *Eine stärkere Bezugnahme auf den Körper eröffnet allerdings neue Perspektiven auf das Geschlecht. Menschen sind durch und durch gesellschaftliche Wesen und da sie mit ihrem Körper in der Gesellschaft stehen, sie dadurch erfassen, ist er auch miteinzubeziehen.* Körper und Geschlecht sind sozial und kulturell in Prozessen der Interaktion eingebunden und können daher auch durch sie beeinflusst werden (vgl. Villa 2004, S. 151): „Eine objektive, universal gültige, intrinsische Bestimmung des Geschlechts gibt uns, und das mag zunächst überraschend klingen, die Biologie auch nicht an die Hand“ (Villa 2004, S. 151). Wenn wir von der allgemein, durch die Schulmedizin geprägten, gesellschaftlich vorherrschenden Bestimmung von Zweigeschlechtlichkeit abweichen und unseren Blick bezüglich geschlechtlicher Auffassung schärfen, tun sich verschiedene Dimensionen der Interpretation auf. Sogar schon bei der Frage, was das biologische Geschlecht (sex) aus naturwissenschaftlicher Sicht eigentlich ist, scheint die klare monolithische Bestimmung brüchig zu werden. So wird in der naturwissenschaftlichen Differenzierung von Geschlecht zwischen vier Ebenen unterschieden: Das genetische beziehungsweise auch chromosomale Geschlecht; ererbte Chromosomenkonstitution zeichnet sich durch zwei unterschiedliche Chromosomensätze, üblicherweise im wissenschaftlichen Gebrauch mit XX und XY kodiert, aus. Dagegen bezieht sich das gonadale bzw. Keimdrüsen-geschlecht nur auf zum ersten die Eierstöcke und zum zweiten die Hoden. Als dritte Kategorie ist die hormonelle Spezifizierung durch die Konzentration des Hormonspiegels

bestimmt, während als letzte Definition, das morphologische Geschlecht, die äußeren und die inneren Ausprägungen von Geschlechtsmerkmalen wie beispielsweise Vagina, Gebärmutter, Busen etc. bezeichnet. Die hier angeführten vier Dimensionen stehen zwar in Bezug zueinander, jedoch nicht in einer deterministisch klar aufzuweisenden Form. Die Einordnung zu einem Geschlecht anhand des Chromosomenpaars von XY oder XX sagt jedoch noch lange nichts über die Größe des Körpers, die hormonelle Zusammensetzung, die Fähigkeit des Gebärens, ob menstruiert wird oder auch nicht, wie behaart der Körper ist oder etwa über das Verhalten aus. In dieser Perspektive sind Chromosomen eben nicht die determinierende Vorbestimmung für den ganzen Menschen. Selbst Chromosomen sind mit den anderen geschlechtlichen Dimensionen nicht immer identisch. So ist es möglich, dass eine Person ein XY Chromosom besitzt, jedoch ihr Keimdrüsen-, hormonelles und morphologisches Geschlecht damit nicht im herkömmlichen Sinne zwingend übereinstimmt. Die biologische Zuordnung des Geschlechts wird vielmehr durch komplexe Prozesse bestimmt, die darüber hinaus noch in einem Wechselverhältnis stehen, und erst unter dem Einfluss vieler Faktoren erfolgt letztlich die Ausgestaltung von Geschlecht (vgl. Villa 2004, S. 152f.).

Auch Hormone werden erst in ihrer Zusammensetzung wirksam und sind nicht klar in weibliche und männliche zu unterteilen. So steht ihre Zusammensetzung unter einem ständigen Wandel und ist mit vielen Faktoren verbunden, die über die Lebenszeit hindurch stark variieren. Von diesen Tatsachen abgeleitet, kann festgestellt werden, dass Geschlecht nicht ein starrer biologisch festgesetzter Fakt, sondern ein Kontinuum von etwas mehr oder etwas weniger ist. Da Hormone auf Körperorgane und auf Körperfunktionen Einfluss nehmen, und ihre Konzentration im Körper unter einem ständigen Wandel steht, ist die dichotome Festlegung von sex nur eine besondere Variation der Vielfalt an Möglichkeiten.

Diese Auslegung von körperlichem Geschlecht ist jedoch von relativ neuer Erkenntnis, genauso wie die anatomische und morphologische Auslegung der Geschlechterdifferenz: „Diese jeweiligen natürlichen Essenzen des Geschlechts [sind; Ergänzung SH] auf je spezifische Weise historisch konstruiert, [deshalb; Ergänzung SH] haben auch Hormone als natürliche Zeichen für das Frau*- und Mann-Sein eine soziale Geschichte“ (Villa 2004, S. 154). Die eindeutige biologische Bestimmung des scheinbar vorgegebenen Rohmaterials, wie uns in der Genetik vermittelt wird, ist von Grund auf von den jeweiligen historischen Vorstellungen beeinflusst und somit nur innerhalb sozialer Kontexte zu verstehen (vgl. Villa 2004, S. 154).

Durch diese Betrachtung wird deutlich, dass in verschiedenen Epochen, auch verschiedene Vorstellungen des biologischen Geschlechts vorherrschen, die ihrerseits wiederum mit den jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnissen zusammenhängen. Das biologische Geschlecht entwickelte sich im Laufe des Mittelalters vom, wie vorher schon beschrieben, Ein-Geschlechter-Modell zum Zwei-Geschlechter-Modell und dies nur unter dem Zusammenhang der jeweiligen maskulin dominanten wissenschaftlichen Erkenntnis. Wie sich schon erahnen lässt sind „menschliche Körper [...] in verschiedener Hinsicht nicht völlig dimorph“ (Connell 2013, S. 78), denn im Gegenteil ist eine nicht geringe Zahl von zwischengeschlechtlichen Kategorien zu verzeichnen. Es gibt Frauen* ohne ein zweites X-Chromosom oder aber Männer mit einem zweiten X-Chromosom, obwohl in der medizinischen Forschung das Chromosomenpaar XY als eindeutig weiblich und XX als eindeutig männlich festgelegt wurde. *Bei der Betrachtung von intersexuellen Menschen ist eine ausschließlich dichotome Erklärung von Geschlecht nicht mehr haltbar.* Etwa 1,7 Prozent der gesamten Geburten sind intersexuell. Aufgerechnet auf die Zahl von 230.000 Geburten pro Tag beziehungsweise 7,2 Millionen pro Jahr (Stand 2017) über den ganzen Erdball verteilt, sind das 4000 Geburten pro Tag und 1,4 Millionen Geburten pro Jahr davon intersexuell. Unter der Perspektive von einem gemeinsamen Ausgangspunkt der embryonalen Entwicklung von Penis, Klitoris, Hoden und Schamlippen scheint dieser Umstand nicht mehr so unwahrscheinlich. Bemerkenswerterweise bewegen sich weibliche und männliche Körper bezüglich verschiedenster biologischer Parameter im Alter wieder aufeinander zu und besitzen zum Beispiel einen etwa ähnlichen Hormonspiegel bezüglich der geschlechtsrelevanten Hormone. Vergleichbar verhält es sich mit den physischen Charakteristika im Kindesalter, die im biologischen Sinne erhebliche Ähnlichkeiten aufweisen (vgl. Connell 2013, S. 78f.). In Bezug auf komplexere Prozesse, wie zum Beispiel die Verarbeitung von Sprache im Gehirn, die bei männlichen und weiblichen Personen auf unterschiedliche Weise verlaufen, ist die Ursache dafür vielmehr unter dem Einfluss von unterschiedlichen Verhaltensweisen zu finden, die ihrerseits wiederum durch soziale Verhältnisse bestimmt sind.

Wie sich zeigt, gibt es sogar im biologischen Kontext verschiedene Zugänge der Deutung von Körper, obwohl er von manchen als festgeschriebenes Faktum bestimmt wird, das einer Maschine gleicht, während aus anderer Perspektive der Körper eine leere Leinwand mit allerhand Zuschreibungen darstellt. Das eine oder auch das andere Extrem, selbst die Verknüpfung beider, ist nicht angemessen genug, um eine Erklärung zu bieten. Das soziale Geschlecht, also jene These, die besagt, das Geschlecht nicht biologisch, sondern gesellschaftlich generiert ist, wird in den meisten Fällen von

Reproduktionsarrangements abgeleitet, wobei letzteres wiederum ihre Ableitung von darwinistischen Vorstellungen finden. Daraus folgt eine beachtliche Bandbreite von Geschlechtermustern, die wiederum von der Perspektive des Körpers als Maschine durch das männliche Interesse der Aufrechterhaltung der patriarchalen Geschlechterordnung vorangetrieben wurden (vgl. Connell 2013, S. 80f.): „Es gibt nicht einen Geschlechterunterschied den psychologischen Charakteristika, von dem tatsächlich nachgewiesen worden wäre, dass er Ergebnis evolutionärer Mechanismen ist. Es ist klar, dass Körper von sozialen Prozessen betroffen sind“ (Connell 2013, S. 82). Von daher liegt es fern von jeglicher Vorstellungskraft, dass die gesellschaftlichen Arrangements von Geschlecht einfach nur ein Produkt von rein körperlichen Eigenschaften sind. Im Gegenteil, es verhält sich umgekehrt: *Die gesellschaftlichen Arrangements sind genauso Voraussetzung für den Körper und daher von maßgeblichen Einfluss für die Entwicklung des Körpers sowie dessen Unterwerfung unter Geschlechterverhältnisse, die ihre Unterscheidung im weitem Maße auf der Fähigkeit der biologischen Reproduktion des Menschen durch das weibliche Geschlecht beziehen.* In weitere Folge wird dadurch die gesellschaftliche unterdrückerische Beziehung zum männlichen Geschlecht begründet (Connell 2013, S. 84).

Wenn wir von Geschlecht sprechen, geht es jedoch um sehr viel mehr als nur um Beziehungen von einem Geschlecht zum anderen, sondern um die Reproduktion einer gesellschaftlichen Ordnung, die kulturell und institutionell geprägt ist. Diese Gesamtordnung steht in Beziehung zum Körper und misst ihm eine jeweilig spezifische Bestimmung von Geschlecht bei (vgl. Connell 2013, S. 85). „Die poststrukturalistische Theorie nimmt diese Ordnung zu Kenntnis, übertreibt aber häufig die Fügsamkeit der Körper“ (Connell 2013, S. 85), schränkt aber Connell diesen Ansatz ein. Denn Körper arbeiten auch am gesellschaftlichen Prozess mit und sind wegen dieser Praxis deshalb auch als materiell existent zu betrachten. Körper werden eingesetzt und auch ausgebeutet und von dieser Materialität ausgehend entwickeln sich geschlechtliche Bedeutungen. Von daher sind Körper nicht bloß Objekte, die in sozialen Prozessen fügsam sind, sondern sie selbst sind es, die aktiv an gesellschaftlichen Prozessen beteiligt sind, mit all ihren Fähigkeiten, Bedürfnissen, Brüchen und gleichzeitiger Widerständigkeit (Connell 2013, S. 86). Die gesellschaftliche Deutung und Einbindung des menschlichen Körpers unterliegt den jeweilig vorherrschenden gesellschaftlichen Bedingungen. Die Körper selbst geben daher nicht an, was aus ihnen gemacht wird und welche Gesellschaft sie hervorbringen. Mit weiteren theoretischen Auseinandersetzungen zu Geschlecht, Körper und Subjekt, die

von Judith Butler durchgeführt wurden, möchte ich die zuletzt beschriebene Perspektive weiterführen.

6.4. Kulturelle Dimensionen von vergeschlechtlichten Körpern

Wie sich bisher gezeigt hat, sind Körper unmittelbar gesellschaftlich eingebunden. Aus einer etwas anderen Perspektive argumentiert allerdings Judith Butler: „[S]o gibt es keinen Rückgriff auf den Körper, der nicht bereits durch kulturelle Bedeutungen interpretiert ist“ (Butler 1991, S. 26). Nach ihr ist Geschlecht überhaupt kein anatomisches Faktum, sondern eines das erst durch Diskurse entsteht. Sie versucht daher zu zeigen, dass sex schon immer gleichzeitig auch gender gewesen ist (vgl. Butler 1991, S. 26). Judith Butler geht so weit, dass sie den Körper selbst als diskursives Konstrukt betrachtet. In Bezug auf Simone de Beauvoir, die feststellte, dass der Leib wie bei Beauvoir eine Situation ist, indem sich die eigentliche Geschlechtlichkeit der Personen erst durch gesellschaftliche Zuschreibungen realisiert, indem sie zur scheinbar gegenteiligen Geschlechtlichkeit in Bezug gesetzt werden. So stellt sich bei Judith Butler die Frage, „inwiefern der Körper erst in und durch die Markierung(en) der Geschlechtsidentität ins Leben gerufen wird“ (Butler 1991, S. 26). Die Bestimmung von Geschlechtsidentität oder vielmehr die von Geschlecht selbst, wie wir vorher auch schon in der Betrachtung von sex gesehen haben, ist von verschiedenen Diskursen bestimmt. Ziel der Analyse, die Judith Butler vornimmt, ist die Bedeutungszuordnung von Geschlecht in bestimmte Schranken zu weisen. Mit der „intractability“, also der Unveränderlichkeit, als Ausgangspunkt von Geschlecht, wird bestimmt, was im Rahmen unserer Vorstellungsmöglichkeit liegt und was auch nicht. Dadurch wird zwar nicht impliziert, dass der Geschlechtsidentität nicht jede mögliche Ausprägung offensteht, sondern, dass die Schranken des Diskurses in direkter Verbindung mit der Beschränkung von kulturellen Erfahrungen stehen. Diese Beschränkungen orientieren sich nach einem kulturellen hegemonialen Diskurs, der sich, wie zuvor bereits erläutert, auf Dichotomie als allgemeingültiger Denkhorizont beruft (vgl. Butler 1991, S. 27): „Somit ist die zwanghafte Einschränkung gleichsam in das eingebaut, was von der Sprache als Vorstellungshorizont möglicher Geschlechtsidentität festgelegt wird“ (Butler 1991, S. 27).

Nach Judith Butler wäre es falsch, davon auszugehen, dass die Diskussion um den Begriff Identität dem über Geschlechteridentität vorausgehen muss. Sie führt daher den Begriff der „Geschlechter-Intelligibilität“ ein. Menschen können erst intelligibel werden, unter der Voraussetzung, dass sie mit den immer wiederkehrenden gesellschaftlich möglichen Mustern von Geschlecht übereinstimmen. Daher ist die Frage viel mehr dahin

zu stellen: Wie wird Identität, Übereinstimmung und der selbstidentische Status einer Person vom Geschlecht und den zugehörigen Regulierungen und Spaltungen bestimmt? (vgl. Butler 1991, S. 37f.). In Judith Butlers Analysen geht es nicht um die historische Aufschlüsselung von Interessenskonstellationen in Bezug auf Geschlecht, sondern um die Rekonstruktion der Struktur des Denkens in Bezug auf die Dichotomie von Geschlecht. Sie rekonstruiert diese Denkstrukturen anhand von sprachlich vorausgesetzten Begrifflichkeiten wie Identität und dem, was als Nicht-Identität gefasst wird. Die Denkweise in dieser Logik produziert eine normierende Wirkung, die die Menschen selbst beeinflusst, aber auch durch sie wieder erneut hervorgebracht wird (vgl. Knapp 2001, S. 83). Im weiteren Schritt stellt sich daher die Frage nach den gesellschaftlichen Bedingungen für die Denkmuster: „In welcher Matrix und welchen Machtformationen bewegt sich dieses Denken?“ (Knapp 2001, S. 84). Im Vordergrund der Analyse von Judith Butler stehen daher vor allem wissenschaftliche Theorien, die jene allgemeingültigen Voraussetzungen schaffen, die zum Beispiel das Verständnis von Subjekt und seine eingeschriebenen Vorstellungen, das Wechselverhältnis von Kultur und Natur, die erzeugte Geschlechterdifferenz und deren Beeinflussung auf unsere Kultur prägen. Judith Butler setzt bei den Begriffen von sex und gender an, bestimmt diese jedoch nicht als ausreichend geeigneten Zugang, um die Menschen aus der Unterdrückung von biologistischen und naturalistischen Argumentationen zu befreien. Der Zugang über die beiden Begriffe würde sich ins Gegenteil verkehren, denn er dient vielmehr einer ausgeklügelten Form der Immunisierung gegen Kritik, indem das Konzept der Dichotomie von Geschlecht in ein vordiskursives Feld verwiesen und damit als Natürlichkeit wieder unberührbar wird (vgl. Knapp 2001, S. 81).

Judith Butler setzt an der Unterscheidung von sex und gender zwar an, aber geht einen Schritt weiter und bezieht die „sexuality“, die sexuelle Orientierung, mit ein (vgl. Wilchins 2006, S. 144). Ausgehend von den beiden Kategorien werden diese gleichermaßen in Frage gestellt. Judith Butler stellt sich daher die Frage, wie wir Geschlechtsidentität verstehen können, wobei all jene Machtverhältnisse inbegriffen sind, die die Auswirkungen von sex aufzuzeigen und die den Mechanismus der diskursiven Hervorbringung verschleiern? Die Verbindung von Sexualität und Geschlecht ist der Hauptbezugspunkt ihrer Überlegungen, wobei der soziale Zwang zur Heterosexualität und Konzepte der Identität des biologischen Geschlechts miteinander verknüpft werden (vgl. Knapp 2001, S. 84).

Durch die Erweiterung mit der Kategorie der Sexualität wird versucht, die Grenzziehung zwischen Natur und Kultur aufzubrechen und einen weiteren Teil der

Geschlechterordnung auf die Seite der gesellschaftlichen Perspektive zu ziehen. Zweigeschlechtlichkeit wird dadurch mit Blick auf Heterosexualität und der damit zusammenhängenden Normierung der Ordnung des Begehrens untersucht (vgl. Knapp 2001, S. 71f.). Bei Judith Butler ist die Verbindung von sex, gender und sexuality ein Konzept, das Identität absichert. Menschen die geschlechtlich nicht klar einzuordnen sind, deren Begehren sich abseits von Heterosexualität verortet oder deren Geschlechtsidentität nicht konform mit dem Rest ist, fallen durch das Raster der heterosexuellen Matrix. Das „Andere“, nicht nur das Weibliche, ist die andere Seite „der Normalität von Geschlecht, die bevölkert ist mit Körpern und Individuen, denen kulturelle Geltung, Anerkennung, sogar der Status der Person abgesprochen wird“, und findet in dieser Perspektive Beachtung (Knapp 2001, S. 86). Alles Abweichende stellt also die Identität der Personen, die gesellschaftlich eingebunden oder kohärent mit dem gesellschaftlichen Leben sind, in Frage. Sie fühlen sich von Abweichungen und Personen, die solche zu haben scheinen, weil sie nicht den hegemonialen Geschlechternormen entsprechen, in ihrer Identität bedroht (vgl. Knapp 2001, S. 87). Identität ist etwas durch und durch geschlechtlich Bestimmtes und auch unmittelbar mit dem biologischen Geschlecht verknüpft (vgl. Wilchins 2006, S. 151).

Aber wodurch wird die geschlechtliche Bestimmung von Identität garantiert? Warum ist Geschlecht ein so wichtiges Bestimmungsmerkmal für die eigene Identität? Es sind regulierende Praktiken, die aus dem System der Zweigeschlechtlichkeit sich speisen und auf unser Handeln und Denken einwirken, sodass durch Geschlecht und damit unser Sein bestimmt wird. Diese Annahme beruht auf dem Punkt, dass unsere Vorstellung von vergeschlechtlichten Personen eine Folge von Geschlecht ist und nicht dessen Ursprung. Augenscheinlich wird diese Überlegung unter der Perspektive, dass wir nur dann akzeptierte gesellschaftliche Akteure werden, wenn wir uns den entsprechenden geschlechtlichen und sexuellen Rollen einfügen, die uns zugeschrieben werden, aber die wir auch selbst einnehmen. So lässt sich vermuten, dass hinter der Geschlechtsidentität keine geschlechtlich bestimmte Identität steckt, sondern die Identität selbst wird durch performative Akte hervorgebracht. Performative Akte sind Gesten und Inszenierungen von Geschlecht und ihm seinen Ausdruck und seine Bedeutung verleihen. Diese performativen Akte scheinen jedoch das Produkt von Geschlechteridentität selbst zu sein, doch in der Umkehrung, sind sie dadurch selbst Produzent*in des Produkts. Geschlechter sind somit Handlungen, die ein normatives Ideal umkreisen und durch unsere Praktiken wieder reproduziert werden. Sie werden von unserem Inneren nach außen gebracht und werden gleichzeitig von außen in unser Inneres getragen (vgl. Wilchins 2006, S. 152):

„Die Schwerpunktverschiebung von den regulierenden Praktiken des Geschlechtersystems zu unseren inneren ‚geschlechtlichen Identitäten‘ verbirgt die wahren Ursprünge von Geschlechterrollen hinter einer Art Ersatzmythos von Natur, Geschlecht“ (Wilchins 2006, S. 152f.). Die Identifizierung mit Geschlecht ist nicht fern von dem, was wir erleben, sondern konstituiert sich aus zwei Bedeutungsfeldern, durch die wir dazu angewiesen werden, andere zu verstehen und, dass andere wiederum uns verstehen (vgl. Wilchins 2006, S. 153). Die Übereinstimmung und Beständigkeit von Personen ist nicht das, was die Persönlichkeit auszeichnet, sondern viel mehr gesellschaftlich institutionalisierte Normen, die in Form von Intelligibilität aufrechterhalten werden. Aufgrund dessen ist auch die Verunsicherung bei Personen umso größer, wenn sie mit nicht-übereinstimmenden und unbeständigen Personen konfrontiert sind (vgl. Butler 1991, S. 145). Ganz allgemein glaube ich, dass dies ein Mechanismus ist, der Gesellschaft ausmacht, dass all das, was hegemoniale Zusammenhänge infrage stellt, uns zutiefst im Innersten unseres Selbst erschüttert. In Bezug auf Geschlecht bedeutet intelligibel zu sein, eine bestimmte Übereinstimmung mit und eine Beständigkeit zwischen sex, gender und sexuality aufzuweisen. Von der anderen Seite betrachtet würde dies bedeuten: „Die Gespenster der Diskontinuität und Inkohärenz, die ihrerseits nur auf dem Hintergrund von existierenden Normen der Kohärenz und Kontinuität denkbar sind, werden ständig von jenen Gesetzen gebannt und zugleich produziert, die versuchen, ursächliche oder expressive Verbindungslinien zwischen dem biologischen Geschlecht, den kulturellen konstituierten Geschlechtsidentitäten und dem ‚Ausdruck‘ oder ‚Effekt‘ beider in der Darstellung des sexuellen Begehrens in der Sexualpraxis zu errichten“ (Butler 1991, S. 38).

Die beständige Berufung auf Heterosexualität als die einzige Wahrheit des Begehrens ist gebunden an die Herstellung von Mechanismen an Gegensätzlichkeit zwischen männlich und weiblich, die als Ausdruck der Reproduktion von biologisch begründeten Stereotypen durch beide Geschlechter zu verstehen sind. Diese Folge von Zusammenhängen und Wechselbeziehungen ergibt eine Matrix anhand derer Geschlecht und Identität intelligibel werden und mit der gleichzeitig davon „Abweichende“ ausgeschlossen werden. Es wird genau das ausgeschlossen, dessen Kohärenz und Kontinuität mit dem anatomisch definierten Geschlecht nicht übereinstimmt. Sexualität wird eine gesellschaftliche Bedeutung beigemessen, die wiederum Konsequenzen für die gesellschaftliche Gesetzgebung haben. Sexualität wird durch diese regulierenden Gesetze geformt. Zusammengefasst beruht diese eine Wahrheit von Geschlecht auf Regulierungsverfahren, der Matrix von Kohärenz und Kontinuität von sex, gender und sexuality und bringt daher Geschlecht erst überhaupt hervor (vgl. Butler 1991, S: 38).

„Anders formuliert: die Akte, Gesten und Begehren erzeugen den Effekt eines inneren Kerns oder einer inneren Substanz; doch erzeugen sie ihn auf der Oberfläche des Körpers, und zwar durch das Spiel der bezeichnenden Abwesenheiten, die zwar auf das organisierende Identitätsprinzip hinweisen, aber es niemals enthüllen“ (Butler 1991, S. 200), meint Judith Butler zur Generierung von Geschlechtlichkeit. Geschlechtsidentität ist nach Judith Butler nämlich performativ hergestellt. Das bedeutet jedoch nicht, dass jegliches Geschlecht nur die Folge von Performanz ist. Das wesentliche in den Überlegungen der Performativität ist folgendes: Durch die Inszenierung als Frau* in den alltäglichen Handlungen nehme ich Bezug auf eine bestimmte Geschlechterrolle und bringe sie gleichzeitig in diesem Moment durch meine Tätigkeit wieder hervor. Das bedeutet, dass die Menschen selbst den vergeschlechtlichten gesellschaftlichen Zustand erst herstellen, zum Beispiel eine Frau* zu sein (vgl. Wilchins 2006, S. 154f.). *Es ist also die performative Konstruktion, die einen wesentlichen Teil von Geschlecht ausmacht.* Die Akte, Gesten und Inszenierungen enthüllen sich als Performation, indem sie selbst nicht das Wesen der Identität darstellen oder zum Ausdruck bringen, sondern nur durch den Körper ausgedrückte Zeichen und damit eine aufrechterhaltene Herstellung sind (vgl. Butler 1991, S. 200): „All dies existiert nur aufgrund einer anerkannten Kombination von Handlungen, die wichtige gesellschaftliche Zustände ins Leben rufen“ (Wilchins 2006, S. 155). Der Begriff der Performanz hat jedoch seine analytischen Grenzen. Er kann unter anderem nicht vollständig erklären, warum gewisse Performative sich durchsetzen und funktionieren und andere nicht. Hier bedarf es einer Weiterführung oder Ergänzung der Gedanken von Judith Butler, die ich später vornehmen möchte.

Die immerwährende Wiederholung dieser Akte von Geschlecht gleicht einer Kopie. Da geschlechtliche Identität eben nur eine Kopie von schon Bestehenden ist, bringt sie quasi eine Kopie der Kopie hervor. Nur ist aber die Kopie nicht an sich determiniert und starr, denn Geschlecht ist instabil und verändert sich ständig (vgl. Wilchins 2006, S. 154ff.). Dem wird von naturalistisch argumentierender Seite entgegengehalten, dass Performanz lediglich Ausdruck der innerlichen Geschlechtlichkeit, die im Wesentlichen auf dem biologischen Geschlecht gründet. Wenn jedoch, die innerliche Geschlechtlichkeit nur eine Kopie ist, die selbst erfunden ist und sich in einem ständigen Wandel befindet, enthüllt sich die Innerlichkeit als Mechanismus der Regulierung durch die Oberflächenpolitik des gesellschaftlich formierten Körpers. Der Körper selbst hat unter dieser Perspektive keinen rein biologisch bestimmbaren Status mehr, da all die unterschiedlichen Handlungen, die seine Realität abbilden sollen, Produkt der Gesellschaft sind und daher von den Menschen selbst gemacht wurden (vgl. Butler 1991, S. 200). Es wird eine

Illusion hergestellt, durch die Tätigkeiten, die Gesten und die ausgedrückten Begehren, dadurch entsteht die Illusion eines inneren Kerns des selbst. Dieser Prozess, der die Geschlechteridentität organisiert, wird durch den öffentlichen Diskursaufrechterhalten. Hinter dem Schleier von Geschlechterverhältnissen verbirgt sich das Wesentliche, auf das die westliche Gesellschaft sich gründet: Heterosexualität, die maßgebend ist für das Funktionieren der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse. Es geht also darum, den „obligatorischen Rahmen der reproduktiven Heterosexualität zu regulieren“ (Butler 1991, S. 200). Von der anderen Seite betrachtet erscheint es als völlig plausibel, dass die heterosexuelle Matrix, in der die scheinbar natürliche Dichotomie der Geschlechter verankert ist, so allgemeingültig angesehen wird. Wenn die Ursache selbst, die des Begehrens, der Gesten und Handlungen, direkt in den Menschen, welchen Geschlechts auch immer, angesiedelt werden, werden die dahinterliegenden politischen und disziplinierenden Regulierungsverfahren verschleiert. Dadurch erhebt Geschlecht, vor allem in seiner dichotomen Form, den Anspruch, die einzige Wahrheit zu sein, die damit zum Ausdruck der primären, scheinbar festen Geschlechteridentitäten wird (vgl. Butler 1991, S. 201). Jedoch sind Geschlechtsidentitäten nichts Festes, sie sind keine Sache an sich, die Tätigkeiten hervorbringt. Identität, darunter auch die geschlechtliche, ist etwas, dass sich durch die permanente Wiederholung von stilisierten Handlungen, im jeweilig historischen Kontext und gesellschaftlichen Rahmen konstituiert und institutionalisiert. Die beschriebene Perspektive betrachtet Geschlechtsidentität nicht als einen an und für sich gegebenen Bestand oder Nährboden essentialistischer Erklärungen, sondern als „gesellschaftliche Zeitlichkeit“ (Butler 1991, S. 207).

Es ist die Sedimentierung der Normen von Geschlecht, die das eigentliche Phänomen eines Geschlechts, das allumfassend natürlich scheint, erst hervorbringt und die damit einhergehenden gesellschaftlich zwanghaften Konventionen des „Wirklichen“ und „Anerkennen“, zu dem macht, was es ist: „Die stillschweigende kollektive Übereinkunft, diskrete und entgegengesetzte Geschlechtsidentitäten als kulturelle Fiktion aufzuführen, hervorzubringen und zu erhalten, wird sowohl durch die Glaubwürdigkeit dieser Produktionen verdunkelt – als auch durch die Strafmaßnahmen, die diejenigen treffen, die nicht an sie glauben“ (Butler 1991, S. 206). Historische Entwicklungen zeigen mittlerweile eine gemäßigte Anerkennung von Menschen, die der heterosexuellen Geschlechtsidentität nicht voll und ganz entsprechen. Dennoch gibt es immer wieder Fälle, die dieses liberale Bild der Freiheit von Menschen trübt und zwar wenn auf Menschen repressiv eingewirkt wird, weil sie nicht den vorherrschenden Normen entsprechen. Dies lässt sich an einem Beispiel in den Vereinigten Staaten illustrieren: Ein Junge verlor bei einer Operation

seinen Penis durch einen Kunstfehler. Von da an wurde er als Mädchen großgezogen, konnte sich jedoch nicht mit dieser Rolle identifizieren, ausgelöst durch mehrere Faktoren, wie zum Beispiel den Impuls beim Wasserlassen stehen zu bleiben. Mädchen, die darauf aufmerksam wurden, drohten ihm daraufhin sogar mit Mord. Der Gedanke der Elimination eines Lebens, weil es nicht dem entspricht, was gesellschaftlich vorherrschend ist, ist nur Spiegel dafür, dass Menschen sich durch etwaige Abweichungen selbst in ihrem Innersten infrage gestellt fühlen.

Durch die bloße Existenz (geschlechtlich) nicht einzuordnender Lebewesen, die dennoch innerhalb der sozialen Welt existieren, wird der Sinn der Welt und damit das eigene Selbst angegriffen (vgl. Butler 2002, S. 158): „Es handelt sich um den törichten und gewaltsamen Versuch, die Ordnung wiederherzustellen und die Herausforderung abzulehnen, diese Welt als etwas anderes als Naturgegebenes oder Unausweichliches neu zu denken“ (Butler 2002, S. 158). Es ist eine unausgesprochene kollektive Übereinkunft der dichotomen Annahme von Geschlecht, der damit zusammenhängenden Heterosexualität und der Hervorbringung und Aufrechterhaltung derselben, die andere Identitäten unsichtbar macht und gesellschaftlich in Frage stellt. Die Glaubwürdigkeit, die hinter der Produktion von Geschlecht steckt und die damit verbundenen Strafmaßnahmen denjenigen gegenüber, die nicht diesen Glauben teilen, verdunkelt das, was abseits davon existiert. Mit der Konstruktion von Geschlechtsidentität wird gleichzeitig erzwungen, dass wir daran glauben, dass die Dichotomie von Geschlecht natürlich gegeben und notwendig ist. Durch den bloßen Verweis auf körperliche Merkmale in Verbindung mit vergeschlechtlichten Zuschreibungen werden unter anderen naturalistischen Auffassungen von Geschlecht gestützt. Die historischen Möglichkeiten werden innerhalb eines bestimmten Rahmens durch unterschiedliche leibliche Stile hervorgebracht und stellen nur die durch verschiedenste Mechanismen der Regulation bestimmten Gebilde dar (vgl. Butler 1991, S. 205f.): Die „Sedimentierung hat mit der Zeit einen Satz leiblicher Stile produziert, die in verdinglichter Form als natürliche Konfigurierung der Körper in Geschlechter (sexes) erscheinen, wobei die Geschlechter in einem binären Verhältnis zueinanderstehen“ (Butler 1991, S. 206).

Die übereinstimmenden vergeschlechtlichten Subjekte stellen gleichermaßen die Urheber*innen von Geschlecht dar. Durch gesellschaftliche Inszenierungen und deren Wiederholung wird Geschlechtlichkeit re-inszeniert und gleichzeitig wiedererlebt. In diesem Kontext wird Geschlechtlichkeit zu einem breit etablierten Bedeutungshorizont, der sich fortwährend weiter ritualisiert und damit legitimiert. Auch wenn dies auf individueller Ebene vonstattengeht und in der Inszenierung von einzelnen Körpern zum Ausdruck

gebracht wird, wobei damit kulturell erzeugte Geschlechtsidentitäten geformt werden, stellen sie aber auch Handlungen in der Öffentlichkeit dar. Die Handlungen stehen immer im jeweiligen gesellschaftlichen Kontext, der eine historische und kollektive Dimension aufweist. Der öffentliche Charakter der Geschlechtsidentität ist somit kein Zufall. Performanz von Geschlecht birgt daher eine Strategie in sich, die ein bestimmtes Ziel verfolgt, die nicht dem einzelnen zugesprochen werden kann, sondern durch die Einzelnen agierenden Subjekte hervorgebracht und verfestigt wird. Die Geschlechter-Realität wird somit durch Performanzen geschaffen, die gesellschaftlich vorherrschend sind und aufrechterhalten werden. Daher sind die Begriffe der scheinbar unumgänglichen Weiblichkeit oder Männlichkeit selbst nur Konstitutionen, die eine gewisse Strategie zur Aufrechterhaltung der vorherrschenden Geschlechterordnung darstellen. Die Strategie äußert sich insofern, als dass sie die Performativität von Geschlechtsidentität als eigentliche Charaktereigenschaft verschleiert und damit gleichzeitig andere Möglichkeiten der Darstellung von Geschlecht unsichtbar macht. Es geht also um die Möglichkeit, dass abseits des einschränkenden gesellschaftlich vorherrschenden maskulinen Rahmens, etwas anderes möglich wäre (vgl. Butler 1991, S. 206f.).

Die Performanz als prinzipielle Ursache für die Vergeschlechtlichung muss daher entlarvt werden: „Den Begriff ‚Geschlecht‘ oder ‚Gender‘ nicht auf Männlichkeit und Weiblichkeit beschränken heißt, eine theoretische Perspektive sicherzustellen, durch die eine weitere Darstellung möglich wird“ (Butler 2002, S. 159). Mittels systematischer Entnaturalisierung des Denkens von Geschlecht soll ein Raum geschaffen werden, in dem die unterschiedlichsten Zusammensetzungen von Körperlichkeit, Begehren und Identität denkbar gemacht werden (vgl. Knapp 2001, S. 87). Judith Butler versucht durch ihr Konzept der Dekonstruktion diese Idee umsetzbar zu machen. Mit der Aufdeckung von Unstimmigkeiten zwischen dem Geschlecht (sex), der Geschlechtsidentität (gender) und der Darstellung (performance), können somit festgeschriebene Geschlechternormen unterwandert werden. Ein geeignetes Beispiel ist dafür das Phänomen der Travestie. Mit der schon immer vorhandenen Differenz von sex und gender und der gleichzeitigen Differenz zur performance wird nicht nur die Unstimmigkeit zwischen gender und performance ersichtlich, sondern auch zwischen sex und gender. Der Travestie wird unterstellt, sie erzeuge ein homogenes Bild von Weiblichkeit, jedoch legt sie gerade durch die dreifache Unstimmigkeit von gender, sex und performance die regulierenden Fiktionen der heterosexuellen Übereinstimmung offen dar. Heterosexualität und die damit verbundene geschlechtliche Ordnung wird mittels der Darstellung von Widersprüchlichkeit zwischen den Geschlechterkategorien entlarvt: „Indem die Travestie die

Geschlechtsidentität imitiert, offenbart sie implizit die Imitationsstruktur der Geschlechtsidentität als solcher – wie auch ihre Kontingenz“ (Butler 1991, S. 202). Nicht die heterosexuelle Matrix erscheint auf der Bühne der Performanz, sondern die Ent-Naturalisierung von sex und gender. Durch die offensichtlich widersprüchliche Darstellung von Geschlecht, die von vorherrschenden Vorstellungen abweicht und dadurch eine gewisse Unstimmigkeit erzeugt, kommt die Unterschiedenheit von Geschlecht und Geschlechteridentität zum Vorschein. Es ist ein Akt der unmittelbar die den biologistischen Schleier der Anspruch auf unantastbare Natürlichkeit erhebt, hinter dem sich die erfundene Kulturalität der geschlechtlichen Mechanismen verbergen, enthüllt. Judith Butler verteidigt hiermit den Begriff der Geschlechter-Parodie. Aus ihrer Perspektive scheint die Kritik an der Reproduktion von Geschlechterstereotypen, am Beispiel der Travestie, nicht gerechtfertigt. Die Parodie von Geschlecht impliziert nicht das Vorhandensein eines Originals, das parodistisch nachgeahmt wird, sondern es steht viel mehr die Parodie des Originals selbst im Mittelpunkt. Denn die scheinbar ursprüngliche Identität, auf die sich die Geschlechteridentität bezieht, stellt dann in diesem Fall selbst nur eine Nachahmung ohne Original dar (vgl. Butler 1991, S. 203).

Von dieser Perspektive ausgehend sieht Judith Butler das subversive Potential zum Angriff auf die Norm der Zweigeschlechtlichkeit in ihren Vorstellungen der Performativität selbst begründet. Da Geschlechtlichkeit in seiner Normativität ein regulatives Ideal darstellt, dessen Erreichbarkeit zweifelhaft ist, bilden sich bereits in der Wiederholung Variationen von Geschlechtlichkeit (gender, sex, sexuality) ab. Mittels subversiver Akte der Wiederholung, durch die eine Verschiebung und Umdeutung von Symboliken hervorgebracht wird, kann die Imagination von Geschlecht als Fiktion selbst greifbar werden (vgl. Knapp 2001, S. 88f.). Judith Butler bezeichnet diesen Vorgang als parodistische Vervielfältigung, durch die der vorherrschenden Kultur und ihren naturalistisch bestimmten Geschlechteridentitäten ihr Anspruch auf Richtigkeit genommen wird: „Obgleich die Bedeutungen der Geschlechteridentität (gender meanings), die diese parodistischen Stile aufgreifen, eindeutig zur hegemonialen frauenverachtenden Kultur gehören, werden sie durch ihre parodistische Re-Kontextualisierung entnaturalisiert und in Bewegung gebracht“ (Butler 1991, S. 203). Durch die Imitation mit gleichzeitiger Verschiebung der Bedeutungsgehalte wird die scheinbare Ursprünglichkeit von Geschlecht selbst nachgeahmt. Ausgehend davon ist die Geschlechteridentität nicht mehr eine ursprünglich determinierende Ursache für jedwede Geschlechtlichkeit, sondern stellt eine neue persönlich-kulturelle Geschichte von übernommenen Bedeutungen dar. (vgl. Butler 1991, S. 203).

Es zeigt sich, dass das geschlechtlich bestimmte Selbst von der Wiederholung bestimmter Akte durch den historischen Kontext maßgeblich bestimmt ist. Die Akte äußern sich als eine Bewegung der Annäherung an ein imaginiertes Ideal, das selbst Produkt aus gerade diesen Akten ist. Trotz der Diskontinuitäten, die sich in der Performanz der Subjekte äußern, wird daraus ein Ideal konstruiert. Gleichzeitig verweisen, die in der Performanz nicht übereinstimmenden Akte mit dem konstruierten Ideal, das sich auf die eine Wahrheit der Natürlichkeit beruft, auf ein Fass ohne Boden. Die lediglich in einem konventionellen Verhältnis zueinanderstehend und nicht naturgegeben Beziehungen der Akte und die in Prozess der Wiederholung entstehenden Diskontinuitäten stellen gleichsam das Potential der Veränderung dar. Es besteht gerade deshalb die Möglichkeit, die Akte in ihrer Wiederholung absichtlich zu verfehlen, bis die Imagination der geschlechtlichen Identität in einer Art der De-Formation als schwaches Konstrukt entschleiert wird (vgl. Butler 1991, S. 207): „Wenn die Attribute und Akte der Geschlechtsidentität, die verschiedenen Formen, in denen ein Körper seine kulturelle Bezeichnung zum Vorschein bringt oder produziert, performativ sind, gibt es keine vorgängige existierende Identität, an der ein Akt oder Attribut gemessen werden könnte“ (Butler 1991, S. 207f.). Es zeigt sich, dass der Begriff der Performatio und die damit zusammenhängenden kontingenten Akte der Subjekte nicht eine Beliebigkeit aufweisen, denn sie sind in einen historischen Kontext eingebunden, der die Möglichkeiten zwar beeinflusst, aber dadurch auch einschränkt. Aus dieser Perspektive betrachtet erscheint es nicht überraschend, weshalb sich gewisse Performanzen durchsetzen und eine hegemoniale Geschlechtlichkeit hervorbringen. Geschlecht als körperliche Eigenschaft konstituiert sich als kulturelles Zeichen, das den Körper dahingehend anweist, sich entsprechend einer bestimmten gesellschaftlich historischen entwickelten Gegebenheit zu verhalten. Dies gründet sich auf der fortdauernden Wiederholung in Abgleichung mit den wandelt historischen Bedingungen als „wiederholter leiblicher Entwurf“ (Butler 1991, S. 2005). Die Performanz der Geschlechtsidentität stellt somit eine Zwangslage dar, die durch jeweilige Strafmaßnahmen von oben und unter den Menschen aufrechterhalten wird, um die Bedrohung der eigenen Existenz abzuwenden (vgl. Butler 1991, S. 205).

Die Analysen von Judith Butler tragen zu einem tieferen Verständnis der vergeschlechtlichten Gesellschaft auf der Mikroebene bei. Butler konnte uns zeigen, welche feinen geschlechtlichen Mechanismen den Gesamtkomplex der Gesellschaft bestimmen und als geschlechtlich konstruiert aufrechterhalten. Die durch performative Prozesse generierte Ordnung wird durch alle geschlechtlich bestimmten Ausdrucksformen gestützt, die die Menschen in ihrem Alltag verwenden. Durch die Ansätze von Judith Butler wird das

Subjekt, vor allem das weibliche, aus seiner passiven Rolle geholt und als aktive Mitproduzent*in für die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse zentral gesetzt. Nicht mehr der Überbau der gesellschaftlichen Makroebene bestimmt allein das soziale Zusammenleben, sondern es ergibt sich ein wechselseitiger Prozess, indem sich die Mikro- und Makroebenen der gesellschaftlichen Interaktion in dialektischer Weise miteinander verbinden. Durch die Herstellung der gesellschaftlichen Verhältnisse, die in engem Zusammenhang mit der Hierarchisierung durch Geschlechtlichkeit bestimmt werden, wird eine Hegemonie erschaffen, die das Leben der einzelnen maßgebend bestimmt und dass sie selbst auch maßgebend mitbestimmen. Die geschlechtlich gesellschaftliche Herrschaftsordnung ist dadurch ausgezeichnet, dass sie sowohl erschafft als auch erschaffen wird und damit Zwangssysteme generiert, die das eigene Überleben scheinbar nur in Konformität mit den hegemonialen Bedingungen ermöglicht. Die theoretische Auseinandersetzung mit Judith Butler und ihren Anhänger*innen des Poststrukturalismus sind fruchtbar für die weitere Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Leben auf der Mikroebene. Das permanente Verharren im immer selben theoretischen Strom weist jedoch auch Einschränkungen und Leerstellen auf, die ich im nächsten Kapitel zur Diskussion stellen möchte.

6.5. Postmoderner Feminismus – theoretische Grenzen

In Auseinandersetzung mit Riki Wilchins und anderen feministischen Theoretiker*innen möchte ich die bereichernden und begrenzenden Seiten des postmodernen Feminismus näher beleuchten. Bisher hat uns unsere Analyse gezeigt, „dass wir, um weiterzukommen, zunächst den patriarchalen Gedanken der Unvermeidbarkeit angreifen müssen, die Fiktion, dass dies der Weg der Natur sei“ (Wilchins 2006, S. 118). Um die natürliche Basis der gesellschaftlichen Verhältnisse zu hinterfragen, sind die Gedanken aus dem Postmodernismus eine besondere Perspektive mit dem Ziel, Stereotype hinsichtlich der gesellschaftlichen Teilung in feminin und maskulin zu unterwandern (vgl. Wilchins 2006, S. 118). Aufgrund der Annahme des Postmodernismus, dass Natur und Kultur ein gesellschaftliches Konzept sind, wurde in der kritischen Auseinandersetzung mit der biologischen Dichotomie auch Geschlecht als etwas Soziokulturelles verstanden. Es stellt dadurch eine ganz besondere Form von Ordnungs- und Klassifikationskategorie dar, welche eine große Bedeutung in der postmodernen Forschung erhält (vgl. Knapp 2001, S. 68). Die Ausrichtung ist dahingehend, dass mikrologisch-interaktionistische Perspektiven und die Muster der Semantik von Geschlecht im Vordergrund stehen (vgl. ebd., S. 71). Sogenannte semiotische Ansätze verneinen die Ebene der Persönlichkeit und

definieren Geschlecht durch ein System von symbolischen Differenzen. Dies geschieht vor allem durch die Analyse von Strukturen der Sprache mittels Formeln. Dieser Ansatz ist dementsprechend auch in der feministischen und poststrukturalistischen Kulturanalyse stark vertreten (vgl. Connell 2012, S. 160). Durch seine Analysen hat der Postmodernismus ein Instrumentarium geschaffen, der Geschlechterforschung zu ermöglichen, Argumente auseinanderzunehmen, die Vorurteile beinhalten. Mittels dieser Instrumentarien können Machtverhältnisse entkräftet und Differenzen sichtbar gemacht werden. Dem unterdrückenden Gebrauch von gender wird eine Beweglichkeit zugesprochen, die zuvor scheinbar nicht gegeben war (vgl. Wilchins 2006, S. 115). Die Brüchigkeit aller Identitätskategorien mit der Erkenntnis, dass das Selbst keinen stabilen brüchigen Kern besitzt, ist der Indikator dafür, Geschlecht als etwas Flüssiges anstatt Festgesetztes zu begreifen (vgl. Connell 2013, S. 68). Die Queer-Studies konnten dazu beitragen, dass im feministischen Geschlechterdiskurs, der bis dahin angenommenen sicheren Untergrund der naturgegebenen Zweigeschlechtlichkeit maßgeblich in Frage gestellt wurde. Besonders durch Studien zur Transsexualität und Einsprüche gegen starre Geschlechtlichkeit der Queer-Studies konnte sich die Frage zu Geschlecht in großem Umfang erweitern (vgl. Knapp 2001, S. 68). Die Erkenntnis zur Kritik von festgeschriebenen Identitäten und der Ergänzung von Sexualität als neue Erweiterung zur Analyse von Geschlecht befeuerte besonders Interventionen aus der homosexuellen Szene und der queer theory. Kulturelle Beschränkungen, die unter dem Begriff der Heteronormativität zusammengefasst werden, konnten Zwangskontexte der geschlechtlichen Dichotomie kritisch hinterfragen. Aus diesen theoretischen Kontexten etablierten sich neue Formen von politischen und kulturellen Aktivismus. Das Verständnis des Poststrukturalismus, eine wichtige theoretische Strömung der Postmoderne, und die damit zusammenhängende Aufspaltung von gesellschaftskritischen Ansätzen in der Wissenschaft lässt sich auch in der links-politischen Bewegung wiederfinden. Die einst große Bewegung der Women's Liberation galt ab den 1980er-Jahren als veraltet und wurde anhand der Fragen zu Sexualität, Rasse und Beziehungen zum Staat in unterschiedliche Ansätze gespalten (vgl. Connell 2013, S. 66ff.). Dennoch stellt sich die Frage, ob diese Art des Denkens auch eine nachhaltig verändernde Politik hervorbringt, die ihrerseits selbst nicht wieder neue Ausgrenzungen erzeugt und den Menschen ihre diverse Lebensrealität abspricht.

Wissenschaftler*innen wie Raewyn Connell entwickelten eine Gegenposition zu ausschließlich diskurstheoretischen Ansichtsweisen, in dem Geschlecht ein Ergebnis von vor allem sprachlichen, aber auch anderen Symboliken und deren Repräsentation darstellt, die die einzelnen Personen in ihrem Alltag praktizieren. Im Gegensatz zum

diskurstheoretischen Ansatz geht Connell von einer handlungstheoretischen und subjektsoziologischen Perspektive aus. Dabei wird das Subjekt gezielt mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen verbunden. Sie geht einen Schritt über die zwanghafte Verortung durch die Heteronormativität hinaus und entfernt sich von der alleinigen Betrachtung der Mikroebene. Vielmehr verbindet sie Makro- und Mikroebene, indem sie die einzelnen Subjekte mit den herrschenden Geschlechterverhältnissen in Bezug setzt. Im Zuge dessen werden eigene Genderprojekte entwickelt, in denen Entwürfe entstehen, wie das eigene Geschlecht ausgestaltet und gelebt werden will. Dadurch können vor allem auch Potentiale des Widerstands gegen hegemoniale Geschlechtlichkeit und mögliche Paradigmenwechsel von Geschlecht fassbar werden (vgl. Lenz/Meuser 2013, S. 11). Demgegenüber weist die Analyse von Geschlecht nach Judith Butler in ihrem meist rezipierten Werk „Das Unbehagen der Geschlechter“ (Butler 1991) zwar einige wichtige Instrumente für die kritische feministische Analyse auf, die durchaus für die Verknüpfung mit herrschaftskritischen Analysen fruchtbar sind. Jedoch sind bei Judith Butler auch einige Defizite und Leerstellen zu entdecken, die nur in Verbindung mit anderen Theorien gefüllt werden können. In ihrer Auseinandersetzung mit Geschlecht konnte zum Beispiel der erkenntnistheoretische Status der körperlichen Materialität nur unzureichend geklärt werden. Weiters bleiben auch in ihrem Ansatz zur Geschlechterparodie einige Fragen offen, die zu umstrittenen Rezeptionen führten. Judith Butlers Analysen gehen von Sprache, Sprechakten und der Repräsentation von Sprache aus und haben daher nur wenige Aussagekraft über die Form von Wahrnehmung der Darstellung von Geschlecht und seinen zugeschriebenen Bedeutungen oder über die Form der Anwendung von Wissen über Geschlecht in direkten Interaktionen (vgl. Knapp 2001, S. 89f.). Judith Butler nimmt vor allem Bezug auf Soziolog*innen wie Derrida und auch andere aus der französischen Schule, die sich vor allem auf die Basis von Linguistik beziehen. Sie kritisiert zwar deren Ausblendung des Sozialen, aber kann ihrer eigenen Kritik auch nicht ausreichend gerecht werden. Judith Butler bezieht sich in ihren Thesen vor allem auf Handlungen mit und in der Sprache, aber auch der strukturellen Verschiebung von Bedeutungen innerhalb derselben. Trotz dieser Einschränkungen hat ihr Ansatz eine mitreißende Radikalität, allerdings ohne explizit benannten Ansprüchen an feministischer Kritik und deshalb wahrscheinlich für jene mit Erfahrungen der Nicht-Identität besonders interessant. Das Spektrum, das ihre Erfahrungen nicht teilt, kann damit inhaltliche aber nicht ausreichend abgeholt werden. Andererseits fehlen wiederum in der Reflexion vieler queer-feministischer Theorien auch einige Aspekte: Formen der sozialen Ungleichheit, die auf der Struktur von der gesellschaftlichen Teilung in weiblich oder männlich konnotierten

Sphären beruhen werden mit queer-feministischen Ansätzen nur teilweise erfasst und auch die Betroffenheit der jeweiligen Personen wird oft analytisch vernachlässigt. Weshalb die Organisation von Sexualität und die generative Reproduktion dennoch anhand der Dichotomie von Geschlecht stattfindet, wird ebenso nicht näher erläutert. Heterosexualität wird schlussendlich vorausgesetzt, ohne den gesellschaftlichen Hintergrund näher zu beleuchten. Stattdessen wird der Fokus auf die Normativität von Geschlecht und die damit zusammenhängende geschlechtliche Zugehörigkeit und die Heterosexualität gelegt (vgl. Knapp 2001, S. 91).

Um die gesellschaftliche Perspektive zu integrieren, habe ich in der Rezeption von Judith Butler immer wieder versucht, stärker materialistische Perspektiven, die Gesellschaft, Historie, Herrschaft und den materiellen Körper einschließen, anklingen zulassen. Interessant ist vor allem, dass Judith Butler großen Bezug auf die Analysen von Simone de Beauvoir zu Geschlecht und der Situation der Frau* nimmt, die ihrerseits wiederum durchaus gesellschaftliche Verhältnisse benennt und einen eindeutig materialistischen Bezug herstellt. Dennoch verbleibt Judith Butler in traditioneller poststrukturalistischer Manier und scheut sich davor, die gesellschaftlichen Verhältnisse beim Namen zu nennen, wodurch gesellschaftliche Verhältnisse nur hier und da durchzuklingen scheinen, aber nicht wirklich an die Oberfläche gelangen. *Gleichzeitig ist, trotz jahrelanger feministischer Kämpfe, die Dichotomie von Geschlecht in der Gesellschaft aufgrund der Verweigerung feminine Maskulinität und maskuline Feminität in die Analyse miteinzuschließen noch immer so schwerwiegend intakt, um die Widersprüchlichkeit von Geschlecht umfassend darzustellen. Um etwas Neues, abseits von bisherigen Konzepten denkbar zu machen, ist die radikale Kritik an Geschlechteridentitäten unter Inkludierung der gesellschaftlichen Verhältnisse unumgänglich, um damit die Erweiterung der feministischen Perspektive vornehmen zu können* (vgl. Wilchins 2006, S. 118).

Abgesehen davon, dass gemeinsam geteilte Normen, Strukturen und Bedeutungen für gesellschaftliche Gruppen existenziell sind, kann der Postmodernismus wiederum nicht viel Verankerung anbieten, weil er gerade diese Bedeutungen völlig aufzulösen versucht. Vielmehr landen die Personen dadurch in einer individuellen Selbstinszenierung, da der gesellschaftliche Bezug der Theorien oft brüchig ist. Möglicherweise ist dies auch ein Mitgrund dafür, weshalb postmoderne Wissenschaft unter neoliberalen Verhältnissen so populär ist. Die Kollektivität kann in den theoretischen Ansätzen nicht umfassend gewährleistet werden, obwohl sie ein notwendiges und essentielles Moment zur gesellschaftlichen Umwälzung wären: „So ist der Postmodernismus nicht in der Lage, irgendeine Form positiver und gewinnbringender Gruppenaktion anzubieten“ (Wilchins 2006,

S. 118). Die Vorstellung der völligen Freiheit des Denkens, wie der Postmodernismus sie so gerne haben möchte, endet letztendlich in Isolation und Trennung von Sozialität, sodass Handlungen und Bedeutungen nur mehr privat und individuell abgewickelt werden. Ähnlich verhält es sich mit dem politischen Anspruch in der Zusammenarbeit von Gruppen, die auf welche Weise auch immer neue Unterdrückung hervorbringen könnten. Es fehlt dem Anschein nach an konstruktiver politischer und gesellschaftlicher Handlungsfähigkeit trotz all seiner Beharrlichkeit, Normen zu dekonstruieren, und obwohl er gleichzeitig inhaltlich darauf bedacht wäre, Menschen zum politischen Handeln zu motivieren. Die Entwicklung neuer Normen, die sich als allgemeingültig herausstellen könnten, müssen um jeden Preis vermieden werden, da sie ja als dialektischer Widerspruch in erneute Unterdrückung umschlagen könnten, sodass kaum eine Möglichkeit zur strategischen kollektiven Handlungsfähigkeit verbleibt. Unter diesen Gesichtspunkten wird jeder Anspruch auf eine mögliche normative Neuorientierung zunichte gemacht bei gleichzeitiger Verweigerung, irgendeinen Gegenvorschlag anzubieten: „Man dekonstruiert praktisch alles, konstruiert aber fast nichts“ (Wilchins 2006, S. 120). fasst Wilchins diese Ergebnisse zusammen. Aus der Befürchtung heraus, dass jegliche Form von Universalität dazu genutzt werden könnte, um neue Machtverhältnisse entstehen zu lassen und eventuell resistent gegenüber jeglicher Kritik zu werden, wird jegliche Aussage über konkrete gesellschaftlich emanzipatorische Perspektiven unterdrückt: „Sie hatten Angst, den Mund aufzumachen, aus Furcht, ihre eigenen versteckten Vermutungen könnten dadurch aufgedeckt werden“ (Wilchins 2006, S. 120).

Wo bleibt dann der emanzipatorische Gehalt, wenn keine gemeinsame politische Perspektive entwickelt werden kann? Theorien der Postmoderne berufen sich auf eine Kraft, die diskursiv, also letztlich durch Sprache, Verhältnisse herstellt, wie zum Beispiel die der dichotomen Denkweise. Jedoch wenn Diskurse eine Kraft sind, die allmächtig ist, dann stellt sich allerdings auch die Frage, inwiefern Emanzipation von Verhältnissen möglich ist, die diskursiv determiniert werden können (vgl. Wilchins 2006, S. 120) Am Beispiel der Rezeptionen von Judith Butler durch den Queer-Feminismus lässt sich diese These bestätigen. Es ist im der poststrukturalistischen Denkweise schier unmöglich, sich über die gesellschaftlichen Verhältnisse zu stellen und abseits dieser zu „performen“, um zum Beispiel Geschlecht zu dekonstruieren und damit gesellschaftliche Verhältnisse umzuwälzen. In diesem Ansatz können wir unserer eigenen Subjektivität nicht entkommen, genauso wenig wie wir den gesellschaftlichen Verhältnissen nicht entkommen, die uns umgeben: „Solange wir aber die Gender-Theorie nicht aus ihren Elfenbeintürmen holen und sie in die Tat umsetzen, werden wir zwar Zeugen der Entstehung einer großen

philosophischen Bewegung werden, die erfolgreich alles politisiert, aber praktisch keine organisierte, systematische Veränderung hervorbringt. Und das wäre schade.“ (Wilchins 2006, S. 124). Theorien aus postmodernen Kontexten möchten allen möglichen universalen Wahrheiten entfliehen, wo auch immer sie diese zu entdecken glauben. Indem sie aber gesellschaftliche Verhältnisse möglichst nicht benennen, stellen sie sich ontologisch dadurch eine Ebene höher. Dadurch scheint sich der Postmodernismus aber im Kreis zu drehen, da er erstens keine Perspektive vorgibt und zweitens keine eigene Meinung zur Möglichkeit der Auslegung der Wirklichkeit abgibt. Vielmehr werden Werkzeuge bereitgestellt, um Aussagen, die andere zur Wirklichkeit abgeben, aufzudecken und bis zur Unkenntlichkeit zu zerlegen (vgl. Wilchins 2006, S. 116). Dadurch entsteht eine normative Beliebigkeit, die Dinge so sehr offenhält, dass letztlich nichts mehr übrig bleibt, auf das ein Bezug hergestellt werden kann. Besonders zu bemerken ist das in Judith Butlers Analysen im Zusammenhang mit ihrer politischen Einbettung, in der eine Ablehnung von Identität und die Parodie als politisches Handeln zu sehen ist. Jedoch ist das völlige Ablegen von Identität unmöglich, da selbst der Diskurs das politische Feld immer in Interessensgruppen einteilt, die, wie schon der Name vermittelt, Interessen haben, also eine Substanz von Identität aufweisen (vgl. Wilchins 2006, S. 148). Weiterhin stehen wir nicht völlig frei von allen gesellschaftlichen Verhältnissen und können auch unser Geschlecht nicht nach freier Beliebigkeit jederzeit konstruieren, obwohl, soviel muss zugegeben werden, wir selbst es sind, die das Geschlecht letztlich herstellen. Wir sind, und auch das ist unumwunden nicht abzustreiten, von der Geschlechterordnung und den damit zusammenhängenden patriarchalen Strukturen, die historisch langlebige soziale Verhältnisse darstellen, dennoch geprägt. Die Struktur von gesellschaftlichen Verhältnissen hat zwar keinen mechanistischen Einfluss auf die Handlungsweisen von Menschen. Dies würde den zu beschreibenden Umständen nicht gerecht werden und in einem sozialen Determinismus enden, der genauso zu verurteilen ist wie ein biologischer. Dennoch begrenzen soziale Strukturen die Möglichkeiten der Konsequenzen von jeweiligen Handlungen aufgrund ihres gesellschaftlichen Kontextes (vgl. Connell 2013, S. 107).

Gegenwärtig, in einer Zeit, in der ein kapitalistischer Markt maßgeblich überhandnimmt, scheinen Theorien der Geschlechtergleichstellung und damit auch Theorien, die die Vielfalt von Geschlecht als gleichwertig nebeneinanderstehend vorstellen, besonders schmackhaft und zu den gesellschaftlichen Vorstellungen kompatibel zu sein (vgl. Connell 2013, S. 125). Die gesellschaftlich vorherrschende dichotome Vorstellung von Geschlecht soll durch die Vervielfältigung von Geschlechtsidentitäten vollständig

aufgelöst werden. Dennoch schützt Vielfalt allein nicht vor Hierarchisierung. Die Möglichkeiten von Hierarchisierung sowie die von sozialer Ungleichheit, die über die Akzeptanz der Differenzierungen ihre Hintertüre findet, können dadurch sogar verstärkt werden. Gleichzeitig sind auch in der ethnologischen Forschung Beobachtungen aufzufinden, die zeigen, dass in gewissen Kulturen, in denen eine spezielle Trennung von Geschlecht vorherrscht, dies nicht unmittelbar zwingend mit ungleichem Wert und asymmetrischen Machtverhältnissen zusammenhängt (vgl. Knapp 2001, S. 80). Die Verknüpfung von Differenz und Hierarchie als etwas Ahistorisches und Universelles, damit scheinbar als etwas Natürliches, kann aus meiner Perspektive nur als ein Fehlschluss bezeichnet werden. Gesellschaft und ihre Akteur*innen sind nicht beliebig in der Lage, die jeweilige Geschlechterordnung frei auszuwählen, die ihnen möglicherweise gedanklich vorschwebt. Damit würde außer Acht gelassen werden, dass die jeweilige Ordnung auf vergeschlechtlichten Strukturen beruht. Ebenfalls aus dem Blick gerät dabei, dass eine Gesellschaft, die in diverse Vielfalt geteilt ist, nicht ohne weiters die Möglichkeit besitzt, ein kollektives Moment von Gemeinsamkeit und Solidarität zu erreichen. Jedoch sind unter verschiedenen historischen Bedingungen auch Möglichkeiten von Geschlechterverhältnissen enthalten, in denen das Potential steckt, die Gesellschaft zu unterschiedlichen Linien einer neuen Zukunft hin zu bewegen (vgl. Connell 2013, S. 104).

Der Diskurs innerhalb der queer theory hat einen großen Umfang an kritischer Literatur hervorgebracht, in dem sie ein breites Spektrum gesellschaftlicher Verhältnisse westlicher Kultur kritisch analysierten: „Kritik wird als Fortschritt betrachtet, weil sie das Sichtbarwerden neuer Dinge – oder zumindest anderer Dinge – ermöglicht. Kritik selbst ist deshalb politisches Handeln für das Bessere“ (Wilchins 2006, S. 117). Daraus ist durchaus möglich, dass neue Legitimationen für Menschen geschaffen werden, die vorher noch nicht denkbar waren. Jedoch soll dabei im Auge behalten werden, dass Kritik, im Fall des Postmodernismus die Subversion und Dekonstruktion, nicht zum reinen Selbstzweck werden darf. Denn *das bloße Auseinandernehmen und Umdeuten gesellschaftlicher Zustände trägt kaum dazu bei, dass Frauen* als Arbeitskraft am Markt den gleichen Lohn erhalten können wie Männer, ganz zu schweigen von intersexuellen Menschen*. Genauso wenig werden dadurch für Frauen*, die zum Beispiel Zuhause Gewalt erfahren, mehr Frauenhäuser gebaut, in den sie Schutz finden können. Gleichzeitig werden nur Forderungen seitens der Frauenbewegung allein, wie zum Beispiel die einer besseren Gesundheitsversorgung, wie auch im aktuellen Frauenvolksbegehren in Österreich aufzufinden (vgl. Frauenvolksbegehren 2.0 2018), dafür sorgen, dass das historisch langlebige Patriarchat zum Umsturz gebracht wird (vgl. Wilchins 2006, S. 117). Der

eingeschränkte Blick beider beschriebenen Strömungen, die des Poststrukturalismus und die der queer theory, bringt die jeweiligen Grenzen ihrer theoretischen, aber auch ihrer politischen Reichweite mit sich.

Wir haben uns bisher den verschiedenen Ebenen der theoretischen Auseinandersetzung, sowohl der Mikroperspektive als auch dem makroperspektivischen Ansatz, inhaltlich getrennt gewidmet. Nur subtil konnte schon hier und da gezeigt werden, dass gewisse Verbindungen zwischen den beiden bestehen und für eine umfassende und nachhaltige Kritik zu Herrschaftsverhältnissen im Kontext von Geschlecht fruchtbar sein könnten. Diese Verbindungen möchte ich daher im folgenden Schritt näher ausarbeiten und aufzeigen. Ich erachte es als wichtig, dass durch wissenschaftlichen Diskurs Erfahrungen, die Personen in ihrem Alltag machen, ihnen nicht abgesprochen werden. Es soll gezeigt werden, wodurch diese Erfahrungen, abgesehen von makroökonomischen Verhältnissen in Verbindung mit Geschlecht, bestimmt werden. Durch die gemeinsame verbindende Diskussion zweier scheinbar komplementär stehender Theoriestränge soll auch die Verbindung der Mikro- mit der Makroebene stärker ausgeleuchtet werden.

7. Geschlecht als Struktur und Strukturierung

In den beiden vorher beschriebenen Großkapiteln konnten wir Geschlecht in zwei verschiedenen Kontexten betrachten. Geschlecht übernimmt in jeder der jeweiligen Ebene eine andere Funktion ein und bezieht sich somit im größeren Zusammenhang auf Herrschaftsverhältnisse oder im kleineren Zusammenhang auf zwischenmenschliche Interaktion. Geschlecht ist, wie wir gesehen haben, als maßgebliches Phänomen in beiden Ebenen anzutreffen. Es stellt sich auf der einen Seite als soziale Konstruktion dar und auf der anderen als gesellschaftliche Struktur. Die beiden Seiten verkörpern auch die divergierenden Forschungszugänge der Frauen*- und Geschlechterforschung, mit unterschiedlichen inhaltlichen Schwerpunkten und teils auch konkurrierende Ansätzen (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 19). Aufgrund der Divergenz und Rivalität beider Ansätze entsteht der Eindruck, dass sich beide Forschungsstränge in ihrer jeweiligen Perspektive gegeneinander abgrenzen, dadurch kaum anderen Input erhalten und sich verselbstständigen. Dennoch ist die Berücksichtigung beider Perspektiven von großer Bedeutung für die Analyse von Geschlecht und den damit zusammenhängenden Beziehungen. Deshalb möchte ich sie im folgenden Kapitel miteinander in Diskussion bringen und dabei ihre Reichweite und Grenzen aufzeigen. Ich möchte darlegen in welchen Aspekten beide Theorietraditionen trotz ihrer Divergenz miteinander in Verbindung gebracht und gegenseitige Leerstellen beleuchtet werden können. In diesem Prozess der

Auseinandersetzung können die jeweiligen Grenzen ein produktives Moment erhalten, um die Perspektive auf Geschlechterforschung zu erweitern (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 19). Möglicherweise ist dies auch etwas zu viel versprochen, dann ist jedoch die Diskussion von divergierenden Forschungssträngen als ein erster Schritt einer Erweiterung zu sehen.

Die zuvor beschriebene Betrachtung zu Geschlecht und dessen Differenzierung bewegt sich zumeist auf der Mikro- oder vielleicht auf einer Mesoebene. Auf der Makroebene befinden sich hingegen eher Perspektiven, die nach der Bestimmtheit der Form und Organisation von Geschlecht und seinen Verhältnissen sucht. Die Mikroebene dagegen versucht die Logiken, nach denen sich die Distinktion der Geschlechter vollzieht zu verstehen und dadurch Ungleichbehandlungen nachzuvollziehen. Die gesellschaftlichen Konstitutionsbedingungen, die maßgeblichen Einfluss darauf nehmen, werden dabei jedoch nicht berücksichtigt. In gesellschaftskritischen Auseinandersetzungen bleibt die Analyse der Details und der feinen Zusammenhänge, neben den der gesellschaftlichen Beziehungen und der sozialen und ökonomischen Wertigkeiten, meist ausständig. Die Interaktionsebene der einzelnen Individuen miteinander findet dabei wenig Beachtung. Vielmehr stehen die Auswirkungen auf die einzelnen Personen durch die jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse im Vordergrund (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 20).

Die Herausforderung, die sich nun folgend stellt, ist darin zu sehen, dass die Konstruktion von Geschlecht und von Differenz mit den Konstellationen von Geschlecht und den gesellschaftlichen Verhältnissen erst noch in Beziehung zu setzen sind. *Die Trennung der Geschlechter anhand von gesellschaftlichen Sphären, wie die der Produktion und die der Reproduktion, sind als übergreifende Muster zu verstehen.* Sie stehen dabei unter einer maskulinen Vorherrschaft der wirtschaftlichen Akteur*innen. Die jeweilige geschlechtliche Positionierung der Menschen und ihre spezifisch gesellschaftliche Organisationsweise, die dadurch entsteht, kann prinzipiell als die vorherrschende Geschlechterordnung der Gesellschaft gefasst werden. Diese Geschlechterordnung besteht aus den Arrangements zwischen den Geschlechtern, wie sie vorher im zweiten Abschnitt beschrieben wurden, und geben dadurch die jeweilige Richtung der gesellschafts-politischen Dynamik innerhalb der Gesellschaft an (vgl. Connell 2013, S. 105f.). Die Geschlechterordnung stellt somit ein übergreifendes Muster dar, das Verhältnisse maßgebend bestimmt, sowie „die Art und Weise, wie Menschen, Gruppen und Organisationen miteinander verbunden und untereinander eingeteilt sind“ (Connell 2013, S. 106). Der globale Kapitalismus stellt das verbindende Element zwischen einer Vielfalt von beherrschten Menschen dar (vgl. Connell 2013, S. 71). Die Beziehungen der

Menschen zueinander müssen dabei aber nicht direkt, sondern sie können auch indirekt bestimmt sein, da sie durch den Markt, Technologie, Medien und die Kulturindustrie vermittelt werden. Die jeweiligen Geschlechterverhältnisse, die innerhalb der Gesellschaft die Beziehungen der Menschen zueinander prägen, werden immer im Kontext des Alltags hergestellt und stehen daher im unmittelbaren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Verhältnissen (vgl. Connell 2013, S. 106).

Geschlecht ist demzufolge in einem größeren Zusammenhang zu betrachten. Um eine Aussage darüber treffen zu können, wie Geschlecht funktioniert, müssen beide Dimensionen, die der Produktion und die der Reproduktion, in einem gemeinsamen sozio-ökonomischen Kontext berücksichtigt werden. Aufgrund dessen müssen gesellschaftliche Bedingungen von ihrer historischen Entstehung heraus erklärt werden, um aufzuzeigen, dass gesellschaftliche Entwicklungsprozesse hinter den Bedingungen stecken und nicht etwa natürliche (vgl. Wolde 1995, S. 280). Die Vergesellschaftung der Menschen und insbesondere der von Frauen* ist ein Konstrukt, das ohne die Rückbindung zu gesellschaftlichen Dynamiken und deren historische Entwicklung inhaltsleer bleibt. Es bedarf einer Kontextualisierung dieser Sphären, um die Eingebundenheit der Menschen und ihren widersprüchlichen Charakter verstehen zu können (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 58). Die materielle Basis wird anhand dieser Perspektive befragt: Wie sind Wirtschaft und die Reproduktion der Gesellschaft in die materielle Basis eingelassen? Es ist die Form der gesellschaftlichen Organisationsweise, die letztlich die Materialität von Geschlecht bestimmt. Die Differenzierung der Gesellschaft zwischen markt- und nicht-marktvermittelt stellt eine geschlechtsspezifische Trennlinie dar und bestimmt die Makroebene gesellschaftlicher Verhältnisse. Wenn von Verhältnissen gesprochen wird, wird auch von Relationen gesprochen. Es geht darum wie einzeln bestimmende Aspekte mit ihrer jeweiligen Gewichtung in einer Beziehung zueinanderstehen. Die Kontextualisierung von Geschlecht ist von großer Bedeutung, denn durch sie entsteht erst das Wechselverhältnis der Auf- und Abwertung geschlechtlicher Zuschreibungen. Daraus kann geschlossen werden, dass die aktuell gültige Ausgestaltung von Geschlecht und die Relation der Geschlechter von der jeweiligen Historie und den jeweiligen gesellschaftlichen Bedingungen abhängt. Die Bewertung der Verhältnisse hängt von ihrer Bestimmung ab, die den jeweiligen Geschlechtern zugesprochen wird, wie zum Beispiel die der Asymmetrie. Die Bestimmung der Verhältnisse wiederum können als Konnexion gefasst werden. Konnexion, gleichbedeutend mit Beziehungen und Verbindungen, verweist im weiteren Schritt auf die Handlung und Struktur, die innerhalb dieser stattfinden. Der Bezug der Konnexionen erklärt einerseits die gesellschaftlichen Bedingungen, also das

Verhältnis an sich, das durch Handeln und Denken geschaffen wird, sowie andererseits die jeweilige Ausgestaltung der Gesellschaft, die Struktur, in der Handeln und Denken stattfindet (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 39f.).

Anhand der angeführten Erklärung von Relationalität und sozialer Verhältnisse kann die Brücke von der Makro- zur Mikroebene geschlossen werden. Im Verhältnis zueinander kann keines der beiden geschlechtlichen Dimensionen seine Identität erhalten, ohne sein Gegenüber der Nicht-Identität zu berücksichtigen. Keines der beiden kann für sich selbstständig stehen, sondern erhält seine soziale Stellung innerhalb der Gesellschaft erst durch die Entgegensetzung zum anderen (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 48). Diese Perspektive könnte mensch weiterspinnen und auf die Sphären von Produktion und von Reproduktion übertragen und schließlich auch auf weit diffizilere Bereiche der gesellschaftlichen Ordnung und Organisationsweise. Aus einem marxistischen Totalitätsverständnis heraus würde diese Perspektive plausibel erscheinen, denn alles steht in einer Verbindung zueinandersteht und ist daher als gesellschaftlich zu interpretieren. Vor allem findet dies seine Zustimmung, wenn wir davon ausgehen, dass Geschlecht ein soziales Verhältnis darstellt, das auf einer materiellen Basis beruht und somit aus einer historischen Entwicklung heraus auf dem Zuspruch bestimmter gesellschaftlicher Ressourcen beruht. Das Geschlechterverhältnis und die daraus resultierende Relationen zwischen den Geschlechtern sind in gesellschaftliche Verhältnisse eingebettet. Die vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse, das Prinzip von Eigentum, die rechtlichen Grundlagen sowie auch die Produktions- und die Reproduktionsverhältnisse sind die materielle Basis zur Organisation der Geschlechterordnung (vgl. Wolde 1995, S. 283f.). *Augenscheinlich wird mit der Tatsache, dass ein Großteil der gesellschaftlichen Arbeitsteilung anhand von Geschlecht organisiert ist.* Es sind der dichotome Dualismus und seine Verbindung zu Inkludierung, zu Ausgrenzung und zu Unterordnung, die auch die Bedingungen am Markt bestimmen und vergeschlechtlichen. Patriarchale Strukturen beeinflussen die Prinzipien des kapitalistischen Marktes und den zugehörigen Arbeitsmarkt, aber auch umgekehrt. Dieser wieder legitimiert die entsprechende Vorstellung von geschlechtlicher Ordnung innerhalb der Gesellschaft. Der Markt wiederum wird selbst als scheinbar geschlechtsneutral dargestellt, ist aber dennoch in seiner Strukturierung durch und durch vergeschlechtlicht (vgl. Lenz 1995, S. 34). Deshalb stellt sich die Frage, weshalb die Rolle von Geschlecht im Neoliberalismus so in Frage gestellt werden kann, wenn er doch so maßgeblich durch den Markt und somit auch durch Geschlecht bestimmt ist.

Die geschlechtliche Arbeitsteilung enthält eine gewisse Korrespondenz mit der Vorstellung von Frau*- und Mann-Sein. So erwartet die konkrete Arbeitstätigkeit ein gewisses Verhaltensrepertoire, das umfassend durch die Vorstellungen von Geschlechtsidentität bestimmt ist. Geschlecht enthält dadurch eine strukturierende Wirkung auf alle gesellschaftlichen Ebenen. Demnach ist es nicht ausreichend, Geschlecht nur als eine soziale Konstruktion zu fassen, die anhand einer hegemonialen symbolischen Ordnung festgeschrieben wird. Geschlecht ist nicht nur ein Klassifikationsmuster, anhand dem Menschen gesellschaftlich und in ein gesellschaftlich heterosexuelles Zwangssystem eingeordnet werden. Die geschlechtliche Strukturierung der Gesellschaft dient auch zur sozialen Unterscheidung, womit Geschlecht zur Struktur der sozialen Ungleichheit wird (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 35). Soziale Ungleichheit gründet auf unterschiedlichen Zugängen und entsteht nicht auf der individuellen Ebene, sondern hängt von den jeweiligen Bedingungen, ab unter denen gesellschaftliche Organisation verläuft und strukturiert wird. Ihr Horizont reicht weiter bis zur sozialen Herkunft, Bildung, Berufsposition und Lohn (vgl. Mogge-Grotjahn 2004, S. 104): „Entlang dieser Trennlinie bilden sich sozioökonomische und politische Gefälle zwischen Frauen* und Männern heraus, die sich herrschaftskonform in das übergreifende Sozialgefüge einpassen“ (Becker-Schmidt 2001, S. 35). Aufgrund dessen gründen auch alle unsere kulturellen Ausformungen auf einer geschlechtlichen Ungleichheit. Unsere Gesellschaft ist anhand von Geschlecht gegliedert, was wiederum eine spezifische Sozialstruktur darstellt, die parallel neben der von Klassen fungiert. Augenscheinlich wird dies an der noch immer vorhandenen Diskussion über das Abtreibungsrecht. Dies ist nur ein Symbol für eine vorhandene patriarchale Bevölkerungspolitik und stellt ein Beispiel von vielen dar (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 35): „Die gesellschaftliche Reproduktion hat ganz wesentlich geschlechtliche Arbeitsteilung zur Voraussetzung; ökonomische, kulturelle und politische Machtverhältnisse sind männerbündisch organisiert“ (Becker-Schmidt 2001, S. 35). Aus dieser Perspektive wird Auskunft über die Ausgestaltung des gesellschaftlichen Gesamtgefüges gegeben, jedoch nicht über die Interaktion der Menschen zueinander und über den Kampf um Macht der eigenen sozialen Stellung. Dennoch ist das Verhältnis der Geschlechter auch ein erdachtes Konstrukt, aufgeladen von symbolischen Ordnungen, die eine Sozialstruktur unterfüttern, die ihrerseits auf einer materiellen Basis aufbaut. Alle diese Aspekte beziehen sich aufeinander, bestärken sich wechselseitig und gründen auf einer gemeinsamen Historie des Sozialen. Es ist eine übergreifende Gesellschaftsformation, die sie bestimmt und gegenseitig vermittelt (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 61). Geschlecht und seine Struktur in ihrer dichotomen Bestimmung ist durch einen

Doppelcharakter bestimmt, der durch die alleinige Kritik am Dualismus nicht zu verändern ist. Auf der Makroebene, die sich durch soziale Ungleichheit beschreiben lässt, ist Geschlecht mit divergierend soziale Positionen und Hierarchie zwischen weiblich und männlich zu erklären. Auf der Mikroebene ist Geschlecht die symbolische Ordnung eines Dualismus, der sich mit anderen Antagonismen verbindet. Diese symbolische Macht erwächst schließlich zu einer materiellen Herrschaft, die nicht von Natur aus gegeben ist, sondern maßgebend von Gesellschaft bestimmt ist (vgl. Lenz 1995, S. 22).

Mikrosoziologische Perspektiven geben Einblick in intersubjektive Prozesse von Geschlecht, wie sein symbolischer Gehalt hervorgebracht wird und somit die Grundlage zur Geschlechterdichotomie bildet. Vor allem aber werden die Vielfältigkeit und die Widersprüchlichkeit von Geschlecht und damit zusammenhängenden Ausdruckweisen und Verhalten sichtbar, die die starre Monokausalität von Geschlecht brüchig erscheinen lassen. Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive wird die sozio-ökonomische Komponente von Geschlecht bewusst, indem Prozesse der sozialen Verortung innerhalb des gesellschaftlichen Gefüges anhand von Geschlecht aufgedeckt werden. Durch die Verknüpfung beider Perspektiven wird eine gesellschaftliche Perspektive auf mehreren Ebenen möglich. Geschlecht wird dadurch von der sozialen Konstruktion zu einem übergreifenden Zusammenhang mit der Wechselwirkung von subjektiver und objektiver Realitätsentwicklung. Verhalten und Verhältnisse werden in Beziehung zueinander gebracht und intersubjektive Beziehungen und ihre gesellschaftliche Institutionalisierung erklärbar.

Allerdings kann soziale Ungleichbehandlung nur dann entschleiert werden, wenn sie auch benannt wird: Es muss zu Wort gebracht werden, wem gesellschaftliche Privilegien zugesprochen werden und wem nicht. Wir können von Herrschaft und sozialem Zwang sprechen, wenn eine Unter- und Überordnung zu verzeichnen ist. Da dies in Geschlechterverhältnissen der Fall ist, können solche Begrifflichkeiten für die Analyse nicht ausgespart werden (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 37ff.). Herrschaft entsteht eben durch das Zusammenspiel von gesellschaftlichen Verhältnissen und dem sozialem Verhalten (vgl. Becker-Schmidt/Knapp 1995, S. 8). Dabei spielen Zuschreibungen von sozialen Zuständigkeiten eine wichtige Rolle, indem sie Verpflichtungen und Rechte über Geschlecht vermitteln. Durch diesen Zusammenhang wird auch intersubjektives Verhalten bestimmt. Mittels dieser Vermittlungsprozesse werden gesellschaftliche und historische Bestimmungen der Geschlechterordnung hervorgebracht und festgelegt, wer sich in welchen gesellschaftlichen Sphären, wie zu bewegen hat (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 24).

Hier lässt sich eine Verknüpfung zum Konzept der Intelligibilität, wie im Kapitel zur kulturellen Dimensionen von Geschlecht beschrieben wurde, herstellen. Durch diese Verknüpfung kann erklärt werden, weshalb sich die Menschen bestimmten gesellschaftlichen Normen fügen, nämlich zur Sicherung der eigenen Existenz und Anerkennung. Die Personen nehmen diese geschlechtliche Zuteilung nicht nur durch Vermittlung auf, sondern sind auch diejenigen, die es selbst auswählen und dazu auch noch freiwillig. Die Menschen sind eben Träger*innen der gesellschaftlichen Verhältnisse (vgl. Heise 1986, S. 39). Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive sind „Struktur und Strukturierung [...] in diesem Kontext Begriffe, die Auskunft darüber geben, in welchen Bahnen gesellschaftliche Praxen verlaufen, auf welche Weise und mit welchen Konflikten sie miteinander verflochten sind, welche Herrschaftslogiken (z.B. männerbündische/marktzentrierte) in solchen Verknüpfungen am Werk sind und was das für die Existenzsicherung von Frauen* im Unterschied zu Männern bedeutet“ (Becker-Schmidt 2013, S. 22). Ein tieferes Verständnis der gesellschaftlichen Strukturierung wäre ohne die gleichzeitige Analyse der Konstruktion von Männlichkeit und Weiblichkeit nicht hinreichend entwickelbar. Unter Ausschluss der geschlechtlich konstruktivistischen Perspektive wären laut Becker-Schmidt weder die Strategien von Geschlecht, die Hegemonie von Männlichkeit noch die gesellschaftlichen Verhältnisse, anhand derer Geschlecht in Beziehung zueinander gebracht wird, unzureichend erklärbar (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 22). Das Geschlechterverhältnis bewegt sich entlang zweier verschiedener Dimensionen, die sich aber dennoch aufeinander beziehen. So werden einerseits durch die vorhandene symbolische Ordnung soziokulturelle Maßgaben etabliert, anhand derer weibliche und männliche Daseinsformen festgeschrieben werden. Andererseits entwickelt sich ein System gesellschaftlicher Wertigkeiten, das gewisse geschlechtliche Normen vorgibt und die Kategorisierung von Frauen* und Männer* als eine homogene Gruppe voraussetzt. Dies geschieht, trotz der verschiedensten individuellen Abweichungen, die unter dem Schleier von Dichotomie versteckt werden.

Um die Differenzen zwischen den Geschlechtern deutlich aufzuzeigen, sind daher weitere theoretische Ansätze notwendig, die die Konstruktion von Geschlecht erklären können. Ohne Rückbeziehung auf Geschlechterstereotypen wäre die geschlechtliche Arbeitsteilung nur teilweise erklärbar sowie auch die Aufrechterhaltung gewisser Stereotype genauso wenig zu verstehen wäre (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 23f.). Beide Erklärungsansätze legen ihren jeweiligen Fokus auf etwas, das sich gegenseitig abstützt. Die geschlechtliche Arbeitsteilung hätte womöglich kaum eine entsprechende Durchsetzungskraft ohne die symbolisch-geschlechtliche Aufladung derselben. Im umgekehrten

Sinne ist der Bezug ähnlich zu sehen, denn ohne geschlechtliche Arbeitsteilung würden gewisse Stereotype nicht von solcher Dauer zeugen können (vgl. Connell 2013, S. 121). Weiters ist die Einbindung poststrukturalistischer oder sozial konstruktivistischer Ansätze deshalb von Bedeutung, da wir unter einer ausschließlich gesellschaftstheoretischen Perspektive dem Vorurteil aufsitzen, eine Gesellschaft zu beschreiben, die wir angeblich kennen. Deshalb muss das Alltagswissen, auf das wir zurückgreifen, selbst zum Gegenstand der Untersuchung gemacht werden (vgl. Knapp 2001, S. 73). In gesellschaftstheoretischer Geschlechterperspektive lassen sich insofern Lücken verzeichnen, weil in ihrer Analyse einige Aspekte vorausgesetzt werden, ohne ihr grundlegendes Zustandekommen näher zu beleuchten. Besonders wird dies sichtbar, wenn geschlechtliche Kategorisierungen von Geschlechter als Grundlage ohne erkennbare Explikation verwendet werden (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 39). Aus Perspektive einer feministischen Bewegung, die sich zum Ziel macht, Frauen* emanzipativ zu befreien und der Marginalisierung von Menschen im Allgemeinen entgegenzuwirken, sollte eine Umkehrung ihres Vorhabens verhindert werden, nämlich die Schaffung neuer Beschränkungen und Ausgrenzungen. Aufgrund dessen muss Feminismus selbst kritisch hinterfragt werden. Dies ist aber nicht möglich, wenn mensch sich nur in seinen gewohnten theoretischen Kreisen bewegt. Feminismus muss demnach seine eigene Herkunft einer kritischen Revision unterziehen, um nicht dem Schicksal zu erliegen, es dem Herrschaftsgefüge des Patriarchats und dessen implizierten Universalität gleich zu machen. Die eigene scheinbare Natürlichkeit sollte nicht zur Grundlage der Schaffung neuer Dominanzen und damit der Ausgrenzung alles Abweichenden führen, nur damit das Gemeinsame erhalten werden kann.

Den feministischen Bewegungen ist es in ihrer Historie gelungen, viele geschlechtliche Schranken aufzubrechen. Dennoch bewegen sich viele feministische Ansätze implizit noch immer im Gedankengerüst von dichotomer Geschlechtlichkeit und schreiben damit die herrschende Vorstellung von Maskulinität und Feminität auf unbewusste Weise weiter fort. Das Konzept beziehungsweise die Idee „Frau“ wird als Identitätsmuster zum gemeinsamen feministischen Kampf genutzt, aber dient damit auch gleichzeitig zur Aufrechterhaltung der hegemonialen patriarchalen Verhältnisse (vgl. Wilchins 2006, S. 146): „Die Kategorie ‚Frau‘ ist scheinbar nicht nur das Gegenteil von ‚Mann‘, sie stellt auch auf fundamentale Weise binäre Vorstellungen vom Mann und Mannsein her, genauso wie Licht der Dunkelheit bedarf“ (Wilchins 2006, S. 147). Die Agenda feministischer Kämpfe sollte ebenso nicht implizieren, dass diejenigen, die aus der strengen Dichotomie der Geschlechter herausfallen, unsichtbar gemacht werden, zumal

Geschlechtlichkeit nicht automatisch Homogenität erzeugt. *Hier wäre es wichtig, auch die eigene Verwobenheit in gesellschaftliche Machtkonstellationen zu hinterfragen, denn es ist augenscheinlich, dass jedwede Rebellionen und Widerständigkeiten innerhalb der Gesellschaft befeuert werden, die sich im Sinne der vorherrschenden gesellschaftlichen Konstellationen bewegen und die Konstruktion der hegemonialen Begriffe übernehmen* (vgl. Wilchins 2006, S. 147). Der Dualismus zwischen Mann und Frau* wird insofern wiederhergestellt, indem die Frau* als „anderes“ dem Mann antagonistisch gegenübergestellt wird und sich damit letztendlich wieder über das Männliche definiert wird. Es wäre notwendig, dass ein breiteres Verständnis geschaffen wird, das alle marginalisierten Bestandteile, die der weiblichen Kategorie zugeschrieben werden, sichtbar machen kann (vgl. Wilchins 2006, S. 148f.). Die Forderung an eine feministische Perspektive sollte jedoch auch nicht dahingehend gehen, dass die Möglichkeit individuell ausformbarer Identitäten völlig abgelehnt wird. Möglicherweise ist es nicht ausreichend, dass die feministische Bewegung sich darauf beschränkt, für die Rechte von Frauen* zu kämpfen. Vielleicht muss einen Schritt weiter gegangen und die eigene Herkunft in Frage gestellt werden, um offenzulegen, welche Hierarchien mit weiblicher Identität verbunden sind und wem sie nutzen. Damit im Zusammenhang wäre von Bedeutung aufzuzeigen, wie Weiblichkeit gesellschaftlich definiert wird und welche Offenheit sie gleichzeitig in sich bergen kann (vgl. Wilchins 2006, S. 150).

Dabei wäre die Vereinigung beider Denkhorizonte bezüglich Geschlecht sicherlich fruchtbar, da ohne die Berücksichtigung der Wechselwirkung von Geschlechtern auf einer Mikroebene die gesellschaftlich vorherrschende Geschlechterhierarchie nicht ausreichend beleuchtet werden kann. Die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse, die unter anderem auf Geschlecht beruhen, können ihre Wirkmächtigkeit nur durch die sozialen Verhältnisse der Menschen zueinander entwickeln. Gleichermäßen stehen aber die Wertesysteme, die diese sozialen Verhältnisse zwischen den Menschen bestimmen, im Kontext von Herrschaftsverhältnissen. Die jeweiligen Herrschaftsverhältnisse bestimmen dabei, welche Verhältnismodi sich durchsetzen (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 24). In der Perspektive der Wechselwirkung von ideeller und materieller Geschlechtlichkeit scheint aus gesellschaftstheoretischer Perspektive ein dialektischer Ansatz, der Verhalten und Verhältnisse in ihrer Verwobenheit in den Blick nimmt, sinnvoll zu sein: „Wir haben es nicht nur einfach mit einem Geflecht von normativen Interaktionsordnungen zu tun, sondern vielmehr mit einer gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Herrschaftskonstellation, in der sich patriarchalische und staatliche Gewaltmonopole Geltung verschaffen“ (Becker-Schmidt 2013, S. 33). Diese Konstellationen geben den jeweiligen

Vertreter*innen aufgrund von Eigentums- und Rechtsordnungen und dem Zugang zu gesellschaftlichen Wissen, das im Sinne des Traditionserhalts bedient wird, eine Definitionsmacht über die Geschlechter. Daraus ergibt sich ein Identitätszwang der Geschlechter, mittels dessen suggeriert wird, sich der gültigen Norm von Heterosexualität zu unterwerfen und mit den damit übereinstimmenden Praxen konform zu gehen.

Die Menschen in ihrer jeweiligen Interaktion, ob nun des Widerstands oder auch der Anpassung, werden, wie bereits ausgeführt, von Gesellschaft bestimmt. Das bedeutet, dass gesellschaftliche Strukturen vorhanden sind, die auf die sozialen Verhältnisse einwirken und sich nicht in individuellen Interaktionen auflösen. Gleichzeitig ist das analytische Beharren auf Normativität kontraproduktiv, da dadurch die Perspektive für die eigene Eingebundenheit in Macht- und Herrschaftsverhältnisse eingeschränkt wird (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 37). Darüber hinaus müssen „gesellschaftliche Zusammenhänge solange Widerspruchsanalysen sein [...], wie menschliche Belange und sich selbstständigende institutionelle Zielsetzungen divergieren“ (Wolde 1995, S. 299). In diesem Sinne ist das Geschlechterverhältnis etwas, dass sich auf zwei verschiedene Ebenen bezieht, nämlich als gesellschaftliches Ordnungsprinzip und als persönliche Beziehung zu anderen sowie zur Gesellschaft. Dahingehend öffnet sich die Perspektive auf einen Blick, „wie die Organisation des Geschlechterverhältnisses mit der Formation der Gesellschaft als Ganzes zusammenhängt“ (Wolde 1995, S. 303). Die jeweilig vorherrschenden gesellschaftlichen Herrschaftsformen sind fundamental für die hierarchischen Geschlechterverhältnisse und die vergeschlechtlichte Arbeitsteilung, sowie diese umgekehrt ihrerseits gesellschaftliche Herrschaft abstützen.

Da die Organisationsform von Gesellschaft und die sozialen Verhältnisse, damit auch die der Geschlechter, eng miteinander verbunden sind, möchte ich im nächsten Kapitel das Verhältnis der Institution Staat zu Geschlecht aufzeigen. Der Staat nimmt eine besondere Funktion in der Vergeschlechtlichung der Gesellschaft und der in ihr lebenden Individuen ein. Er ist Träger und Ausführer verschiedener Aspekte zur Herstellung von geschlechtlicher Dichotomie und zur Aufrechterhaltung einer patriarchal-kapitalistischen Herrschaftsform. Durch die Thesen aus der Staatstheorie sind viele der Inhalte, mit denen wir uns in den vorherigen Kapiteln beschäftigt haben, noch deutlicher erklärbar. Vor allem aber sind die verschiedenen Perspektiven, die wir eingenommen haben, in dieser Betrachtungsweise vereinbar. Durch die Auseinandersetzung mit der Institution Staat wird noch klarer, wie sich die geschlechtlichen Strukturen der Dichotomie auf der Makroebene der gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse konstituieren können. Gleichzeitig wird auch offensichtlich, wie Geschlechterverhältnisse, die sich vor allem in

dualistisch-hierarchischer Weise abzeichnen, auf der Mikroebene im Alltagsbewusstsein verankert werden. Wir werden sehen, wie Begriffe der Poststrukturalist*in Judith Butler sogar für eine materialistisch orientierte Staatskritik fruchtbar gemacht werden. Vor allem aber wird sich zeigen, wie der Staat den Nährboden für kapitalistische Produktionsweise herstellt und wie sehr das mit Geschlecht verknüpft ist. Wir werden sehen, dass die Auflösung von Geschlecht alleine nicht ausreicht, um eine gesellschaftliche Umwälzung herbeizuführen. Genauso werden wir erkennen, dass auch politischer Aktionismus auf der Makroebene durch entsprechende Forderungen, die an Gesellschaft gestellt werden, ebenso zur Reproduktion von herrschenden Verhältnissen führen kann, die eigentlich bekämpft werden. Daher möchte ich mich im nächsten Kapitel kritisch mit der Institution Staat auseinandersetzen, da dieses Verständnis für das daran anschließende Kapitel eine wichtige Rolle spielen wird.

8. Staat und Geschlecht

In der Perspektive einer feministischen Staatstheorie liegt der Fokus auf die Frage, inwiefern die Institution Staat maskulinistische Strukturen aufweist. Besonders interessant ist hierbei der Begriff Maskulinität, da unter der Betrachtung, dass das Patriarchat in seiner ursprünglichen Definition, wie in Kapitel Patriarchaler Kapitalismus als Herrschaft der Väter, Söhne, Brüder und so weiter beschrieben, nicht mehr klar aufzufinden ist, können dennoch männliche Dominanz in unserer Gesellschaft benannt werden. Es wird analytisch ersichtlich, wie Geschlechtlichkeit und daher männliche Dominanz in Staat, den zugehörigen Institutionen sowie den daraus entwickelten Normen eingeschrieben ist (vgl. Ludwig/Sauer/Wohl 2009, S. 18). Nach Raewyn Connell ist der Staat eine männliche Institution und von der Hegemonie der Männlichkeit geprägt. Von Hegemonie wird gesprochen, wenn eine Gruppe von Menschen eine vorherrschende Position in der Gesellschaft einnimmt und diese durch Legitimationsansprüche für sich behält. Hegemonie zeigt sich dabei weniger als direkte Gewalt, sondern ist vielmehr ein erfolgreich erhobener Anspruch auf gesellschaftliche Autorität. Für die Herstellung und Aufrechterhaltung ist eine gewisse kulturelle Dominanz innerhalb der Gesellschaft erforderlich. Die wichtigste Dominanz, die in der gegenwärtigen westlichen Gesellschaft hegemonial wirkt, ist die der heterosexuellen Männlichkeit (vgl. Connell 2013, S: 163ff.). In diesem Zusammenhang wird daher von hegemonialer Männlichkeit gesprochen. Wenn ich folgend von Männlichkeit spreche, ist damit weiße, heterosexuelle, westliche, hegemoniale Männlichkeit und ihre strukturelle Verwobenheit in die Gesellschaft gemeint. Dabei finden Interaktionen mit anderen sozialen Verhältnissen, wie die von Ethnie, Klasse, neben der

von Geschlecht statt. Diese Verhältnisse stehen in einem Wechselverhältnis zueinander und sind Grundlage für eine Vielfalt von Diskriminationsformen. Die Marginalisierung von bestimmten Gruppen als gesellschaftliches Phänomen, wie beispielsweise die von migrantischen Frauen, ist aufgrund dessen immer in Relation zur Ermächtigung hegemonialer Männlichkeit zu sehen. Hegemoniale Männlichkeit stellt somit ein Handlungsmuster dar, das in jeweilig vergeschlechtlichten gesellschaftlichen Situationen der Auf- und Abwertung entsteht (vgl. Connell 2012, S. 170f.). Wenn die Institution Staat von hegemonialer Männlichkeit geprägt wird, wird somit auch eine Geschlechterordnung geschaffen, die aufgrund der internationalen Staatlichkeit von staatlicher und auf globaler Ebene transferiert wird (vgl. Lenz/Meuser 2013, S. 14).

Im wissenschaftlichen Diskurs steht zur Debatte, dass aufgrund der Etablierung von Gleichheitsbedeutungen zwischen den Geschlechtern, die gesellschaftliche Strukturierung ihre geschlechtlich soziale Allgemeingültigkeit verloren habe. Dies gründet auf dem Umstand, dass in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen in den letzten Jahrzehnten Frauen* Eintritt erhalten haben. Gleichermaßen wird behauptet, dass das Auftreten von stereotypischer Geschlechtlichkeit und den entsprechenden Interaktionen dazu nur etwas Situationsspezifisches und keine Verbindung zu bestehenden gesellschaftlichen Geschlechterstrukturen hat. Jedoch kann aus gesellschaftstheoretischer Perspektive dagegen argumentiert werden, dass die Minderung sexuiert-stereotypischer Praxis, nichts darüber aussagen kann, inwiefern soziale Verteilung auf materieller, kultureller und politischer Ebene stattfindet und noch weniger über die soziale Ungleichheit, die dadurch vorherrscht (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 38f.). Da die Institution Staat eine wesentliche Rolle in der Verteilung von gesellschaftlichen Ressourcen innehat, stellt sich die Frage, inwiefern Geschlecht und Geschlechterverhältnisse als konstitutive Elemente des modernen Staates gelten und darauf Einfluss haben. Daher muss betrachtet werden, auf welche Weise Vergeschlechtlichung in staatlichen Institutionen, in der Regulation sozialer Verhältnisse, in der Bestimmung von Subjekt und daher in der Herausbildung von Identität verwoben ist. Vor allem werden aber auch aus politikwissenschaftlicher Betrachtungsweise kulturelle und soziale Konstruktionen von Geschlechterverhältnissen in den Blick genommen, um deren Eingebundenheit in den Staat und durch den Staat zu verstehen (vgl. Ludwig/Sauer/Wöhl 2009, S. 13).

Grundpfeiler einer feministischen Theoretisierung des Staates ist die Kritik an der gesellschaftlichen Vertragstheorie und deren Grundlage, die Normativität der modernen Ideen von Staat. Die Annahme wurde schon im Kapitel zur Produktionssphäre im neoliberalen Wandel aufgegriffen und wird nun unter einer Geschlechterperspektive weitergeführt. *In*

dieser Perspektive wird davon ausgegangen, dass dem Gesellschaftsvertrag ein Geschlechtervertrag der Unterwerfung zugrunde liegt. Mit dem Gesellschaftsvertrag wurde die patriarchale Sozialordnung des Feudalismus fortgeschrieben und als gesellschaftlich vorherrschende Ordnung sowohl in der öffentlichen als auch in der privaten Sphäre etabliert (vgl. Ludwig/Sauer/Wöhl 2009, S. 14). Es ist allerdings eine trügerische Vorstellung, dass alle Bürger*innen Interesse am gesellschaftlichen Vertrag haben, der für Sicherheit, Schutz, Wohlstand, Gleichbehandlung, Gerechtigkeit etc. sorgen soll. Viele dieser Aspekte sind zwar für die Etablierung staatlicher Ordnung wichtig, aber auch für die Legitimation von Herrschaft und Unterwerfung. Daran beteiligt begründet der Gesellschaftsvertrag auch einen Geschlechtervertrag, der alles Weibliche aus dem öffentlichen gesellschaftlichen Raum verbannt. Unter dem Schein von Freiheit und Gleichheit aller Menschen, abgeleitet von den Theorien von Immanuel Kant, Jean-Jaques Rousseau oder Thomas Hobbes, wird die Legitimation eines Gesellschaftsvertrags vollzogen, der zu einer ganz bestimmten gesellschaftlichen Herrschaft führen soll, der dem kapitalistischen Prinzip von Ausbeutung unter der Vorherrschaft des weißen, westlichen und bürgerlichen Mannes dienlich sein soll. Freiheit und Gleichheit mittels rechtlicher Garantie werden zwar versprochen, in einer Gesellschaft, die jedoch nicht universell, sondern geschlechtlich vergesellschaftet ist, nicht erfüllt (vgl. Wilde 2009, S. 31). Da Geschlecht als gesellschaftlich strukturierende Kategorie in diesen Ideen von Freiheit und Gleichheit nicht berücksichtigt wird, konnten erst durch widerständige Kämpfe einige Rechte für Frauen* gewonnen werden und sind nunmehr speziell als Frauenrechte durchgesetzt. Dennoch bleibt der implizit in die gesellschaftlichen Verhältnisse eingeschriebene Geschlechtervertrag bis heute ein unhinterfragtes Selbstverständnis der demokratischen Verfassung und des modernen Staates (vgl. Wilde 2009, S. 42).

Wir haben in den vorangegangenen Kapiteln immer wieder die sphärische Trennung der Gesellschaft anhand der geschlechtlichen Dichotomie aus der Sicht verschiedener Theorien betrachtet. Die Auseinandersetzung mit Staat als Ergänzung dieser Reihe scheint insofern interessant, da er einerseits die Trennung von öffentlich und privat reguliert und sich andererseits auf diese Trennung bezieht. Darüber hinaus werden vom Staat nicht nur vergeschlechtlichte gesellschaftliche Sphären etabliert und reguliert, sondern auch die heterosexuelle Zwangsordnung der Subjekte von Frau* oder Mann. Durch staatliche Normen und Verfahren vorangetrieben, werden von der Geburt an bis hin ins weitere Leben Menschen heteronormative Gewalt kategorisiert und die geschlechtliche Dichotomie hergestellt (vgl. Ludwig/Sauer/Wöhl 2009, S. 15). Der Staat wirkt dabei nicht nur als ein repressiver Apparat der Vergeschlechtlichung, sondern auch als eine öffentliche

Arena, in der die Geschlechterauseinandersetzung stattfindet und die patriarchalen Geschlechterverhältnisse hervorgebracht werden. Aus gesellschaftstheoretischer Perspektive bedeutet dies, den Staat als ein soziales Verhältnis zu sehen. Aufgrund der Verwobenheit aller sozialen Verhältnisse im gesellschaftlichen Gesamtkomplex ist er somit auch Ausdruck des hegemonialen Geschlechterverhältnisses. In der Betrachtungsweise einer poststrukturalistischen Staatstheorie wird vor allem die essentialistischen Vorstellungen von Staat und Geschlecht hinterfragt und das Augenmerk auf mikropolitische Praktiken und deren Zum-Staat-Werden gelegt (vgl. Ludwig/Sauer/Wöhl 2009, S. 19). Die Mehrheit der Menschen ist unter einer nationalstaatlichen Ordnung vergesellschaftet. Das hat direkte Auswirkungen sowohl auf der Mikro- sowie auch auf der Makroebene von Vergesellschaftung. Durch diese Vergesellschaftung bekommen die Individuen einen unterschiedlich guten Zugang zu den vorhandenen Ressourcen und stehen demnach einer Differenz in der Verteilung gegenüber. Auf der Mikroebene ist dieser Effekt vor allem an Geschlecht und an die nationale Mitgliedschaft geknüpft und hat wiederum Auswirkungen auf die Verwendung des Konzepts Ethnie als weiteren Zuschreibungsfaktor (vgl. Lenz 1995, S. 35). Die Staatsbürgerschaft, also die Zugehörigkeit zu einem bestimmten Nationalstaat, ist unter der Perspektive einer sich pluralisierenden Gesellschaft als eine moderne Institution von Geschlechterverhältnissen und von weiteren sozialen Verhältnissen zu begreifen. Vor allem rechtliche normative Bestimmungen sind der bestimmende Regulator dieser Institution, die paradoxerweise zwar Selbstbestimmung, Rechtsgleichheit und Gerechtigkeit verspricht, jedoch in der Praxis für eine spürbare Exklusion entlang mehrerer sozialer Dimensionen, wie zum Beispiel Geschlecht oder Ethnie, sorgt (vgl. Wilde 2009, S. 31). Das universelle Rechtsverständnis reflektiert aber diese erkennbaren sozialen Unterschiede in keiner Weise. Selbst in der Rechtssetzung sind vor allem weiße, westliche Männer überrepräsentiert und damit privilegiert. Recht kann im Allgemeinen als ein Phänomen gefasst werden, das männliche Machtausübung legitimiert und daher wiederum rückbezüglich als patriarchal orientiertes Rechtssystem seine Verdichtung findet. Vor allem aber enthält Recht ein großes Maß an stereotypen Geschlechterkonstruktionen und konstituiert Subjekt anhand maskulinistischen Paradigmen (vgl. Holzleithner 2009, S. 47). „Hinter jenen Normen, die formal gleich angewendet werden sollen, stehen Maßfiguren, die typischerweise männlich, aber auch weiß und einheimisch, heterosexuell und kulturell unauffällig sind“ (Holzleithner 2009, S. 48). Im Zuge der Konstitution eines männlichen Subjekts im und durch das Recht ist auch mindestens ein Subjekt notwendig, das zur Abgrenzung und Erschaffung des Männlichen dient, das weibliche Subjekt. Aus dieser Perspektive trägt staatliches Recht auch

hinreichend zur Etablierung der Zweigeschlechtlichkeit bei und ist als ein Herrschaftsinstrument zu betrachten, um gesellschaftliche Verhältnisse aufrechtzuerhalten. Gleichzeitig nimmt es auf alle, in einem Staat befindlichen Menschen Einfluss, da es den Anspruch der Allgemeingültigkeit erhebt und hegemoniale Bedeutung vorgibt. Trotz dieses Prinzips sind rechtliche Bestimmungen dennoch nicht für alle in einem Staat befindlichen Personen gleichermaßen gültig, da es je nach gesellschaftlicher Gruppe in seiner Eigenlogik als Herrschaftsinstrument genutzt wird, wodurch bestimmte Menschengruppen gezielt marginalisiert werden (vgl. Holzleithner 2009, S. 48f.).

Am Beispiel der Frauenrechte wird dies deutlich: „Auf Frauen zugeschnittene Rechte stellen Antworten auf Situationen dar, in die Frauen typischerweise geraten und in denen sie dann bestimmte Bedürfnisse haben oder artikulieren“ (Holzleithner 2009, S. 53). Indem auf diese, an Frau* festgemachten spezifischen Bedürfnisse eingegangen wird, werden gleichzeitig genau wieder diese Vorurteile und strukturellen Bedingungen befördert, in die ein Individuum sich als „Frau*“ einzufügen hat. Somit tragen spezielle Rechte für Frauen* dazu bei, der Kategorie Frau* entsprechende Merkmale zuzuschreiben und diese dann als gesellschaftlich allgemeingültig zu setzen. Dadurch werden geschlechtliche Stereotype zuerst diskursiv konstruiert und dann festgeschrieben, die wiederum zur Marginalisierung von allem des Weiblichen beitragen. Gleichzeitig besteht das Dilemma, sich auf die Allgemeingültigkeit der Gesetze nicht verlassen zu können, da sie aufgrund struktureller Bedingungen spezifische Teile der Bevölkerung, wie zum Beispiel den Mann, bevorzugen. Daher stellen spezielle Frauenrechte auch keine adäquate Lösung dar, weil auf gesellschaftlicher Makroebene auf die vielseitigen Diskriminierungen von Frauen* nicht eingegangen werden kann (vgl. Holzleithner 2009, S. 53), denn „[d]urch den Einsatz von Recht wird die Macht des Staates befördert und die Anwendung von Gewalt legitimiert“ (Holzleithner 2009, S. 58).

Wegen der scheinbar naturgegebenen Dispositionen von Menschen stellt die Unterwerfung aller unter den Prinzipien eines modernen Staats, zumindest auf der Makroebene, die einzige anerkannte Weise des geduldeten gesellschaftlichen Zusammenlebens dar. Dadurch wird der Charakter von Zuschreibungen bezüglich der Produktion menschlicher Subjektivität und der daraus folgenden Einschränkung der Identitätswahl ersichtlich: „Die Suche nach dem Subjekt führt dabei zu Arbeiten, die aufzeigen, dass das moderne Subjekt als männliches gedacht wird, während Frauen* die Position der Anderen zukommt, womit der politische Charakter von Subjektvorstellungen expliziert wird“ (Ludwig 2009, S. 89). Der Staat nimmt eine maßgebliche Rolle in der Vergeschlechtlichung der Subjekte ein, denn wie zuvor ausgeführt, werden durch staatliches Recht bestimmte

Vorstellungen von Identität und Subjekt geschaffen. Vor allem im historischen Wandel zur westlichen Moderne wurden Geschlecht in einer speziellen Weise als dichotom aufgefasst. Obwohl bürgerliche Vorstellungen zu Individuum ursprünglich geschlechtlos formuliert wurden, sind die jeweiligen Zuschreibungen dennoch als männlich konnotiert zu entlarven. Die daraus abgeleitete anthropologische Bestimmung des Menschen ist deshalb unter einer ausschließlich männlichen Konnotation zu sehen, wobei alles Geschlechtliche letztlich dann dem Weiblichen zugewiesen wird.

Im modernen Staat materialisiert sich die Ausübung von Macht in einer bestimmten Form von Subjektivität. Gespeist durch die Hegemonie seitens der politischen Gesellschaft und den Zwängen, die durch die Sozialisationsinstanzen der Zivilgesellschaft ausgeübt werden, führt der Staat Individuen dazu, bestimmte erwünschte Handlungs-, Denkschemata, sowie kulturelle, moralische und intellektuelle Gewohnheiten in ihrer alltäglichen Praxis immer wieder hervorzubringen (vgl. Ludwig 2009, S. 91f.). Das wird am Beispiel der Lohnarbeit ersichtlich, wenn wir bedenken, dass ein Großteil der Bevölkerung jeden Tag zur Arbeit geht. Dies geschieht jedoch nicht durch offensichtlichen Zwang, sondern durch subtile Formen gesellschaftlicher Sinnerfüllung, der durch den Schein einer allgemeinen Nützlichkeit erzeugt wird. *Dieser Prozess geschieht durch die Einschreibung von Machtverhältnissen in den Alltagsverstand der Menschen, der dann das Fundament für die Einhaltung der Regeln der gesellschaftlich vorherrschenden Hegemonie bildet.* Der Alltagsverstand ist dabei das notwendige Scharnier zwischen den Formen der Machtausübung und der Konstituierung von Subjekten als Identitäten. Durch die Übernahme vorherrschender als gültig ausgewiesener Wissensformen und Praktiken werden Individuen zu Subjekte und erhalten in ihren Handlungen gesellschaftliche Herrschaft aufrecht. Ihre Individualität wird zu jener Form von Subjektivität geführt, die die Aufrechterhaltung von Herrschaft nicht gefährden kann. Der Staat stellt bestimmte Kategorien der Identität zur Verfügung, deren Annahme für eine gesellschaftliche Intelligibilität notwendig ist. Die gesellschaftliche Intelligibilität wird wiederum mittels der jeweiligen Praktiken der Individuen erlangt, durch die sie ihr Selbst hervorbringen. Es besteht somit ein wechselseitiger Zusammenhang zwischen Gesellschaft und Individuen, indem die vorherrschenden Verhältnisse durch den Staat und auch durch das Selbst vermittelt werden, wobei sich in diesem Prozess sowohl fremdbestimmte als auch aktive Teile finden lassen (vgl. Ludwig 2009, S. 93f.).

Bei Judith Butler haben wir gesehen, dass für die Heranbildung einer intelligiblen Subjektivität die Konstitution von Geschlecht maßgebend ist, da Heterosexualität als eine hegemoniale Form des gesellschaftlichen Lebens in einem engen Zusammenhang mit

der gesamten gesellschaftlichen Ordnung steht. Wie schon erwähnt sind die einzelnen Individuen durch ihre Praxis aktiv am gesellschaftlichen Prozess der Heranbildung und Aufrechterhaltung von Herrschaftsverhältnissen beteiligt. Mit dem Begriff der Performativität von Judith Butler kann diese Materialisierung von gesellschaftlich vorherrschenden Normen analytisch gefasst werden. Durch performative Praxen und deren permanente Wiederholung werden der Körper und das Subjekt zu Träger*innen und Konstrukteur*innen von vergeschlechtlichten gesellschaftlichen Verhältnissen, denn Geschlecht als Norm und Identität dient als eine Schnittstelle, um diesen Prozess aufrecht zu erhalten (vgl. Ludwig 2009, S. 95f.): „Indem das Subjekt sich ‚als weiblich‘ oder ‚als männlich‘ erkennt und damit Macht auf sich selbst wendet, bindet das Subjekt sich in einer spezifischen Form an die (heteronormativen Machtformationen), die es initiiert“ (Ludwig 2009, S. 97).

Zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen Organisationsweise, die kapitalistischen Produktionsbedingungen zugutekommt, sind die beschriebenen Mechanismen zur Etablierung von Herrschaft auf der Mikroebene von Vorteil. Die kapitalistische Produktion ist für ihre Verwertungslogik auf eine ganz bestimmte Art von Arbeiter*innen angewiesen, nämlich auf solche, die sich mit dem jeweiligen Geschlecht identifizieren und daraus eine ganz bestimmte Vorstellung von Leben, Familie, Sexualität und daher Heteronormativität ableiten (vgl. Federici 2015, S. 41). Der Staat vermittelt die dafür notwendige Form von Subjektivität, um jene Arbeitskraft hervorzubringen, die den Profitprinzipien am besten gerecht wird. Durch rechtlich vermittelte Kodierungen werden Subjektformen festgeschrieben, die den Rahmen der staatlich legitimierten Zweigeschlechtlichkeit zusammenhalten und alle auftauchenden Abweichungen beseitigen. Am Beispiel medizinischer und rechtlicher Praktiken, die an intersexuellen Menschen durchgeführt wurden lässt sich dieser gesellschaftliche Vorgang laut Ludwig sehr gut aufzeigen. Die Herrschaftsprinzipien des Staats werden wiederum durch alle in ihm befindlichen Personen aufrechterhalten. Somit wirkt der Staat nicht nur auf die Menschen ein, sondern die Menschen selbst bringen den Staat aus sich selbst hervor. In der Erweiterung des Begriffs von Performativität nach Judith Butler lässt sich darlegen, wie die Subjekte durch die performativen Praktiken und die Kategorie Geschlecht hervorbringen, wodurch sie die staatlich geschaffenen Normen erst lebbar machen. Damit geht nicht nur die Übernahme der Norm Geschlecht durch die Subjekte und deren Materialisierung von ausschließlich zweigeschlechtlicher Subjekte von Statten, sondern darauf aufbauend werden biologisch verschiedenartige Körper und deren Zuschreibungen gesellschaftlich hierarchisiert und damit vergesellschaftet (vgl. Ludwig 2009, S. 98f.): „Die Annahme von Weiblichkeit

als Geschlecht seiend und jener von Männlichkeit als geschlechtlos und autonom wird dabei aus den vergeschlechtlichten Körpern abgeleitet. Dies wird zur Basis von Arbeitsteilung und zur Legitimation von ungleichen Zugängen zu gesellschaftlichen Ressourcen und Entscheidungsmöglichkeiten“ (Ludwig 2009, S. 99). Die durch den Staat vermittelte Materialisierung geschlechtlicher Norm und die dadurch vergeschlechtlichte Konstitution von Subjekt ist die Basis für ein hierarchisches Geschlechterverhältnis. Geschlecht, Staat und Subjekt stehen somit in einem engen und interdependenten Wechselverhältnis und bilden damit das Fundament für eine kapitalistisch effiziente Produktionsweise. Durch die Anerkennung der eigenen Geschlechtlichkeit wird das Subjekt unbemerkt an die Institution Staat und all seine Implikationen gebunden. *Der Staat schafft schließlich durch die geschlechtlichen Implikationen hierarchisch verteilte Zugangs- und Entscheidungsmöglichkeiten zu Arbeitsmarkt und Politik, die eine soziale Ungleichheit legitimieren.* Dies bildet die Grundlage für eine hierarchische gesellschaftliche Positionierung in Folge von vergeschlechtlichten Körpern (vgl. Ludwig 2009, S. 101).

Wie bisher erläutert wurde, stellt der Staat aus materialistischer-feministischer Perspektive einen gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang auf der Makro- und Mikroebene her. Er ist ein Apparat, bestehend aus Normen und Institutionen, zur Durchsetzung von gesellschaftlicher und damit patriarchaler Ordnung. Dabei ist das Konzept von Maskulinität das tragende staatliche Organisationsmuster, welches auf Geschlechterungleichheit basiert und ist daher sowohl in der staatlichen Verwaltung sowie in der politischen Sphäre immanent. Aufgrund historischer Entwicklungen von Gesellschaft, wie wir in den Kapiteln patriarchaler Kapitalismus – kapitalistisches Patriarchat schon näher betrachtet haben, ist Männlichkeit als System in den Staat eingeschrieben (vgl. Sauer 2009a, S. 107). Männlichkeit ist daher als die versachlichte Form von staatlicher Organisation zu sehen und gründet sich auf einem scheinbar rationalen Regelsystem von geschlechtlich hierarchischer Arbeitsteilung und einem spezifischen Denkstil, aber frei von jeglichen Emotionen. Die Funktion von Staat beruht daher auf der Makroebene auf Geschlechterverhältnissen und benötigt die Zweigeschlechtlichkeit als hegemoniales Grundprinzip, was auf der Mikroebene stabilisiert und aufrechterhalten wird (vgl. Sauer 2009a, S. 109): „Staatliche Herrschaft ist maskulinistisch nicht nur in dem Sinne, dass in staatlichem Handeln männliche Erfahrungen, Wertvorstellungen und staatliche Institutionen und Praktiken vergeschlechtlicht sind und vergeschlechtlichend wirken“ (Kreisky/Löffler 2009, S. 76). Staat ist nicht männlich, weil ein Großteil der Ämter durch Männer besetzt ist, sondern weil in ihn Männlichkeit systematisch als Denkstruktur eingeschrieben ist. Geschlecht dient daher als eine nützliche Ressource, um hegemoniale

Herrschaftszustände zu legitimieren und aufrechtzuerhalten (vgl. Kreisky/Löffler 2009, S. 76). Maskulinität stellt eine Ideologie dar, die zur Aufrechterhaltung und Legitimation patriarchalischer Vorherrschaft dient. Es ist eine Ideologie, die relativ resistent gegen Veränderungen ist, da sie auf der gezielten Naturalisierung von männlicher Dominanz, der Festschreibung einer fundamentalen Differenz zwischen Mann und Frau*, der Heteronormativität, der geschlechtlichen Arbeitsteilung und der Sanktionierung zugunsten der männlichen Dominanzrolle in der Öffentlichkeit und Privatheit beruht (vgl. Kreisky/Löffler 2009, S. 80f.). Da im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklungen seit der zweiten Frauenbewegung das Prinzip von Männlichkeit und die damit zusammenhängenden gesellschaftlichen Muster durch die Akteur*innen von Herrschaft als bedroht gesehen werden, ist das Ziel von maskulinitäts Ideologien die Wiederaufnahme und Legitimierung traditionell patriarchaler Geschlechterverhältnisse. Die Entschleierung dieser maskulinitäts Ideologien bedarf einer kritischen Patriarchats- und einer ideologiekritischen Analyse.

Am Beispiel der gegenwärtigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen im Zuge des Neoliberalismus und der damit zusammenhängenden fortschreitenden Ökonomisierung vieler Lebensbereiche kann eine solche Perspektive analytisch aufgearbeitet werden. Der Staat stellt die Bedingungen zur Reproduktion kapitalistischer Produktionsweise sicher und damit auch die gesellschaftliche Trennung in männlich und weiblich, in Produktions- und Reproduktionssphäre. Dem Staat ist männliche Dominanz als eine Grundstruktur eingeschrieben, die sich durch verschiedene gesellschaftliche Ebenen zieht, wie wir bisher gesehen haben auf juristisch- legislativer, wirtschaftlicher, hoheitsrechtlicher und bürokratischer Ebene (vgl. Kreisky/Löffler 2009, S. 81ff.).

Besonders unter gegenwärtigen ökonomischen Bedingungen, wie im Kapitel zum Neoliberalismus aufgezeigt wurde, spielen der Staat und seine männliche Dominanz eine wesentliche Rolle. Dem Staat wird aufgrund der Finanzkrise des Jahres 2008 und der nicht funktionierenden Selbstregulation des kapitalistischen Marktes nun die Aufgabe übertragen, verstärkt in ökonomische Felder zu intervenieren. Der Staat ist damit zur Nothelfer aller gefährdeten Finanzhäuser und Wirtschaftsbranchen geworden. Da sich diese Prozesse sämtlich in einem globalen Kontext abspielen, wird auch die Funktion der Staatlichkeit neu geordnet (vgl. Sauer 2009a, S. 105). Dementsprechend ist auch die steigende Tendenz zur Wiederherstellung einer hegemonialen Männlichkeit zu erkennen, denn „Männlichkeitsmuster stellen gesellschaftlichen Kitt dar“ (Kreisky/Löffler 2009, S. 86). Abzulesen ist diese Veränderung der staatlichen Aufgaben am radikalen Paradigmenwechsel staatlicher Politik. Im Sinne der Deregulierung und Flexibilisierung

werden Institutionen zur sozialen Absicherung der Bevölkerung kontinuierlich minimiert. Es ist ein neoliberaler und auch neokonservativer Rückzug des Staates zu verzeichnen, der sozialstaatliche Grundrechte aus dem politischen Programm entfernt und all jenen unterdrückerischen Sektoren der Staatlichkeit mehr Verfügungsgewalt zuspricht. Unter diesem Diktat arbeitet der Staat geschlechtsselektiv, indem er den männlichen Sphären eine gesellschaftliche Aufwertung innerhalb der ökonomischen Sphäre zuspricht (vgl. Kreisky/Löffler 2009, S. 83ff.). Weniger männlich konnotierte Sphären werden wiederum abgewertet. Bislang garantierte der Nationalstaat demokratische Rechte auf Basis eines Prinzips von sozialem Ausgleich. Unter den gegenwärtigen, neoliberalen Bedingungen wird jedoch der Staat in seiner Form als Sozialstaat abgebaut und damit einhergehend entwickelt sich ein Vertrauensverlust des Vertrauens in Politik und Demokratie seitens der Bevölkerung (vgl. Sauer 2009a, S. 105). Die Verschlankung des Wohlfahrtsstaates und die Privatisierung von vorher gemeinschaftlich genutzten stehenden Ressourcen ist ein weiterer Aspekt dieser neoliberalen Politik.

In diesem Zusammenhang ist auch die verstärkte Wiederaufnahme und Organisation von Geschlechterverhältnissen und der Aufwertung entsprechender überhöhter Männlichkeit aufzuweisen. Maskulinität ist das Fundament zur Re-Konstruktion von Politik und Staat (vgl. Kreisky/Löffler 2009, S. 86). Diese Aspekte möchte ich nun weiterführen und aufzeigen in welchen gesellschaftlichen Kontext Soziale Arbeit eingebunden ist.

In diesem Kapitel habe ich versucht, die Wechselbeziehung zwischen Mikro- und Makroebene in einem gesellschaftlichen Rahmen zu gießen und anhand von Vergeschlechtlichung darzustellen. Dabei wurde die Wichtigkeit der Verbindung der beiden Ebenen aufgezeigt. Wie wir gesehen haben, sind Geschlecht, Ökonomie, Staat, Subjektivität und Identität gesellschaftliche Phänomene, die in einer gesellschaftlichen Perspektive als untrennbarer Komplex in Beziehung zueinanderstehen. In diesen gesellschaftlichen Kontext ist allerdings nun auch die Soziale Arbeit eingebunden, weil sie aufgrund der in den vorherigen Kapiteln geschilderten Analysen eine entsprechende Position und auch Funktion erhält, die nicht unbeleuchtet bleiben darf. Im nächsten Kapitel möchte ich die Positionierung der Sozialen Arbeit im erwähnten Gefüge näher ausführen, um anschließend entsprechende Forderungen für die Veränderung einer als neoliberal zu bezeichnenden Sozialen Arbeit zu entwickeln.

9. Vergeschlechtlichte Positionierung der Sozialen Arbeit

In den Kapiteln 3 bis 5 konnten wir bereits sehen, dass der Staat eine bestimmende Rolle in einer kapitalistischen Gesellschaft einnimmt. Im vorigen Kapitel haben wir uns

mit dem Staat und seiner gesellschaftlichen Rolle dann näher auseinandergesetzt. Auch die jüngsten gesellschaftlichen Entwicklungen nehmen einen großen Einfluss auf die Funktion und das Wesen von Staatlichkeit und der damit zusammenhängenden geschlechtlich-ökonomischen Herrschaft. Dies können wir an der Handhabung von gesellschaftlichen Ressourcen erkennen. Die Institution Staat ist Verwalter*in einer großen Summe an Geld. Besonders ist dies in Betrachtung der Umverteilung von Geld zur Herstellung einer neoliberal erwünschten Infrastruktur zu bemerken. Offensichtlich wurde dies vor allem in der wirtschaftlichen Krise ab dem Jahre 2008 und der nachfolgend starken finanziellen Unterstützung von Banken und Industrien durch staatliche Institutionen. Speziell durch eine populistische Politik werden die daraus folgenden gesellschaftlichen Verhältnisse legitimiert, die massive negative Auswirkungen auf das Leben einer Großzahl von Menschen hat und dabei noch von ihnen selbst mitgetragen werden. Eine derartige Form von Politik schafft es durch die diskursive Konstruktion von Feindbildern die Bereitschaft für eine etwaige repressive gesellschaftlich unterdrückerische Organisationform zu befeuern. Überwachung, die Erweiterung der Befugnisse staatlicher Exekutiven, Diskriminierung bis hin zu Misshandlung der durch die populistische Politik ernannten Feinde sind Phänomene, die aus einer derartigen gesellschaftlichen Entwicklung folgen (vgl. Resch/Steinert 2011, S.227): „Die Krisen- und Angst-Propaganda erzeugt auch die Bereitschaft zu Verzicht bei Sozialleistungen und staatlicher Infrastruktur, eine ‚defensive Reformbereitschaft‘“ (Resch/Steinert 2011, S. 227). Zusammengefasst kann der Neoliberalismus laut Steiner und Resch als gesellschaftliches Strukturierungsprinzip für eine ausschließliche Nutzung durch Kapitalinteressen, gefasst werden, wobei ein struktureller Populismus als Politikform als Unterstützungsinstrument eingesetzt wird (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 228).

Allerdings ist der Abbau des Sozialstaats keine zwingende Folge von Finanzierungsproblemen, sondern ist vielmehr der gezielte soziale Umbau der Gesellschaft hin zu einer individualisierten, wodurch die Subjekte noch willfähriger für eine kapitalistische Ausbeutung zur Verfügung stehen. Das gesellschaftliche Zusammenleben und die staatliche Organisation erhält eine Zuspitzung bürgerlicher Prinzipien vereint mit den Interessen des Kapitals (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 292). Der Staat spielt eine wesentliche Rolle für die Herstellung einer produktionsbezogenen und sozialen Infrastruktur, indem er maßgeblich in dem ökonomischen Prozesse und der Verteilung gesellschaftlicher Ressourcen zugunsten der kapitalistischen Profitorientierung eingreift. Durch die Sicherung des rechtlichen und gesellschaftlichen Verwertungsrahmens agiert er im Sinne der Kapitalherrschaft und besitzt dadurch eine mächtige Position im ökonomischen und

sozialen Regulierungssystem (vgl. Krämer 2015, S. 134). Gleichzeitig zieht der Staat sich unter neoliberalen Bedingungen aber aus der gesellschaftlich sozialen Verantwortung, wie zum Beispiel durch die Reduktion des Wohlfahrtsstaates, zurück. Unter dem Stichwort von Individualisierung impliziert der Rückzug eine in sich widersprüchliche Freiheit, wie im Kapitel zum Neoliberalismus aufgezeigt wurde. Diese widersprüchliche Freiheit enthält unter anderem die Verschiebung der sozialen Verantwortung des Staates auf die einzelnen Individuen, indem durch die Generierung kapitalismuskompatibler Identitätsformen die Selbstverantwortung zum obersten Prinzip wird. In der Lebensrealität der einzelnen Menschen hat dies dementsprechende negative Folgen, nämlich die, dass sie in ihrem Alltag und dessen Organisation und Bewältigung ihrer Reproduktion auf sich selbst zurückgeworfen sind, ohne auf eine kollektive oder solidarische Hilfe zurückgreifen können, die noch vor einigen Jahren staatlich organisiert wurde.

Dieser neoliberal getriebene Prozess erfolgt unter Abbau vorher staatlicher Verantwortlichkeiten und der Privatisierung aller Maßnahmen zur Erstellung sowie Erhaltung von Infrastruktur (vgl. trouble every day collective 2014, S. 14). Geschlecht als gesellschaftliche Struktur spielt in diesem Veränderungsprozess eine wesentliche Rolle. Unter dem Deckmantel von „Krisenpolitik“ werden Einsparungen vor allem im Sozialbereich vorangetrieben, weil er ökonomisch als nicht profitabel gilt. Das staatliche Budget wurde, besonders zu sehen in den Jahren 2011 und 2012, bis zu zwei Drittel durch öffentliche Ausgaben und zu einem Drittel durch öffentliche Einnahmen konsolidiert, aber nur zu einem geringen Teil durch Steuereinnahmen aus der produktiven Sphäre. Einsparungen wurden vor allem bei öffentlich Bediensteten, bei staatlichen Pensionen, im Gesundheitssektor und durch Reduktion sozial wirksamer Investitionen vorgenommen (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 168). Das bedeutet vor allem in sozialen und gesundheitlichen Einrichtungen den Abbau von Personal und die gleichzeitig stetig steigende Überforderung des verbleibenden Personals. Konsequenz daraus ist eine sinkende Qualität der Betreuung oder der Pflege der Adressat*innen. Die wenigen privatisierten Einrichtungen agieren darüber hinaus rein profitorientiert. Daraus folgt die Erwartung auf höchsten Gewinn zum Nachteil der Beratung und Betreuung von Menschen, die letztendlich wegen unzureichender Unterstützung auf sich selbst zurückgeworfen sind (vgl. trouble every day collective 2014, S. 15).

Im Neoliberalismus sind permanente Rationalisierung und Bürokratisierung wesentliche Grundprinzipien. Der Umbau zu einem schlanken Staat besonders in Sozial- und Kommunalverwaltung sowie in der Bildung wird eben durch Reduktion von Personal umgesetzt. Auffällig ist dabei, dass dies besonders in den Bereichen der Dienstleistungen und

Adressat*innenkontakte geschieht, jedoch nicht in Bereichen der Verwaltung. Gleichzeitig hat sich das Feld der betrieblichen Evaluation zur möglichen Kompensation, aber auch zur Sicherstellung von Rationalisierungen ausgedehnt. Ein wesentliches Kennzeichen der neoliberalen Veränderung zeigt sich in der Bürokratisierung durch die gesteigerte Dokumentation der eigenen Arbeit. Die Rechtfertigung der eigenen Arbeit über erstellende Dokumente ist ein bemerkenswerter Nebeneffekt des neoliberalen Umbaus und findet insbesondere in staatlichen und gemeinschaftlichen Diensten statt (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 181). Dabei tritt auch das Phänomen der Kommodifizierung auf, wobei Tätigkeiten und Dienstleistungen, die bis dato durch nichtfinanzielle Prinzipien ausgekennzeichnet waren, nun zur verkaufbaren Ware gemacht werden. So kann auch beobachtet werden, dass bisher durch staatliche Institutionen zur Verfügung gestellte Dienstleistungen im Bereich der Fürsorge immer stärker produktivitäts- und marktorientiert ausgerichtet werden. Obwohl der Staat als Unterstützer*in und Anbieter*in im eigentlichen Sinne nicht gewinnorientiert arbeitet, vollzieht sich ein Prozess der Kommodifizierung, bei dem staatliche Leistungen so umgebaut werden, dass zumindest nicht-staatliche Institutionen in Vertretung des Staates gewinnorientiert arbeiten können. Dementsprechend sinkt auch die Anzahl der Arbeitsverhältnisse in den jeweiligen Bereichen von Fürsorge und Daseinsvorsorge. Im Zuge der Vertriebswirtschaftlichung und der gezielten Konsolidierung des öffentlichen Budgets zugunsten profitorientierter Akteur*innen und durch die Rationalisierung von Arbeitsprozessen werden prekäre Lebensverhältnisse, als Ergebnis niedrigerer Lohnkosten deutlich verschärft (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 131ff.).

Dazu im Widerspruch steht jedoch, dass die Reproduktionssphäre die für Profitinteressen „ungünstige“ Eigenschaft besitzt, im Sinne der Sozialen Arbeit wäre dies beispielsweise die Betreuung von Adressat*innen, für die Warenproduktion und deren effizienzorientierten Mechanisierung ungeeignet zu sein. Die (soziale) Arbeit mit Menschen bedeutet nämlich, dass die Befriedigung ihrer Bedürfnisse im Fokus steht und daher einer komplexen zwischenmenschlichen Interaktion bedarf. Keine der sozial reproduktiven Tätigkeiten lässt sich ohne Nachteil für die Adressat*innen in ein monolithisches Korsett der Mechanisierung zwängen (vgl. Federici 2015, S. 76). Das sind nur einige der Taktiken, die der neoliberal umgeformte Staat nutzt, um die Infrastruktur im Interesse von Kapitalverwertung auf Kosten des sozialen Friedens herzustellen (vgl. Resch/Steinert 2011, S. 293).

Soziale Sicherungssysteme werden abgebaut, Menschen in Armut werden mit den daraus folgenden Problemen alleine gelassen und bekommen sogar ein repressiv

staatliches Verhalten zu spüren, um die aus dem Sozialsystem Entlassenen und davon bedrohte untere soziale Schichten durch Repression wirksam zu kontrollieren (vgl. Albrecht 2011, S. 111). *Es ist nicht sehr verwunderlich, dass die Soziale Arbeit von diesen gesellschaftlichen Tendenzen stark betroffen ist, da ihre Tätigkeiten mit Weiblichkeit in enger Verbindung stehen, die ihrerseits wieder durch die Wiederherstellung hegemonialer Männlichkeit unter Druck gerät.*

Hinzu kommt, dass die steigende Frauen*beschäftigung seit 1990 vor allem in Dienstleistungssektoren stattgefunden hat und darüber hinaus speziell in der Reproduktionsarbeit (vgl. Federici 2015, S. 73). Mit fortschreitender neoliberaler Tendenz wird diese vergesellschaftete Reproduktionsarbeit entweder privatisiert oder in die private Sphäre des Haushalts rückgelagert. Gleichzeitig haben sich in der Reproduktionsarbeit prekäre Arbeitsverhältnisse breit gemacht und damit auch prekäre Lebensverhältnisse weiter ausgedehnt (vgl. ebd., S. 78f.) Auch in der Sozialen Arbeit sind derartige Arbeitsbedingungen zu finden, die gegen Entlohnung auch von zu Hause aus verrichtet werden. Ein Beispiel dafür ist die Verstärkung der sogenannten Rufbereitschaft, die sich durch den permanenten Abruf der jeweiligen Betreuer*innen auszeichnet und ihnen fast uneingeschränkte Verfügbarkeit abfordert, was die Auswirkungen des Personalabbaus verschleiert. „Sie [die Frauen; Anmerkung SH] sind gezwungen, die Verschlechterung der wirtschaftlichen Bedingungen, die sich aus der Liberalisierung der Weltökonomie und der zunehmenden staatlichen Desinvestition in die Reproduktion der Arbeiter_innen-schaft ergeben hat, durch ihre Arbeit zu kompensieren“ (Federici 2015, S. 78). Wofür Geld seitens des Staates ausgegeben wird und an welchen Stellen Einsparungen durchgeführt werden, hängt von wirtschaftlichen und gesellschaftspolitischen Vorstellungen ab. Daraus ergeben sich allerdings unterschiedliche soziale und ökonomische Folgen für Männer und Frauen*, für sozial diverse Gruppen, für Arbeitslosen etc. Das Geld der öffentlichen Hand spielt eine wichtige Rolle in allen makroökonomischen Zusammenhängen, denn „[i]n den Ländern des globalen Nordens fließt zwischen einem Drittel und rund der Hälfte der volkswirtschaftlichen Wertschöpfung/des BIP) durch die Hände des Staates – der Staat ist also ein mächtiger Akteur im ökonomischen Kreislauf“ (Knittler/Haidinger 2016, S.157). Wie der Staat dieses entsprechend Vermögen verwaltet, ist Folge der aktuellen gesellschaftspolitischen Verhältnisse und der zugehörigen Hegemonie. Aus feministisch-ökonomischer Perspektive ist daher von Interesse, wem die Verwendung öffentlicher Mittel zugutekommt und wer durch entsprechende Einschnitte stärkeren Belastungen ausgesetzt ist (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 157). Aus der Logik der kapitalistischen Produktionsweise, die wiederum an ihre patriarchale

Entstehungsgeschichte rückgebunden ist, ist es als Konsequenz der Logik profitorientierten Wirtschaftens folgerichtig, sich rein geldtechnischen Bewegungsströmen zuzuwenden und somit den Gewinn von Unternehmen zu vermehren. (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 155). In diesem Bereich kann der Erfolg in Geld gemessen werden, im Gegensatz zu reproduktiven Bereichen, die keine monetäre Gewinnorientierung aufweisen *kann*. Da makroökonomische Einheiten selbst Träger*innen von Geschlecht sind und damit auch keine geschlechtsneutralen Kategorien verkörpern, sind Geldbeziehungen, wie die von Lohnverhältnissen, beispielsweise zwischen Staat und Haushalt, als Aushandlungsprozesse geschlechtlich geprägt (vgl. Knittler/Haidinger 2016, S. 146).

Aufgrund der hier geschilderten Aspekte ist es nicht verwunderlich, dass das Konzept von Sozialabbau ein gesellschaftlich immer stärker werdendes Phänomen unter neoliberaler Politik ist. Wie schon im Kapitel zur feministischen Ausgangslage dargestellt wurde, ist eine wirtschaftliche Organisationsweise, die unter dem Paradigma des homo oeconomicus von statten geht, an sich maskulinistisch.

In meiner bisherigen Auseinandersetzung mit Geschlecht und seiner gesellschaftlichen Verwobenheit konnte ich Analogien zwischen dem weiblichen Geschlecht und der Sozialer Arbeit aufspüren. *Da Soziale Arbeit zum Großteil nicht marktvermittelt ist, daher im Sinne kapitalistischer Produktionsweise als nicht produktiv gilt und einen reproduktiven Charakter in ihrer Arbeit aufweist, ist sie damit der Sphäre der Reproduktion verwiesen, die in der Bewertung der Produktion unten angestellt ist. Gleichzeitig sind die Tätigkeiten der Reproduktion und daher auch die der Sozialen Arbeit ökonomisch nur schwer messbar. Sie werden daher nicht als ein zugehöriger Teil der Entwicklung eines ökonomisch hergestellten Produkts zum nachfolgenden Warentausches gesehen, obwohl sie aus einer Metaebene betrachtet als ein der eigentlichen Produktion vorgelagerter Fertigungsschritt gesehen werden könnten* (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 57).

Ich möchte diese Überlegungen weiterspinnen und das Gedankenexperiment zur Analogie von Sozialer Arbeit mit Hausarbeit und Weiblichkeit weiter ausführen: „Dass Geld als Tauschmittel mehr Wert hat als nicht marktvermittelte Arbeit, kann uns als weiterer Hinweis dafür dienen, dass es zwischen den sozialen Sphären – hier: Familie und Erwerbsbereich – eine Rangordnung gibt“ (Becker-Schmidt 2001, S. 59). Die Sphäre des Erwerbs hat mehr Einfluss als die der privaten Lebenswelt. Verallgemeinert mensch diese Betrachtungsweise so wird deutlich, dass trotz der Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Sektoren, die jeweils zum gesellschaftlichen Zusammenhalt ihren Beitrag leisten, keine gleichwertige Bedeutungszuordnung all dieser Sektoren gegeben ist, denn im Gegenteil, wird einzelnen Sektoren mehr Gewicht beigemessen: „Dass

staatliche Politikspähren, militärische Einrichtungen und die Wirtschaft größere Wirkmächtigkeit haben, wenn es um gesellschaftliche Entscheidungen geht, als das Bildungswesen oder private Sozialisationsagenturen, verweist auf Hegemonien“ (Becker-Schmidt 2001, S. 59). Wie wir schon im vorherigen Kapitel gesehen haben, handelt es sich dabei, um das Phänomen des Maskulinismus, der sich als ein strukturelles hierarchisches Geschlechterverhältnis verhält. In diesem Verhältnis sind die Beziehungen zwischen den gesellschaftlichen Sektoren von „Differenzsetzung, Disproportionalität [und; Ergänzung SH] Machtgefälle“ geprägt (Becker-Schmidt 2001, S. 59). Gleich verhält es sich somit mit der Sozialen Arbeit: Soziale Arbeit hat eine doppelte Rolle inne, die der Unterstützung der Adressat_innen und gleichzeitig die der Regulierung derselben, um gesellschaftlichen Ansprüchen gerecht zu werden (vgl. Kessl 2011, S. 136). Die Soziale Arbeit hat somit den gesellschaftlichen Auftrag der Normalisierung, und somit Sozialisationsleistungen wie Bildung und Erziehung zu erbringen. Obwohl die Soziale Arbeit, vergleichbar der Hausarbeit, zur Reproduktion des gesellschaftlichen Lebens beiträgt, das wiederum zur Verwertung in der kapitalistischen Produktionsweise zur Schaffung von Profit genutzt werden kann, erhält sie nur die (fast) selbe Position wie Hausarbeit. Sie ist nicht unmittelbar am Profit beteiligt und bringt auch direkt keinen Profit hervor. Sie ist aus kapitalistischer Logik heraus kein Teil der marktvermittelten Arbeit und erhält daher in der gesellschaftlichen Rangordnung eine ähnliche Position wie die der familialen Sphäre und damit die des Weiblichen.

Wenn wir auf die Historie der gesellschaftlichen Entwicklung blicken, zeigt sich eine Kontinuität der männlich konnotierten Bereiche und deren Vorrang in sozialer Relevanz. Praktiken, die einer weiblichen Konnotation unterliegen, werden demgegenüber klar diffamiert (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 60): „Die Stellung der Geschlechter stellt einen Ausfluss solcher sektoralen Über- und Unterordnungen dar, und die geschlechtliche Arbeitsteilung ist in sie verflochten“ (Becker-Schmidt 2001, S. 60). Gesellschaftlich herrscht eine bemerkenswerte Widersprüchlichkeit in der Anerkennung von Produktion und Reproduktion statt. Diese Widersprüchlichkeit zeichnet sich durch die divergierenden Prädikate gesellschaftlicher Produktion aus. Mittel, die der Produktion von Macht, Information, Waren und Lebensmitteln dienen, erhalten größeren Stellenwert als die der Reproduktion von Leben an sich und all seinen kulturellen Anforderungen (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 60). Darüber hinaus wäre eine emanzipatorische Perspektive gesellschaftlich kultureller Anforderungen notwendig, denn die bloße Reproduktion derselben, trägt wiederum zur Legitimation gesellschaftlicher Herrschaft und seiner Unterdrückung gegenüber bestimmten Gruppen von Personen bei. Demzufolge sind alle Tätigkeiten, die sich

nicht als Kapital schaffend ausweisen, weniger wert und werden unsichtbar gemacht (vgl. Federici 2015, S. 40). Dadurch entsteht eine Diskrepanz in der Bewertung gesellschaftlich in gleicher Maßen erforderlicher Arbeiten. Eine weitere Analogie ist die Verwobenheit der Tätigkeiten mit der Privatheit, denn weibliche Tätigkeiten sind vor allem in den häuslich-privaten Bereich verwoben. Auch die Interaktionen der Sozialen Arbeit spielen sich besonders in privaten Bereichen der Adressat*innen ab. Dies ist eine weitere Parallele zur gesellschaftlich mangelhaften Einbindung der Frau*. Gleichzeitig erhält die Soziale Arbeit einen gesellschaftlichen Auftrag zu Aufrechterhaltung von kulturellen Maßstäben. Ihre Position gleicht der doppelten Vergesellschaftung der Frau*, da sie einerseits weitestgehend in private gesellschaftliche Kontexte eingebunden ist und gleichzeitig im Bereich der gesellschaftlichen Öffentlichkeit kaum Einfluss erhält (vgl. Becker-Schmidt 2001, S. 57). Besonders in der „fiskalischen Krise des Sozialstaats ist die Soziale Arbeit in eine heikle Sandwichposition geraten, aus der heraus sie gezwungen ist, nach beiden Seiten – der Marktseite und der Seite der privaten Fürsorge – Stellung zu beziehen und sich zu verorten“ (Böhnisch/Funk 2002, S. 341). Einerseits wird sie durch die Privatisierung der sozialen Hilfen seitens des Marktes bedroht und auf der anderen Seite werden soziale Angebote abgeschafft, durch Familie aufgefangen und damit privatisiert (vgl. Böhnisch/Funk 2002, S. 341).

Um auf die politischen Anforderungen an die Soziale Arbeit näher eingehen zu können, möchte ich im nächsten Unterkapitel vorerst noch näher auf ihr Positionierung eingehen. Aufgrund dessen scheint es für mich notwendig, die zuvor angestellten Gedanken zur Analogie der Sozialen Arbeit mit der gesellschaftlichen Positionierung des weiblichen Geschlechts, bezogen auf ihrer Historie, hervorzuheben. Aus dieser Darstellung heraus wird sich die Notwendigkeit politischer Anforderungen an die Soziale Arbeit ergeben. Die Soziale Arbeit ist in der neoliberalistischen Gesellschaft in eine schwierige Position geraten, die Lothar Böhnisch als „Sandwichposition“ beschreibt, da sie sich einerseits ökonomisch auf den Markt beziehen muss und sich andererseits bezüglich der privaten Fürsorge von Menschen sozial verorten muss: „Auf der einen Seite droht die Marktprivatisierung sozialer Hilfen, auf der anderen Seite die Familienprivatisierung“ (Böhnisch/Funk 2002, S. 342). Dieser Umstand scheint weniger erschütternd, wenn wir bedenken, dass die Soziale Arbeit schon von je her durch eine ambivalente gesellschaftliche Positionierung geprägt ist.

9.1. Soziale Arbeit unter weiblichen Vorzeichen

Wenn wir auf die Entstehungsgeschichte der Sozialen Arbeit schauen, wird der Umstand ersichtlich, dass die Soziale Arbeit gesellschaftlich gesehen in einer ambivalenten Position steckt. Durch die vorher angeführte Sandwichpositionierung befindet sich die Soziale Arbeit in einem permanenten Kampf der Anerkennung. Dieser Kampf um Anerkennung steht in einer engen Verbindung zu der geschlechtlichen Strukturierung, wie sie in der westlichen Gesellschaft vorherrscht. Daher halte ich es für notwendig, dass die Soziale Arbeit als Teilbereich von feministischen Kämpfen zu betrachtet ist. Bei der Analyse ihrer historischen Entstehung ist zu entdecken, dass die Soziale Arbeit stark mit den Kategorien von Klasse und Geschlecht verknüpft ist (vgl. Heite 2008, S. 156). Die Soziale Arbeit ist primär als Frauenberuf entstanden mit dem Bestreben, einen eigenen weiblich bestimmtem Tätigkeitsbereich zur Mitgestaltung des Sozialen zu etablieren. Zur Zeit der Weimarer Republik und der fortschreitenden Ermächtigung der westlich-bürgerlichen Gesellschaft verschärfte sich im allgemeinen gesellschaftlichen Bereich auch der Klassenwiderspruch zwischen den antagonistischen Klassen der besitzenden Bürger*innen und dem des in Armut lebenden Proletariats. In Abgrenzung zur sozialistischen Frauenbewegung, die sich vor allem unter dem Banner des Klassenkampfes stellte, verfolgte die bürgerliche Frauenbewegung eine Strategie der Etablierung von Mädchen* und Frauen* für eine soziale Hilfsarbeit. Letztere versuchten dies vor allem anhand der Argumentationslinie von natürlichen weiblichen Eigenschaften, die angeblich zur Ausübung dieser Tätigkeit erforderlich seien und als Notwendigkeit für eine gesellschaftliche Stabilität angenommen wurde, auch diskursiv durchzusetzen. Dadurch wurden als Kehrseite der Argumentation auch die männlichen Prinzipien als natürlich anerkannt und Weiblichkeit nur als deren Negation fortgeschrieben. Jedoch wurde die Negation konstruktiv dafür genutzt, um eine gesellschaftliche Anerkennung zu erlangen, da Weiblichkeit an sich als ein relevanter Beitrag zum Sozialen leisten kann.

Durch diese Argumentation erlangte die bürgerliche Frauenbewegung Gehör und agierte als Kollektivakteur*in in der Gestaltung der Sozialen Arbeit. Anfangs stellte die soziale Hilfe allerdings nur eine ehrenamtliche und damit unbezahlte Tätigkeit dar, durch die bürgerlichen Frauen* Zugang zu proletarischen Haushalten erlangten, um dort ihre bürgerlichen Normen von Hygiene, Kindesfürsorge und Leistung zu etablieren (vgl. Heite 2008, S. 158). Soziale Arbeit bewegte sich dadurch schon damals in einem Spannungsfeld zwischen Hilfe und Kontrolle, indem sie im Zuge ihrer Hilfeleistungen einerseits zwar Angebote zu einer sinnvollen Lebensführung einbringt, andererseits aber gleichzeitig, die Durchsetzung desselben reguliert. Besonders durch die Eigenschaft der „geistigen

Mütterlichkeit“, die Frauen* des Bürgertums als Idee einbrachten, wurde Mütterlichkeit zum Grundprinzip der Berufe des Sozialen. Beschreibungen der entsprechenden Tätigkeiten und Eigenschaften, die für soziale Berufe mitzubringen sind, entsprechen den heutigen stereotypen Vorstellungen von Frauen* (vgl. Heite 2008, S. 159). Soziale Arbeit wurde über diese Konzeptionierung zum Mittel zur Abschwächung und Befriedigung des aufkeimenden Klassenwiderspruchs, wodurch die etablierte Ordnung gesellschaftlicher Herrschaft weiterhin legitimiert werden konnte. Trotz des emanzipatorischen Gedankens, der hinter der Aufwertung von Weiblichkeit stehen mag, agierten die bürgerlich-orientierten Frauen* innerhalb der jeweiligen Herrschaftsstrukturen: „Die Strategie ‚Geistige Mütterlichkeit‘ war nicht darauf ausgerichtet, traditionelle Weiblichkeitsvorstellungen grundsätzlich in Frage zu stellen, sondern darauf, diese in Kombination mit dem Klassenstatus, ‚bürgerliche Frauen‘ als Machtmittel zu nutzen um für bürgerliche Frauen einen öffentlichen Wirkungs- und Tätigkeitsbereich zu erkämpfen“ (Heite 2008, S. 160). In diesem Sinne sind feministische Ansätze, die grundsätzlich ihre Anerkennung auf der Differenz von Geschlecht aufbauen, kritisch zu hinterfragen, denn sie stellen damit gleichzeitig immer eine realpolitische Reaktion auf die vorherrschenden Verhältnissen dar und sollten wegen der dadurch bewirkten Fortschreibung von Herrschaft kritisch geprüft werden (vgl. Heite 2008, S. 160): „Jene Begrenzung findet das Konzept in der Reproduktion des bürgerlichen Weiblichkeitsideals und Reproduktion der binären Geschlechterdifferenz und damit geschlechtsspezifischen Herrschaftsverhältnissen sowie im repressiv-herrschaftlichen Zugriff auf die Adressat_innen“ (Heite 2008, S. 160).

Soziale Arbeit stellt unter der vorangestellten Betrachtung das „andere“ Weibliche als bloße Ergänzung einer männlich dominierten Gesellschaft dar. Die historische Aneignung der öffentlichen Fürsorge durch bürgerliche Frauen* stellte daher einen ambivalenten Prozess dar, da er gleichzeitig zur Marginalisierung der Sozialen Arbeit als reine Frauen*domäne und aller damit zusammenhängenden weiblichen Konnotation führte, die den Bereich für männliches Engagement unattraktiv machte. Weiters stellt diese Vorgehensweise nur ein Mittel dar, das sich nur zur Partizipation an der männlich hegemonialen Kultur eignet, und kann daher als intelligibles Partizipationsrecht gesehen werden (vgl. Heite 2008, S. 161ff.): „Die bürgerlich-kapitalistische Gesellschaft als ‚gendered society‘ bringt Emanzipationsstrategien, Berufe und Professionen hervor, in denen die Ungleichheit der Geschlechter und Klassen reproduziert wird, bringt ein System hervor, in dem es bisher keine Berufe jenseits von männlich oder weiblich gibt“ (Heite 2008, S. 165). Aus dieser Perspektive ist Soziale Arbeit auch heute noch als ein Prinzip zur weiblichen Selbstverwirklichung im Beruf zu sehen. Die Vergeschlechtlichung Sozialer Arbeit

ist aufgrund ihrer geschlechtlichen Identität Teil einer weiblichen Subjektivierungsweise, da sie nach wie vor aufgrund ihres Tätigkeitsfeldes im gesamtgesellschaftlichen Kontext weiblich konnotiert ist. Zumal wird dieser Umstand durch die den hohen Beschäftigungsanteil von Frauen* innerhalb der Sozialen Arbeit unterstrichen. Auch heute wird, zum Beispiel unter dem Slogan „Care“, mittels feministischen Engagements versucht eine Aufwertung von Fürsorgetätigkeiten voranzutreiben. Jedoch basiert dieses zumeist, trotz der oft auch beinhalteten Reflexion von sozialisatorischen Bedingungen, auf einer Differenzkonstruktion von Geschlecht. Derartige Ansätze sind aus meiner Perspektive daher viel zu kurz gegriffen, da sie die zweigeschlechtliche Hierarchisierung nicht aufheben können (vgl. Heite 2008, S. 165f).

Aufgrund der innerlichen Ambivalenz von Befreiung und Verlust, die bis in die Tiefen der Persönlichkeit eingreift, erscheint die Infragestellung von struktureller Zweigeschlechtlichkeit als potenziell schwierig. Soziale Arbeit bezieht sich auf vorwiegend auf als weiblich definierte Fähigkeiten wie zum Beispiel Bindung, Beziehung, Empathie, Intuition etc. Ohne die genannten Fähigkeiten ist die Durchführung von psycho-sozialen Berufen nicht denkbar. In der Debatte um „Care“ werden diese „weiblichen“ Fähigkeiten als allgemein gesellschaftliche Notwendigkeit genutzt, um die jene gesellschaftlichen Tätigkeiten, die primär von Frauen* durchgeführt werden, aufzuwerten. Implizit beruft mensch sich dabei auf eine alte reformistische Strategie, die der sogenannten „geistigen Mütterlichkeit“, aber in einem neuen, modernen Gewand. Zwar werden durch derartige Ansätze der Abbau von geschlechtsspezifischer Ausbeutung und Armut befördert, doch stoßen sie aufgrund der Verharrung in bisherigen Denkmustern an ihre Grenzen (vgl. Heite 2008, S. 167): „Die Variabilität der einzelnen Inhalte bei gleichzeitiger Konstanz der bipolaren Struktur der Klassifikation verleiht der sozialen Konstruktion der Geschlechterdifferenz eben jene Flexibilität, die so überaus funktional ist, wenn es darum geht, unterschiedlichste Tätigkeiten in unterschiedlichsten Phasen ihrer Verberuflichung und in unterschiedlichen Berufsbereichen in jedem Falle so zuzuordnen, dass sie zu der statusbedingten Hierarchie geschlechtsspezifischer Segregation passen“ (Wetterer 1993, S. 57f.).

Wir haben in der hier angeführten Erläuterung gesehen, in welchem Maße Soziale Arbeit auf einer gesellschaftlichen Makroebene vergeschlechtlicht ist und weiters im direkten subjektiven Geschlechterverhältnis, nun auf einer Mikroebene, zur weiblichen Geschlechteridentität beiträgt. Es wäre notwendig, dass die Soziale Arbeit in Praxis und Theorie ihre gesellschaftliche Verortung reflektiert und ins Bewusstsein ruft. Vor allem da aus den Ausführungen nach Carin Heite ersichtlich wird, dass es aufgrund der

kategorial-geschlechtlichen Einordnung von Sozialer Arbeit eine umfassende gesellschaftspolitische Anerkennung von Fürsorge als Erwerbsarbeit trotz ihrer gesellschaftlichen Notwendigkeit bis heute umstritten und de facto nicht erreicht ist (vgl. Böhnisch/Funk 2002, S. 339). Selbst die Akteur*innen der Sozialen Arbeit beteiligen sich an diesem Umstand und schaffen unhinterfragt eine Verknüpfung von weiblich konnotierten Merkmalen, die im Bereich der Fürsorge eine wichtige Funktion haben, mit der anatomischen Eigenschaft, Frau* zu sein. Auch wenn im gegenwärtigen Diskurs die Entgrenzung von Arbeit und der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft integriert wurden und dadurch die Anerkennung anderer, nicht-produktiver Tätigkeiten als Beruf forciert wird, stellt die Kenntnis über die Realität von Hausarbeit sowie der privaten Fürsorge in einem gesellschaftlich-ökonomischen Kontext und deren soziale Entwicklung eine Leerstelle in Theorie und Praxis dar. Diese Leerstelle und der Hinnahme von der Selbstverständlichkeit von reproduktiven Tätigkeiten gründet wohl auf dem Umstand, dass die Soziale Arbeit historisch gesehen daraus hervorgegangen ist. Soziale Arbeit ist eben vor allem dort entstanden, wo soziale Risiken und psychosoziale Missstände nicht mehr privat bewältigt wurden und deshalb gesellschaftlich verallgemeinert wurden. Durch die Schaffung des Sozialstaates wurde die gesellschaftlich notwendige Fürsorge gespalten, indem ein wohlfahrtsstaatlicher Fürsorgebereich entstanden ist, der sich zwischen Produktions- und Familiensphäre verortet. Dadurch wurde die privat durchgeführte Fürsorge noch weiter von der öffentlichen Sphäre entfernt (vgl. Böhnisch/Funk 2002, S. 339f.). Es ist eine widersprüchliche Position, die die Soziale Arbeit im Laufe ihrer Historie gesellschaftlich eingenommen und erhalten hat. Diese Position enthält sowohl subtile als auch offensichtliche Parallelen zur gesellschaftlichen Bewertung und Eingebunden-Sein des weiblichen Geschlechts.

Aus dieser Perspektive auf die Soziale Arbeit ergeben sich gewisse politische Forderungen, die ich im nächsten Kapitel stellen möchte. Im Laufe meiner Arbeit habe ich immer wieder von politischen Perspektiven und Zugängen gesprochen und meiner Meinung nach auch zum Großteil aus dieser Perspektive herausgeschrieben. Ich möchte mich an ein Zitat von Kate Millet in „Sexus und Herrschaft“ (Millet 1974) anschließen. Eine politische Betrachtungsweise ist aus der Perspektive von Geschlecht in Verbindung mit Sozialer Arbeit der einzig als hinreichend zu bezeichnende Standpunkt. Schon Kate Millet sprach davon, dass es unter den damals vorherrschenden historischen Bedingungen notwendig wäre, eine geisteswissenschaftliche Haltung zu entwickeln, die den gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen entspricht und die die einfachen begrifflichen Kategorien der traditionellen Strukturen überschreitet. Deshalb scheint mir die Wahl

eines Ansatzes, der umfassend die persönlichen Beziehungen und die Wechselwirkungen zwischen den verschiedensten Gruppen der Geschlechter, der sozialen Herkunft, der sexuelle Orientierung miteinschließt, dringend erforderlich. Gerade wenn verschiedene politische Gruppen keine ausreichende Vertretung finden, oder sich weiter inhaltlich aufspalten, „ist ihre Position so stabil, ihre Unterdrückung so wirkungsvoll“ (Millet 1985, S. 38). Deshalb halte ich es für notwendig, im nächsten Kapitel Ansätze einer politischen Perspektive der Sozialen Arbeit aufzuzeigen und diese zu begründen.

9.2. Soziale Arbeit – Notwendigkeit einer Politisierung

Die in meiner Arbeit dargestellten theoretischen Ansätze stellen ein Instrument zur Analyse der Sozialen Arbeit dar. Aus ihnen können praktische Implikationen geschlossen werden, um die gesellschaftskritische Politisierung der Sozialen Arbeit zu schärfen. Die angeführten Theorien sind eine konzeptionell notwendig, um die Betrachtungsweise der Sozialen Arbeit theoretisch maßgeblich zu erweitern. Die gesellschaftliche Organisationsweise bringt in Verbindung mit Geschlecht, sozialer Herkunft und Ethnie eine spezifische gesellschaftliche Hierarchie hervor. Diese Hierarchie besteht vor allem zwischen den und innerhalb der gesellschaftlichen Sphären von Produktion und Reproduktion. „Die gesellschaftliche Formbestimmtheit [...] impliziert also das doppelte Paradox: Zusammenschluß ausdifferenzierter Sphären, unter den Organisationsprinzipien von Trennung und Durchlässigkeit, von Interdependenz und Hierarchisierung und relative Selbstständigkeit der einzelnen Teilbereiche bei gleichzeitiger Hegemonie einzelner Segmente (Wirtschaft, Staat, Militär)“ (Wolde 1995, S. 304). Die Dominanz der hegemonialen gesellschaftlichen Segmente geht einher mit der strukturellen Kategorisierung von Gesellschaft anhand von Geschlecht. Durch Geschlecht und dessen Naturalisierung, werden ökonomische und soziale Diskriminierung legitimiert und verschleiert (vgl. Wolde 1995, S. 304). In diese gesellschaftlichen Zusammenhänge ist auch die Soziale Arbeit eingebunden und nimmt dort ihre entsprechende geschlechtliche Position ein. Dennoch ist in der Literatur zur Sozialarbeit bisher nur marginal etwas zur Vergeschlechtlichung der Sozialen Arbeit im Zusammenhang mit einer ökonomischen und interaktionsbezogenen Betrachtungsweise zu finden. Deshalb wäre es eine die Aufgabe der Sozialen Arbeit aus einer historischen Perspektive heraus Fragen zu stellen, über welche Mechanismen die angesprochenen Verhältnisse von Über- und Unterordnung hervorgebracht werden. Wir haben gesehen, dass die historische Entstehung der Sozialen Arbeit stark in Mechanismen der geschlechtlichen Über- und Unterordnung verwoben war und dass sie sich auch heute noch in dieser Ambivalenz bewegt. Daher wäre es für den weiteren Diskurs der

Sozialen Arbeit, vor allem unter gegenwärtigen gesellschaftlichen Verhältnissen der steigenden sozialen Zuspitzung, unabdingbar, die eigene gesellschaftliche Position und Funktion verstärkt zu reflektieren. Im Prozess einer möglichen Reflexion könnten sich Bruchstellen auftun, von denen sich Tendenzen zur Veränderung ableiten lassen (vgl. Becker-Schmidt/Knapp 1995, S. 18).

Aus der Perspektive eines geschlechter- und gesellschaftskritischen Ansatzes wäre zu folgern, dass nach den maßgeblich wirksamen Kräfteverhältnissen auf der Mikro- und Makroebene zu fragen ist. Die gesellschaftlich vorherrschenden Verhältnisse können ihre Wirkmächtigkeit nicht ohne die sozialen Beziehungsgefüge und der Interdependenz zwischen den gesellschaftlichen Sektoren entfalten. Indem der Schleier des gesellschaftlichen Überhangs gelüftet wird und dessen Bestimmungsmomente offen dargelegt werden, kann auch der soziale Wandel hin zu einem emanzipativen Verständnis vorangetrieben werden. Anhand der Entwicklung von Technik, Kultur, Politik und Überschuss von widerständigem Handeln, widersprüchlichen Erfahrungen, Eigensinn kann dieser ausgemacht und subversives Potential freigesetzt werden. Die bereits vorhandenen Sprünge im Fundament von geschlechtlicher Ungleichheit müssen daher detailliert betrachtet werden, um dort ein widerständiges Handeln anzusetzen und traditionelle Geschlechterverhältnisse in Frage zu stellen (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 25): „Zu ihnen gehören männliche Hegemonieansprüche ebenso wie ökonomische Interessen an unbezahlter Hausarbeit sowie an einem geschlechtlich segmentierten Arbeitsmarkt“ (Becker-Schmidt 2013, S. 25). Zumal könnte hier auf der Mikroebene in den Blick genommen werden, an welchen Stellen traditionelle Geschlechterverhältnisse derart brüchig werden, dass sie unterlaufen werden könnten. Vor allem die sozialen Krisen und Konflikte, wie es anhand der Rücknahme des Wohlfahrtsstaates, der Ausdehnung des Marktes, der steigenden Unsicherheit im Alltag und der konkreten menschlichen Lebenswelt sichtbar wird, zeigen auf, dass die gesellschaftliche Organisationsweise in sich widersprüchlich ist und auch dementsprechend Widerstand hervorbringt. Unter neoliberalen Verhältnissen konnten wir zwischen beiden Bereichen ein zugespitztes Ungleichgewicht feststellen, das in einem unmittelbaren Zusammenhang mit Geschlecht steht (vgl. Becker-Schmidt 2013, S. 25). Genau in diesen Widersprüchlichkeiten bewegt sich der Alltag von Sozialer Arbeit, deren gesellschaftlicher Auftrag darin besteht, die Sprünge des gesellschaftlichen Fundaments auszugleichen. Aus einer politischen Perspektive heraus, wäre es notwendig, dass sie genau diese Positionierung nützt und in einer emanzipatorischen Herangehensweise an diesen Sprüngen des gesellschaftlichen Fundaments ansetzt, um ein politisches erforderliches Moment zu erlangen.

Durch ihre vergeschlechtliche Positionierung und ihrer Nähe zu privaten fürsorglichen Tätigkeiten, ergibt sich die Möglichkeit, sich mit anderen feministischen Kämpfen zu solidarisieren. Diese Solidarisierung wäre wichtig, damit die Soziale Arbeit sich selbst aus ihrer fragilen und ambivalenten gesellschaftlichen Position wieder herausmanövriert, für einen allgemeinen Anspruch von sozialen Bedürfnissen eintritt und die Öffentlichkeit für diese Aufgabe mitverantwortlich macht. Wenn sie diesen Anforderungen nicht gerecht werden kann, besteht die Gefahr, dass sich ihre Bedingungen in eine selbsteliminierende Richtung verkehren. Die Soziale Arbeit übernimmt die neoliberale Tendenz an, sich selbst als männlich zu konnotieren und sich den Ansprüchen, wie die von Rationalität, Leistungsstärke, Effizienz, Effektivität und Ergebnisorientierung zu beugen. Um ihre gesellschaftliche Anerkennung aufrecht zu erhalten, verstärkt sie dadurch den neoliberal vorangetriebenen Abbau des Wohlfahrtsstaates (vgl. Heite 2008, S. 170). Aufgrund dessen muss sie sich auch ihrer geschlechtlichen Position und deren Einbindung in ökonomische Verhältnisse bewusst sein. Auch wenn im Diskurs die „Entgrenzung der Arbeit und der Strukturwandel der Arbeitsgesellschaft“ (Böhnisch/Funk 2002, S. 340) aufgenommen wird, ist dieser Zugang allein nicht ausreichend. Die alleinige Beachtung der Wirkung von ökonomischen Verhältnissen auf die Lebensrealität, schließt nicht aus, dass die patriarchalisch-maskulinistischen Verhältnisse weiterwirken können. Daher müssen in den Reflexionen der Sozialen Arbeit auch die Kategorie Geschlecht und deren Verbindung zur Sozialen Arbeit mitberücksichtigt werden. Soziale Arbeit ist nicht geschlechtslos, genau so wenig wie ihre Adressat*innen geschlechtslos sind. Geschlecht ist „eine, wenn auch verdeckt Ordnungs- und Orientierungskategorie für alle Gesellschaftsmitglieder. Sie ist es vor allem deswegen, weil sie die personalen Befindlichkeiten tiefgreifender berührt als jede formelle Rolle“ (Böhnisch/Funk 2002, S. 25). Daher darf die Soziale Arbeit nicht davon abgehen, sich das entsprechende Wissen um das Subjektsein in vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen zu eigen zu machen, um sich dann um eine bewusste Handhabung der eigenen Rolle als Akteur*in in den jeweiligen Herrschaftszusammenhängen zu bemühen (vgl. Heise 1986, S. 23f.). Unter dem Aspekt, dass Soziale Arbeit oft mit den gesellschaftlich „Andersartigen“, den „Exkludierten“ arbeitet, wäre diese Bewusstmachung ein wichtiger Schritt. Eine zum Beispiel geschlechterreflektierende Soziale Arbeit kann nicht ausreichen, um sich des vollen Ausmaßes der eigenen politischen Handlungsfähigkeit bewusst zu werden. Daher habe ich in meiner theoretischen Auseinandersetzung die Verbindung der Betrachtung von Geschlecht auf der Mikro- und Makroebene hervorgehoben. Es geht wesentlich darum, einen dialektischen Prozess von Verhältnissen und Verhalten, um einen gesellschaftlichen Wandel

und „das gute Leben für alle“ herbeizuführen. Aus dieser dialektischen Betrachtungsweise entspringt auch die Erkenntnis, dass das Private und das Öffentliche nicht voneinander zu trennen sind. Vor allem bezogen auf die Verschiebung von sozialer Hilfe in den Bereich des Privaten sollte die Soziale Arbeit eine Gegenposition einnehmen: „Sie muss das Ausmaß der privaten Fürsorgetätigkeiten darstellen und gleichzeitig zeigen können, dass dies nur durch öffentliche Entlastung und Anerkennung und nicht durch zusätzliche Belastung gesellschaftlich erhalten werden kann“ (Böhnisch/Funk 2002, S. 341).

Der Private Bereich ist das Auffangbecken für alle an den vorherrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen Gescheiterten. Würde diese Annahme, dass der Sozialen Arbeit aufgrund ihrer weiblichen Konnotation die gesellschaftliche Beachtung fehlt, auch innerhalb der Sozialen Arbeit selbst mehr Anerkennung erfahren, könnte erkannt werden, dass die Fürsorge in der Sphäre des Privaten eine Solidarisierung benötigt, um nicht in ihrer gesellschaftlichen Isolation zu verweilen. Wenn sie sich jedoch ihrer Verbindung auch zur Reproduktionssphäre, der darin stattfindenden Sorgetätigkeiten und nicht zuletzt ihrer geschlechtlichen Konnotation bewusst werden würde, könnte der darin enthaltene Kern der geschlechtlich und sozialen Ungleichheit und das Recht auf verallgemeinerte Fähigkeit zur Sorge als übergreifende Perspektive betrachtet werden. Somit könnte die Soziale Arbeit analytisch ihre engen Grenzen erweitern und sich gesellschaftspolitischen Perspektiven anschließen. Ein solche Perspektive könnte die Soziale Arbeit auch in ihrer Praxis übersetzen, indem sie ihren Fokus nicht mehr auf die Anpassungsfähigkeit ihrer Adressat*innen ausrichtet, sondern mit ihnen gemeinsam daran arbeitet, ihre Wünsche für ein gutes Leben erfüllbar zu machen. Stattdessen versucht sie vielmehr zum Beispiel junge Männer gesellschaftlich wieder einzubinden, indem sie ihre zertifizierbaren Kompetenzen fördert, in Berufe schickt und dabei die Reproduktionsseite völlig ausklammert. Dasselbe verhält sich bei Mädchen und jungen Frauen*, deren weiblichen Fähigkeiten als Disposition vorausgesetzt werden, um anschließend dementsprechend für den Arbeitsmarkt verwertbar gemacht zu werden, ohne mit ihnen über die Möglichkeit der eigenen Autonomie zu sprechen (vgl. Böhnisch/Funk 2002, S. 341f.).

Die gesellschaftliche Verallgemeinerung von Fürsorgetätigkeiten und deren Entkopplung von ihrer geschlechtlichen Konnotation wäre ein wichtiger gesellschaftlicher Beitrag, um wichtige Ressourcen für die Entfaltung von gegen jedwede Unterdrückung gerichtetes, widerständiges Handeln bereitzustellen. Aufgabe einer emanzipativ wirkenden Sozialen Arbeit wäre daher, die Grenzen ihrer Ressourcen und Normen auszureizen, „um vormals geächtete Gemeinschaften lebensfähiges Leben zu ermöglichen“ (Butler

2002, S. 8). Denn, so führt Butler weiter aus, „Leben bedeutet, ein Leben politisch zu leben, in Beziehung zur Macht, in Beziehung zu anderen, in den Handlungen Verantwortung für eine kollektive Zukunft zu übernehmen“ (Butler 2002, S. 8). Ausgehend von einem gesellschaftspolitisch-feministischen Standpunkt wäre es der Sozialen Arbeit dringend anzuraten, sich ihrer Handlungsfähigkeit auf der gesellschaftlichen Makro- und Mikroebene bewusst zu werden. Eine theoretische Konzeptionierung kann aus den Arbeiten von Lothar Böhnisch und seinem Lebensbewältigungskonzept abgeleitet werden, wenn die Soziale Arbeit dazu bereit ist, zu einem Verständnis zurückzukehren, das sich an einem gesellschaftlich eingebetteten und beeinflussten Subjekt orientiert. Wichtig ist dabei die zusätzliche Berücksichtigung einer lebensweltlichen Ausrichtung, die durch eine wechselseitige Verwobenheit von Gesellschaft und Subjekt bestimmt ist (vgl. Böhnisch 2012 S. 13ff.). Dadurch könnte die Soziale Arbeit unter einem feministischen Banner ein kollektives Moment entwickeln und sich unterdrückenden Herrschaftsverhältnissen entgegensetzen.

10. Schlussworte

Nun möchte ich zurückschauen, was gesagt wurde, was offengeblieben ist und wie weitergemacht werden kann. Ich konnte einen Einblick geben, weshalb die Auseinandersetzung mit feministischen Thematiken gegenwärtig noch immer eine große Rolle spielen, um Gesellschaft zu verstehen. Im Kapitel feministische Ausgangslage habe ich durch Rückblicke in die Vergangenheit feministischer Kämpfe und gegenwärtiger Positionen meine Perspektive für die hier vorliegende Arbeit entwickelt. Des Weiteren konnte ich dadurch eine geschlechterkritische Herangehensweise an die Thematik von Reproduktionsarbeit darlegen.

Die Arbeit wird getragen, von dem Zugang der Überwindung starrer Entgegensetzungen bezüglich der Analyse gesellschaftlicher Verhältnisse und im speziellen der Geschlechterverhältnisse. Durch die Verbindung der gesellschaftlichen Analyseebenen Mikro und Makro habe ich versucht, Gesellschaft mit dem Fokus auf Geschlecht ganzheitlich darzustellen. Ein wichtiger Aspekt der Arbeit war gegenwärtige Verhältnisse unter der Rückbindung historischer Entwicklungen zu begreifen und darauffolgend Gegenanalysen darzulegen, um sie im Denken überhaupt aufzubrechen.

Zunächst bin ich auf die abstrakte gesellschaftliche Ebene der materiellen Basis eingegangen. Ich konnte dadurch erklären, inwiefern Geschlecht, vor allem im ökonomischen Zusammenhang auf Gesellschaft wirkt und diese wiederum dadurch geordnet ist. Im Zuge dessen habe ich ökonomische und soziale Unterdrückungs- und

Ausbeutungsverhältnisse näher betrachtet und somit den Überbau für die weitere Analyse innerhalb der Arbeit geschaffen. Innerhalb dieses Überbaus wurde dargestellt auf welcher Grundlage diese Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse beruhen, nämlich auf einer patriarchal-kapitalistischen oder auch kapitalistisch-patriarchalen gesellschaftlichen Ordnungsweise.

Um die Betrachtung des analytischen Überbaus zu vertiefen, bin ich auf die ökonomischen Sphären der Reproduktion und Produktion nach feministisch-ökonomischer Manier behandelt. Dadurch konnten die abstrakten Mechanismen der Ausbeutung speziell auf Geschlecht bezogen erläutert und auf eine globale Perspektive erweitert werden. Im weiteren Schritt ich mit der derzeit vorherrschenden ökonomischen Strömung des Neoliberalismus beschäftigt und seine gegenwärtigen Auswirkungen auf menschliches Leben in Bezug zu vorherigen ökonomischen Strömungen herausgearbeitet. Diese Darlegung habe ich wiederum in Bezug zur Produktions- und Reproduktionssphäre dargestellt und auf gegenwärtige gesellschaftspolitische Tendenzen aufmerksam gemacht.

Von der Makroebene auf die Mikroebene übergeleitet bin ich auf die diffizilen Mechanismen von Geschlecht eingegangen. In dieser Auseinandersetzung habe ich vor allem versucht, die scheinbare Natürlichkeit von Geschlecht und den damit inbegriffenen Denk- und Handlungsmuster zu hinterfragen. Durch den inhaltlichen Bruch mit dualistischen Betrachtungsweisen, wie beispielsweise von Kultur und Natur, Körper und Geist, habe ich versucht biologistische Argumentationsweisen in Bezug auf Geschlecht zu unterwandern. Vor allem mit der sozialen Verbundenheit des Körpers und seiner dialektischen Verwicklung in gesellschaftliche Verhältnisse, war es mir ein Anliegen herkömmliche Argumentationen der starren Rückbesinnung auf den Körper als losgelöst von Gesellschaft gegebene Materialität in Frage zu stellen. Durch die Geschlechtertheorien von Judith Butler konnte die eigene Eingebundenheit in die Produktion unterdrückerischer Geschlechterverhältnisse aufgezeigt werden. Anhand der Auseinandersetzung mit den Begriffen wie beispielsweise Performativität und Intelligibilität konnten unbewusst-bewusste Mechanismen der Einpassung in gesellschaftliche Verhältnisse herausgearbeitet und für die folgende Verbindung mit der Makroebene und damit der materiellen Basis fruchtbar gemacht werden.

In der Verbindung der makroökonomisch-feministischen Ansätze und den mikrosoziologischen Analysen der Geschlechterordnung habe ich versucht die Dialektik von Gesellschaft und Individuum unter dem Gesichtspunkt von Geschlecht näher zu ergründen. In dieser Auseinandersetzung habe ich die jeweiligen Grenzen und konstruktiven Beiträge zur Erarbeitung einer ganzheitlich gesellschaftlichen Geschlechterperspektive

aufgezeigt. In Ansätzen ist es mir gelungen materiellen Feminismus und poststrukturalistische Geschlechterforschung anhand verschiedener theoretischer Begrifflichkeiten miteinander zu verbinden und zwei scheinbar voneinander getrennte wissenschaftliche Strömungen zu Geschlecht miteinander zu versöhnen.

Dieser Ausarbeitung würde es jedoch aus meiner Perspektive einer näheren Betrachtung bedürfen, um den wissenschaftlichen Blick dafür zu schärfen. Die Auseinandersetzung mit Staat und Geschlecht könnte ein mögliches Beispiel für die Verbindung beider Theorien darstellen. Hier konnte aufgezeigt werden, wie materialistische und poststrukturalistische Gesellschaftsanalyse konstruktiv zu einer ganzheitlichen Perspektive auf Geschlecht beitragen, indem die jeweilig theoretischen Leerstellen von der jeweils anderen Theorie ergänzt werden können.

Mit diesem theoretischen Vorlauf konnte ich schlussendlich auf die Position der Sozialen Arbeit innerhalb der Gesellschaft eingehen. In Verbindung mit Geschlecht, Staat und Wirtschaft wurde ich vergeschlechtliche Positionierung herausgearbeitet. Des Weiteren konnte ich dadurch einen kurzen Einblick in die Entstehungsgeschichte der Sozialen Arbeit gewinnen, die wiederum ihre aktuell gesellschaftliche Position in gegenwärtigen polit-ökonomischen Tendenzen erklärbar macht.

Aus dieser Perspektive heraus habe ich versucht politische Forderungen an die Soziale Arbeit zu stellen. In Rückbezug auf die voran geschilderten theoretischen Ansätze wurden Perspektiven für eine emanzipatorische Praxis entwickelt. Es konnte dadurch gezeigt werden, inwiefern Soziale Arbeit zur ihrer gesellschaftlichen Position selbst beiträgt und gleichzeitig auf welche Aspekte sie achten muss, um sich aus dieser prekären gesellschaftlichen herauszumanövrieren. Innerhalb dieser Betrachtungsweise habe ich versucht Aspekte der Sozialen Arbeit herauszuarbeiten, um sie für eine emanzipatorische Perspektive und die Entwicklung eines eigenen politischen Moments fruchtbar zu machen.

Mit dieser theoretischen Auseinandersetzung konnten jedoch nur Perspektiven aufgemacht werden. Der Blick auf die Soziale Arbeit wurde mittels einer kritischen und konstruktiven Weise erweitert. Es war mir ein Anliegen einen weiteren kleinen Beitrag in Richtung feministischer Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit zu leisten und möglicherweise ihre theoretische Ausrichtung dahingehend zu bestärken. In meiner Auseinandersetzung mit Sozialer Arbeit, Geschlecht, Ökonomie und Gesellschaft wurde mir klar, dass in diese theoretische Richtung noch genügend Platz ist, um in dieser Thematik weiterzuforschen. Die Arbeit kann trotz des Anspruchs, Soziale Arbeit und ihre Möglichkeiten zur Entwicklung einer politischen inhaltlichen und praktischen Ausrichtung, nur

Ausblicke liefern. Die mir gestellten Forschungsfragen, - Inwiefern trägt die Soziale Arbeit zur Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft bei und welche Rolle nimmt sie dabei ein? Welchen kapitalistisch, patriarchalen bestimmten Verhältnissen unterliegt die Soziale Arbeit? Wie fruchtbar ist die Verbindung von feministisch ökonomiekritischen Analysen und Geschlechter-dekonstruktivistischen Ansätzen? –, konnte für mich vorerst beantwortet werden. Jedoch bedürfen sie einer weiteren theoretischen Auseinandersetzung, um die jeweiligen wissenschaftlichen Erkenntnisse zu schärfen und vertiefen.

Zu Beginn meiner Arbeit wusste ich noch nicht, wo mich die theoretische Auseinandersetzung mit der hier verwendeten Literatur hinführen würde. Nun bin ich am Ende angekommen und stelle fest, dass die in der Arbeit behandelten Theorien und ausgeführten Überlegungen nur eine Anleitung zur weiteren theoretischen Überlegungen zur Funktion und Aufgabe der Sozialen Arbeit bieten. Meine Überlegungen sollten vielmehr eine theoretische Anregung darstellen als eine Konzeption zur Praxisanleitung. Es würde mir fern liegen genaue praktische und damit politische Anleitungen vorzugeben, da es meinem politischen Anspruch, ausgehend von einer kritischen Theorie, zuwiderlaufen würde, wenn ich mich damit normativ über andere erhebe.

Politische Praxis ist ein kollektiver Aushandlungsprozess, der sich über die Zeit erst entwickelt. Die Gesellschaft ist ein historisch entstandener Komplex, der in einem Prozess durch Menschen gemacht wird und die Menschen formt (vgl. Holzer 2017, S. 30). Ein zentraler Aspekt dabei ist, dass, „die gesellschaftliche Totalität kein Eigenleben über und neben den Einzelsubjekten führt, sondern sich durch deren Tätigkeit und Existenz hindurch vermittelt“ (Keckeisen 1992, S. 127). Um der Fortschreibung etwaiger Hierarchisierung eines von oben wirkenden Determinierungssystems entgegenzuwirken, habe ich versucht, gesellschaftliche Totalität auf der Makro- und Mikroebene sowie deren Verknüpfung darzustellen.

Wenn Gesellschaft von Menschen gemacht wird, impliziert dies, dass sie keineswegs ein starres Gefüge sein kann, sondern auch veränderbar ist. Zu dieser Veränderung möchte ich mit dieser Arbeit beitragen, um Denkräume zu eröffnen, in der auch radikale Transformationen von Gesellschaft vorstellbar sind. Ich möchte daher lediglich zu einer denkerischen Auseinandersetzung mit der Welt anregen, in der gesellschaftliche Verhältnisse nicht als gegeben angenommen und kritisch hinterfragt werden. Wie diese Veränderung im speziellen aussehen kann, bleibt ein offener Prozess, der nur durch schrittweise Annäherung, unter Berücksichtigung einer gesellschaftskritischen Betrachtungsweise, erfolgen kann. Dabei ist es wichtig, den gesellschaftlichen Spannungen gegenüber offen zu bleiben, die das Fundament unserer gesellschaftlichen Strukturen

durchziehen, sowie „die Unwissenheit im Kern unseres Wissens und unserer Bedürfnisse zu kennen sowie bei den Wettkämpfen, die wir miteinander ausfechten müssen ‚Lebenszeichen‘ zu erkennen“ (Butler 2002, S. 8).

„Der Weg selbst wird von Ungewissheit begleitet, das Ergebnis ist ein offenes, die Suche bleibt ein Versuch, ‚in dem die Utopie des Gedankens, ins Schwarze zu treffen, mit dem Bewußtsein der eigenen Fehlbarkeit und Vorläufigkeit sich vermählt‘ und als ‚tastende Intention erfolgt‘“ (Adorno 1958/1974, S. 25). Die Perspektive, dass der Charakter von Geschlecht zutiefst von seiner Historie geprägt ist, impliziert die politische Konsequenz, dass wenn eine bestimmende Struktur hervorgebracht wird, sie auch beendet werden kann. Somit kann auch die Geschichte von Geschlecht und die mit ihr zusammenhängenden Herrschaftsverhältnisse auch ein Ende finden.

11. Literaturverzeichnis

- Adorno, Theodor W. (1958/1974): Der Essay als Form. In: Ders. (1974): *Noten zur Literatur*. Gesammelte Schriften, Band 11. Frankfurt am Main: Suhrkamp, S. 9–33.
- Amling, Steffen (2015): *Peergroups und Zugehörigkeit. Empirische Rekonstruktionen und ungleichheitstheoretische Reflexionen*. Wiesbaden: VS Springer Fachmedien.
- Bauer, Ulrich (2012). *Sozialisation und Ungleichheit. Eine Einführung*. 2., korrigierte Auflage. Wiesbaden: Springer Fachmedien.
- Böhnisch, Lothar (2012): *Sozialpädagogik der Lebensalter. Eine Einführung*. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Böhnisch, Lothar/Funk, Heide (2002) *Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen*. In: Böhnisch, Lothar/Funk, Heide/Lenz, Karl (Hrsg.): *Soziale Arbeit und Geschlecht. Theoretische und praktische Orientierungen*. Weinheim und München: Juventa Verlag, S. XX–YY.
- Böhnisch, Lothar (1996): *Pädagogische Soziologie. Eine Einführung*. Weinheim und München: Juventa.
- Birgmeier, Bernd/Mührel, Eric/Müller, Carsten (2016): *Nepper, Schlepper, Sozialarbeiterfänger. Eine Einleitung in das Thema „Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle“*. In: Birgmeier, Bernd/Mührel, Eric/Müller, Carsten (Hrsg.): *Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle?* Wiesbaden: VS Springer Verlag, S. 1–8.
- Beauvoir, Simone de (1951): *Das andere Geschlecht. Sitte und Sexus der Frau*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag.
- Becker-Schmidt, Regina (2001): *Frauenforschung, Geschlechterforschung, Geschlechterverhältnisforschung*. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): *Feministische Theorien zur Einführung*. Hamburg: Junius, S. 14–56.
- Becker-Schmidt, Regina (2013): *Konstruktion und Struktur: Zentrale Kategorien in der Analyse des Zusammenhangs von Geschlecht, Kultur und Gesellschaft*. In: *Geschlecht zwischen Struktur und Subjekt. Theorie, Praxis Perspektiven*. Opladen, Berlin und Toronto: Verlag Barbara Ulrich, S. 19–42).
- Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (1995): *Einleitung*. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): *Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften*. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, S. 7–18.
- Beer, Ursula (2010): *Sekundärpatriarchalismus: Patriarchat in Industriegesellschaften*. Connell, Raewyn (2013): *Gender*. In: Lenz, Ilse/ Meuser, Michael (Hrsg.): *Gender*. Wiesbaden: Springer VS, S. 59–64.
- Berger, Peter L./Luckmann, Thomas (1995): *Modernität, Pluralismus und Sinnkrise. Die Orientierung des modernen Menschen*. Gütersloh: Verlag Bertelsmann Stiftung.
- Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (2000): *Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologien. Eine Einleitung*. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hrsg.) (2000): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag, S. 7–40.
- Butler, Judith (1991): *Das Unbehagen der Geschlechter*. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Butler, Judith (2002): *Zwischen den Geschlechtern. Eine Kritik der Gendernormen*. In: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Heft B 33-34/2002, S. 6–8.
- Connell, Raewyn (2012): *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*. In: Bergmann, Franziska/Schössler, Franziska/Schreck, Bettina (Hrsg.): *Gender Studies*. Bielefeld: transcript Verlag, S. 19–30.

- Connell, Raewyn (2013): Gender. In: Lenz, Ilse/ Meuser, Michael (Hrsg.): Gender. Wiesbaden: Springer VS, S. 13–205.
- Cooper, Medina/Walby, Catherine (2015): Biopolitik der Reproduktion. Postfordistische Biotechnologie und die klinische Arbeit von Frauen. In: Cooper, Melinda/Walby, Cathrine/Felicita Reuschling/Schultz Susanne (Hrsg.): Sie nennen es Leben, wir nennen es Arbeit. Biotechnologie, Reproduktion und Familie im 21. Jahrhundert. Münster: edition assemblage, S. 18–19.
- Cyba, Eva (2010): Patriarchat. Wandel und Aktualität. In: Becker, Ruth (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 17–22.
- Dalla Costa, Mariarosa (1973): Die Macht der Frauen und der Umsturz der Gesellschaft. Berlin: Merve Verlag.
- Ecarius, Jutta/Eulenbach, Marcel/Fuchs, Thorsten/Walgenbach, Katharina (2011): Jugend und Sozialisation. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
- Engels, Friedrich (1884/1974): Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staats. Berlin (DDR): Dietz Verlag.
- Erwerbstatus 2017 In:
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbstatus/index.html [25.11.2018].
- European Unequal Pay Day (2018): In: <http://www.equalpayday.be/europa/> [25.11.2018].
- Federici, Silvia (2017): Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation. Berlin, Wien: mandelbaum kritik & utopie.
- Federici, Silvia (2015): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: edition assemblage.
- Foucault, Michel (1975/2015): Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses. 15. Auflage. Frankfurt am Main: Suhrkamp Verlag.
- Fischer, Ute Luise (2009). Anerkennung, Integration und Geschlecht. Zur Sinnstiftung des modernen Subjekts. Bielefeld: transcript Verlag.
- Frauenvolksbegehren 2.0 (2018): In: <https://frauenvolksbegehren.at> [29.06.2018].
- Bundesministerium für Gesundheit und Frauen (2017): Gleichstellung in Zahlen. Gender Index 2017. Eine Zusammenstellung wichtiger geschlechterspezifischer Daten und Statistiken. Abteilung IV/1 – Gleichstellungspolitische Grundsatz- und Rechtsangelegenheiten.
- Gender-Statistik (2016): In:
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/soziales/gender-statistik/index.html [25.11.2018]
- Heise, Hildegard (1986): Flucht vor der Widersprüchlichkeit. Kapitalistische Produktionsweise und Geschlechterbeziehung. Frankfurt am Main; New York: Campus Verlag.
- Heite, Catrin (2008): Soziale Arbeit im Kampf um Anerkennung. Professionstheoretische Perspektiven. Weinheim und München: Juventa Verlag.
- Holzer, Daniela (2017): Weiterbildungswiderstand. Eine kritische Theorie der Verweigerung. Bielefeld: transcript.
- Holzleithner, Elisabeth (2009): Recht und Staat: Gegner oder Verbündete im Bemühen um Geschlechtergleichstellung? In: Ludwig, Gundula/Sauer Birgit/Wöhl Stefanie (Hrsg.): Staat und Geschlecht.

- Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 47–60.
- Keckeisen, Wolfgang (1992): Kritische Erziehungswissenschaft. In: Lenzen, Dieter/Mollenhauer, Klaus (Hrsg.): Enzyklopädie Erziehungswissenschaft. Bd. 1 Theorien und Grundbegriffe der Erziehung und Bildung. 2. Auflage. Stuttgart: Klett-Cotta, S. 117–138.
- Kessl, Fabian (2011): Punitivität in der Sozialen Arbeit – von der Normalisierungs- zur Kontrollgesellschaft. In: Dollinger, Bernd/Schmidt-Semisch, Henning (Hrsg.): Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 131–144.
- Knittler, Käthe/Haidinger, Bettina (2016): Feministische Ökonomie. Wien: Mandelbaum Verlag.
- Knapp, Gudrun-Axeli (2001): Konstruktion und Dekonstruktion von Geschlecht. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Feministische Theorien zur Einführung. Hamburg: Junius, S. 14–56.
- Krämer, Ralf (2015): Kapitalismus verstehen. Einführung in die Politische Ökonomie der Gegenwart. Hamburg: VSA Verlag.
- Kreisky, Eva/Löffler, Marion (2009): Maskulinität und Staat: Beharrung und Veränderung. In: Ludwig, Gundula/Sauer Birgit/Wöhl Stefanie (Hrsg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 75–88.
- Kuiper, Edith (2010): Ökonomie: Feministische Kritik mikro- und makroökonomischer Theorien und Entwurf alternativer Ansätze. In: Becker, Ruth (Hrsg.): Handbuch Frauen- und Geschlechterforschung. Theorie, Methoden, Empirie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 591–600).
- Lebensunterhalt 2017. In:
https://www.statistik.at/web_de/statistiken/menschen_und_gesellschaft/arbeitsmarkt/erwerbsstatus/index.html [25.11.2018].
- Lenz, Ilse (1995): Geschlecht, Herrschaft und internationale Ungleichheit. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, S. 19–46.
- Lenz, Ilse/Meuser, Michael (2013): Gender. Wiesbaden: Springer VS.
- Ludwig, Gundula (2009): Performing Gender, Performing the State. Vorschläge zur Theoretisierung des Verhältnisses von modernem Staat und vergeschlechtlichter Subjektconstitution. In: Ludwig, Gundula/Sauer Birgit/Wöhl Stefanie (Hrsg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 89–104.
- Ludwig, Gundula/Sauer Birgit/Wöhl Stefanie (2009): Staat und Geschlecht: Grundlagen und aktuelle Herausforderungen. Eine Einleitung. In: Ludwig, Gundula/Sauer Birgit/Wöhl Stefanie (Hrsg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 11–30.
- Marx, Karl (1867/2008): Das Kapital, Bd. I, MEW Band 23. Berlin/DDR: Dietz.
- Marx, Karl (1894/1986): Das Kapital, Bd. III, MEW Band 25. Berlin/DDR: Dietz.
- Marx, Karl (1921/2015): Zur Kritik der politischen Ökonomie, MEW Band 13. Berlin/DDR: Dietz.
- Maus, Friedrich (2016): Soziale Arbeit ist (k)ein Instrument neoliberaler Politik!? In: Birgmeier, Bernd/Mührel, Eric/Müller, Carsten (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle? Wiesbaden: VS Springer Verlag, S. 79–94.
- May, Michael (2009): Aktuelle Theoriediskurse Sozialer Arbeit. Eine Einführung. 2., überarbeitete und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

- Mies, Maria (1988): Patriarchat und Kapital. Frauen in der internationalen Arbeitsteilung. Zürich: rotpunkt-verlag.
- Mies, Maria (1983): Subsistenzproduktion, Hausfrauisierung, Kolonialisierung. In: Beiträge zur feministischen Theorie und Praxis 9/10, S. 115–124.
- Millet, Kate (1985): Sexus und Herrschaft: die Tyrannei des Mannes in unserer Gesellschaft. Deutsch v. Ernestine Schlant. Reinbek und Hamburg: Rowohlt.
- Mogge-Grotjahn, Hildegard (2004): Gender, Sex und Gender Studies. Eine Einführung. In: Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Gender, Sex und Gender Studies. Eine Einführung. Freiburg im Breisgau: Lambertur-Verlag.
- Notz, Gisela (2014): Zur feministischen Kritik des marxistischen Arbeitsbegriffs. In: Artus, Ingrid/Krause, Alexandra/Nachtwey, Oliver/Notz, Gisela/Reitz, Tilman/Vellay, Claudius/Weyand, Jan (Hrsg.): Marx für SozialwissenschaftlerInnen. Eine Einführung. Wiesbaden: VS Springer Verlag, S. 161–180.
- Resch, Christine/Steinert, Heinz (2011): Kapitalismus: Porträt einer Produktionsweise. Münster: Verlag Westfälisches Dampfboot.
- Sauer, Birgit (2009a): Transformation von Staatlichkeit: Chancen für Geschlechterdemokratie? In: Ludwig, Gundula/Sauer, Birgit/Wöhl, Stefanie (Hrsg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 105–120.
- Schössler, Franziska (2012): Einführung. In: Bergmann, Franziska/Schössler, Franziska/Schreck, Bettina (Hrsg.): Gender Studies. Bielefeld: transcript Verlag, S. 19–30.
- Steinert, Heinz (2008): „Soziale Ausschließung“: Produktionsweisen und Begriffs-Konjunkturen. In: Klimke, Daniela (Hrsg.): Exklusion in der Marktgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 19–30.
- trouble every day collective (2014). Die Krise der sozialen Reproduktion. Kritik, Perspektiven, Strategien und Utopien. Münster: UNRAST-Verlag.
- Villa, Paula-Irene (2004): Der Körper als Schanier von Struktur und Subjekt. In: Mogge-Grotjahn, Hildegard (Hrsg.): Gender, Sex und Gender Studies. Eine Einführung. Freiburg im Breisgau: Lambertur-Verlag, S. 145–156.
- Walby, Sylvia (1990): Theorizing Patriarchy. Cambridge: Basik Blackwell Inc.
- Wehrheim, Jan (2008): Ausgrenzung, Ausschließung, Exklusion, underclass, désaffiliation oder doch Prekariat? Babylonische Vielfalt und politische Fallstricke. In: Klimke, Daniela (Hrsg.): Exklusion in der Marktgesellschaft. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 31–50.
- Wetterer, Angelika (1993): Professionalisierung und Geschlechterhierarchie. Vom kollektiven Frauenausschluß zu Integration mit beschränkten Möglichkeiten. Kassel: Jenior & Preßel.
- Wilchins, Riki (2006): Gender Theory. Eine Einführung. Berlin: Querverlag GmbH.
- Wilde, Gabriele (2009): Der Geschlechtervertrag als Bestandteil moderner Staatlichkeit. Carole Patemans Kritik an neuzeitlichen Vertragstheorien und ihre Aktualität. In: Ludwig, Gundula/Sauer Birgit/Wöhl Stefanie (Hrsg.): Staat und Geschlecht. Grundlagen und aktuelle Herausforderungen feministischer Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft, S. 31–46.
- Wohlfahrt, Norbert (2016): Die Ökonomisierung Sozialer Arbeit als politisches Projekt. Thesen zur Kritik der Politischen Ökonomie sozialer Dienstleistungsarbeit. In: Birgmeier, Bernd/Mührel, Eric/Müller, Carsten (Hrsg.): Soziale Arbeit in der Ökonomisierungsfalle? Wiesbaden: VS Springer Verlag, S.9–22.

Wolde, Anja (1995): Geschlechterverhältnis und gesellschaftliche Transformationsprozesse. In: Becker-Schmidt, Regina/Knapp, Gudrun-Axeli (Hrsg.): Das Geschlechterverhältnis als Gegenstand der Sozialwissenschaften. Frankfurt am Main: Campus Verlag GmbH, S. 279–305.